



Endgültiger

Jahresabschluss

zum

31.12.2010

mit Anlagen und Anhang

Inhaltsverzeichnis

	ab Seite
Bilanz zum 31.12.2010	5
Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2010	7
Anlagen zum Jahresabschluss 31.12.2010	65
• Übersicht über den Stand des Anlagevermögens	67
• Übersicht über den Stand der Forderungen	69
• Übersicht über die Rückstellungen im Haushaltsjahr 2010	71
• Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten	73
• Übersicht über den Stand der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte	75
• Übersicht über fremde Finanzmittel	77
Gesamtergebnisrechnung und Gesamtfinanzrechnung zum 31.12.2010	81
• Ergebnisrechnung	83
• Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung)	85
Rechenschafts- und Lagebericht zum Jahresabschluss 2010	87
1. Rechtliche Grundlagen	89
2. Allgemeines	90
3. Entwicklung der städtischen Finanzlage	93
4. Aufgabenentwicklung der Stadt Kassel	93
5. Analyse des Jahresabschlusses	96
5.1. Überblick	96
5.2. Ergebnisentwicklung	97
5.2.1. Entwicklung der Ertragspositionen	99
5.2.2. Entwicklung der Aufwandspositionen	101
5.2.3. Wesentliche Plan-Ist-Abweichungen auf Budgetebene	102
5.2.4. Budgetüberschreitungen	103
5.3. Vermögens- und Schuldenentwicklung	103
5.4. Finanzentwicklung	108
5.5. Entwicklung und Bewertung der Investitionen	108
5.5.1. Investitionstätigkeiten	108
5.5.2. Wesentliche Investitionsmaßnahmen	109
5.5.3. Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und Konjunkturpaket 2 des Bundes	115
5.5.4. Projekte mit erheblichen Plan-Ist-Abweichungen	118
5.5.5. Finanzierung der Investitionen	134
6. Organisatorische Veränderungen	135
6.1. Innere Verwaltung	135
6.2. Beteiligungswesen	136
7. Zukunftsprognose	136
7.1. Allgemeine Finanzwirtschaft	136
7.2. Bereich der Sozialen Sicherung	137
7.3. Bereich Jugendhilfe	138
8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres	140
Anlagen zum Rechenschafts- und Lagebericht zum Jahresabschluss 2010	143

Bilanz zum 31.12.2010

Position	Bezeichnung	Bestand 31.12.2010	Bestand 31.12.2009
Aktiva			
1	Anlagevermögen		
1.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	656.852,82 €	695.443,04 €
1.1.2	geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	50.116.029,15 €	47.217.043,09 €
1.2	Sachanlagevermögen		
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	305.131.384,06 €	303.856.973,40 €
1.2.2	Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	387.074.372,51 €	345.887.565,09 €
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	398.835.196,62 €	412.019.331,10 €
1.2.4	Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	4.628.994,52 €	5.039.750,08 €
1.2.5	andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.615.490,78 €	12.508.753,26 €
1.2.6	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	50.365.154,35 €	46.450.331,16 €
1.3	Finanzanlagevermögen		
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	359.953.542,51 €	355.029.342,51 €
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00 €	0,00 €
1.3.3	Beteiligungen	108.007.701,87 €	107.927.701,87 €
1.3.4	Ausleih. an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00 €	0,00 €
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	10.256.757,22 €	10.256.757,22 €
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	40.214.436,28 €	40.194.970,37 €
2	Umlaufvermögen		
2.1	Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	651.315,12 €	620.800,40 €
2.2	Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	139.435,76 €	136.750,74 €
2.3	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	36.106.279,92 €	12.324.150,83 €
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	9.477.633,13 €	13.572.035,67 €
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.982.282,98 €	9.984.761,60 €
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis und Sondervermögen	96.428,94 €	467.129,25 €
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	1.351.865,34 €	4.722.106,89 €
2.4	Flüssige Mittel	924.799,28 €	196.281,30 €
3	Rechnungsabgrenzungsposten	14.264.599,73 €	14.976.617,18 €
	Bilanzsumme Aktiva	1.802.850.552,89 €	1.744.084.596,05 €

Position	Bezeichnung	Bestand 31.12.2010	Bestand 31.12.2009
----------	-------------	-----------------------	-----------------------

Passiva

1	Eigenkapital		
1.1	Netto-Position	380.212.226,04 €	380.212.226,04 €
1.2	Rücklagen und Sonderrücklagen		
1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	22.658.745,38 €	25.768.838,02 €
1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	16.176.741,88 €	15.975.504,59 €
1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	843.773,88 €	1.007.688,16 €
1.2.4	Sonderrücklagen		
1.2.4.1	Stiftungskapital	7.606.795,32 €	7.683.090,18 €
1.3	Ergebnisverwendung		
1.3.1	Ergebnisvortrag		
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00 €	8.109.996,70 €
1.3.1.2	Außerordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	0,00 €	0,00 €
1.3.2	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag		
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12.212.486,95 €	-11.220.089,34 €
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.271.050,32 €	201.237,29 €
2	Sonderposten		
2.1	Für erhaltene Investitionszuschüsse, -zuweisungen und -beiträge		
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	304.445.296,00 €	284.906.122,95 €
2.1.2	Zuweisungen vom nicht öffentlichem Bereich	103.309,52 €	110.532,42 €
2.1.3	Investitionsbeiträge	22.074.234,58 €	21.138.334,75 €
3	Rückstellungen		
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	314.673.179,70 €	312.358.077,58 €
3.2	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00 €	120.763,98 €
3.3	sonstige Rückstellungen	20.197.508,11 €	13.504.359,67 €
4	Verbindlichkeiten		
4.1	Verbindlichkeiten aus Anleihen		
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 217.964.742,50 €	623.635.594,50 €	576.349.789,78 €
	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern		
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr 131.206,70 €	30.356.084,94 €	30.759.949,91 €
4.3	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	1.268.000,00 €	3.758.169,00 €
4.4	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	11.223.183,31 €	11.789.417,18 €
4.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.845.255,91 €	12.501.430,87 €
4.6	Verbindlichkeiten aus Steuern	770.513,01 €	670.889,47 €
4.7	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	174.269,80 €	1.841.957,17 €
4.8	Sonstige Verbindlichkeiten	47.491.668,79 €	46.492.076,36 €
5	Rechnungsabgrenzungsposten	35.608,85 €	44.233,32 €
Bilanzsumme Passiva		1.802.850.552,89 €	1.744.084.596,05 €

Kassel, den 01.02.2013

Stadt Kassel
Der Magistrat



Bertram Hilgen
Oberbürgermeister



Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer



Anhang

zum

Jahresabschluss

31.12.2010

Anhang zum Jahresabschluss der Stadt Kassel zum 31.12.2010

I. Allgemeines

(0) Vorbemerkung und Rechtsgrundlagen

Die Stadt Kassel hatte bereits mit Einführung des BKF-Verfahren (Finanzwesenprogramm) in 1998 begonnen, das städtische Vermögen zu bewerten, Bilanzen aus den kameralen Buchungen herzuleiten und eine funktionsfähige Anlagenbuchhaltung zu führen.

Vermögensbewertungen wurden daher schon vor Bekanntgabe von Sonderregelungen durch das Land Hessen und einer endgültigen Gemeindehaushaltsverordnung Doppik (GemHVO-Doppik) vorgenommen und fortgeführt.

Für diese Bewertungen gilt die Bestandsgarantie des § 108 (4) i. V. m. § 114 o HGO.

Der Anhang zum Jahresabschluss wurde unter Beachtung des § 114s (4) Nr. 1 HGO und der §§ 44 und 52 GemHVO - Doppik erstellt.

Im Anhang sind die wesentlichen Posten der Vermögensrechnung, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung zu erläutern und deren Abweichungen im Jahresvergleich darzustellen.

Ferner werden u. a. die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erläutert und Zusatzinformationen angegeben, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses eine besondere Bedeutung haben.

Dem Anhang sind die Anlagenübersicht (Anlagenspiegel), die Verbindlichkeitenübersicht, die Forderungsübersicht und die Rückstellungsübersicht als Anlagen angefügt.

(1) Gliederung

Der formale Aufbau der Bilanz, des Anhanges und der Anlagen zum Jahresabschluss orientiert sich grundsätzlich an den Vorgaben der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik vom 02.04.2006.

Durch den Umstieg zu einem doppischen Rechnungswesen vor Bekanntgabe der endgültigen Gemeindehaushaltsverordnung Doppik ergeben sich folgende Abweichungen:

Grundlage für die Finanzbuchhaltung ist der Kommunale Kontenrahmen Hessen mit Stand 02.04.2006. Für die Bilanzerstellung wurde das Muster 19 zu § 49 der GemHVO - Doppik vom 02.04.2006 verwendet.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden erfolgte nach dem Vorsichtsprinzip. D. h. Vermögensgegenstände wurden im Zweifel mit dem niedrigeren Ansatz, Schulden im Zweifel mit dem höheren Ansatz bewertet.

Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet. Die Bewertung der Vermögensgegenstände erfolgt ab dem 01.01.2006 grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die Wertansätze zum 01.01.2006 wurden detailliert im Anhang zur Eröffnungsbilanz erläutert. Die in der Eröffnungsbilanz festgestellten Werte wurden fortgeführt und in den Erläuterungen zum 31.12.2010 ausführlich beschrieben. Fremdkapitalzinsen werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Abschreibungen werden grundsätzlich linear vorgenommen. Sofern bei Betrieben gewerblicher Art steuerrechtliche Abschreibungen zugrunde zu legen waren, waren diese maßgebend. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände auf der Grundlage der AfA-Tabelle Hessen vorgenommen.

Die Vereinfachungsregelung für Abschreibungen auf bewegliche Vermögensgegenstände nach § 43 (2) S. 3 GemHVO - Doppik (voller Abschreibungssatz für im ersten Halbjahr angeschaffte Vermögensgegenstände und halber Abschreibungssatz für im zweiten Halbjahr angeschaffte Vermögensgegenstände) wird nicht angewandt.

Bei geringwertigen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens wird von der Möglichkeit der Sofortabschreibung grundsätzlich Gebrauch gemacht.

Übersicht über die verwendeten Bewertungsmethoden und Abweichungen:

Die Bewertungen wurden bereits ausführlich in der Eröffnungsbilanz und den Vorjahresbilanzen beschrieben. Sie werden beibehalten bzw. fortgeführt und der besseren Übersicht halber erneut dargestellt.

Software / Lizenzen

wurden mit den jeweiligen Anschaffungskosten vermindert um die seit Nutzungsbeginn aufgelaufenen Abschreibungen (= fortgeführte Anschaffungskosten) bewertet. Nicht entgeltlich erworbene Software (z. B. selbst erstellte Software) wird gemäß § 38 (3) GemHVO - Doppik nicht angesetzt.

Geleistete Investitionszuschüsse

Von der Stadt Kassel geleistete Investitionszuschüsse sind ab dem 01.01.1998 erfasst und mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet worden. Sofern die Nutzungsdauer des Investitionsgegenstandes zu ermitteln war, wurde diese zugrunde gelegt. Ansonsten wurde von der Vereinfachungsregelung des § 43 (5) GemHVO - Doppik Gebrauch gemacht und Abschreibungen über einen Zeitraum von 10 Jahren vorgenommen.

Unbebaute Grundstücke

Die unbebauten Grundstücke wurden nach der Nutzungsart katalogisiert und bewertet. Hierbei wurden die Grundstücke so behandelt, als würden sie vollständig entwidmet sein. Für die Bewertung wurden bereits im Kalenderjahr 2001 folgende Wertansätze (qm-Werte) festgelegt:

Grün- und Ackerland wurde auf Grundlage der Richtwerte des Gutachterausschusses bewertet (Ansatz Grünland mit 2,00 €/qm und Ackerland mit 3,00 €/qm). Gewässer wurden einheitlich mit 1,28 €/qm angesetzt.

Wald und Naturschutzgebiete wurden einheitlich mit 2,00 €/qm bewertet.

Öffentliche Grünflächen, Grünanlagen, Spiel- und Sportplätze, Friedhofsflächen und sonstige Erweiterungsflächen wurden mit 17,90 €/qm bewertet. Dies entspricht den tatsächlichen Kaufpreisen, die die Stadt Kassel zum Erwerb von Vorhalteflächen aufwendet.

Grund- und Bodenanteile von Straßen, Parkplätzen und sonstigen Verkehrsflächen wurden mit 17,90 €/qm angesetzt.

Bauland wurde einheitlich mit 17,90 €/qm bewertet – unabhängig von der Grundstückslage.

Städtische Gebäude

Bewertungen für die städtischen Gebäude wurden bereits zum 01.01.1999 für die damalige Stadtbilanz (aus der Kameralistik hergeleitet) vorgenommen.

Dabei wurden die Gebäude an Hand der jeweiligen Brandversicherungswerte und des Baupreisindex auf das letzte zu ermittelnde Baujahr bewertet. Die Grund- und Bodenwerte wurden mit 15 vom Hundert des maßgebenden Brandversicherungswertes angesetzt (Empfehlung der Firma Mummert + Partner Unternehmensberatung AG, Hamburg) und entsprechend in der Bilanz ausgewiesen.

Nach der Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) wird bei den Gebäuden von einer technischen Nutzungsdauer von 80 Jahren ausgegangen. Die Abschreibungen wurden linear seit dem letzten zu ermittelnden Baujahr vorgenommen.

Zum 01.01.1999 wurden für die Gebäude die fortgeführten Anschaffungs/Herstellungskosten ermittelt und seitdem die nachträglichen Herstellungskosten für die entsprechenden Gebäude erfasst und abgeschrieben.

Straßenein- und aufbauten

Straßenein- und aufbauten (Straßenkörper) wurden in der Eröffnungsbilanz zunächst einheitlich mit 130,00 €/qm bewertet. Bei dem Wert handelte es sich um die durchschnittlichen Baukosten des Straßenbaus im Bereich der Stadt Kassel. Die damalige Bewertung wurde in der Bilanz 2009 korrigiert, da sie aus aktueller Sicht zu hoch erschien.

Auf Anraten des beratenden Wirtschaftsprüfers und im Einvernehmen mit dem Revisionsamt der Stadt Kassel wurde zum 01.01.2009 eine Abwertung der Straßen auf 100,00 €/qm vorgenommen. Die dabei ermittelten neuen Werte wurden in 2010 fortgeschrieben.

Analog wurde in 2009 auch eine Abwertung des pauschalen Sonderpostens der Straßenbewertung vorgenommen. Auch hier erfolgte eine Fortschreibung in 2010.

Grundsätzlich wurde bei dem Altbestand an Straßen eine einheitliche Nutzungsdauer von 25 Jahren angenommen. Entsprechend des tatsächlichen Straßenzustandes wurden dann sechs Straßenkategorien festgelegt, anhand derer die maßgebliche Restnutzungsdauer zu bestimmen war:

Restnutzungsdauer:	25 Jahre	Ansatz	100%
	20 Jahre	Ansatz	80%
	15 Jahre	Ansatz	60%
	10 Jahre	Ansatz	40%
	5 Jahre	Ansatz	20%
	darunter	Ansatz	0%

Die Schätzung des Straßenzustandes der einzelnen Straßenabschnitte erfolgte durch die Straßenmeister des Straßenverkehrs- und Tiefbauamtes.

Brückenbauwerke

Brückenbauwerke, die älter als 20 Jahre sind, wurden mit einem Restwert von 1,00 € bewertet.

Bei Brückenbauwerken, die jünger als 20 Jahre sind, wurden zunächst mittels Baupreisindex die Baukosten zum 01.01.2005 ermittelt. Anschließend erfolgten Wertabschläge entsprechend des tatsächlichen Bauzustandes.

Brückenbauwerke, für die die Anschaffungs-/Herstellungskosten zu ermitteln waren, wurden mit diesen bewertet. Anschließend wurden Wertabschläge entsprechend des tatsächlichen baulichen Zustandes vorgenommen.

Abschreibungen wurden entsprechend der Restnutzungsdauern vorgenommen.

Fußgängerunterführungen

Fußgängerunterführungen (FÜ) wurden insgesamt mit einem Erinnerungswert von 1,00 € angesetzt, da diese nach und nach durch überirdische Fußgängerüberwege ersetzt werden.

Der politische Wille, alle FÜ zu schließen, ist unverändert.

Diese Vorgabe wurde und wird vom Straßenverkehrs- und Tiefbauamt umgesetzt.

Kunstgegenstände, Museums- und Bibliotheksbestände

Kunstgegenstände der städtischen Museen wurden grundsätzlich mit den Versicherungswerten angesetzt. Für Gebrauchskunst, Medien- und Bibliotheksbestände wurden Festwerte gebildet.

Aufwuchs (insbesondere Grünanlagen)

Der Aufwuchs wird getrennt vom Grund- und Bodenwert aktiviert. Hierzu wurden die Herstellungskosten seit 1998 ermittelt. Für die entsprechenden Grünanlagen werden Festwerte auf der Basis der tatsächlichen Anschaffungs-/Herstellungskosten gebildet. Aufwendungen für Wege und befestigte Flächen und sonstige Betriebsvorrichtungen werden gesondert aktiviert und entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Der Ansatz erfolgt mit den fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten.

Flächen in der Bewirtschaftung des Umwelt- und Gartenamtes

Die öffentlichen Grünflächen wurden in 2009 neu bewertet. Für die vorgelegte Bilanz 2010 wurde keine Fortschreibung vorgenommen. Dies erfolgt in Absprache mit dem Umwelt- und Gartenamt im drei-Jahres Rhythmus, somit wieder in der Bilanz zum 31.12.2012.

Anlagen, Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Diese wurden mit den fortgeführten Anschaffungs-/Herstellungskosten bewertet.

Anlagen im Bau

Die aktivierungsfähigen Aufwendungen für noch nicht endgültig fertiggestellte Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden auf den Konten „Anlagen im Bau“ nachgewiesen. Wird die Herstellung bzw. Anschaffung beendet, (d. h. Erwerb und Versetzung des Wirtschaftsgutes in einen betriebsbereiten Zustand) so sind die Aufwendungen auf das entsprechende Anlagesachkonto umzubuchen und entsprechend abzuschreiben.

Finanzanlagevermögen

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Anteile an Eigenbetrieben wurden nach der Eigenkapital-Spiegelbild-Methode bewertet. Als Stichtag hierzu wurden die jeweiligen Bilanzen zum 31.12.2005 zugrunde gelegt. Diese Bewertungsmethode ist nur bei der erstmaligen Bewertung im Rahmen der Eröffnungsbilanz zulässig, um die Anschaffungs- und Herstellungskosten zu ermitteln.

Kapitalaufstockungen werden aktiviert, da sie Anschaffungskosten darstellen.

Positive Jahresergebnisse der städtischen Gesellschaften werden nicht berücksichtigt, da gem. § 41 (1) GemHVO-Doppik eine Aktivierung höchstens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten erfolgen darf.

Wertminderungen werden nur berücksichtigt, wenn diese dauerhaft sind. Dies liegt vor, wenn Verluste in drei aufeinander folgenden Jahren erwirtschaftet werden. In der vorliegenden Bilanz wird keine dauerhafte Wertminderung berücksichtigt.

Bei dem Ausweis von Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapieren des Anlagevermögens wurde wie folgt vorgegangen:

Verbundene Unternehmen

Nach der Legaldefinition des § 271 (2) HGB sind verbundene Unternehmen solche Unternehmen, die als Mutter- oder Tochterunternehmen (§ 290 HGB) in den Konzernabschluss eines Mutterunternehmens einbezogen werden können. Daher werden als Anteile an verbundenen Unternehmen diejenigen städtischen Eigengesellschaften erfasst, an denen die Stadt Kassel mehr als 50 % der Stimmrechte hält, d.h. die Beteiligungen mit beherrschendem Einfluss der Stadt Kassel darstellen (diese sind gemäß § 49 Nr. 21 der VV 2008 zur GemHVO - Doppik unter dem Posten Anteile an verbundenen Unternehmen auszuweisen, Empfehlung der BDO Wirtschaftsprüfungsgesellschaft).

Diese Unternehmen sollen ab dem Kalenderjahr 2015 in eine gesonderte Konzernbilanz mit einbezogen werden.

Eigenbetriebe

Eigenbetriebe gelten als Sondervermögen der Gemeinden. Einrichtungen der Abfall- und Abwasserbeseitigung sind keine wirtschaftlichen Unternehmen gemäß § 121 (2) Nr. 2 HGO. Diese städtischen Einrichtungen haben *keine* eigene Rechtspersönlichkeit.

Sie sind lediglich aus dem städtischen Haushalt ausgegliedert und werden nach den Vorschriften über Eigenbetriebe geführt. Ihrem Charakter nach sind sie wie ein verbundenes Unternehmen zu behandeln.

Beteiligungen

Als Beteiligungen wurden Anteile an Unternehmen ausgewiesen, an denen die Stadt Kassel mit mehr als 20% aber nicht mit mehr als 50 % beteiligt ist. Im Rahmen der Erstellung der Konzernbilanz für die Stadt Kassel wird überprüft, welche der in der Eröffnungsbilanz als Beteiligungen ausgewiesenen Anteile als Anteile an verbundenen Unternehmen zu behandeln sind. Hierdurch ergeben sich keine Auswirkungen auf die Bewertung der Anteile. Es ändert sich dann lediglich die Position, in der die Anteile ausgewiesen werden. Es entstehen keine wertmäßigen Änderungen.

Wertpapiere des Anlagevermögens

Alle anderen Anteile an Unternehmen, bei denen die Stadt Kassel mit weniger als 20% des Stammkapitals beteiligt sind, werden als Wertpapiere des Anlagevermögens ausgewiesen und mit dem Nominalwert angesetzt.

Vorratsvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. wo notwendig mit dem Schätzwert (z. B. Schüttgut) angesetzt. Die Sonderregelungen zur Erstellung einer Eröffnungsbilanz für Gemeinden und Gemeindeverbände in Hessen wurde hierbei angewandt. Demnach waren nur größere Lagerbestände in der Eröffnungsbilanz zu berücksichtigen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen (Darlehen und Kasseneinnahmereste) sind mit dem jeweiligen Nennbetrag berücksichtigt worden.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die liquiden (flüssigen) Mittel wurden mit ihrem Nennbetrag (Nominalwert) bewertet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten (transitorische Korrekturposten) wurden alle Aufwendungen und Erträge erfasst, welche wirtschaftlich dem Folgejahr zuzuordnen sind. Durch diese zeitliche Abgrenzung erfolgt eine periodengerechte Ergebnisermittlung.

Eigenkapital

Die Nettoposition errechnet sich aus dem Saldo der Vermögens- und Schuldposten der Bilanz zum 31.12.2010.

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses enthalten die Zuführungen oder Auflösungen aus den Überschüssen oder Fehlbeträgen der Jahresergebnisse aus Vorjahren.

Sonderposten

Erhaltene Investitionszuschüsse, Erschließungsbeiträge und Beiträge nach § 11 KAG sind als Sonderposten ausgewiesen.

Die Auflösung der Sonderposten erfolgt grundsätzlich nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der jeweiligen Investitionsmaßnahme. Für die Eröffnungsbilanz wurden die Investitionszuweisungen und -beiträge seit dem 01.01.1998 ermittelt und bewertet. Für die bewerteten Straßen wurde zudem ein Sonderposten als Bewertungsausgleich pauschal ermittelt und dieser analog der Nutzungsdauer des jeweiligen Straßenabschnittes aufgelöst. Der Ansatz zum 31.12.2010 erfolgt mit den fortgeschriebenen Werten.

Rückstellungen für Pensionen

Pensionsrückstellungen werden nach dem Teilwertverfahren berechnet. Die Bildung der Rückstellung erfolgt gemäß § 39 (1) Nr. 1 GemHVO - Doppik.

Als Rechnungszinsfuß wurden entsprechend der GemHVO - Doppik 6 v. H. zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgte durch die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK). Siehe auch Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz Position 3.1.

Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfängern und Beamten für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bzw. Arbeitsverhältnis (§ 39 (1) Nr. 2 GemHVO - Doppik) wurden durch die BVK berechnet. In 2010 hat sich die Bewertungsgrundlage nicht geändert.

Für die Berechnung der Beihilferückstellungen wird ein Beihilfetarif zu Grunde gelegt, der aus dem Durchschnittswert von Krankenversicherungsbeiträgen privater Krankenversicherungen abgeleitet wird. Der monatliche Durchschnittstarif betrug im Jahr 2010 unverändert 325 € (siehe auch

- Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva 3.1 Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen
- Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung, Entwicklung der Aufwandspositionen, Pos. 2 Versorgungsaufwendungen
- Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen).

Rückstellung für Altersteilzeit

Die Bildung der Rückstellung erfolgt gemäß § 39 (1) Nr. 3 GemHVO - Doppik. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde unter Berücksichtigung der von der Stadt Kassel gelieferten Daten durch die BVK berechnet und nach dem Pauschalwertverfahren gemäß BMF-Schreiben vom 28.03.2007 bewertet.

Rückstellungen für Lebensarbeitszeit

Lebensarbeitszeitkonten sind spezielle Langzeitkonten zur Arbeitszeitflexibilisierung. Grundlage ist die Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten vom 13. Dezember 2003.

Ziel ist eine längerfristige bezahlte Freistellung von der Arbeit, oftmals unmittelbar vor dem Ruhestand (Renteneintritt bzw. Pensionierung). Eine Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten kann gemäß § 39 (1) letzter Satz GemHVO - Doppik gebildet werden.

Als Rückstellungsbetrag ist die mit Geld bewertete Arbeitszeit zu bilanzieren. Eine Abzinsung dieser Rückstellung findet nicht statt. Bei der Kontoführung werden die Guthaben in Zeiteinheiten, in der Regel Stunden, geführt. Eine eingebrachte Stunde während der Arbeitsphase bleibt auch in der Freistellung eine Stunde. Die Kontoführung wird vom Aufgabenbereich Personal- und Organisationsamt -Personalabteilung- durchgeführt. Die Einbuchung erfolgt durch die Haushaltsabteilung auf Meldung der Personalabteilung.

Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung (LOB)

§ 18 des TVÖD sieht die Einführung eines Leistungsentgeltes ab dem Jahr 2007 vor. Da bislang zwischen dem Personalrat und dem Personalamt keine Dienstvereinbarung über die Ausschüttung der Leistungskomponente getroffen wurde, wurden die nicht ausgeschütteten Leistungsentgelte im Rahmen der LOB vom Personalamt bei der Ansatzplanung berücksichtigt. Sobald eine Dienstvereinbarung vorliegt, ist eine Auszahlung möglich.

Da es sich bei der Leistungskomponente um eine Verbindlichkeit gegenüber den Beschäftigten handelt, deren Höhe nicht exakt feststeht, ist eine Rückstellung zu bilden. Die Bewertung erfolgt gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik mit dem Rückzahlungsbetrag.

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten

Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten wurden nach vorsichtiger kaufmännischer Sichtweise bewertet und in die Bilanz eingestellt.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

(3) Nachrichtlich:**Haftungsverhältnisse und kreditähnliche Verpflichtungen**

Der Gesamtbestand an übernommenen Bürgschaften (Eventualverbindlichkeiten) beträgt zum 31.12.2010 insgesamt 100.268.223,03 € (Bestand 31.12.2009: 103.221.890,96 €).

Kreditähnliche Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 9.987.721,00 € (Bestand 31.12.2009: 11.003.083,00 €). Es handelt sich dabei um langfristige Leasingverpflichtungen für die Tiefgaragen Friedrichsplatz 1. und 2. Bauabschnitt und die Kleinmarkthalle.

Verpflichtungsermächtigungen bestehen in Höhe von 28.352.000,00 € (Bestand 31.12.2009: 28.426.500,00 €).

Bestände des Brüder-Grimm-Museums

Entsprechend der gutachterlichen Stellungnahme des Rechtsamtes sind die Bestände des Brüder-Grimm-Museums der Stadt Kassel zuzurechnen.

Leihweise überlassene Bestände werden nicht aktiviert.

(4) Anmerkung

Die Stadt Kassel führt ein dezentrales Rechnungswesen. Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 wurde auf der Grundlage der durch die städtischen Ämter vorgenommenen Buchungen, der durchgeführten Inventur und den erteilten Auskünften erstellt.

Die Bilanz wurde auf der Grundlage der Summen- und Saldenliste erstellt.

Wertansätze der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 waren im Haushaltsjahr 2010 nicht zu ändern oder nachzuholen.

Änderungen bzw. Nachholungen können nach § 108 (5) i. V. m. § 114 o HGO grundsätzlich bis zum 31.12.2009 erfolgen. Mit Erlass vom 03.03.2011 hat das Regierungspräsidium Kassel verfügt, dass darüber hinausgehende weitere Berichtigungen in den Bilanzen der Stadt Kassel bis zum 31.12.2012 aufsichtsbehördlich nicht beanstandet werden.

**(5) Durchschnittliche Zahl der Beamten und Arbeitnehmer
(§ 50 (2) Nr. 10 GemHVO – Doppik)**

In 2010 waren in der Stadtverwaltung Kassel durchschnittlich 2.669 Bedienstete beschäftigt, und zwar

Beamte	715
Beschäftigte (Arbeiter und Angestellte)	1.870
Anwärter, Auszubildende und Praktikanten	84

**(6) Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung
(§ 50 (2) Nr. 11 GemHVO – Doppik)**

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in 2010 sind im Folgenden genannt:

Stadtverordnetenvorsteher

Jordan Hendrik

Stadtverordnete

Alster	Friedhelm
Bathon	Michael
Beig	Dieter
Bergmann	Anke
Blumenschein	Annette (ab 01.08.2010)
Boeddinghaus	Kai
Bogdon	Barbara
Decker	Wolfgang
Diederich	Hannelore
Domes	Nobert
Doose	Bernd-Peter
Dr. Alekuzei	Rabani
Dr. Behschad	Maik
Dr. Eichler	Manuel
Dr. Hanemann	Rainer
Dr. Hoppe	Bernd
Dr. Jürgens	Andreas
Dr. Junker-John	Monika
Dr. Ostermann	Klaus
Dr. Schnell	Günther
Dr. van den Hövel-Hanemann	Martina
Dr. von Rüden	Michael
Dr. Wett	Norbert
Engels	Martin

Fürsch	Ruth
Frankenberger	Uwe
Friedrich	Petra
Friedrich	Wolfgang
Gaß	Renate
Geselle	Christian
Häfner	Bernd
Habermann	Frank
Hartig	Hermann
Jakat	Gabriele
Jordan	Hendrik
Kalb	Dominique
Kieselbach	Wolfram
Knab	Michael
Knauf	Christian
Kortmann	Stefan
Kühne-Hörmann	Eva
Lappöhn	Ellen
Lewandowski	Georg
Liebetau	Peter
Lippert	André (bis 30.04.2010)
Lipschik	Anja
Mattern	Heike
Meil	Ernst
Merz	Manfred (bis 31.07.2010)
Müller	Karin
Müller	Margret (ab 01.05.2010)
Oberbrunner	Frank
Ramdohr	Lars
Reimann	Heidi
Rönz	Gernot
Rudolph	Sandra
Rudolph	Wolfgang
Schild	Bodo
Schmidt	Gisela
Schmidt	Lutz
Schöberl	Karl
Seewald	Elena
Selbert	Axel
Spitzenberg	Alfons
Sprafke	Monika
Stähling-Dittmann	Waltraud
Strube	Donald

Thießen	Johann
Virks	Normann
Völler	Harry
Weber	Helga
Yildirim	Nuray
Zeidler	Volker

Mitglieder des Magistrats in 2010 waren:

Hauptamtliche Mitglieder:

Bertram Hilgen,
Oberbürgermeister
Jürgen Kaiser, Bürgermeister
Dr. Jürgen Barthel,
Stadtkämmerer
Anne Janz, Stadträtin
Norbert Witte, Stadtrat (bis 28.02.2010)
Dr. Joachim Lohse, Stadtrat (ab 01.03.2010)

Ehrenamtliche Mitglieder

Rogelio Garcia Barroso, Stadtrat (verstorben am
09.09.2010)
Brigitte Bergholter, Stadträtin
Heinz-Gunter Drubel, Stadtrat
Martin Gertenbach, Stadtrat (ab 04.10.2010)
Esther Haß, Stadträtin
Esther Kalveram, Stadträtin
Hermann Kirchberg, Stadtrat
Anita Mahrt, Stadträtin
Annett Martin, Stadträtin
Hans-Jürgen Sandrock, Stadtrat
Heinz Schmidt, Stadtrat
Richard Schramm, Stadtrat
Hajo Schuy, Stadtrat
Klaus Weschbach, Stadtrat

II. Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2010

A K T I V A

1. ANLAGEVERMÖGEN

1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	656.852,82 €
Software	656.852,82 €
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	50.116.029,15 €
Städtebauförderung	16.353.912,44 €
Staatstheater	11.417.753,55 €
VHS	44.230,40 €
Eigenbetriebe und Wirtschaftliche Beteiligungen	7.532.155,00 €
Straßenbeleuchtung	4.563.191,10 €
Systembedeutsame Maßnahmen Regio Tram	4.143.089,00 €
Kanal	1.779.441,00 €
Fernwärme / Strom / Wasser	528.586,00 €
Flughafen	2.289.129,10 €
Denkmalpflege	204.912,00 €
Kitas	396.643,00 €
Sport	413.264,00 €
Übrige Zuschüsse	449.722,56 €
Summe	<u>50.116.029,15 €</u>

1.2 Sachanlagevermögen

1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte 305.131.384,06 €

unbebaute Grundstücke

Sportanlagen	12.913.617,74 €
unbebaute Grundstücke Kitas	9.218,50 €
Gärten inkl. Kleingärten	14.896.952,63 €
Grünland	1.660.769,56 €
Ackerland	11.815.533,86 €
Erbbaurechtsgrundstücke	14.582.548,74 €
Bauland	2.836.997,41 €
Pflegeflächen	218.070,52 €
Flächen für sonstige Dauernutzer	267.553,20 €
Sonstige Nutzungen	1.360.215,73 €
Selbständig nicht nutzbare Flächen	28.272,97 €
Wirtschaftlich nicht nutzbare Flächen	83.910,88 €
Stiftungsgrundstücke	1.977.359,30 €
Grundstücksgleiche Rechte	948,43 €
Grund und Bodenanteile Infrastrukturvermögen	<u>242.479.414,59 €</u>
Summe	<u>305.131.384,06 €</u>

Die Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte umfassen die unbebauten Grundstücke der Stadt Kassel, sowie ein grundstücksgleiches Recht.

Unbebaute Grundstücke des Infrastrukturvermögens waren bis zum 31.12.2006 in der Position 1.2.3 enthalten.

Einer Empfehlung der überörtlichen Prüfung vom März 2009 nachkommend wurden die Grund- und Bodenwerte des Infrastrukturvermögens zur Bilanzposition 1.2.1 - Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte - umgegliedert.

Die Stiftungsgrundstücke der unselbständigen Stiftungen sind bei den unbebauten Grundstücken auszuweisen. Auf der Passivseite der Bilanz wird hierzu eine Gegenposition gebildet, die den Wert gesondert als Stiftungskapital kennzeichnet (Position 1.2.4.1 Stiftungskapital).

1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken **387.074.372,51 €**

Grund und Bodenanteile	60.410.089,35 €
Schulgebäude	215.021.444,70 €
Kindertagesstätten	12.654.107,89 €
Gebäude Sportanlagen, - hallen	47.015.796,66 €
Bürgerhäuser, Büchereien	11.426.372,00 €
Brand- u. Katastrophenschutz	6.655.523,80 €
sonstige Betriebsgebäude	4.735.060,99 €
Verwaltungsgebäude	20.126.445,24 €
andere Bauten	3.324.239,00 €
Grundstückseinrichtungen	4.990.238,80 €
Gebäudeeinrichtungen	715.054,08 €
Summe	<u>387.074.372,51 €</u>

1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen **398.835.196,62 €**

Das Infrastrukturvermögen umfasst:

Bundesstraßen	23.448.636,47 €
Landesstraßen	30.605.421,98 €
Kreisstraßen	22.404.184,00 €
Gemeindestraßen	141.810.939,96 €
Verkehrssignalanlagen	4.136.030,27 €
Verkehrs- und Hinweisschilder	125.199,00 €
Verkehrsrechner	2.756.471,00 €
Wege, Plätze	6.216.313,87 €
Sonstiges Infrastrukturvermögen	1.555.702,61 €
Brücken	15.643.407,96 €
Fußgängerunterführungen	94.917,00 €
Schrankenanlagen	7.657,00 €
Brunnen	783.393,00 €
Museen (Gebäude)	4.633.060,03 €
Museumsbestände, Kunstsammlungen	56.117.542,29 €
Öffentliche Grünflächen	87.357.843,78 €
Außenanlagen in Grünflächen	1.071.540,40 €
Friedhofsanlagen	40.461,00 €
Gewässerbauten	12.790,00 €
Abfalleinsammlung	13.685,00 €
Summe	<u>398.835.196,62 €</u>

1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung **4.628.994,52 €**

Betriebe gewerblicher Art	1.089,00 €
Anlagen und Maschinen	103.777,00 €
Maschinen der Materiallagerung und Bereitstellung	28.518,00 €
Maschinen der Materialbearbeitung	91.384,00 €
Anlagen für Kälte und Wärme	3.173,00 €
Medienbestand	55.904,00 €
Öffentliche Parkeinrichtungen	42.197,91 €
Sonstige	4.302.951,61 €
Summe	4.628.994,52 €

1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung **16.615.490,78 €**

Andere Anlagen	1.106.744,56 €
Werkstätteneinrichtung und - geräte	65.774,00 €
Werkzeuge, Werksgeräte	246.425,12 €
Lager- und Transporteinrichtungen	13.613,00 €
Lebewesen und Pflanzen	194.956,94 €
Fuhrpark	2.346.164,77 €
sonstige Betriebsausstattung	6.517.652,62 €
Büromaschinen, DV- und Kommunikationsanlagen	1.341.007,29 €
Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	1.046.953,17 €
Geringwertige Vermögensgegenstände	3.736.199,31 €
Summe	16.615.490,78 €

1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau **50.365.154,35 €**

Anlagen im Bau	50.365.154,35 €
----------------	-----------------

Im Jahr 2010 wurden Anlagen im Bau in Höhe von rd. 60,2 Mio. € (2009: 35,3 Mio. €) aufgelöst.

Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beruht insbesondere auf der Abwicklung des Sonderinvestitionsprogrammes.

1.3 Finanzanlagevermögen

Das Finanzanlagevermögen wird mit den in der Eröffnungsbilanz festgestellten Werten fortgeführt. Zugänge werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen Summe 359.953.542,51 €

Anteile an verbundenen Unternehmen	Nominalwert	Buchwerte zum 31.12.2010	Kapitalanteil in %
GWG	10.600.000,00 €	29.909.103,14 €	100,00
KVV Kasseler -Verkehrs- und Versorgungs-GmbH	68.151.000,00 €	201.272.118,82 €	100,00
TSK Tagungszentrum Stadthalle Kassel GmbH	7.209.400,00 €	7.235.023,67 €	100,00
Projektentwicklungsgesellschaft Unterneustadt mbH i. L.	52.151,00 €	0,00 €	100,00
Kassel tourist GmbH	500.000,00 €	531.672,57 €	100,00
JAFKA gGmbH	70.000,00 €	1.310.192,56 €	100,00
NB Nordhessenbus GmbH	50.000,00 €	63.820,35 €	99,00
Gesundheit Nordhessen Holding AG	100.000,00 €	33.981.065,18 €	92,50
Schlachthof Kassel GmbH & Co. Verwaltungs-KG Kassel	767.000,00 €	1,00 €	54,00
FiDT GmbH	28.050,00 €	545.272,43 €	50,50
Summe		274.848.269,72 €	

Die Anteile an der **KVV** wurden in 2010 planmäßig um **2.500.000,00 €** erhöht.

Die übrige Erhöhung des Wertansatzes der **KVV** in Höhe von **2.343.600,00 €** zum 31.12.2010 basiert auf der nachgeholten Bewertung und Bilanzierung der im Ergebnishaushalt in 2010 an den Konzern geflossenen Verlustübernahme (Anpassung an den in der Bilanz der Gesellschaft ausgewiesenen Wert. Dies entspricht einer Bewertung nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode).

Der **FIDT** werden von 2005 bis 2014 als Liquiditätshilfe jährliche Kapitalverstärkungen von **80.600,00 €** zugeführt, die den Buchwert der Beteiligung erhöhen.

Eigenbetrieb	Nominalwert	Buchwerte zum 31.12.2010	Kapital- anteil in %
Die Stadtreiniger Kassel	511.300,00 €	511.300,00 €	100,00
Kasseler Entwässerungsbetrieb KEB	13.000.000,00 €	84.593.972,79 €	100,00
	Summe	85.105.272,79 €	

Davon Mittel der Versorgungsrücklage für Beamte: 2.724.443,94 €. (siehe hierzu auch Passiva Pos. 4.8 und Anlage 6 zum Jahresabschluss, Übersicht über fremde Finanzmittel (Vorschüsse und Verwahrungen), Konto 486100223 -Rücklagen-.

Die Summe beider Beträge ist die Gesamtsumme der zum 31.12.2010 angesammelten Versorgungsrücklage.

Die Versorgungsrücklage an sich befindet sich derzeit in der Überprüfung. Im Einvernehmen von Revisionsamt, Kämmerei und dem beratenden Wirtschaftsprüfer wurde sich darauf verständigt, in 2010 zunächst keine Veränderung der buchungstechnischen Behandlung vorzunehmen, aber sich an das Hessische Ministerium der Finanzen zu wenden, um die grundsätzliche Behandlung der Versorgungsrücklage in der Doppik erneut abzuklären. Das Ergebnis wird im Jahresabschluss 2011 umgesetzt.

1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen

0,00 €

1.3.3 Beteiligungen / Zweckverbände

Summe

108.007.701,87 €

Beteiligungen	Nominalwert	Buchwerte zum 31.12.2010	Kapital- anteil in %
documenta u. Museum Fridericianum Veranstaltungsgesellschaft mbH	12.800,00 €	12.800,00 €	50,00
AFK Arbeitsförd. Kassel-Stadt GmbH	12.500,00 €	12.372,93 €	50,00
Parkhausgesellschaft	140.605,27 €	78.703,93 €	50,00
WFG Wirtschaftsförd. Kassel GmbH	18.409,68 €	40.266,48 €	25,53
EFN GmbH	12.800,00 €	12.800,00 €	50,00
Science Park Center Kassel GmbH	12.500,00 €	92.500,00 €	50,00
	Summe	249.443,34 €	

In 2010 hat sich folgende Änderung ergeben:

Der Science Park Center Kassel GmbH wurde eine Liquiditätshilfe (Kapitalverstärkung) in Höhe von 80.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Zweckverbände	Nominalwert	Buchwerte zum 31.12.2010	Kapitalanteil in %
Kasseler Sparkasse	215.516.509,05 €	107.758.254,53 €	50,00
Kommunales Gebietsrechenzentrum Kassel		1,00 €	
Zweckverband Raum Kassel		1,00 €	
Zweckverband Naturpark Habichtswald		1,00 €	
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Nord		1,00 €	
	Summe	107.758.258,53 €	

1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht **0,00 €**

1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens **Summe 10.256.757,22 €**

a) Anteile an Unternehmen **2.587.379,00 €**

Wertpapiere des Anlagevermögens	Nominalwert	Kapitalanteil in %
Klinikum Kassel GmbH	5.000,00 €	10,00
HLG Hessische Landgesellschaft mbH	3.067,00 €	0,10
Wohnstadt Stadtentwicklung- und Wohnbaugesellschaft Hessen mbH	478.500,00 €	1,30
Vereinigte Wohnstätten 1889 eG	6.200,00 €	0,00
NVV Nordhessischer Verkehrsverbund & Fördergesellschaft Nordhessen mbH	5.112,00 €	14,28
MHKW Müllheizkraftwerk Kassel GmbH	511.300,00 €	2,50
Kasseler Verkehrsgesellschaft AG	1.445.300,00 €	6,50
Kasseler Bank eG	50,00 €	0,00
Flughafen GmbH Kassel	132.850,00 €	13,00
Summe	2.587.379,00 €	

b) Festverzinsliche Wertpapiere **7.669.378,22 €**

Bei den festverzinslichen Wertpapieren handelt es sich um Sparkassenkapitalbriefe.

1.3.6 Sonstige Ausleihungen (Sonstige Finanzanlagen) 40.214.436,28 €

Sonstige Ausleihungen sind Kapitalforderungen gegenüber Dritten, denen langfristig Darlehen zur Verfügung gestellt wurden.

Zum 31.12.2010 sind folgende Bestände auszuweisen:

Obdachlosenfürsorge	133.178,20 €
Darlehen Sozialhilfe nach BSHG	13.772,45 €
Darlehen Amt für Wohnungs- und Siedlungswesen	22.263.162,18 €
Fehlbelegung	9.919.609,30 €
Darlehen Stadtsanierung	1.413.783,95 €
Investitionsfondsdarlehen	5.294.597,47 €
Mieterdarlehen BHT	411.163,73 €
Sonderinvestitionsprogramm Darlehen	765.169,00 €
Summe	<u>40.214.436,28 €</u>

2. UMLAUFVERMÖGEN
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
651.315,12 €

Betriebsstoffe	61.988,66 €
Büromaterial	2.577,58 €
Verkehrsschilder	50.311,54 €
Rohstoffe	17.602,33 €
Pflanzenbestand, Pflanzmaterial	96.084,00 €
Werkstättenmaterial	3.590,50 €
Land- u. forstwirtschaftliche Materialien	6.204,00 €
Baustoffe	265.318,40 €
sonstige Hilfsstoffe	124.831,81 €
sonstige Betriebsstoffe	22.806,30 €
Summe	<u>651.315,12 €</u>

2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse
139.435,76 €

Steuergeräte Verkehrsrechner	139.435,76 €
------------------------------	--------------

2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Gesamtsumme 55.014.490,31 €

2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und –zuschüssen und Investitionsbeiträgen

36.106.279,92 €

Transferforderungen	2.329.732,60 €
Allg. und sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	2.814.507,44 €
Zuweisungen und Zuschüsse Gemeinden und Gemeindeverbände (insb. Landkreis Kassel)	669.865,12 €
Abgeltung Kirchenbaulast	859.380,00 €
-Zuweisungen des Landes- Investitionszuweisungen	<u>29.432.794,76 €</u>
Summe	<u>36.106.279,92 €</u>

2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

9.477.633,13 €

Steuerforderungen	10.598.272,58 €
Gebühren und Beiträge	5.318.052,28 €
Beitragsforderungen Bauverwaltungsamt	6.332,58 €
Pauschalwertberichtigungen	<u>-6.445.024,31 €</u>
Summe	<u>9.477.633,13 €</u>

Die Pauschalwertberichtigung 2010 wurde auf Grundlage der Altersstrukturliste der Forderungen um **1.390.351,93 €** erhöht.

2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

7.982.282,98 €

Forderungen gegenüber privaten Dritten	7.410.543,41 €
Forderungen gegenüber Bund	39.219,07 €
Forderungen gegenüber Gem./Gemeindeverb.	<u>532.520,50 €</u>
Summe	<u>7.982.282,98 €</u>

2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen mit denen Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	96.428,94 €
Lenoir`sche Stiftung	8.116,55 €
Kasseler Entwässerungsbetrieb (neu Kassel Wasser)	12.462,04 €
Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH	75.850,35 €
Summe	<u><u>96.428,94 €</u></u>
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	1.351.865,34 €
Forderungen aus Verwahrungen	349.820,87 €
Restkaufgelder Liegenschaftsamt	45.920,22 €
Andere sonstige Vermögensgegenstände	956.124,25 €
Summe	<u><u>1.351.865,34 €</u></u>

Die Gesamtforderungen erhöhen sich in 2010 um 13.944.306,07 €.

Dies beruht insbesondere auf der Einbuchung der Forderungen gegenüber dem Land aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP). Siehe hierzu auch unter Passiva -Verbindlichkeiten-, diese erhöhen sich ebenfalls.

2.4 Flüssige Mittel	924.799,28 €
Kasseler Sparkasse	725.033,46 €
Kasseler Bank	23.500,00 €
Commerzbank	3.188,12 €
Deutsche Bank	173,46 €
Deutsche Bundesbank	2.175,52 €
Landeskreditkasse	1.414,55 €
Postbank	66.925,46 €
Handvorschüsse	48.450,01 €
Betriebsmittelvorschüsse	15.750,00 €
Kassenbestand	38.188,70 €
Summe	<u>924.799,28 €</u>
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	14.264.599,73 €
Aktive Rechnungsabgrenzung	
Kreditbeschaffungskosten	3.493.425,36 €
Betriebe gewerblicher Art	550.389,00 €
Beamten- und Versorgungsbezüge I/2011	3.410.469,56 €
andere aktive Rechnungsabgrenzungsposten	6.810.315,81 €
Summe	<u>14.264.599,73 €</u>

In dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten für 2010 sind unter anderem die Versorgungsbezüge für Januar 2011 in Höhe von 1.319.684,00 € und Beamtenbezüge für Januar 2011 in Höhe von 2.090.785,56 € enthalten.

PASSIVA

1. Eigenkapital

1.1 Nettovermögen **380.212.226,04 €**

Das in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 erstmalig festgestellte Nettovermögen wird grundsätzlich als Festwert fortgeführt.

Gemäß § 108 (5) i. V. m. § 114 o HGO können Änderungen bzw. Nachholungen grundsätzlich noch bis zum 31.12.2009 erfolgen.

Mit Erlass vom 03.03.2011 hat das Regierungspräsidium Kassel verfügt, dass darüber hinausgehende weitere Berichtigungen in den Bilanzen der Stadt Kassel bis zum 31.12.2012 aufsichtsbehördlich nicht beanstandet werden.

In 2010 fielen keine Nachholungen an.

Das Nettovermögen in der Eröffnungsbilanz ergibt sich aus dem Saldo des Vermögens und der Schulden zum 01.01.2006 zuzüglich/abzüglich der Änderungen aus 2007 bis 2010.

1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen

1.2.1 Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses

22.658.745,38 €

Diese Position beinhaltet die Zuführung der positiven Verwaltungs- und Finanzergebnisse der Jahresrechnungen 2006-2008 sowie die Verrechnung des negativen Verwaltungs- und Finanzergebnisses 2009.

Ordentlicher Überschuss 2007 (anteilig, siehe Vorjahresbilanzen)	6.970.003,91 €
Ordentlicher Überschuss 2008	18.798.834,11 €
Ordentlicher Fehlbetrag 2009 (anteilig)	- 3.110.092,64 €
Summe	22.658.745,38 €

Bei einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis erfolgt die Ergebnisverwendung durch eine Verrechnung mit der angesammelten Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses.

Der ordentliche Fehlbetrag 2009 betrug 11.220.089,34 € und verringert anteilig (nach Verrechnung des Ergebnisvortrags von 8.109.996,70 €) die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (siehe auch Position 1.3.1).

1.2.2 Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses

16.176.741,88 €

Hier werden die Zuführungen der positiven Ergebnisse der Jahresrechnungen 2006-2009 aus periodenfremden und seltenen oder unregelmäßigen Geschäftsvorfällen ausgewiesen.

Außerordentlicher Überschuss 2006	6.056.364,64 €
Außerordentlicher Überschuss 2007	7.536.105,60 €
Außerordentlicher Überschuss 2008	2.383.034,35 €
Außerordentlicher Überschuss 2009	201.237,29 €
Summe	16.176.741,88 €

1.2.3 Zweckgebundene Rücklage

843.773,88 €

Gebührenausgleichsrücklage Erziehungshilfen Auguste-Förster	112.665,87 €
Gebührenausgleichsrücklage Rettungsdienste	590.552,82 €
Budgetrücklage	140.555,19 €
Summe	843.773,88 €

1.2.4.1 Stiftungskapital

7.606.795,32 €

Stiftungsgrundstücke	1.977.359,30 €
Finanzmittel / liquide Mittel	5.629.436,02 €
Summe	7.606.795,32 €

1.3 Ergebnisverwendung

1.3.1 Ergebnisvortrag

0,00 €

1.3.1.1 Verlustübernahme KVV 2006-2008, gebucht in 2009	8.109.996,70 €
Verrechnung mit Jahresfehlbetrag ordentliches Ergebnis 2009 (Teilbetrag)	- 8.109.996,70 €
Summe	0,00 €

Der Fehlbetrag 2009 in Höhe von 11.220.089,34 € ist (zum 01.01.2010) vorrangig mit dem Ergebnisvortrag 2009 zu verrechnen. Der verbleibende Fehlbetrag 2009 in Höhe von 3.110.092,64 € mindert die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (siehe auch Position 1.2.1).

1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag -8.941.436,63 €

1.3.2.1 Ordentliches Ergebnis -12.212.486,95 €

Der ordentliche Jahresfehlbetrag (Verlust aus dem „laufenden Geschäft“ der Stadt) setzt sich zusammen aus dem Verwaltungsergebnis und dem Finanzergebnis aus der Gesamtergebnisrechnung 2010.

1.3.2.2 Außerordentliches Ergebnis 3.271.050,32 €

Dies ist das Ergebnis von periodenfremden und seltenen oder unregelmäßigen Geschäftsvorfällen aus der Gesamtergebnisrechnung 2010.

In Summe hat sich das **Eigenkapital** der Stadt Kassel im Vergleich zum Vorjahr von

427.738.491,64 € um
9.181.645,77 € auf
418.556.845,87 € vermindert.

Die Differenz setzt sich zusammen aus:

- Jahresverlust in Höhe von	- 8.941.436,63 €
- Mind. Gebührenausschlagsrücklage Erziehungshilfen	- 147.110,38 €
- Mind. Gebührenausschlagsrücklage Rettungsdienste	- 16.803,90 €
- Mind. Bestand Stiftungsgrundstücke	- 90.000,00 €
- Erhöhung Stiftingskapital Finanzmittel	+ 13.705,14 €

Summe - 9.181.645,77 €

2. Sonderposten

2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Summe 326.622.840,10 €

Es sind folgende Sonderposten auszuweisen, die ab 01.01.1998 erfasst wurden.

2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich

Gebäudewirtschaft	15.732.521,39 €
Stadtplanung	33.042.660,01 €
Naturkundemuseum	2.212.940,99 €
Straßenverkehr	27.449.762,99 €
Schulen EFRE und Schule@Zukunft	941.848,30 €
Feuerwehr	117.331,00 €
Kultur	3.041.908,00 €
Jugend	58.166,00 €
Umwelt	3.642.071,25 €
Sonderinvestitionsprogramm	28.936.679,74 €
Schulbaupauschale	46.268.771,00 €
Investitionspauschale	38.038.214,00 €
Gemeinde- und Gemeindeverbände/Zweckverbände	1.993.684,00 €
Sonstiger öffentl. Bereich	592.224,00 €
Verbundene Unternehmen	37.691,00 €
Sonderrechnungen	49.656,00 €
Übrige Bereiche	420.240,68 €
Ausgleichsposten Straßenbewertung	101.868.925,65 €
Summe	<u>304.445.296,00 €</u>

2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich

Zuschüsse private Unternehmen	103.309,52 €
-------------------------------	---------------------

2.1.3 Investitionsbeiträge

Erschließungsbeiträge	12.096.140,79 €
Beiträge nach § 11 KAG	8.229.867,63 €
Beiträge für Stellplatzabgeltungen	1.170.948,00 €
Ausgleichsmaßnahmen nach Bundesnatur- schutzgesetz	568.238,16 €
Sonstige Sonderposten	9.040,00 €
Summe	<u>22.074.234,58 €</u>

3. Rückstellungen	Summe	334.870.687,81 €
3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen		
		314.673.179,70 €
Pensionsrückstellung		
Beamte		88.703.059,00 €
Versorgungsempfänger		150.789.420,00 €
Summe		<u>239.492.479,00 €</u>
Rückstellung für Beihilfe		
Beamte		23.380.213,00 €
Beschäftigte		24.227,00 €
Versorgungsempfänger		34.547.767,00 €
Summe		<u>57.952.207,00 €</u>
Rückstellung für Altersteilzeit		
Beamte		2.787.646,00 €
Beschäftigte		11.181.371,00 €
Summe		<u>13.969.017,00 €</u>
Rückstellung für Lebensarbeitszeit		
Beamte		1.889.276,70 €
Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung		
		1.370.200,00 €

Pensionsrückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen sowie der Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen wurde von der Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK) durchgeführt.

Die Pensionsverpflichtungen richten sich nach den beamtenversorgungsrechtlichen Vorschriften bzw. Grundsätzen.

Die zum 31.12.2010 ermittelten Rückstellungen für die künftigen und die laufenden Pensionsverpflichtungen wurden entsprechend den Bestimmungen des § 6a EStG zum Bilanzstichtag mit dem Teilwert angesetzt. Die Berechnungen wurden anhand der Rechnungsgrundlagen und Verfahren durchgeführt, die allgemein anerkannt sind, insbesondere sind hier die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Heubeck (u.a. Sterbewahrscheinlichkeiten) und ein Rechnungszinsfuß von 6 v.H. zu nennen.

Die Anhebung der gesetzlichen Altersgrenze durch das erste Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (1. DRModG) wurde entsprechend

dem BMF-Schreiben vom 05.05.2008 berücksichtigt, d.h. für die Geburtsjahrgänge bis 1952 wird mit einem Pensionsalter von 65 Jahren gerechnet. Ab dem Jahrgang 1953 bis 1961 wird das 66. Lebensjahr berücksichtigt. Bei den darauf folgenden Geburtsjahrgängen wird ein Pensionsalter von 67 Jahren zu Grunde gelegt.

Als Gehalt wird bei den aktiven Beamten zur Berechnung der Teilwerte die in der jeweiligen Besoldungsgruppe erreichbare Endstufe zugrunde gelegt. Der Familienzuschlag wird nach Stufe 1 berechnet. Des Weiteren werden ruhegehaltsfähige Amtszulagen und die allgemeine Stellenzulage berücksichtigt. Künftige Gehaltssteigerungen werden berücksichtigt, wenn sie am Bilanzstichtag bereits bekannt sind.

Entsprechend wird mit am Bilanzstichtag bereits feststehenden künftigen Dynamisierungen der Beamtenegehälter verfahren (Stichtagsprinzip gemäß R 6a Abs. 17 EStR 2006).

Bei der Berechnung des Teilwertes für Aktive wurden sämtliche Beamtendienstzeiten berücksichtigt, die nach dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) ruhegehaltfähig und somit versorgungswirksam sind.

Sofern die Voraussetzungen des § 107b BeamtVG vorliegen, wurden die anteiligen Pensionsverpflichtungen für ausgeschiedene Beamte über den Zeitpunkt des Ausscheidens hinaus fortgeschrieben. Forderungen gegenüber dem abgehenden Dienstherrn wurden bei der Bildung von Pensionsrückstellungen bei aufnehmenden Dienstherrn mindernd berücksichtigt.

Für Leistungsempfänger wurden Beteiligungen gemäß den in den Bestandsdaten der BVK hinterlegten Prozentsätzen berücksichtigt.

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden ruhegehaltfähigen Dienstbezüge wurden unter Beachtung des Stichtagsprinzips mit der Stufe des Anpassungsfaktors abgesenkt, die am jeweiligen Bilanzstichtag zugrunde zu legen ist.

Folgende weitere Grundlagen sind zu beachten:

- Für Beamte auf Probe wurden, falls diese zu Beginn des Geschäftsjahres 30 Jahre (bzw. 28 Jahre) alt waren, ebenfalls Rückstellungen gebildet.
- Anwartschaften auf Waisengeld wurden nicht berücksichtigt.
- Die Pensionsverpflichtungen der Dienstherrn ergeben sich aus den nach dem Hessischen Beamtengesetz (HBG), dem Hessischen Sonderzahlungsgesetz (HSZG) sowie dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG) festzusetzenden Versorgungsansprüchen der aktiven bzw. der bereits im Ruhestand befindlichen Beamten und ihren Hinterbliebenen. Die Teilwerte der Pensionsrückstellungen berücksichtigen das Hessische Beamtenversorgungsgesetz und das Hessische Gesetz über die Anpassung der Dienst-, Amts- und Versorgungsbezüge 2009/2010 (HBVAnpG 2009/2010) in ihrer jeweils gültigen Fassung.

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen

Die Beamtenversorgungskasse Kurhessen-Waldeck (BVK) hat die Berechnung der Rückstellung für Beihilfe zum 31.12.2010 vorgenommen.

Nach § 39 (1) Nr. 2 GemHVO-Doppik sind Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen zu bilden.

Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen werden wie Pensionsverpflichtungen nach dem Teilwertverfahren im Sinne des § 6 a (3) EStG bewertet, (§ 41 (5) GemHVO-Doppik analog). Die Bewertung nach dem Teilwertverfahren erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen.

Bei der Berechnung wird ein Rechnungszinsfuß von 6 v. H. zugrunde gelegt (§ 41 (5) GemHVO – Doppik).

Für die Berechnung der Rückstellungen für Beihilfen wurde ein Beihilfetarif zugrunde gelegt, der aus dem Durchschnittswert von Krankenversicherungsbeiträgen privater Krankenversicherungen abgeleitet wird. Bei Männern sowie bei Frauen wurde ein monatlicher Tarif von 325 € berücksichtigt (siehe auch

- Anhang, Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen
- Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung, Entwicklung der Aufwandspositionen, Pos. 2 Versorgungsaufwendungen
- Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen).

Rückstellungen für Altersteilzeit

Die Rückstellungen für Zeiten der Freistellung vom Dienst im Rahmen von Altersteilzeit wurden mit dem Pauschalwertverfahren gemäß BMF-Schreiben vom 28.03.2007 (IV B 2 – S 2175/07/0002) bewertet.

Rückstellungen für Lebensarbeitszeit

Lebensarbeitszeitkonten (LAK) sind spezielle Langzeitkonten zur Arbeitszeitflexibilisierung.

Grundlage ist die Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten (Hessische Arbeitszeitverordnung – HAZVO) vom 13. Dezember 2003. Ziel ist eine längerfristige bezahlte Freistellung von der Arbeit, oftmals unmittelbar vor dem Ruhestand (Renteneintritt bzw. Pensionierung).

Bei dem Erfüllungsrückstand aus Lebensarbeitszeitkonten handelt es sich um ungewisse Verbindlichkeiten, da die Höhe und der Zeitpunkt der Leistung unsicher ist. Eine Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten kann gemäß § 39 Abs. 1 letzter Satz GemHVO-Doppik gebildet werden. Sie ist keine Pflichtrückstellung.

Es ist davon auszugehen, dass eine Vielzahl von Beschäftigten der Stadt Kassel den Wunsch haben wird, die Lebensarbeitszeit zu verkürzen und früher in den Ruhestand einzutreten. Aufgrund dieser Annahme wird erwartet, dass das Volumen der Lebensarbeitszeitguthaben über einen längeren Zeitraum stetig

wächst. Mit einer wesentlichen Abnahme ist erst nach zehn oder mehr Jahren nach erstmaliger Bildung der Guthaben zu rechnen. Die dargestellte Entwicklung rechtfertigt die Bildung einer freiwilligen Rückstellung für Lebensarbeitszeitkonten.

Durch die Bildung einer Rückstellung wird der Haushaltsausgleich in den Jahren des Abbaus der Lebensarbeitszeitkonten nicht zusätzlich belastet. In diesen Jahren ist die Inanspruchnahme (per Rückstellungsauflösung) ergebnisneutral.

Als Rückstellungsbetrag ist die mit Geld bewertete Arbeitszeit zu bilanzieren. Eine Abzinsung dieser Rückstellung findet nicht statt. Die Rückstellungen sind unter einem eigenen Konto „Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonto“ im Bereich der sonstigen Rückstellungen (KVKR) zu erfassen.

Bei der Kontoführung werden die Guthaben in Zeiteinheiten, in der Regel Stunden, geführt. Eine eingebrachte Stunde während der Arbeitsphase bleibt auch in der Freistellung eine Stunde. Die Kontoführung wird vom Aufgabenbereich Personal- und Organisationsamt -Personalabteilung- durchgeführt. Die Einbuchung erfolgt durch die Haushaltsabteilung auf Meldung der Personalabteilung.

Rückstellungen für leistungsorientierte Bezahlung (LOB)

§ 18 des TVÖD sieht die Einführung eines Leistungsentgeltes ab dem Jahr 2007 vor. Da bislang zwischen dem Personalrat und dem Personalamt keine Dienstvereinbarung über die Ausschüttung der Leistungskomponente getroffen wurde, wurden die nicht ausgeschütteten Leistungsentgelte im Rahmen der LOB vom Personalamt bei der Ansatzplanung berücksichtigt. Sobald eine Dienstvereinbarung vorliegt, ist eine Auszahlung möglich. Das Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt hat sich von 1,0 % im Jahr 2009 auf 1,25 % im Jahr 2010 erhöht.

Da es sich bei der Leistungskomponente um eine Verbindlichkeit gegenüber den Beschäftigten handelt, deren Höhe nicht exakt feststeht, ist eine Rückstellung zu bilden. Die Bewertung erfolgt gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 GemHVO-Doppik mit dem Rückzahlungsbetrag.

3.2 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten 0,00 €

Altlast Sandershäuser Straße 43 0,00 €

Die Sanierungsarbeiten auf dem Gelände der ehemaligen DEA-Tankstelle wurden in 2010 abgeschlossen, daher wird die nicht mehr benötigte Rückstellung aufgelöst.

3.3 Sonstige Rückstellungen	20.197.508,11 €
Abfindungen	95.000,00 €
Prozesskosten	1.132.001,03 €
Unterlassene Instandhaltung	1.805.039,11 €
Güterverkehrszentrum	2.125.000,00 €
Rückst.für Erstattung bereits gezahlten Kaufgeldes	323.431,45 €
Vers.Steuer / Kom. Schadensausgleich	421.723,91 €
Verlustabdeckung PEG	1.585.531,34 €
Ausbauvertrag Kiefernweg	408.021,05 €
Winterdienst	1.000.000,00 €
Bäderzuschuss	3.300.000,00 €
Abführung Bundesant. v. Unterhaltsverpflichteten	5.363.440,60 €
Bürgschaften	187.180,24 €
Abrechnung VHS	205.732,00 €
Gemeinsame Zulassungsstelle	851.014,99 €
Versorgungsbezüge	308.150,00 €
Bambini Tagesmütter	388.104,07 €
Betriebskostenzuschüsse freie Träger	130.891,00 €
Schulverwaltungsamt	69.500,00 €
Schülerbeförderung	18.239,95 €
Kosten der Unterkunft	153.438,16 €
KEB Unterhaltung der Wasserläufe	200.000,00 €
Sonstige Rückstellungen	126.069,21 €
Summe	<u>20.197.508,11 €</u>

Die Rückstellungen stiegen insgesamt um **8.887.486,58 €** an.

Die wesentlichen Steigerungen sind im Bereich der Altersteilzeit (2,54 Mio. €), der Lebensarbeitszeit (0,51 Mio. €), der leistungsorientierten Bezahlung (0,64 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (davon 3,3 Mio. € Steigerung für Rückstellung Bäderzuschuss -bislang im Bereich der Verbindlichkeiten/Umstellung der Buchungssystematik-, 1,0 Mio. € Steigerung für Rückstellung Winterdienst, 2,95 Mio. € Steigerung für Abführung Bundesanteil von Unterhaltsverpflichteten und 0,84 Mio. € Steigerung für unterlassene Instandhaltung).

Die wesentlichen Minderungen sind im Bereich der Pensionen (0,66 Mio. €), im Bereich der Beihilfen (0,71 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (Minderung Prozesskosten um 0,42 Mio. €, Minderung Zulassungsstelle um 0,63 Mio. €).

4. Verbindlichkeiten	Gesamtsumme	722.764.570,26 €
4.1 Verbindlichkeiten aus Anleihen		0,00 €
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen		
Summe	4.2.1 - 4.3	655.259.679,44 €
4.2.1 Investitionskredite		316.104.217,25 €
Land		28.254.679,33 €
sonstiger öffentlicher Bereich		96.797,03 €
Kreditmarkt		285.748.132,31 €
Sonderbeiträge		
Investitionsfondsdarlehen		2.004.608,58 €
Summe		<u>316.104.217,25 €</u>
4.2.2 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditgebern und Kassenkredite		337.887.462,19 €
Zinsen Mündelkonten		12.596,56 €
Lenoir-Stiftung		2.955.000,00 €
Stiftung Brückner Kühner		1.860.000,00 €
Kassenkredite		333.059.865,63 €
Summe		<u>337.887.462,19 €</u>
4.3 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		1.268.000,00 €
4.4 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüsse sowie Investitionsbeiträge		11.223.183,31 €
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		7.845.255,91 €
4.6 Verbindlichkeiten aus Steuern		770.513,01 €

4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

174.269,80 €

4.8 Sonstige Verbindlichkeiten **Summe** **47.491.668,79 €**

Erhaltene Anzahlungen	11.931.820,65 €
Verbindlichkeiten Kaufgelder Liegenschaftsamt	15.297,40 €
Abgeltung Kirchenbaulast	1.716.260,00 €
Sonstiges	2.486.596,41 €
Summe	<u>16.149.974,46 €</u>

Verwahrgelder

Verbindlichkeiten aus Verwahrungen **31.341.694,33 €**

In den Verwahrgeldern sind Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen „Kasseler Entwässerungsbetrieb - Eigenbetrieb“ in Höhe von 17.094.072,90 € und 7.692.894,40 € seit 2006 angesammelte Versorgungsrücklage nach dem Hessischen Versorgungsrücklagengesetz enthalten (siehe hierzu auch Aktiva Pos. 1.3.1) und Anlage 6 zum Jahresabschluss, Übersicht über fremde Finanzmittel (Vorschüsse und Verwahrungen).

Die Gesamtverbindlichkeiten erhöhten sich im Jahre 2010 um **38.600.890,52 €**. Dies beruht insbesondere auf der Einbuchung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Land aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP). Siehe hierzu auch unter Aktiva –Forderungen-, diese erhöhen sich ebenfalls.

5. Passive Rechnungsabgrenzung **35.608,55 €**

Nachrichtlich:

Eventualverbindlichkeiten (Bürgschaften) **100.268.223,03 €**

III. Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung zum 31.12.2010

Das Haushaltsjahr 2010 schloss in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von **8.941.436,63 €** ab.

Dieser setzt sich zusammen aus:

a) einem Verlust des ordentlichen Ergebnisses 2010 i.H.v. 12.212.486,95 €

und

b) einem Überschuss beim außerordentlichen Ergebnis 2010 i.H.v. 3.271.050,32 €.

Nach § 114 b (4) HGO gilt der Ergebnishaushalt als ausgeglichen, wenn das „ordentliche Ergebnis“ keinen Fehlbetrag ausweist. Somit ist im Haushaltsjahr 2010 kein ausgeglichener Haushalt erreicht worden. Zum Ausgleich des Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis sind ausreichend Mittel aus Rücklagen der guten Jahresergebnisse 2007 und 2008 vorhanden.

Verwendung des Jahresergebnisses zum 31.12.2010

Das Ergebnis des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 ist wie folgt nachgewiesen:

ordentliches Ergebnis 2010	Verlust i. H. v.	- 12.212.486,95 €
außerordentliches Ergebnis 2010	Überschuss i. H. v.	<u>+ 3.271.050,32 €</u>
Gesamtergebnis 2010	Verlust	- 8.941.436,63 €

Die Regelung des § 24 GemHVO-Doppik zum Haushaltsausgleich stellt auf das ordentliche Ergebnis des Gesamtergebnishaushalts bzw. der Gesamtergebnisrechnung ab. In den Haushaltsjahren 2007 und 2008, in denen ein Haushaltsausgleich mit hohen Überschüssen erreicht werden konnte, wurden gemäß § 23 GemHVO-Doppik entsprechende **Rücklagen** gebildet.

Der Verlust 2010 kann somit durch Entnahme bzw. Verrechnung mit den Rücklagen ausgeglichen werden.

Entnahme von Rücklagen

Die Gemeinde hat gemäß § 23 (1) GemHVO-Doppik eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und eine Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zu bilden. Weitere Rücklagen sind zulässig.

Stand der Rücklagen aus Überschüssen der Vorjahre:

- aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	22.658.745,38 €
- aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	<u>16.176.741,88 €</u>
Stand zum 31.12.2010	<u>38.835.487,26 €</u>

Übersteigt der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen den Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Fehlbedarf), sind nach § 24 (2) GemHVO-Doppik Mittel aus der aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gebildeten Rücklage zum Haushaltshaushausgleich zu verwenden.

Für das außerordentliche Ergebnis ist eine Zuführung zu den Rücklagen vorzunehmen.

Demnach ist für das Rechnungsjahr 2010 folgendes zu veranlassen:

1. Aus den „Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses“ sind 12.212.486,95 € zu entnehmen um den Verlust des ordentlichen Ergebnisses 2010 zu decken, bzw. auszugleichen,
2. Das außerordentliche Ergebnis i. H. v. 3.271.050,32 € ist vollständig den „Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses“ zuzuführen.

Gemäß Nummer 5 der Verwaltungsvorschriften zu § 24 GemHVO-Doppik sind Rücklagenbuchungen zur Ergebnisverwendung in dem auf den jeweiligen Jahresabschluss folgenden Haushaltsjahr nach der Jahresabschlussaufstellung durch den Gemeindevorstand (§ 114s (1) und (9) HGO) durchzuführen, also zum **01.01.2011**.

Entwicklung / Stand der Rest - Rücklagen zum 01.01.2011:

aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	22.658.745,38 €
Entnahme ordentliches Ergebnis 2010	<u>- 12.212.486,95 €</u>
Restbestand ordentliche Rücklage	10.446.258,43 €
aus Überschüssen des a. o. Ergebnisses	16.176.741,88 €
Zuführung außerordentliches Ergebnis 2010	<u>+ 3.271.050,32 €</u>
Neubestand außerordentliche Rücklage	19.447.792,20 €
Restbestand der Gesamtrücklagen zum 01.01.2011	29.894.050,63 €

Hinweis:

Mit der Bildung von Rücklagen aus Haushaltsüberschüssen in wirtschaftlich guten Jahren und die Inanspruchnahme zum Ausgleich von Haushaltsdefiziten in konjunkturell schlechten Jahren wird, nach dem Gesetz zur Stabilisierung und Förderung der Wirtschaft (Stabilitätsgesetz), einer „antizyklischen Haushaltspolitik“ Rechnung getragen.

Ergebnisentwicklung / Jahresvergleich

Das Ergebnis fällt im Vergleich zum Vorjahr um ca. 2,1 Mio. € besser aus (2009: 11,0 Mio. €). Eine Erhöhung bei den Aufwendungen in Höhe von 14,3 Mio. € konnte durch Steigerungen im Ertragsbereich um 16,4 Mio. € mehr als kompensiert werden.

Gegenüber dem Planansätzen 2010¹, die unter Berücksichtigung der Haushaltsreste 2009 sowie der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen insgesamt ein Defizit von rund 74,0 Mio. € vorsahen, ergab sich eine deutliche Verbesserung von 65 Mio. €. Verbesserungen bei den Erträgen in Höhe von 62,3 Mio. € stehen Verbesserungen bei den Aufwendungen in Höhe von 2,7 Mio. € gegenüber.

Übersicht Gesamterträge/- aufwendungen

Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
				↑	↑
Gesamterträge	-624.778.655,24	-578.869.815,64	-641.147.338,10	-16.368.682,86	-62.277.522,46
Gesamtaufwendungen	635.797.507,29	652.832.850,42	650.088.774,73	14.291.267,44	-2.744.075,69
Fehlbedarf / Überschuss	11.018.852,05	73.963.034,78	8.941.436,63	-2.077.415,42	-65.021.598,15

¹ **Anmerkung:** In den Planansätzen sind neben den aus dem Jahr 2009 übertragenen Haushaltsresten in Höhe von 2.615.028,75 € auch die ab dem 1. Januar 2010 eingetretenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen (ÜPL/APL) in Höhe von 2.373.282,64 €, sowie ggf. Haushaltssperren berücksichtigt.

Berechnung des Planansatzes: Ansatz lt. Haushaltsplan 2010 (+ Haushaltsrest aus 2009 + ÜPL/APL 2010 abzgl. Sperren)

Daher stimmen die im Rechenschaftsbericht 2010 aufgeführten Planzahlen unter Umständen nicht mit den Planzahlen des Haushaltsplanes 2010 überein!

Entwicklung der Ertragspositionen

Wesentliche Positionen der Ertragsseite sind:

- Steuern, darunter Gewerbesteuer und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
(ca. 43 % der Gesamterträge)
- Zuweisungen und Zuschüsse von Dritten, darunter vor allem Schlüsselzuweisungen
(ca. 19 % der Gesamterträge)
- Öffentlich-rechtliche und private Leistungsentgelte
(ca. 15 % der Gesamterträge)

Übersicht der einzelnen Ertragspositionen

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.829.464,30	-2.674.090,00	-2.688.708,90	140.755,40	-14.618,90
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-86.693.601,82	-93.174.570,00	-95.671.790,08	-8.978.188,26	-2.497.220,08
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-38.849.423,47	-28.677.550,00	-38.628.473,75	220.949,72	-9.950.923,75
4	Bestandsveränderungen und andere akt. Eigenleistungen			-18.460,03	-18.460,03	-18.460,03
5	Steuern, steuerähnliche Erträge, Erträge aus Umlagen	-236.232.735,80	-230.513.000,00	-274.102.344,22	-37.869.608,42	-43.589.344,22
6	Erträge aus Transferleistungen	-29.968.355,18	-32.327.420,00	-31.723.036,88	-1.754.681,70	604.383,12
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke, allgemeine Umlagen	-163.583.394,54	-124.190.526,83	-123.693.864,29	39.889.530,25	496.662,54
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Beiträgen	-24.982.252,15	-27.691.130,00	-24.051.011,19	931.240,96	3.640.118,81
9	Sonstige ordentliche Erträge	-31.856.505,59	-33.507.553,81	-40.443.689,28	-8.587.183,69	-6.936.135,47
10	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 - 9)	-614.995.732,85	-572.755.840,64	-631.021.378,62	-16.025.645,77	-58.265.537,98
11	Finanzerträge	-7.861.128,04	-4.656.740,00	-6.102.935,40	1.758.192,64	-1.446.195,40
12	Außerordentliche Erträge	-1.921.794,35	-1.457.235,00	-4.023.024,08	-2.101.229,73	-2.565.789,08
13	Erträge der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	Summe der gesamten Erträge (Pos. 10 - 13)	-624.778.655,24	-578.869.815,64	-641.147.338,10	-16.368.682,86	-62.277.522,46

Die wesentlichen Abweichungen zu den einzelnen Ertragspositionen im Jahresvergleich stellen sich wie folgt dar:

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.829.464,30	-2.674.090,00	-2.688.708,90	140.755,40	-14.618,90
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-86.693.601,82	-93.174.570,00	-95.671.790,08	-8.978.188,26	-2.497.220,08

Die **privaten Leistungsentgelte (Pos. 1)** befinden sich mit rd. 2,7 Mio. € ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres (2009: 2,8 Mio. €). Ausschlaggebend für die leichte Verschlechterung sind leichte Rückgänge bei den Miet- und Mietnebenenträgen.

Die **öffentlich-rechtlichen (Pos. 2) Leistungsentgelte** haben sich hingegen deutlich verbessert. Sie konnten von 86,7 Mio. € im Jahr 2009 um 9,0 Mio. € auf 95,7 Mio. € zulegen.

Ertragsminderungen bei den öffentlich-rechtlichen Verwaltungsgebühren um 0,1 Mio. € (von rd. 8,7 Mio. € im Vorjahr auf rd. 8,6 Mio. € in 2010) konnten durch Verbesserungen bei den Gebühren für Abfall- und Abwasserbeseitigung und durch Verbesserungen bei den Verpflegungs- und Erziehungsentgelten sowie durch erhöhte Buß- und Verwargelder mehr als kompensiert werden.

Die Mehrerträge bei der Abfallbeseitigung in Höhe von mehr als 7,6 Mio. € resultieren aus einer Änderung der Gebührenordnung zum 01.10.2010. Nachdem die Gebühren in 2009 gesenkt wurden, mussten sie in 2010 wieder angehoben werden. Die Erträge aus Abwassergebühren sind stets schwankend, da der tatsächliche Wasserverbrauch der Nutzer maßgeblich für die Höhe der Erträge ist. Die vereinnahmten Beträge aus Abfall und Abwasser werden allerdings direkt an die Eigenbetriebe „Die Stadtreiniger“ und „Kasseler Entwässerungsbetrieb“ weitergeleitet (siehe auch Aufwandsposition 3). Die Änderung der Gebührenordnung im Bereich der Abfallbeseitigung wirkt sich zudem unmittelbar auf die städtischen Aufwendungen aus. Für städtische Gebäude sind ebenfalls höhere Gebühren zu entrichten.

Die Erhöhung bei den Verpflegungs- und Benutzungsentgelten lässt sich mit einer erhöhten Ausgabe von Mittagessen erklären, die durch den Ausbau des Ganztags-schulbetriebs und der Ganztagskinderbetreuung bedingt ist.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-38.849.423,47	-28.677.550,00	-38.628.473,75	220.949,72	-9.950.923,75

Die **Kostensersatzleistungen und -erstattungen (Pos. 3)** bewegen sich mit 38,6 Mio. € in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (38,8 Mio. €). Die Zinserstattungen der Eigenbetriebe, als größter Posten in diesem Bereich, sind von 9,8 Mio. € auf

9,5 Mio. € gesunken. Ausschlaggebend für den Rückgang sind Umschuldungen der aufgenommenen Kredite. Durch das niedrigere Zinsniveau können Kostenersparnisse im Aufwandsbereich erzielt werden (siehe Aufwandsposition 10), die entsprechend niedrigere Erstattungen zur Folge haben.

Die Personalkostenerstattungen durch den Bund, überwiegend für Mitarbeiter/-innen der Stadt Kassel, die originäre Aufgaben des Jobcenters Kassel bei der Umsetzung des SGB II übernehmen, in Höhe von 6,7 Mio. € sind konstant geblieben. Die Erstattungen des Landkreises, u. a. für die städt. Förderschulen, Ausländerbehörde und Gesundheitsamt, sind mit rd. 3,4 Mio. € gleichbleibend.

Die Gastschulbeiträge sind mit rd. 4,4 Mio. € leicht rückläufig. Ursache sind sinkende Schülerzahlen. Das Einwahlverhalten der künftigen Schüler/-innen kann seitens der Stadt nicht direkt beeinflusst werden, sondern nur mittelbar durch Gestaltung einer attraktiven Schullandschaft.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
5	Steuern, steuerähnliche Erträge, Erträge aus Umlagen	-236.232.735,80	-230.513.000,00	-274.102.344,22	-37.869.608,42	-43.589.344,22

Die **Erträge aus Steuern (Pos. 5)** sind mit rd. 274,1 Mio. € um rd. 37,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (rd. 230,5 Mio. €) erheblich gestiegen.

Die Ursache hierfür ist vor allem bei den Erträgen aus der Gewerbesteuer zu finden. Diese sind mit rd. 163,9 Mio. € (davon ca. 3,3 Mio. € aus abweichenden Fälligkeiten) deutlich gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres (rd. 123,9 Mio. €) gestiegen und liegen auch über dem Planansatz (rd. 120,0 Mio. €). Das Jahr 2010 konnte das Jahr mit den bisher besten Gewerbesteuererträgen in Höhe von 143 Millionen Euro - nämlich 2008 - noch einmal übertreffen. Dieser Erfolg ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise außerordentlich erfreulich und zeigt die umsichtige Gewerbeentwicklung der Stadt in den vergangenen Jahren. Die starken Unternehmen der Stadt reagieren nur unterdurchschnittlich konjunkturabhängig und der Bankensektor, der besonders unter der Krise leidet, spielt in Kassel nur eine untergeordnete Rolle.

Ganz anders verhält es sich mit dem Gesamtaufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Dieses ist mit rd. 57,2 Mio. € gegenüber dem Ergebnis des Vorjahres (rd. 60,9 Mio. €) um weitere rd. 3,7 Mio. € gesunken. Der Rückgang ist mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und dem damit einhergehenden deutschlandweiten Rückgang am Gesamtaufkommen der Lohn- und Einkommensteuer zu erklären. Belastend wirken sich vor allem die gewinnabhängigen Einkommensteuerelemente aus. Die kommunalen Einkommensteueranteile enthalten einen Anteil an der Abgeltungssteuer, der angesichts der Gewinnkompression besonders rückläufig ist. Die Stadt erhält nicht die tatsächlich bei ihr entstandenen Einkommensteueranteile, sondern

nur einen alle drei Jahre Neuberechneten quotalen Anteil am Gesamtsteueraufkommen des Landes.

Daher spiegelt sich hier die gesamtwirtschaftliche Lage des Landes wieder; lokale Veränderungen nur mittelbar.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
6	Erträge aus Transferleistungen	-29.968.355,18	-32.327.420,00	-31.723.036,88	-1.754.681,70	604.383,12

Die **Erträge aus Transferleistungen (Pos. 6)** liegen mit rd. 31,7 Mio. € etwa 1,7 Mio. € über dem Vorjahr (rd. 30,0 Mio. €). Allerdings wird die Ausgleichszahlung für den Familienleistungsausgleich in Höhe von 4,2 Mio. € ab 2010 erstmals im Transferleistungsbereich gebucht. In 2009 wurden diese Erträge aus dem Finanzausgleich als Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse (siehe Pos. 7) berücksichtigt. Wird der Familienleistungsausgleich ausgeklammert, ergibt sich eine Verschlechterung bei den Erträgen aus Transferleistungen in Höhe von rd. 2,5 Mio. €.

Dies ist hauptsächlich durch Rückgang der Kostenbeteiligung des Bundes an den kommunalen Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung von 13,7 Mio. € auf 11,2 Mio. € begründet. Ausschlaggebend sind weniger Leistungsempfänger im SGB II-Bereich. Die Erstattungen stehen in direkter Verbindung zu den Aufwendungen für Unterkunft, Heizung und Warmwasser (siehe auch Aufwandsposition 7). Diese sind ebenfalls gesunken. Je geringer die Aufwendungen, desto niedriger fällt auch die Bundesbeteiligung aus.

Die Kostenerstattungen von Rententrägern und Krankenkassen für die Unterbringung in Pflegeeinrichtungen im Rahmen der Hilfe zur Pflege sind ebenfalls rückläufig. Die Mindererträge beruhen auf einer Umstellung des Berechnungssystems für Kosten für Pflegeheime. Bis 2009 wurden die Kosten nach einem Bruttosystem gezahlt. Dies bedeutet, dass die Heimkosten in voller Höhe an die Pflegeheime ausbezahlt und die Renten der Leistungsempfänger an die Stadt Kassel erstattet wurden. In 2010 wurde auf das Nettosystem umgestellt, Heimkosten wurden also unter Anrechnung der Rentenleistung gezahlt. Somit kommt es zu weniger Erstattungen durch den Rententräger. Die Erstattungen werden künftig noch weiter zurückgehen, da das Nettosystem nur bei Neufällen angewandt wurde. Die Abrechnung der Leistungsempfänger nach dem Bruttosystem endet erst bei einem Heimwechsel oder bei Tod.

Im Jugendbereich sind die Erstattungen durch andere Jugendhilfeträger für Leistungen nach der Erziehungshilfe, die durch die Stadt als vorläufig verpflichteten örtlichen Jugendhilfeträger vorgenommen wurden, sowie Unterhaltszahlungen gestiegen.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke, allgemeine Umlagen	-163.583.394,54	-124.190.526,83	-123.693.864,29	39.889.530,25	496.662,54

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse (Pos. 7)** sind mit rd. 123,7 Mio. € um rd. 39,9 Mio. € erheblich gegenüber dem Vorjahr (rd. 163,6 Mio. €) gesunken.

Ausschlaggebend ist ein drastischer Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen (rd. 33,8 Mio. € weniger). In 2009 betrug die Gesamtschlüsselmasse für die Allgemeinen Finanzaufweisungen noch ca. 1,823 Mrd. €. Deutlich abweichend von den bisherigen Regelungen reduzierte das Land Hessen in 2010 die Gesamtschlüsselmasse um 360 Mio. €. Zusammen mit sinkenden Steuererträgen aufgrund der Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise reduzierte sich die Schlüsselmasse um einen Betrag von insgesamt rd. 450 Mio. € auf 1,376 Mrd. € für das Jahr 2010. Der für die kreisfreien Städte zur Verfügung stehende Topf (ca. 20 % der Schlüsselmasse) reduzierte sich entsprechend von 366,3 Mio. € auf 276 Mio. €. Darüber hinaus macht sich bei den Schlüsselzuweisungen die gute Gewerbesteuerentwicklung der Stadt negativ bemerkbar. Dadurch, dass die Gewerbesteuer im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten überproportional gestiegen ist, steigt die für den Finanzausgleich relevante Steuerkraftmesszahl. Dies führt wiederum dazu, dass der Anteil der Schlüsselzuweisungen für Kassel sinkt. Allein die geänderte Steuerkraftmesszahl führt zu einer Verschlechterung von ca. 10 Mio. €.

Weiterhin führt eine einmalige Zuweisung aus dem Landesausgleichsstock (6,0 Mio. €) für das Jahr 2006, die in 2009 ertragswirksam gebucht wurde, nun zu einer Verschlechterung im Vergleich zu den Vorjahreswerten. Ob künftig Zahlungen aus dem Landesausgleichsstock zu erwarten sind, ist durch das Land noch nicht endgültig geprüft. Einnahmen aus dem Familienleistungsausgleich in Höhe von 4,2 Mio. € werden ab 2010 den Erträgen aus Transferleistungen zugeordnet (siehe auch Pos. 6).

Demgegenüber stehen Verbesserungen bei der Gewinnausschüttung der Kasseler Sparkasse (+ 1,9 Mio. €), eine erhöhte Zuweisung der Grunderwerbsteuer (+ 1,0 Mio. €) und erhöhte Zuwendungen für den Kindertagesstättenbereich. Nachdem die Sparkasse in 2008 bereits einen für 2009 vorgesehenen Teilbetrag ausgeschüttet hatte, was zu einer Reduzierung in 2009 führte, erfolgt die Ausschüttung in 2010 periodengerecht. Die Gewinnausschüttung wird regelmäßig gemeinnützigen Zwecken im Bereich des Jugendamtes zugeführt. Dies führt wiederum zu Mehrerträgen in diesem Bereich in gleicher Höhe (siehe auch Pos. 9), aber auch zu Mehraufwendungen (siehe Aufwandsposition 5). Saldiert verbleibt eine Ertragsverbesserung von 1,9 Mio. €. Das erhöhte Grunderwerbsteueraufkommen ist mit steigenden Aktivitäten auf dem städtischen Immobilienmarkt zu erklären. Die erhöhten Zuwendungen für die Kindertagesstätten sind auf den Ausbau der Betreuungsangebote insbesondere im u3 Bereich zurückzuführen.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Beiträgen	-24.982.252,15	-27.691.130,00	-24.051.011,19	931.240,96	3.640.118,81

Die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Beiträgen (Pos. 8)** sind mit rd. 24,1 Mio. € um ca. 0,9 Mio. € gesunken (2009: 25,0 Mio. €).

Die Rückgänge sind allesamt bei den städtischen Straßen zu verzeichnen. Bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz wurden die Straßen entsprechend des tatsächlichen Straßenzustandes in 6 Kategorien eingeteilt, nach derer sich die maßgebliche Restnutzungsdauer richtet. Straßen der schlechtesten Kategorie wurden mit 0,- € erfasst; Straßen der 2. schlechtesten Kategorie wurden in 2009 letztmalig abgeschrieben. Analog erfolgte auch die Einteilung der dazugehörigen Sonderposten (historische Zuschüsse von Dritten für den städtischen Straßenbau), so dass nun sowohl bei den Abschreibungen (siehe Aufwandsposition 4) als auch bei der Auflösung der Sonderposten ein Rückgang festzustellen ist.

Eine Kompensation erfolgt teilweise durch erhöhte Sonderpostenaufösungen aufgrund der Konjunkturprogramme von Bund und Land (siehe auch Ziffer 5.5.3). Sowohl der Tilgungsanteil des Landes an den aufgenommenen Krediten als auch die Bundesmittel wurden als Sonderposten eingebucht und werden analog der angeschafften/hergestellten Vermögensgegenstände aufgelöst. In 2010 wurden bereits einzelne Gebäude fertiggestellt, so dass die Auflösung der Sonderposten beginnt.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
9	Sonstige ordentliche Erträge	-31.856.505,59	-33.507.553,81	-40.443.689,28	-8.587.183,69	-6.936.135,47

Bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen (Pos. 9)** konnte mit 40,4 Mio. € eine Verbesserung um rd. 8,6 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (rd. 31,9 Mio. €) verzeichnet werden. Ausschlaggebend hierfür sind vor allem Steigerungen bei den inneren Verrechnungen in Höhe von über 4 Mio. €, insbesondere im Bereich der Verwaltungs-kostenanteile und des Regenwassers.

Des Weiteren sind zum einen die Rückstellungsaufösungen von rd. 2,0 Mio. € auf 4,1 Mio. € gestiegen, andererseits konnten die Konzessionsabgaben von 12,8 Mio. € auf 13,3 Mio. € erhöht werden.

Die signifikanteste Erhöhung bei den Rückstellungsaufösungen ist bei den Pensionsrückstellungen zu verzeichnen. Um eine Aussage über die Rückstellungsentwick-

lung treffen zu können, müssen neben den Auflösungen auch die Zuführungen berücksichtigt werden. Sowohl die Pensions- als auch die Beihilferückstellungen wurden, saldiert betrachtet, ein wenig abgeschmolzen, da ein leicht geänderter Personenbestand berücksichtigt werden muss. Bei den Altersteilzeitrückstellungen wurde allerdings mehr zugeführt als aufgelöst. Ursache ist eine erhebliche Steigerung der Altersteilzeitfälle im Beschäftigtenbereich in 2009. Ab dem Jahr 2010 wird die Altersteilzeit nur noch dann staatlich bezuschusst, wenn sie vor diesem Zeitpunkt begonnen wurde. Daher beantragten gegen Ende des Jahres 2009 überproportional viele Beschäftigte Altersteilzeit. Die im Laufe des Jahres 2009 abgeschlossenen Anträge wirken sich in 2010 betragsmäßig auf das komplette Jahr aus.

Ursache für die Erhöhung bei den Konzessionsabgaben sind Veränderungen bei der Konzessionsabgabe der Städtischen Werke Netz + Service GmbH. Die Berechnung erfolgt auf der Basis der Konzessionsabgabenverordnung (KAV) und der jeweiligen Konzessionsverträge. Die Höhe ist abhängig von der Einwohnerzahl, von den jeweiligen Arten der Netzspannung (Niederspannung/Mittelspannung) und der Verbrauchsstruktur (Tarifkunden/Sondervertragskunden). Daher variiert dieser Betrag jährlich und führt je nach Art und Umfang der Verbräuche zu entsprechenden Schwankungen.

Die Fehlbelegungsabgabe ist von 0,5 Mio. € auf 0,4 Mio. € gesunken. Sie ist von Mietern von Sozialwohnungen zu entrichten, die an sich aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse keinen Anspruch mehr auf eine Sozialwohnung haben.

Die Weiterleitung der Gewinnausschüttung der Kasseler Sparkasse (siehe Pos. 7) führt zudem zu einer Erhöhung von 1,9 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
11	Finanzerträge	-7.861.128,04	-4.656.740,00	-6.102.935,40	1.758.192,64	-1.446.195,40

Die **Finanzerträge (Pos. 11)** sind von 7,9 Mio. € im Vorjahr auf 6,1 Mio. € gesunken. Hauptursache ist ein Rückgang bei den Erträgen aus der Verzinsung von Steuernachforderungen nach § 233 a der Abgabenordnung (AO). Zudem sind Erträge aus Swapgeschäften gesunken.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
12	Außerordentliche Erträge	-1.921.794,35	-1.457.235,00	-4.023.024,08	-2.101.229,73	-2.565.789,08

Die **Außerordentlichen Erträge (Pos. 12)** in Höhe von rd. 4,0 Mio. € sind im Wesentlichen begründet durch Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken.

Im Segment der städtischen Wohnbaugrundstücke hat sich die Nachfrage gegenüber dem Vorjahr wieder stabilisiert. Dies dokumentiert sich in zahlreichen Bauplatzverkäufen im Bereich Ihringshäuser Straße/E.T.A.-Hoffmann-Straße sowie des Baugebietes Triftweg/Dessenborn und Philosophenweg. Insbesondere die Diskussion über eine mögliche Nordspange sowie der damit verbundenen Planungsunsicherheit für Interessenten dieses Baugebietes hatte in 2009 zu einem spürbaren Nachfragerückgang geführt. Bei städtischen Gewerbegrundstücken haben die konjunkturellen Rahmenbedingungen und die damit einhergehenden nicht absehbaren Entwicklungen auf dem Finanzmarkt zu einer erhöhten Nachfrage geführt. Infolgedessen konnten verschiedene gewerbliche Flächen in unterschiedlichen Einzellagen (z.B. Waldau/Auf der Feldbach, Mündener Straße) früher als erwartet vermarktet werden. Insgesamt konnten so beim Grundstücksverkauf deutliche Mehrerträge im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Zudem wurde ein einmaliger Betrag in Höhe von rd. 280.000 € aufgrund einer Nachberechnung der Spielbankabgabe 2009 sowie für den Bereich des Müllheizkraftwerkes in Höhe von 250.000 € außerordentlich gebucht. Weitere rd. 200.000 € ergeben sich aus der außerordentlichen Auflösung von Sonderposten im Rahmen der Konjunkturprogramme von Bund und Land (siehe auch Ziffer 5.5.3).

Entwicklung der Aufwandspositionen

Wesentliche Positionen der Aufwandsseite sind:

- Transferaufwendungen, darunter der Bereich der Sozialen Hilfe, Erzieherische Hilfen und die Tagesbetreuung von Kindern (ca. 25 % der Gesamtaufwendungen)
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, darunter Grundbesitzabgaben für städtische Gebäude, Mieten und Energiekosten (ca. 22 % der Gesamtaufwendungen)
- Personalaufwendungen (ca. 19 % der Gesamtaufwendungen)

Übersicht der einzelnen Aufwandspositionen

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
1	Personalaufwendungen	119.296.775,78	122.896.540,00	124.589.919,47	5.293.143,69	1.693.379,47
2	Versorgungsaufwendungen	38.004.730,69	26.868.770,00	21.787.209,22	-16.217.521,47	-5.081.560,78
3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.917.871,76	142.933.813,36	143.576.234,51	15.658.362,75	642.421,15
4	Abschreibungen	44.259.666,97	47.523.651,00	45.155.445,39	895.778,42	-2.368.205,61
5	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen	41.069.479,94	43.764.272,72	44.450.487,73	3.381.007,79	686.215,01
6	Steueraufwendungen, Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	56.675.868,98	59.084.720,00	68.381.919,24	11.706.050,26	9.297.199,24
7	Transferaufwendungen	167.694.165,59	173.501.048,34	162.938.345,87	-4.755.819,72	-10.562.702,47
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.898.310,77	7.728.035,00	5.416.101,73	517.790,96	-2.311.933,27
9	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 1 - 8)	599.816.870,48	624.300.850,42	616.295.663,16	16.478.792,68	-8.005.187,26
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.260.079,75	28.032.000,00	33.041.137,81	-1.218.941,94	5.009.137,81
11	Außerordentliche Aufwendungen	1.720.557,06	500.000,00	751.973,76	-968.583,30	251.973,76
12	Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Summe der gesamten Aufwendungen (Pos. 9 - 12)	635.797.507,29	652.832.850,42	650.088.774,73	14.291.267,44	-2.744.075,69

Die ordentlichen Aufwendungen (Pos. 9) sind leicht gegenüber dem Vorjahr gestiegen (Erhöhung um 2,8 %). Aufwandsverbesserungen sind dagegen bei den Finanzaufwendungen (Pos. 10) und den außerordentlichen Aufwendungen (Pos. 11) erreicht worden.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
1	Personalaufwendungen	119.296.775,78	122.896.540,00	124.589.919,47	5.293.143,69	1.693.379,47

Die **Personalaufwendungen (Pos. 1)** befinden sich mit rd. 124,6 Mio. € um 5,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau (rd. 119,3 Mio. €). Im Vergleich zu den Planwerten sind sie um rd. 1,7 Mio. € gestiegen. Kostensteigernd wirkten sich in erster Linie Tarif- und Besoldungserhöhungen von 1,2 %, die am 01.01.2010 wirksam wurden, aus. Zudem wurden 29 neue Stellen im Jugendbereich, 8 neue Stellen im technischen Bereich und 6 neue Stellen für das städtische Servicecenter (siehe auch Ziffer 6.1 des Rechenschaftsberichtes) eingerichtet.

Außerdem sind die Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersteilzeit von 1,6 Mio. € auf 3,1 Mio. € gestiegen. Ursache ist eine erhebliche Steigerung der Altersteilzeitfälle in 2009. Ab dem Jahr 2010 wird die Altersteilzeit nur noch dann staat-

lich bezuschusst, wenn sie vor diesem Zeitpunkt begonnen wurde. Daher beantragten gegen Ende des Jahres 2009 überproportional viele Beschäftigte Altersteilzeit. Die im Laufe des Jahres 2009 abgeschlossenen Anträge wirken sich in 2010 betragsmäßig auf das komplette Jahr aus.

Die Steigerung gegenüber dem Planansatz lässt sich durch nicht geplante Rückstellungszuführungen erklären, z. B. im Bereich der Altersteilzeit.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
2	Versorgungsaufwendungen	38.004.730,69	26.868.770,00	21.787.209,22	-16.217.521,47	-5.081.560,78

Die **Versorgungsaufwendungen (Pos. 2)** sind mit rd. 21,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (rd. 38,0 Mio. €) erheblich gesunken. Sowohl die Zuführungen zu den Pensions- als auch zu den Beihilferückstellungen wurden im Vergleich zum Vorjahr vermindert, da ein leicht geänderter Personenbestand berücksichtigt werden muss (zur Rückstellungsentwicklung siehe auch: Anhang, Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen/ Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva 3.1 Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen/ Rechenschafts- und Lagebericht, 5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung, Rückstellungen).

Die zahlungswirksamen Versorgungsaufwendungen für Beamte bewegen sich mit 18,2 Mio. € ungefähr auf dem Vorjahresniveau (rd. 18,3 Mio. € im Jahr 2009). Ein leicht veränderter Personenbestand gleicht die Besoldungserhöhung um 1,2 % (siehe Pos. 1) mehr als aus.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.917.871,76	142.933.813,36	143.576.234,51	15.658.362,75	642.421,15

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 3)** bewegen sich mit rd. 143,6 Mio. € erheblich über dem Vorjahresniveau (rd. 127,9 Mio. €). Die größten Posten innerhalb der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen sind die Gebührens-zahlungen für Schmutz- und Regenwasser, die sich mit rd. 33,1 Mio. € auf dem Vorjahresniveau bewegen, sowie die Gebührens-zahlungen für Straßenreinigung und Abfallbeseitigung an die Stadtreiniger, die im gleichen Zeitraum von 23,3 Mio. € auf 33,1 Mio. € gestiegen sind. Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um die Weiterleitung von Gebühren an städtische Eigenbetriebe (siehe auch Ertragsposition 2). Die Steigerung der Gebührens-zahlungen an die Stadtreiniger (Straßenreinigung und Abfall) resultieren aus einer Änderung der Gebührenordnung zum 01.10.2010.

Nachdem die Gebühren in 2009 gesenkt wurden, wurden sie in 2010 wieder angehoben (siehe hierzu auch Pos. 2 der Erträge).

Der städtische Eigenanteil an der Regenwassergebühr für die Entwässerung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege und Plätze beträgt 37 % des Gesamtaufwandes. Im laufenden Haushaltsjahr werden Abschlagszahlungen aufgrund der Planungen im Wirtschaftsplan geleistet. Nach Vorlage der Jahresabschlusszahlungen erfolgt eine Spitzabrechnung. Die Höhe der Zahlung wird wesentlich durch die getätigten Investitionen beeinflusst. Hierdurch ergeben sich Nachzahlungen oder Überzahlungen, die erst im nächsten Jahr verrechnet werden können. Dies führt zu unterschiedlichen Belastungen im Jahresergebnis. Das tatsächliche Ergebnis lag in 2009 bei 4,32 Mio. € und 2010 bei 4,23 Mio. €.

Die Gebühren für Straßenreinigung und Abfallbeseitigung für städtische Grundstücke und Einrichtungen liegen mit rd. 1,4 Mio. € auf Vorjahresniveau.

Die Miet- und Pacht aufwendungen sowie Grundbesitzabgaben sind mit 5,2 Mio. € um rd. 0,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (4,5 Mio. €) gestiegen. Grund hierfür sind u.a. gestiegene Mieten für Gebäude, höhere Mietnebenkosten sowie gestiegene Grundbesitzabgaben.

Die Aufwendungen für die Unterhaltung von Gebäuden und Infrastrukturvermögen (Straßen, Parkeinrichtungen etc.) sind um 0,8 Mio. € auf 11,6 Mio. € gesunken. Ausschlaggebend hierfür sind geringere Aufwendungen bei der Gebäudeunterhaltung. Die Energiekosten liegen mit rd. 6,0 Mio. € ebenfalls unter dem Niveau von 2009 (rd. 6,2 Mio. €), sind jedoch knapp über dem Planansatz.

Die Reinigungskosten liegen mit rd. 4,7 Mio. € rd. 0,3 Mio. € über dem Rechnungsergebnis 2009. Als Grund ist die Verlagerung der Reinigung zu externen Kräften anzuführen. Dies führt im Gegenzug zu Personalkosteneinsparungen im städtischen Haushalt. Der Planansatz berücksichtigte diese Entwicklung und wurde dabei lediglich um ca. 30 T€ überzogen.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
4	Abschreibungen	44.259.666,97	47.523.651,00	45.155.445,39	895.778,42	-2.368.205,61

Die **ordentlichen Abschreibungen (Pos. 4)** sind mit 45,2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. € (2009: 44,3 Mio. €) gestiegen. Das Planergebnis 2010 wurde um 2,4 Mio. € unterboten. Abschreibungen drücken die Wertminderungen des städtischen Anlagevermögens aus. Ausschlaggebend für die Erhöhung sind Abschreibungen von Geringwertigen Wirtschaftsgütern, die im Rahmen der Konjunkturprogramme von Bund und Land (siehe auch Rechenschaftsbericht Ziffer 5.5.3) ange-

schafft wurden. Außerdem erfolgten vermehrt Pauschalwertberichtigungen auf Forderungen aus Steuern und Abgaben.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
					↑	↑
5	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen	41.069.479,94	43.764.272,72	44.450.487,73	3.381.007,79	686.215,01

Im Bereich der **Zuschüsse und Zuwendungen (Pos. 5)** wurde mit rd. 44,5 Mio. € etwa 3,4 Mio. mehr aufgewandt als im Vorjahr (rd. 41,1 Mio. €). Ausschlaggebend hierfür ist allerdings hauptsächlich die Weiterleitung von Zuschüssen in Höhe von 3,1 Mio. €. Die Erhöhungen korrespondieren daher mit dem Ertragsbereich.

Nachdem die Gewinnausschüttung der Kasseler Sparkasse für 2009 größtenteils in 2008 ertragswirksam gebucht wurde, ist der Stadt diese in Höhe von 1,9 Mio. € in 2010 wieder periodengerecht zugewiesen worden. Die Gewinnausschüttung ist grundsätzlich sozialen Zwecken zuzuführen. Es erfolgt stets eine Weiterleitung der Mittel an das städtische Jugendamt, die sich hier mit 1,9 Mio. € niederschlagen. Die ertragswirksamen Buchungen sind bei den Ertragspositionen 7 und 9 erläutert.

Zudem wurden in 2010 rd. 600 T€ mehr Zuwendungen für die Förderung der u3 Betreuung an die Tagespflege und die freien Kindertagesstättenträger weitergeleitet (siehe auch Ertragsposition 7). Ursache ist der Ausbau dieses Bereiches. Durch die Ausweitung des Ganztags schulbetriebes in 2010 wurden 70 T€ mehr Zuschüsse an Fördervereine ausgezahlt als in 2009. Hierbei handelt es sich um weitergeleitete Landeszuschüsse zur Förderung ganztägig arbeitender Schulen, die sich ebenfalls im Ertragsbereich unter Pos. 7 positiv auswirken.

In 2010 wurden darüber hinaus höhere Landesmittel im Rahmen der Städtebauförderung (u. a. Soziale Stadt Wesertor und Nordstadt) an Dritte weitergeleitet. Eine entsprechende Gegenposition ist im Ergebnis der Ertragsposition 7 enthalten.

Die Zuführung zur Rückstellung für den Bäderzuschuss fällt 2010 im Vergleich zum Vorjahr dagegen um rd. 0,4 Mio. € geringer aus. Die Höhe des Bäderzuschusses richtet sich nach der Abrechnung der Städtischen Werke AG. Diese legt die tatsächlich entstandenen Betriebskosten zu Grunde, welche von der Stadt nicht beeinflusst werden können. Schwankungen lassen sich nicht vermeiden.

Der Zuschuss für das Müllheizkraftwerk (MHKW) erhöhte sich allerdings um rd. 300 T€. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof Kassel (Hess. VGH) hat am 27.04.1999 die Gebührenregelung der Satzung vom 23.03.1998 für nichtig erklärt. Nach der Begründung zu diesem Beschluss sind die nach dem Entsorgungsvertrag vom 12.09.1995 vom Eigenbetrieb zu zahlenden Verbrennungskosten nur im Verhältnis 90.000 t/a zu 150.000 t/a (Gesamtkapazität des Müllheizkraftwerkes) anzusetzen. Diese Festlegung des Hess. VGH ist Grundlage für die teilweise Übernahme der Kosten aus dem allgemeinen Haushalt der Stadt. Der von der Stadt zu zahlende

Betrag ist abhängig vom Gesamtergebnis der MHKW GmbH. Es erfolgt eine Aufteilung auf Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt. In 2009 wurde der Großteil aus investiven Mitteln (3.680.685,47 €) geleistet und nur rd. 230 T€ aus dem Ergebnishaushalt. In 2010 waren rd. 530 T€ aus dem Ergebnishaushalt und 3 Mio. € aus investiven Mitteln (siehe auch Ziffer 5.5.2) zu begleichen.

Der Betriebskostenzuschuss für das Staatstheater Kassel mit rd. 13,9 Mio. € hat sich gegenüber dem Vorjahr (rd. 13,7 Mio. €) leicht erhöht.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
6	Steueraufwendungen, Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	56.675.868,98	59.084.720,00	68.381.919,24	11.706.050,26	9.297.199,24

Die **Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen (Pos. 6)** sind von 56,7 Mio. € im Jahr 2009 auf 68,4 Mio. € gestiegen. Ausschlaggebender Faktor ist der Anstieg der Gewerbesteuerumlage von 18,1 Mio. € auf 27,5 Mio. €. Die Gewerbesteuerumlage wird auf Grundlage der Gewerbesteuer berechnet und von der Stadt an Bund und das Land Hessen abgeführt. Da die Stadt Kassel nach der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2010 wieder wesentlich höhere Gewerbesteuereinnahmen verzeichnen konnte, stieg auch die Gewerbesteuerumlage wieder an.

Als zweiter Faktor ist die LWV-Umlage zu nennen, die sich um rd. 2,4 Mio. € auf nunmehr rd. 35,0 Mio. € gesteigert hat. Dieser Trend setzt sich vermutlich in den nächsten Jahren fort, da die Zahl der behinderten Menschen kontinuierlich ansteigen wird, sich die Personalkosten in den Behinderteneinrichtungen, die der LWV finanziert, durch Tarifsteigerungen erhöhen und der Verband von seinen Trägern zusätzliche Aufgaben übernommen hat.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
7	Transferaufwendungen	167.694.165,59	173.501.048,34	162.938.345,87	-4.755.819,72	-10.562.702,47

Der Bereich der **Transferaufwendungen (Pos. 7)**, die größte Position auf der Aufwandsseite, ist mit rd. 162,9 Mio. € um 4,8 Mio. € (Vorjahr: rd. 167,7 Mio. €) gesunken und liegt mit rd. 10,6 Mio. € unter den Planwerten. Unter Transferaufwendungen fallen sowohl die Sozialleistungen als auch die Leistungen des städtischen Jugendamtes in Form von Erzieherischen Hilfen und die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/-pflege, die nun nochmals getrennt betrachtet werden.

Die Kosten für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. auf rd. 3,9 Mio. € gestiegen. In diesem Bereich gab es auch in 2010 einen Fallzahlenanstieg. Hauptursache ist die Gewährung von Renten auf Zeit wegen eingeschränkter Erwerbsfähigkeit. Die Kosten in diesem Bereich werden vermutlich auch weiterhin steigen, da ab 2011 vom Jobcenter keine Rentenversicherungsbeiträge mehr gezahlt werden und deswegen immer weniger Menschen Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente haben.

Die Kosten für Hilfe zur Pflege in Einrichtungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,6 Mio. € gesunken. Dies liegt an einer Umstellung des Berechnungssystems für Kosten für Pflegeheime. Bis 2009 wurden die Kosten nach einem Bruttosystem gezahlt. Dies bedeutet, dass die Heimkosten in voller Höhe an die Pflegeheime ausbezahlt und die Renten der Leistungsempfänger an die Stadt Kassel erstattet wurden. In 2010 wurde auf das Nettosystem umgestellt, Heimkosten wurden also unter Anrechnung der Rentenleistung gezahlt (siehe auch Ertragsposition 6).

Die Kosten der Grundsicherung sind in 2010 um 1,1 Mio. € auf 17,5 Mio. € gestiegen. Die Anzahl der Empfänger von Grundsicherung nach dem vierten Kapitel des SGB XII ist aufgrund einer verstärkten Prüfung der Erwerbsfähigkeit sowie der vorzeitigen Verrentung im SGB II von 40,5 % in 2009 auf 43 % in 2010 gestiegen, was die Steigerung der Gesamtkosten erklärt. Darüber hinaus weist Kassel gegenüber vergleichbaren Städten ein niedrigeres Rentenniveau auf, so dass häufig Aufstockungsbeträge zu leisten sind.

Die Kosten für Unterkunft und Heizung – der städtische Anteil des Arbeitslosengeldes II und gleichzeitig die größte Position der Transferaufwendungen – sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4,5 Mio. € auf 50,6 Mio. € gesunken. Grund hierfür ist ein Rückgang der Fallzahlen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften reduzierte sich von 13.695 im Jahr 2009 auf 12.159 im Jahr 2010.

Die Kosten für KiTA-Integration von Kindern sind aufgrund von Fallzahlensteigerungen (2009: 258; 2010: 290) um 300.000 € auf 4,4 Mio. € gestiegen.

Im Jugendbereich sind die Transferaufwendungen für Erzieherische Hilfen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 4,0 Mio. € gesunken. Ursache hierfür ist, dass sowohl die Fallzahlen im ambulanten als auch im stationären Bereich zurückgegangen sind. Dies ist unter anderem eine Folge der konsequenten Umsetzung der Zielvorgaben und der daraus abgeleiteten Steuerungsbemühungen im Jugendamt.

Im Bereich der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen sind die Betriebskostenzuschüsse an freie Träger um rd. 1,1 Mio. € gestiegen. Einhergehend damit sind auch die Kosten für den Betrieb der städtischen Kindertagesstätten gestiegen, z. B. die Personalkosten (siehe auch Aufwandsposition 1). In allen Betreuungsbereichen (unter Dreijährige, Kindergarten und Grundschulkindbetreuung) wurden wegen des weiterhin anhaltenden Bedarfs neue Gruppen eingerichtet, insbesondere auch durch die anhaltend hohe Zahl an Integrationsplätzen und einer leicht steigenden Zahl anspruchsberechtigter Kinder.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.898.310,77	7.728.035,00	5.416.101,73	517.790,96	-2.311.933,27

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen (Pos. 8)** sind von rd. 4,9 Mio. € im Jahr 2009 auf rd. 5,4 Mio. € gestiegen. Ursache hierfür sind erhöhte Verlustübernahmen der städtischen Beteiligungen, u. a. Documenta GmbH, Kassel Marketing und Tagungszentrum Stadthalle.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.260.079,75	28.032.000,00	33.041.137,81	-1.218.941,94	5.009.137,81

Die **Zinsaufwendungen (Pos. 10)** sind mit rd. 33,0 Mio. € um rd. 1,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (rd. 34,3 Mio. €) leicht gesunken, liegen aber über dem Planansatz 2010 (rd. 28,0 Mio. €). Ausschlaggebend für den Rückgang ist das anhaltend günstige Zinsniveau. Die Abweichung zum Planergebnis resultiert aus einer unterschiedlichen Vorgehensweise bei Planung und Buchung der Zinserstattungen durch die städtischen Eigenbetriebe. Diese werden seit 2008 als Ertrag gebucht, bei Planung allerdings mit den Aufwendungen verrechnet. Eine Umstellung der Planungssystematik ist ab dem Haushaltsjahr 2013 erfolgt.

Pos.	Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
11	Außerordentliche Aufwendungen	1.720.557,06	500.000,00	751.973,76	-968.583,30	251.973,76

Die **außerordentlichen Aufwendungen (Pos. 11)** betragen ca. 0,75 Mio. € und liegen damit um rd. 1,0 Mio. € unter dem Niveau des Vorjahres. Der Rückgang ist auf hauptsächlich auf einmalige Liquidierungen und Neubewertungen von städtischen Beteiligungen in 2009 zurückzuführen. Die Beteiligung an der Schlachthof Kassel GmbH & Co Verwaltungs-KG Kassel wurde 2009 auf 1,00 € abgeschrieben, da die Gesellschaft in den vergangenen Jahren hohe Verluste erwirtschaftet hat und auch für die zukünftigen Jahre Verluste nicht auszuschließen waren. Eine Rückzahlung der städtischen Gesellschaftereinlage ist auch durch die rechtliche Konstruktion faktisch ausgeschlossen, Dadurch entstanden außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 475 T€. Zudem wurde die Wohlfahrt Kassel gGmbH und die Kommunale Ar-

beitsförderung Kassel gGmbH liquidiert, was zu Verlusten in Höhe von ca. 170 T€ geführt hat.

Für das Baugebiet Schwarzwaldweg wurden Erschließungsbeiträge in 2009 in Höhe von ca. 300 T€ einmalig außerordentlich gezahlt. In 2010 lagen keine Zahlungen in dieser Höhe vor. Die Zahlungen sind unregelmäßig und nicht exakt planbar.

Zudem erfolgten in 2009 außerordentlich hohe periodenfremde Aufwendungen für Gebäudeinstandhaltungen, da die tatsächlichen Aufwendungen die für diesen Zweck gebildeten Rückstellungen übertrafen.

IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung zum 31.12.2010

In der Gesamtf finanzrechnung wird die Entwicklung der Zahlungsströme getrennt nach Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, der Investitionstätigkeit, der Finanzierungstätigkeit und aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen ausgewiesen. Die Darstellung des Zahlungsmittelflusses folgt § 47 Abs. 1 GemHVO-Doppik und wurde indirekt aus den Änderungen der Bilanzansätze gegenüber dem Vorjahr ermittelt.

Finanzmittelfluss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit

Der Finanzmittelfluss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 12,92 Mio. € zeigt den Einnahmenüberschuss vor jeglicher Mittelbindung.

Finanzmittelfluss aus der Investitionstätigkeit

Die Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und in das immaterielle Anlagevermögen bzw. die Einzahlungen aus entsprechenden Veräußerungen decken sich nicht mit den bei der Entwicklung des Anlagevermögens gezeigten Zugängen bzw. Abgängen, da im Anlagespiegel auch die noch nicht zahlungswirksamen Investitionen und Abgänge enthalten sind.

Aus der Investitionstätigkeit sind im laufenden Jahr insgesamt 69,84 Mio. € an Mitteln abgeflossen. Enthalten sind Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen und -zuschüsse in Höhe von 8,02 Mio. €.

Finanzmittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit

Aus der Finanzierungstätigkeit hat sich der Finanzmittelbestand um 47,36 Mio. € erhöht. Die Zahlungsströme aus der Finanzierungstätigkeit enthalten neben den Finanzmittelflüssen auf Grund von langfristigen Finanzschulden auch die im Haushaltsjahr aufgenommenen bzw. getilgten Kassenkredite.

Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen

Ein- und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln sind als durchlaufende Finanzmittel, die von der Stadt unmittelbar für den Haushalt eines anderen öffentlichen Aufgabenträgers eingenommen oder ausgegeben werden, nicht der Stadt zuzurechnen und deshalb gesondert auszuweisen. Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus diesen Mitteln werden auf Verwahrgeldkonten im Bilanzposten 4.8 „Sonstige Verbindlichkeiten“ geführt.

Entwicklung des Finanzmittelbestands

Der Finanzmittelbestand entspricht den flüssigen Mitteln laut Bilanz und umfasst die Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten und Vorschüsse. Die Gesamtfinanzrechnung zeigt, dass der Finanzmittelzufluss aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie der Finanzierungstätigkeit nicht ausreichte, den Finanzmittelabfluss aus der Investitionstätigkeit zu decken. Der Finanzmittelbestand wurde jedoch durch den Zufluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen positiv beeinflusst, sodass sich der Finanzmittelbestand im Haushaltsjahr um insgesamt 728,52 T€ auf 924,80 T€ erhöht hat.

Die indirekte Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung) wurde vom beratenden Wirtschaftsprüfer Prof. Dr. Uwe Lauerwald von der Wirtschaftsberatungsgesellschaft Prof. Dr. Ludewig u. Partner GmbH im Auftrag der Stadt Kassel erstellt.



Anlagen

zum

Jahresabschluss

31.12.2010

Übersicht
über den Stand des Anlagevermögens (Anlagespiegel)
zum 31.12.2010

Anlagevermögen	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		+	-	+ / -			-	(2+3-4+5+6+8)	
		Zugänge zu AK/HK des Haushaltsjahres	Abgänge zu AK/HK des Haushaltsjahres	Umbuchungen zu AK/HK des Haushaltsjahres	Zuschreibungen des Haushaltsjahres	Abschreibungen des Haushaltsjahres	Abschreibungen kumuliert	Stand am Ende des Haushaltsjahres	Stand am Ende des Vorjahres
1. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	1.843.361,01	714.270,95	-3.107,81	0,00	0,00	-749.753,36	-1.897.671,33	656.852,82	695.443,04
1.2 geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	55.625.585,04	5.283.880,55	-1.200,00	807.024,19	0,00	-3.190.718,68	-11.599.260,63	50.116.029,15	47.217.043,09
Summe 1.:	57.468.946,05	5.998.151,50	-4.307,81	807.024,19	0,00	-3.940.472,04	-13.496.931,96	50.772.881,97	47.912.486,13
2. Sachanlagevermögen									
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	303.856.973,40	1.960.808,17	-686.397,51	0,00	0,00	0,00	0,00	305.131.384,06	303.856.973,40
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	421.952.535,40	27.024.863,56	-39.485,68	21.680.989,01	0,00	-7.467.945,71	-83.544.529,78	387.074.372,51	345.887.565,09
2.3 Sachanlagen im Gemeindegebrauch, Infrastrukturvermögen	592.819.641,35	2.579.091,02	-914.537,44	10.418.756,27	0,00	-25.267.444,33	-206.067.754,58	398.835.196,62	412.019.331,10
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	10.419.500,32	921.933,46	-7.412,46	-3.584,28	0,00	-1.321.692,28	-6.701.442,52	4.628.994,52	5.039.750,08
2.5 andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	32.937.608,79	7.560.118,43	-818.751,62	519.920,26	0,00	-3.153.229,84	-23.583.405,08	16.615.490,78	12.508.753,26
2.6 geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	46.450.331,16	37.337.928,64	0,00	-33.423.105,45	0,00	0,00	0,00	50.365.154,35	46.450.331,16
Summe 2.:	1.408.436.590,42	77.384.743,28	-2.466.584,71	-807.024,19	0,00	-37.210.312,16	-319.897.131,96	1.162.650.592,84	1.125.762.704,09
3. Finanzanlagevermögen									
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	355.029.342,51	4.924.200,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	359.953.542,51	355.029.342,51
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.3 Beteiligungen	107.927.701,87	80.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	108.007.701,87	107.927.701,87
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	10.256.757,22	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.256.757,22	10.256.757,22
3.6 sonstige Finanzanlagen	40.194.970,37	918.465,05	-898.999,14	0,00	0,00	0,00	0,00	40.214.436,28	40.194.970,37
Summe 3.:	513.408.771,97	5.922.665,05	-898.999,14	0,00	0,00	0,00	0,00	518.432.437,88	513.408.771,97
Gesamtsumme (1. bis 3.):	1.979.314.308,44	89.305.559,83	-3.369.891,66	0,00	0,00	-41.150.784,20	-333.394.063,92	1.731.855.912,69	1.687.083.962,19

Anmerkung:

In den Spalten 3 und 4 können Zu- bzw. Abgänge enthalten sein, die aus Korrekturbuchungen innerhalb des Anlagevermögens entstanden sind. Die Darstellung ist der städtischen Finanzsoftware geschuldet.

**Übersicht
über den Stand der Forderungen
(Forderungsspiegel)**

Art	Bestand am 31.12.2009	Bestand am 31.12.2010	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr 3	bis 5 Jahre 4	mehr als 5 Jahre 4
1.					
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträge	12.324.150,83 €	36.106.279,92 €	35.533.359,92 €	572.920,00 €	0,00 €
2.					
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	13.572.035,67 €	9.477.633,13 €	9.477.633,13 €	0,00 €	0,00 €
3.					
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.984.761,60 €	7.982.282,98 €	7.982.282,98 €	0,00 €	0,00 €
4.					
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	467.129,25 €	96.428,94 €	96.428,94 €	0,00 €	0,00 €
5.					
5. Sonstige Vermögensgegenstände	4.722.106,89 €	1.351.865,34 €	1.351.865,34 €	0,00 €	0,00 €
Summe	41.070.184,24 €	55.014.490,31 €	54.441.570,31 €	572.920,00 €	0,00 €

Übersicht über die Rückstellungen im Haushaltsjahr 2010

Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführung	Auflösung	Inanspruchnahme	Stand am Ende des Haushaltsjahres
	€	€	€	€	€
Rückstellungen für					
Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	240.154.103,00	1.886.665,00	2.548.289,00	-	239.492.479,00
Beihilfen	58.657.782,00	201.533,00	907.108,00	-	57.952.207,00
Altersteilzeit	11.433.124,00	3.138.136,00	602.243,00	-	13.969.017,00
Lebensarbeitszeit	1.376.668,58	516.787,90	4.179,78	-	1.889.276,70
Leistungsorientierte Bezahlung	736.400,00	633.800,00	-	-	1.370.200,00
Prozeßkostenrisiken	1.549.869,76	239.118,87	606.179,88	50.807,72	1.132.001,03
Sanierung von Altlasten	120.763,98	-	120.763,98	-	-
Sonstiges	11.954.489,91	9.931.946,49	118.125,69	2.702.803,63	19.065.507,08
Summe der Rückstellungen	325.983.201,23	16.547.987,26	4.906.889,33	2.753.611,35	334.870.687,81

**Übersicht
über den Stand der Verbindlichkeiten
(Verbindlichkeitspiegel)**

Art 1	Bestand am 31.12.2009 2	Bestand am 31.12.2010	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr 3	bis 5 Jahre 4	mehr als 5 Jahre 4
1. Verbindlichkeiten aus Anleihen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen Investitionskredite vom Kreditmarkt Kassenkredite	576.349.789,78 € 284.526.081,52 € 291.823.708,26 €	623.635.594,50 € 285.748.132,31 € 337.887.462,19 €	217.964.742,50 € 1.141.874,37 € 216.822.868,13 €	96.278.883,77 € 20.778.883,77 € 75.500.000,00 €	309.391.968,23 € 263.827.374,17 € 45.564.594,06 €
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern Land Sonstiger öffentlicher Bereich	30.759.949,91 € 30.631.617,21 € 128.332,70 €	30.356.084,94 € 30.259.287,91 € 96.797,03 €	131.206,70 € 34.409,67 € 96.797,03 €	2.082.707,08 € 2.082.707,08 € 0,00 €	28.142.171,16 € 28.142.171,16 € 0,00 €
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	3.758.169,00 €	1.268.000,00 €	0,00 €	0,00 €	1.268.000,00 €
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und - zuschüsse sowie Investitionsbeiträge	11.789.417,18 €	11.223.183,31 €	11.223.183,31 €	0,00 €	0,00 €
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	12.501.430,87 €	7.845.255,91 €	7.845.255,91 €	0,00 €	0,00 €
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	670.889,47 €	770.513,01 €	770.513,01 €	0,00 €	0,00 €
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und Sondervermögen	1.841.957,17 €	174.269,80 €	174.269,80 €	0,00 €	0,00 €
8. Sonstige Verbindlichkeiten	46.492.076,36 €	47.491.668,79 €	46.330.531,39 €	1.157.082,47 €	4.054,93 €
Summe	684.163.679,74 €	722.764.570,26 €	284.439.702,62 €	99.518.673,32 €	338.806.194,32 €

**Übersicht
über den Stand der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte**

Art 1	Bestand am 31.12.2009 2	Bestand am 31.12.2010 3	davon mit einer Restlaufzeit		
			bis 1 Jahr 4	bis 5 Jahre 5	mehr als 5 Jahre 6
Verbindlichkeiten aus Vorgängen kreditähnlicher Rechtsgeschäfte	11.003.083,00 €	9.987.721,00 €	0,00 €	0,00 €	9.987.721,00 €
Leasing	11.003.083,00 €	9.987.721,00 €	0,00 €	0,00 €	9.987.721,00 €
Sonstige	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

**Übersicht
über fremde Finanzmittel
(Vorschüsse und Verwahrungen)**

1) Forderungen aus Verwahrungen (Vorschüsse)			
Konto	Bezeichnung	31.12.2010	31.12.2009
267000000	Verwahrungen-Sammelkonto (Jahresabschluss)	86.424,48	3.299.081,24
267300514	KSA Schufag	5.584,35	828,52
267300515	Autoschadenausgleich -Kasko-	36.525,96	57.871,42
267300521	HADG -Kfz. Haftpflicht	19.136,65	52.978,88
267300532	Vorkontenzahlung	0,00	15.879,29
267300540	Postgebühren	20.965,39	0,00
267300542	Fernmeldegebühren	17,28	0,00
267300550	Wohngeldzahlungen	48,58	48,58
267300581	Betreutes Wohnen für Nichtseßhafte	174.390,23	174.877,56
267300583	Erstattungen LWV außerhalb von Einrichtungen	0,00	177.844,12
267300600	Leistungen nach dem BerRehaG	6.727,95	6.425,55
Summe Forderungen aus Verwahrungen		349.820,87	3.785.835,16

**Übersicht
über fremde Finanzmittel
(Vorschüsse und Verwahrungen)**

2) Verbindlichkeiten aus Verwahrungen			
Konto	Bezeichnung	31.12.2010	31.12.2009
486000000	Vorschuss-Sammelkonto (Jahresabschluss)	178.326,60	189.391,76
486100100	Amtshilfe	9.235,36	7.887,94
486100116	Mündelgelder für Amtsvormundschaft	32.435,81	35.801,51
486100117	Jobtickets	13.777,96	0,00
486100220	Spenden	9.125,00	110.042,07
486100223	Rücklagen	7.692.894,40	5.913.335,24
486100231	Einbehaltene Garantiebeträge	214.003,59	204.868,53
486100232	Entgelte für notärztliche Versorgung	116.793,34	6,56
486100233	Selbstbewirtschaftungsmittel Katastrophenschutz	15.340,52	14.299,08
486100244	Umlagebeträge für Kaskodeckungsschutz	3.740,00	4.080,00
486100245	Landeszuschuss für Ausbildungsförderungsg.	750,00	750,00
486100262	Fehlbelegungsabgabe -RP-	39.238,21	33.762,21
486100268	Fundgelder	19.954,44	16.059,53
486100270	Kautionen	31.000,00	50.000,00
486100274	Schlüsselpfand Dauerparker Parkhäuser	4.068,42	4.313,42
486100401	Präventionspreis	29.109,24	13.673,35
486100408	Entgelt Notarzteinsatzfahrzeuge	115.255,96	115.103,66
486100409	Vergütung für die Erfassung	375,00	375,00
486100410	Sicherheitsleistungen KISS	2.815,97	2.615,97
486100411	Verwaltungsgebühren Zulassungsstelle	93.278,03	93.278,03
486100412	Entgelte RTW-DRK HOG-	66.816,30	0,00
486100415	Entgelte RTW -JUH-	82.849,24	14.339,14
486100416	Entgelte KTW -JUH-	0,00	6.482,61
486100418	Bundesmitten für Einrichtungen	744,12	0,00
486100419	Entgelt für Parkplätze Garde-du-Corps-Straße	340,95	540,95
486100421	Förderung investiver Maßnahmen freier Träger	3.500,35	3.500,35
486100422	Förderung sozialer Hilfen	0,00	189,98
486100423	Förderung inv. Maßn. für Kinderbetreuung/Bund	0,00	40.000,00
486100424	Sicherheitseinbehalt bei Bauaufträgen	2.232,53	2.232,53
486100425	Entgelte NEF - ASB-Kassel	85.323,28	71.615,48
486100427	Entgelte NEF - DRK-Hofgeismar	13.384,02	4.673,42
486100428	Entgelte NEF - DRK-Kassel	15.147,65	10.239,20
486100430	Citymanagement	10.192,16	8.692,16
486100675	Die Stadtreiniger -Sonderkasse.-	4.477.711,41	0,00
486100700	KEB -Sonderkasse-	17.094.072,90	16.109.190,96
486138001	Umsatzsteuersammelkonto	867.861,57	1.683.883,96
Summe Verbindlichkeiten aus Verwahrungen		31.341.694,33	24.765.224,60



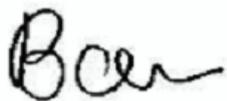
Gesamtergebnisrechnung
und
Gesamtfinanzrechnung (Kapitalflussrechnung)
zum
31.12.2010

Feststellung des Ergebnisses Jahresrechnung 2010 Stadt Kassel

Gesamtergebnisrechnung (Muster 14)

Magistrat der Stadt Kassel

Nr.	Bezeichnung	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschr. Ansatz Haushalt	Haushaltsreste	über-, außerpl. Ansätze	Ergebnis Haushaltsjahr	Vergl. Ansatz/Ergebnis
00	Gesamtergebnisrechnung						
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.829.464,30	-2.674.090,00			-2.688.708,90	14.618,90
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-86.693.601,82	-93.174.570,00		-185.100,00	-95.671.790,08	2.497.220,08
03	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-38.849.423,47	-28.677.550,00		-50.000,00	-38.628.473,75	9.950.923,75
04	Bestandsveränderungen und andere akt. Eigenleistg.					-18.460,03	18.460,03
05	Steuern steuerähnl. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml.	-236.232.735,80	-230.513.000,00			-274.102.344,22	43.589.344,22
06	Erträge aus Transferleistungen	-29.968.355,18	-32.327.420,00			-31.723.036,88	-604.383,12
07	Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.	-163.583.394,54	-124.190.526,83		-982.363,83	-123.693.864,29	-496.662,54
08	Ertr.a.Aufv.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.- Beitr.	-24.982.252,15	-27.691.130,00			-24.051.011,19	-3.640.118,81
09	Sonstige ordentliche Erträge	-31.856.505,59	-33.507.553,81		-215.108,81	-40.443.689,28	6.936.135,47
10	Summe der ordentlichen Erträge (Pos. 1 - 9)	-614.995.732,85	-572.755.840,64		-1.432.572,64	-631.021.378,62	58.265.537,98
11	Personalaufwendungen	119.296.775,78	122.896.540,00		-659.640,00	124.589.919,47	-1.693.379,47
12	Versorgungsaufwendungen	38.004.730,69	26.868.770,00			21.787.209,22	5.081.560,78
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.917.871,76	142.933.813,36	2.518.314,36	278.970,00	143.576.234,51	-642.421,15
14	Abschreibungen	44.259.666,97	47.523.651,00			45.155.445,39	2.368.205,61
15	Aufw.f. Zuweisungen und Zuschüsse s.bes.Finanzaufw	41.069.479,94	43.764.272,72	27.960,08	710.432,64	44.450.487,73	-686.215,01
16	Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.	56.675.868,98	59.084.720,00		886.720,00	68.381.919,24	-9.297.199,24
17	Transferaufwendungen	167.694.165,59	173.501.048,34	142.118,34	220.000,00	162.938.345,87	10.562.702,47
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.898.310,77	7.728.035,00			5.416.101,73	2.311.933,27
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Pos. 11 - 18)	599.816.870,48	624.300.850,42	2.688.392,78	1.436.482,64	616.295.663,16	8.005.187,26
20	Verwaltungsergebnis (Pos. 10 ./ Ps. 19)	-15.178.862,37	51.545.009,78	2.688.392,78	3.910,00	-14.725.715,46	66.270.725,24
21	Finanzerträge	-7.861.128,04	-4.656.740,00			-6.102.935,40	1.446.195,40
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	34.260.079,75	28.032.000,00			33.041.137,81	-5.009.137,81
23	Finanzergebnis (Pos. 21 - Pos. 22)	26.398.951,71	23.375.260,00			26.938.202,41	-3.562.942,41
24	Ordentliches Ergebnis (Pos. 20 + Pos. 23)	11.220.089,34	74.920.269,78	2.688.392,78	3.910,00	12.212.486,95	62.707.782,83
25	Außerordentliche Erträge	-1.921.794,35	-1.457.235,00		-3.910,00	-4.023.024,08	2.565.789,08
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.720.557,06	500.000,00			751.973,76	-251.973,76
27	Außerordentliches Ergebnis (Pos. 25 ./ Pos. 26)	-201.237,29	-957.235,00		-3.910,00	-3.271.050,32	2.313.815,32
28	Jahresergebnis (Pos. 24 + Pos. 27)	11.018.852,05	73.963.034,78	2.688.392,78		8.941.436,63	65.021.598,15



Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Kapitalflussrechnung (indirekte Finanzrechnung) 2010 der Stadt Kassel

Position	2010 EUR	2009 EUR
1		
2		
3		
4		
5		
6		
7		
8		
9		
10		
11		
12		
13		
14		
15		
16		
17		
18		
19		
20		
21		
22		
23		
24		

Jahresergebnis der Gesamtergebnisrechnung	-8.941.436,63	-11.018.852,06
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	41.150.784,20	40.491.075,02
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen und -zuschüsse	-24.051.011,19	-24.982.252,15
+/- Zunahme/Abnahme von Rückstellungen	8.887.486,58	20.719.492,24
+/- Erträge/Aufwendungen aus dem Abgang von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens	-480.140,01	-5.239.807,97
+/- sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen und Erträge (einschließlich sonstige außerordentliche Erträge und Aufwendungen)	-260.248,86	88.352,26
+/- Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	9.057.163,74	2.941.800,61
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-12.576.972,39	-13.956.691,45
Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Positionen 1 bis 8)	12.785.625,44	9.043.116,51
+ Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	19.260.630,34	33.323.083,73
+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	2.959.409,77	4.190.283,17
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen (davon: Auszahlungen für aktivierte Investitionszuweisungen und -zuschüsse)	-86.594.719,66	-52.531.691,14
+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens (davon: Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten)	890.621,90	6.935.421,37
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen (davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten)	-80.000,00	-8.811.439,56
+/- Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00
davon: Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition)	-80.000,00	-12.500,00
Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	-69.697.876,21	-16.894.342,43
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und der Begebung von Anleihen (davon: Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten)	813.812.349,70	913.685.626,72
- Auszahlung aus der Tilgung von Krediten und Anleihen (davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten)	719.744.221,77	842.300.000,00
davon: Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-673.015.101,49	-891.684.408,07
Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Positionen 16 und 17)	47.356.095,75	22.001.218,65
+ Einzahlungen aus fremden Finanzmitteln	11.221.038,00	81.344,80
- Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln	-936.365,00	-16.311.882,13
Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag aus haushaltswirksamen Zahlungsvorgängen	10.284.673,00	-16.230.537,33
Finanzmittelüberschuss/Finanzmittelfehlbetrag (Summe aus Positionen 9, 15, 16 und 21)	728.517,98	-2.080.544,60
Finanzmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	196.281,30	2.276.825,90
Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Position 22 und Position 23)	924.799,28	196.281,30
	924.799,28	196.281,30



Rechenschafts- und Lagebericht

zum

Jahresabschluss

31.12.2010



1. Rechtliche Grundlagen

Die Stadt Kassel hat gemäß § 114s der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung aufzustellen.

Der Jahresabschluss hat sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen zu enthalten, soweit durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist. Er hat die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Kassel darzustellen und ist nach § 114s Absatz 3 HGO durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern.

Entsprechend § 51 der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik (GemHVO-Doppik) sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Stadt Kassel unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen ist vorzunehmen.

Darüber hinaus sollen im Rechenschaftsbericht folgende Positionen dargestellt werden:

- Angaben über den Stand der Aufgabenerfüllung mit den Zielsetzungen und Strategien,
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
- die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken von besonderer Bedeutung; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben,
- wesentliche Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlich durchgeführten Investitionen.

Ein formales Konstrukt, z.B. ein Kontraktmanagement, für eine Analyse der Aufgabenerfüllung mit Zielsetzungen und Strategien zwischen Stadtverordnetenversammlung und der Verwaltung als zentrales Instrument der Ergebnissteuerung und Budgetplanung existiert nicht. Diese Form der Verwaltungssteuerung ist bei der Stadt Kassel nicht eingeführt worden.

Der Stadtverordnetenbeschluss vom 11. Dezember 2000, in dem festgelegt wird, dass auf ein förmliches Leitbild verzichtet wird, ist weiterhin gültig.

Information

Der Rechenschaftsbericht ist nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Berichterstattung zu erstellen. Diese lauten: Richtigkeit und Willkürfreiheit, Klarheit und Übersichtlichkeit, Vollständigkeit sowie Stetigkeit. Der Grundsatz der Stetigkeit fordert eine stetige sachliche, zeitliche und formale vergleichbare Darstellung. Dies soll den Vergleich über mehrere Jahre hinweg gewährleisten.

Im fünften Jahr nach Umstellung des Rechnungswesens kann der Bericht naturgemäß weder eine lange Zeitreihe noch eine gefestigte Form nachweisen. So wurde auf Grund der Erfahrungen der Jahresabschlüsse 2006 bis 2009 der Rechenschaftsbericht für das Abschlussjahr 2010 sukzessive weiterentwickelt.

2. Allgemeines

Die Stadt Kassel weist eine Fläche von 106,798 km² bei einer amtlichen Zahl von 195.530 Einwohnern auf. Rund 35,1 % der Einwohner von Kassel besitzen einen Migrationshintergrund.

Die städtischen Einwohner leben in insgesamt 103.884 Haushalten. Auch in Kassel ist der Trend zum „Single-Haushalt“ erkennbar, rund die Hälfte aller Haushalte (51.726) sind 1-Personen-Haushalte.

Die Altersstruktur der städtischen Einwohner ist relativ ausgeglichen, sodass folgende Prozentsätze ausgewiesen werden:

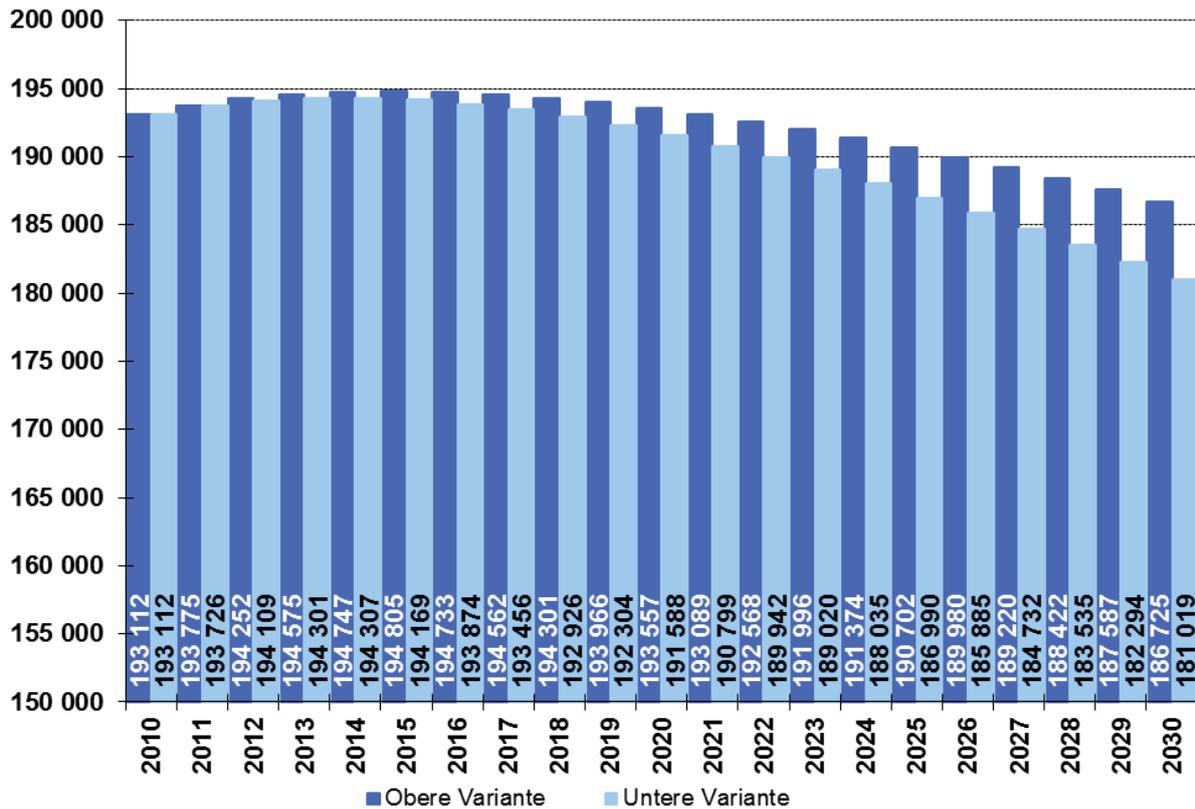
- 0 – 19 Jahre: 17,6 %
- 20 – 39 Jahre: 28,7 %
- 40 – 59 Jahre: 28,3 %
- älter als 60 Jahre: 25,4 %

Die Alterspyramide wird sich in den kommenden Jahren weiter nach oben verschieben. In den letzten 5 Jahren lag die Sterberate stets über der Geburtenrate. Dies konnte jedoch durch den positiven Saldo bei den Zu- und Fortzügen kompensiert werden.

Die geringe Zahl von Kindern und Jugendlichen schlägt sich auch in den Schülerzahlen nieder. Die Schüleranzahl von 34.382 im Schuljahr 2005/2006 verringert sich bis zum Schuljahr 2009/2010 auf 33.294.

Eine Zukunftsprognose des Hessischen Statistischen Landesamtes zeigt, dass sich die Stadt Kassel dem demografischen Wandel stellen muss. Für den Regierungsbezirk Kassel ist ein Bevölkerungsrückgang von 15 % bis zum Jahr 2030 prognostiziert. Für die Stadt Kassel wird jedoch von einem deutlich geringerem Rückgang (3 bis 7 %) ausgegangen. In den letzten drei Jahren erhöhten sich die Einwohnerzahlen sogar leicht.

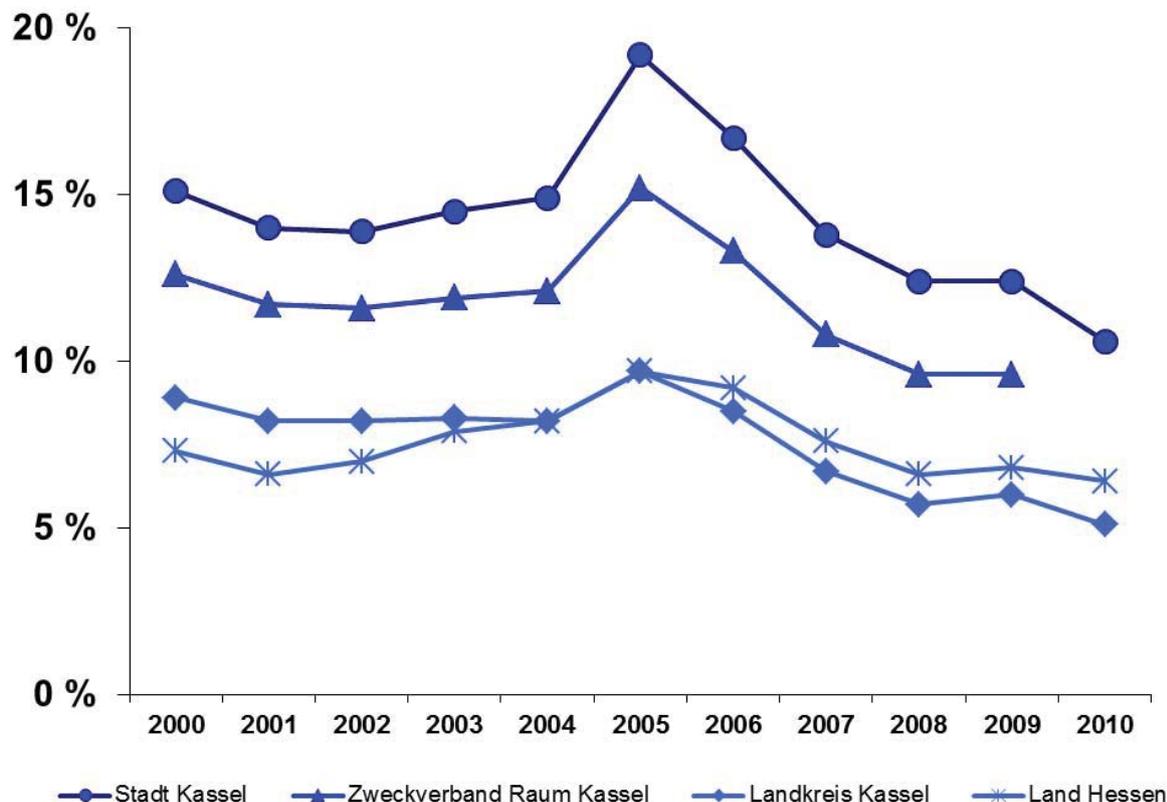
Bevölkerungsvorausberechnung für die Stadt Kassel bis 2030



Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik: Jahresbericht 2010

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich in den letzten Jahren zunehmend positiv. Während im Jahr 2005 noch eine Arbeitslosenquote von 19,2 % zu verzeichnen war, sank diese in den Folgejahren kontinuierlich. In 2010 beträgt die Arbeitslosenquote noch 10,5 %, sie verringerte sich im Vergleich zu 2005 somit um 8,2 Prozentpunkte. Ferner ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten auf nunmehr 96.941 (2005: 87.174) gestiegen. In der Stadtverwaltung Kassel selbst sind im Jahr 2010 durchschnittlich 2.565 Bedienstete beschäftigt. Die Stadt Kassel stellt damit einen der größten regionalen Arbeitgeber dar.

Arbeitslosenquoten Region Kassel und Hessen



Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik: Jahresbericht 2010

Eine ebenfalls positive Entwicklung erlebt der Tourismus. Nach einem leichten Rückgang in 2009 konnte die Zahl der Übernachtungsgäste in 2010 wieder leicht zulegen. Die Anzahl der Übernachtungstage ging in 2010 hingegen wieder leicht zurück und erreichte ungefähr das Niveau von 2008.

	2006	2007	2008	2009	2010
Übernachtungsgäste	382.734	453.031	412.126	401.622	405.201
darunter nichtdeutsche Gäste	69.633	83.609	62.627	60.488	60.657
Übernachtungen	684.781	817.441	729.676	746.457	724.046
darunter von nichtdeutschen Gästen	109.636	149.923	97.273	98.730	97.462
durchschnittl. Verweildauer in Tagen	1,8	1,8	1,8	1,9	1,8

2007: documenta - Jahr

Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik: Jahresbericht 2010



3. Entwicklung der städtischen Finanzlage

Die Stadt Kassel hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, den Schuldenabbau effizient und nachhaltig voranzutreiben. Mit Hilfe von Haushaltssicherungskonzepten und einer Haushaltsverfügung, die überwiegend nur eine 80 %ige Verfügbarkeit und zuletzt in 2010 sogar nur eine 70 %ige Verfügbarkeit der Mittel im Aufwandsbereich zulässt, erfolgte eine restriktive Mittelbewirtschaftung.

Dennoch gelang es zwischen 1979 bis zum Jahr 2009 lediglich neun Mal, einen jahresbezogenen Überschuss zu erwirtschaften. Die guten Rahmenbedingungen dieser Jahre versetzten die Stadt in die Lage, ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis zu erzielen. In den anderen Jahren führte unter anderem der hohe Zinsaufwand aus der Finanzierung der aufgelaufenen Altfehlbeträge bzw. Verbindlichkeiten zu negativen Ergebnissen. Hieraus sowie aus dem immanenten Zinsänderungsrisiko ergeben sich für die mittelfristige Finanzplanung der Stadt erhebliche Belastungsfaktoren. Zudem steht einer hohen Belastung durch soziale Transferleistungen eine sich zwar positiv entwickelnde, aber immer noch unterdurchschnittliche Steuerkraft gegenüber. Die Strategie der Stadt muss daher auch in den kommenden Jahren darin bestehen, einkommensstarke Bürger in Kassel anzusiedeln sowie einen Ausweis von attraktiven Gewerbeflächen vorzunehmen.

4. Aufgabenentwicklung der Stadt Kassel

Soziale Sicherung

Die Zahl der Aufgaben sowie die damit verbundenen Aufwendungen der Kommunen steigen stetig. Vor allem im Hinblick auf die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) ist festzustellen, dass die Zusammenführung zwar abgeschlossen, die sozialen Leistungen aber dennoch weiterhin von umfangreichen strukturellen Änderungen der letzten Jahre geprägt sind. Die erwartete Entlastung der öffentlichen Haushalte traf nicht im erhofften Umfang zu.

Sowohl der demografische Faktor als auch die Verringerung der durchschnittlichen Alterseinkünfte verursachten eine Steigerung der Empfängerzahlen und Aufwendungen, insbesondere im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Bei dieser Leistung nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) ist in dem Zeitraum von 2006 zu 2010 ein Anstieg von rd. 16 % auf 3.690 Personen zu verzeichnen. Dieser Trend wird sich voraussichtlich in den Folgejahren weiter fortsetzen.

Gleichzeitig steigt in den letzten beiden Jahren die Zahl der Personen mit einem Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Allein von 2008 bis 2010 ist ein Anstieg von rd. 25 % festzustellen. Hauptursache ist die Gewährung von Renten auf Zeit wegen eingeschränkter Erwerbsfähigkeit. Hier findet zum Teil ein Verdrängungsprozess aus dem Leistungsanspruch Sozialgesetzbuch II (SGB II -> Grundsicherung für Arbeitsuchende) in den Leistungsanspruch SGB XII statt. Den häufigen multiplen Vermittlungshemmnissen wird durch ein intensives Fallmanagement begegnet. Dies kann die Fallzahlentwicklung durch teilweise Rückverlagerung der Personen ins SGB II



aber nur abmildern. Häufig erfolgt ein Übergang in den Leistungsbereich des 4. Kapitels des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung).

Die Kurve der pflegebedürftigen Personen, die ihren Pflegebedarf nicht allein aus eigenen finanziellen Mitteln und/oder Leistungen der Pflegekassen decken können, verläuft hingegen sehr moderat nach oben. Bei der ambulanten und stationären Pflege stieg die Zahl der Fälle um rd. 4,5 % auf 1.396 in den Jahren 2006 bis 2010. Die Kosten für diesen Bereich steigen allerdings im Verhältnis zum Personenzuwachs sehr viel deutlicher. Ursache hierfür ist, dass immer mehr Menschen aufgrund ihres hohen Lebensalters in kostenintensivere Pflegestufen wechseln. Gleichzeitig hat ein interkommunaler Vergleich mittelgroßer Großstädte gezeigt, das neben Kassel nur Darmstadt in 2010 viele Fälle mit einem monatlichen Pflegebedarf über 5.000 € im Leistungsbezug haben (4,6 % der Leistungsberechtigten verursachen 37,8 % der Aufwendungen). Besondere Gründe für diese Entwicklung sind allerdings nicht erkennbar.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind die Zahlen trotz der konjunkturell schwierigen Lage nach einer stetigen Steigerung im Jahr 2009 zum Jahresende 2010 wieder zurückgegangen.

Erhielten im Dezember 2009 noch 13.695 Bedarfsgemeinschaften Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, sind es aktuell im Dezember 2010 noch 12.159 Bedarfsgemeinschaften.

Die Rahmenbedingungen der strukturellen Arbeitslosigkeit, fehlende Arbeitsplätze im unteren Lohnsegment, der hohe Anteil älterer Menschen u.v.m. kann von der Stadt Kassel nicht bzw. nur in geringem Maße beeinflusst werden.

Dennoch hat die Stadt Kassel im Rahmen der Bewältigung des demografischen Wandels umfangreiche Maßnahmen im bürgerschaftlichen Diskurs entwickelt, um primär die Wirtschaft zu stärken und die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen zu fördern. Nur durch Anstrengungen aller Beteiligten und die Bündelung der Ressourcen kann es gelingen, die strukturellen Probleme durch die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen und damit die sozialen Lebensbedingungen in Kassel zu bewältigen.



Erzieherische Hilfen

Die Leistungen der Erziehungshilfe sind im SGB VIII (§§ 27 ff.) geregelt und mit individuellen Rechtsansprüchen versehen. Nach den deutlichen Fallzahlenanstiegen im ambulanten wie auch im stationären Bereich in den Jahren 2005 ff. haben sie in 2009 mit durchschnittlich 792 bzw. 625 ihren Zenit erreicht. Im Laufe des Jahres 2010 sind die Zahlen auf durchschnittlich 704 bzw. 601 Fälle zurückgegangen. Das ist u. a. eine Folge der konsequenten Umsetzung der Zielvorgaben und der daraus abgeleiteten Steuerungsbemühungen im Jugendamt.

Wurden in 2009 Transferleistungen in Höhe von 36,2 Mio. € für diesen Bereich gewährt, hat sich dieser Betrag in 2010 auf 33,2 Mio. € reduziert. Größte Ausgabepositionen sind nach wie vor die stationären Hilfen. Diese lagen 2010 bei 18,1 Mio. €. Dies entspricht einem Anteil von 54,5 % der Gesamttransferaufwendungen für die Erzieherischen Hilfen.

Wie bereits in den letzten Jahren dargelegt spiegelt sich in den nach wie vor hohen Fallzahlen eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung wieder. Besonders zu nennen sind

- Veränderung der Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und ihrer Familien,
- steigende Konfliktlagen,
- schwierige wirtschaftliche Verhältnisse vieler Familien und Alleinerziehenden.

Die steigenden Zahlen der registrierten Meldungen des Jugendamtes über die Gefährdung des Kindeswohls (2009 = 256 Meldungen, 2010 = 286 Meldungen) belegen dies nachdrücklich. In vielen Fällen waren Armut und Arbeitslosigkeit ein Indikator für Auffälligkeiten.

Tagesbetreuung von Kindern

Auch in 2010 mussten in allen Betreuungsbereichen (unter Dreijährige, Kindergarten und Grundschulkindbetreuung) wegen des weiter anhaltenden Bedarfs neue Gruppen eingerichtet werden, insbesondere auch durch die anhaltend hohe Zahl an Integrationsplätzen und einer leicht steigenden Zahl anspruchsberechtigter Kinder.

Nachdem in den Vorjahren im Kindergartenbereich meist nur wenige Platzanpassungen vorgenommen wurden, wirkt sich der jährliche Verlust an Kindergarten-Plätzen bedingt durch eine steigende Zahl an Integrationsplätzen¹, ab 2009 durch den Ausbau der u3-Betreuung bereits deutlich aus. So sind in den letzten Jahren rund 300 Kindergartenplätze im Zuge der Zunahme an Integrationsplätzen „verloren“ gegangen. Obwohl ein Teil dieser Plätze inzwischen kompensiert werden konnte, müssen auch zukünftig neue Kindergartengruppen eingerichtet werden.

Bei den Krippenkindern hat die Stadt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten den Platzausbau weiter fortgesetzt.

¹ Die Aufnahme eines Integrations-Kindes bedingt die Absenkung der Gruppengröße auf 20 Kinder, somit gehen 5 Kiga-Plätze verloren.

Die Betreuungssituation in Kassel stellt sich wie folgt dar:

Ist-Belegung zum Stichtag:	01.01.2010	01.01.2011
Kigaplätze	5.006	5.021
Hortplätze	2.258	2.334
Krippenplätze	487	548
Plätze in Tagespflege	307	338
Gesamt	8.058	8.241

Auf dem Weg zu einem bedarfsdeckenden Angebot in der Kindertagesbetreuung stimmen Stadt Kassel und freie Träger die Planungen aufeinander ab. Insbesondere für Krippenkinder fehlen jedoch noch zahlreiche Betreuungsplätze.

Die kostengünstigen Möglichkeiten, neue Krippenplätze durch Umwandlungen von Gruppen zu schaffen, sind weitgehend ausgeschöpft. Somit können weitere Krabbel-/Krippengruppen nur noch durch Neu-/An-/Umbauten oder Anmietung von Räumlichkeiten geschaffen werden. Der weitere Platzausbau wird hierdurch erheblich teurer.

Beim qualitativen Ausbau hatte die Stadt Kassel bereits zum 01.08.2009 die Träger in die Lage versetzt, durch einen erhöhten Fachkräfteschlüssel pro Gruppe den hessischen Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) umsetzen zu können. Außerdem ist zum 01.09.2009 die neue MVO in Kraft getreten, die mit einer Übergangsfrist bis Ende August 2012 neue Personalschlüssel und Gruppenstärken vorschreibt.

Der Bereich der Kindertagespflege ist im Rahmen des Platzausbaues für unter Dreijährige den Betreuungsgruppen gleichgestellt worden.

Eine wesentliche Rahmenbedingung war mit dem Inkrafttreten der „Betreuungs- und Tarifordnung für die Förderung von Kindern in Kindertagespflege in der Stadt Kassel (BTO Kindertagespflege)“ zum 01.10.2009 erreicht worden.

5. Analyse des Jahresabschlusses 2010

5.1 Überblick

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel hat die Haushaltssatzung für das Jahr 2010 am 22. März 2010 beschlossen. Sie wurde vom Regierungspräsidium Kassel aufsichtsrechtlich mit Verfügung vom 16. August 2010 unter Auflagen genehmigt. Die Haushaltssatzung weist einen Jahresfehlbedarf von ca. 71,7 Mio. € aus und eine Kassenkreditermächtigung in Höhe von 600 Mio. €.

Das Haushaltsjahr 2010 schließt angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen mit einem sehr guten Ergebnis ab. Wurde in 2009 der tiefste ökonomische Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise verzeichnet, hat sich die deutsche Wirtschaft unerwartet schnell erholt. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts im Vorjahr um 5 bis 6



Prozent konnte in 2010 eine Zunahme um 3,6 Prozent erwirtschaftet werden. Die positive Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung spiegelt sich auch im Ergebnis der Stadt wider. So konnten sinkende Erträge im Vergleich zu 2009 – hauptsächlich verursacht durch geringere Zuweisungen aus dem Finanzausgleich – durch Rekorderlöse bei der Gewerbesteuer kompensiert werden.

Dennoch muss mit rund 8,9 Mio. € nach (saldierten) Abschreibungen von 21,1 Mio. € und (saldierten) Rückstellungen von 8,9 Mio. € erneut ein Jahresfehlbetrag ausgewiesen werden. Berücksichtigt man nur das ordentliche Ergebnis, das nach der HGO als Maßstab für den Haushaltsausgleich herangezogen wird, so ist dies mit 12,2 Mio. € ebenfalls negativ.

Die verbesserte Ertragslage kann die stetige Aufwandsmehrung nicht ausgleichen. Ohne die Rückgänge beim Kommunalen Finanzausgleich wäre es der Stadt allerdings nicht nur gelungen einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, sondern es wäre sogar ein Überschuss erwirtschaftet worden.

In der Bilanz der Stadt Kassel schlägt sich dieser Fehlbetrag noch nicht spürbar nieder. Dadurch, dass die nicht zahlungswirksamen Positionen der Ergebnisrechnung, wie die der Abschreibungen und Rückstellungen, den Fehlbetrag übersteigen, mussten in 2010 für die Abwicklung der laufenden Verwaltungstätigkeit keine weiteren Verbindlichkeiten aufgenommen werden. Dennoch belasten die Fehlbeträge auf Dauer die städtische Bilanz, da die in Überschussjahren geschaffene Rücklage auf Dauer aufgebraucht wird. Dies führt zu einem sinkenden städtischen Eigenkapital.

Die Gesamtverbindlichkeiten wurden hauptsächlich wegen der Konjunkturprogramme (siehe 5.5.3) um 38,6 Mio. € erhöht. Zum 31. Dezember 2010 wurden Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 722,8 Mio. € festgestellt. Davon entfallen 284,4 Mio. € auf kurzfristige Verbindlichkeiten, die ohne Einschränkungen am Geldmarkt finanziert werden konnten. Es bestand zu keiner Zeit ein Engpass in der Kreditversorgung der Stadt.

5.2 Ergebnisentwicklung

Das Haushaltsjahr 2010 war geprägt durch die Nachwehen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Es schloss mit einem Jahresfehlbetrag von rund 8,9 Mio. € ab. Damit fällt das Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr um ca. 2,1 Mio. € besser aus (2009: 11,0 Mio. €).

Übersicht Gesamterträge/- aufwendungen

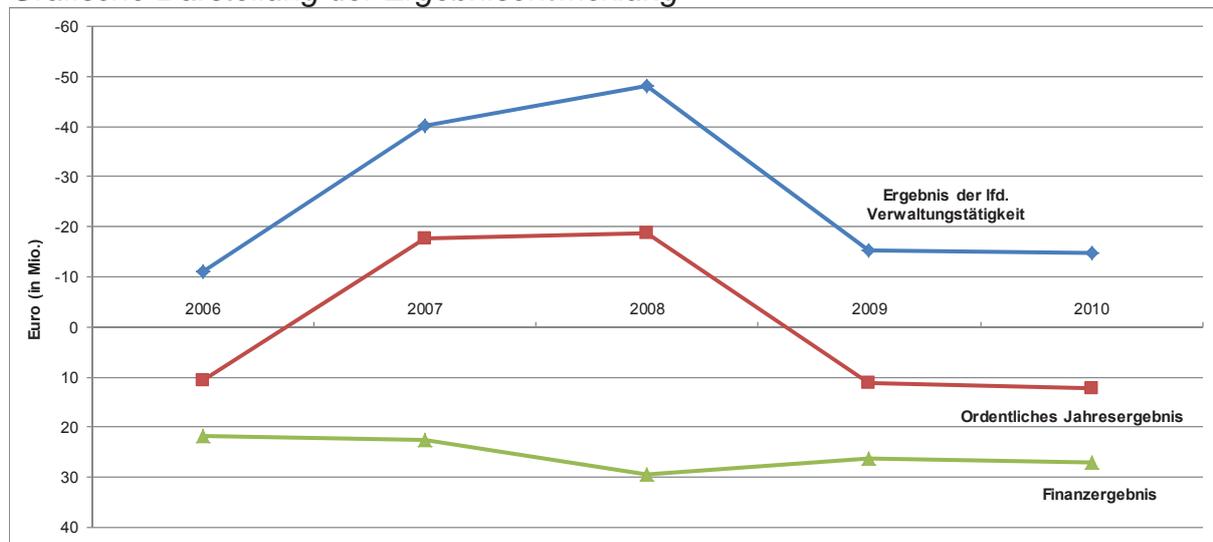
Bezeichnung	Vorjahres- ergebnis in €	Planergebnis 2010 in €	Ist-Ergebnis 2010 in €	Abweichung zu Vorjahr in €	Plan-Ist- Abweichung in €
Gesamterträge	-624.778.655,24	-578.869.815,64	-641.147.338,10	-16.368.682,86	-62.277.522,46
Gesamtaufwendungen	635.797.507,29	652.832.850,42	650.088.774,73	14.291.267,44	-2.744.075,69
Fehlbedarf / Überschuss	11.018.852,05	73.963.034,78	8.941.436,63	-2.077.415,42	-65.021.598,15

Nachdem in den Jahren 2007 und 2008 Überschüsse erwirtschaftet wurden, muss sich nun wieder auf Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis eingestellt werden. Die städtische Ergebnisentwicklung zeigt aber, dass – mit Ausnahme des Jahres 2009 – die Erträge stetig gestiegen sind. Verantwortlich hierfür ist hauptsächlich die gute Gewerbesteuerentwicklung. Dennoch gelingt es nicht, dies in ein positives Jahresergebnis umzumünzen. Problematisch bleibt, dass neben den Erträgen auch die Aufwendungen stetig steigen. Dies verhindert den stetigen Schuldenabbau, der dringend notwendig ist, um die jährlichen Zinsaufwendungen der Stadt mittel- bis langfristig zu reduzieren. Wie stark die Zinsaufwendungen der Altschulden den Haushalt belasten, zeigt sich, wenn das Finanzergebnis aus dem ordentlichen Ergebnis herausgerechnet wird: Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit ist seit Einführung der Doppik durchweg positiv.

Ergebnisentwicklung

Ergebnisentwicklung	2006	2007	2008	2009	2010
Erträge der lfd. Verwaltungstätigkeit	-586.878.788	-632.598.167	-642.570.610	-614.995.733	-631.021.379
Aufwendungen der lfd. Verwaltungstätigkeit	575.834.695	592.393.920	594.429.406	599.816.870	616.295.663
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-11.044.092	-40.204.247	-48.141.204	-15.178.862	-14.725.715
Finanzerträge	-6.437.942	-5.386.826	-7.542.071	-7.861.128	-6.102.935
Zinsen u. ähnl. Finanzaufwendungen	28.109.780	27.993.323	36.884.440	34.260.080	33.041.138
Finanzergebnis	21.671.838	22.606.498	29.342.369	26.398.952	26.938.202
Ordentliche Erträge	-593.316.730	-637.984.993	-650.112.681	-622.856.861	-637.124.314
Ordentliche Aufwendungen	603.944.476	620.387.243	631.313.846	634.076.950	649.336.801
Ordentliches Jahresergebnis	10.627.746	-17.597.750	-18.798.834	11.220.089	12.212.487
Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad (in %)	98,2	102,8	103,0	98,2	98,1

Grafische Darstellung der Ergebnisentwicklung



5.2.1 Entwicklung der Erträge

Die städtischen Erträge haben im Vergleich zum Vorjahr um 16,4 Mio. € zugenommen. Das Plus ist hauptsächlich auf die unerwartet hohen Gewerbesteuereinnahmen zurückzuführen.

Das Jahr 2010 konnte das Jahr mit den bisher besten Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 143 Millionen Euro - nämlich 2008 - noch einmal übertreffen. Dieser Erfolg ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise außerordentlich erfreulich und zeigt die umsichtige Gewerbeentwicklung der Stadt in den vergangenen Jahren. Die starken Unternehmen der Stadt reagieren nur unterdurchschnittlich konjunkturabhängig und der Bankensektor, der besonders unter der Krise leidet, spielt in Kassel nur eine untergeordnete Rolle.

Die gute Entwicklung Kassels hat aber leider auch nachteilige Auswirkungen auf die städtischen Finanzen. Die sinkenden Schlüsselzuweisungen trüben die ansonsten positive Ertragslage. Dadurch, dass die Gewerbesteuer im Vergleich zu anderen kreisfreien Städten überproportional gestiegen ist, steigt die für den Finanzausgleich relevante Steuerkraftmesszahl. Dies führt wiederum dazu, dass der Anteil der Schlüsselzuweisungen für Kassel sinkt. Allein durch die geänderte Steuerkraftmesszahl erhält Kassel ca. 10 Mio. € weniger aus dem Finanzausgleich. Verstärkend wirkt sich die Reduzierung der Gesamtverteilungsmasse durch das Land aus. In 2009 betrug die Gesamtschlüsselmasse für die Allgemeinen Finanzausgleichszuweisungen noch ca. 1,823 Mrd. €. Um die Zinslasten der Konjunkturprogramme (siehe auch Ziffer 5.5.3) auf die Kommunen zu verteilen, reduzierte das Land Hessen in 2010 die Gesamtschlüsselmasse. Zusammen mit sinkenden Steuererträgen aufgrund der Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise reduzierte sich die Schlüsselmasse um einen Betrag von insgesamt rd. 450 Mio. € auf 1,376 Mrd. € für das Jahr 2010. Der für die kreisfreien Städte zur Verfügung stehende Topf (ca. 20 % der Schlüsselmasse)

reduzierte sich entsprechend von 366,3 Mio. € auf 276 Mio. €. Dies führt zu weiteren Einbußen für die Stadt von rd. 22,3 Mio. €.

Die Rückgänge bei den Schlüsselzuweisungen führen dazu, dass die **Zuwendungsquote** (Anteil der Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen) in 2010 sinkt. Unterstützt wird der Effekt durch eine einmalige Einnahme in 2009 aus dem Landesausgleichsstock. Die Zuwendungsquote kann als ein Maß für die Abhängigkeit der Stadt von den Ausgleichsmassen des kommunalen Finanzausgleichs gesehen werden. Durch den Rückgang wird die Stadt unabhängiger vom Finanzausgleich.

Übersicht der jährlichen Zuwendungsquoten

Zuwendungsquote des Jahres ...	in Prozent
2006	25,33
2007	31,42
2008	27,15
2009	26,26
2010	19,41

Gleichzeitig stieg in 2010, bedingt durch den Gewerbesteueranstieg, die **Steuerquote** (Anteil der Steuern an den ordentlichen Erträgen). Die Steuerquote ist ein Indikator für die Steuerkraft und zeigt, zu welchem Teil sich die Stadt von außen finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Die Steuerquote der Stadt bewegt sich seit Einführung der Doppik zwischen 38 % und dem Höchststand in 2010 mit 43 %.

Übersicht der jährlichen Steuerquoten

Steuerquote des Jahres ...	in Prozent
2006	40,20
2007	38,48
2008	40,59
2009	37,93
2010	43,02

Weiterführende Darstellungen zur Ertragsentwicklung können den Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung entnommen werden.

5.2.2 Entwicklung der Aufwendungen

Trotz restriktiver Mittelbewirtschaftung haben sich auf die Aufwendungen 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 14,3 Mio. € erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von etwas mehr als zwei Prozent. Bei einem Zeitreihenvergleich (siehe unter anderem Ergebnisentwicklung) fällt auf, dass der Aufwand kontinuierlich steigt. Die Steigerungen verteilen sich über weite Teile im Aufwandsbereich.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund von Tarif- und Besoldungserhöhungen und 43 neuen Stellen um rd. 3,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies konnte allerdings durch geringere Rückstellungszuführungen im Pensions- und Beihilfebereich bei weitem kompensiert werden (Rückgang um 16,4 Mio. €).

Die Transferaufwendungen gingen ebenfalls zurück. Sie sanken um insgesamt 4,8 Mio. €. Im Jugendbereich sind Verbesserungen bei den Erzieherischen Hilfen aufgrund von Fallzahlrückgängen zu verzeichnen. Im Kindertagesstättenbereich machen sich allerdings Steigerungen durch Platz bzw. Gruppenausbau in allen Betreuungsbereichen (unter Dreijährige, Kindergarten und Grundschulkindbetreuung) bemerkbar. Im sozialen Bereich sind ebenfalls Senkungen festzustellen. Dies trifft vor allem den städtischen Anteil des Arbeitslosengeldes (Kosten der Unterkunft und Heizung). Hier gab es bedingt durch Fallzahlrückgänge Wenigeraufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. Steigerungen bei der Hilfe zur Pflege, der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung belasten das Jahresergebnis.

Die **Transferaufwandsquote**, also der Anteil der Transferleistungen an den ordentlichen Aufwendungen, ist auf ca. 25 % zurückgegangen. Anders ausgedrückt: ¼ aller ordentlichen Aufwendungen werden für den Transferbereich bereitgestellt.

Übersicht der jährlichen Transferaufwandsquote

Transferaufwandsquote des Jahres ...	in Prozent
2006	25,60
2007	25,12
2008	25,14
2009	26,45
2010	25,09

Die Transferaufwandsquote allein ist allerdings wenig aussagekräftig. Oftmals stehen den Transferleistungen Kostenerstattungen durch Bund und Land gegenüber. In 2010 werden etwa 20 % der Transferaufwendungen durch Kostenerstattungen gedeckt. Für die Vergangenheit kann leider aufgrund von Kontenverschiebungen keine Aussage getroffen werden. Vor dem Hintergrund neuer Verordnungen im Sozial- und Jugendbereich (siehe Ziffer 7.2 des Rechenschaftsberichtes) bleibt jedoch abzuwarten, wie sich diese Quote in Zukunft entwickeln wird. Nicht zuletzt wegen des

Konnexitätsprinzips müssen Anstrengungen unternommen werden, dass der Kostendeckungsgrad in diesem Bereich nicht sinkt.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen liegen mit 143,6 Mio. € rd. 15,7 Mio. € über dem Vorjahresergebnis (127,9 Mio. €). Ausschlaggebend sind Gebührenerhöhungen für Abfallbeseitigung. Diese werden an den städtischen Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ weitergeleitet. Analog sind die Erträge für diesen Bereich gestiegen, so dass es nicht zu einer tatsächlichen Mehrbelastung gekommen ist (Ausnahme: Abfallgebühren für städtische Gebäude). Ansonsten sind u. a. leichte Steigerungen bei den Energie- und Mietkosten zu verzeichnen.

Zudem ist die Gewerbesteuerumlage, die an Bund und Land abzuführen ist, durch das außerordentlich gute Gewerbesteuerergebnis um 9,4 Mio. € gestiegen.

Erfreulicherweise sind die Zinsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr nochmals gesunken. Hier machen sich der Abbau von Altschulden in den letzten Jahren, sowie das anhaltend günstige Zinsniveau bemerkbar. Die **Zinslastquote** (Anteil der Zinsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) konnte so in den letzten zwei Jahren wieder auf knapp über 5 % gesenkt werden. Anzumerken ist allerdings, dass die Quote auch steigt/fällt, wenn sich andere Positionen innerhalb der ordentlichen Aufwendungen positiv oder negativ verändern. Sie ist daher immer im Verhältnis zu den anderen Aufwendungen zu betrachten.

Übersicht der jährlichen Zinslastquote

Zinslastquote des Jahres ...	in Prozent
2006	4,65
2007	4,51
2008	5,84
2009	5,40
2010	5,09

Weiterführende Darstellungen zur Aufwandsentwicklung können den Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung entnommen werden.

5.2.3 Wesentliche Plan-Ist-Abweichungen auf Budgetebene

Mit der Einführung der Doppik zum 1. Januar 2006 wurde parallel auch die flächendeckende Budgetierung aller Verantwortungsbereiche eingeführt. Ein Budget umfasst einen vorgegebenen Finanzrahmen, der einer Organisationseinheit zur selbstständigen und eigenverantwortlichen Mittelbewirtschaftung zugeordnet ist. Ansätze der in einem Budget veranschlagten Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig (siehe auch § 20 Absatz 1 GemHVO-Doppik).

Die Budgetierung ist ein zentrales Instrument des Neuen kommunalen Rechnungs- und Steuerungsystems. Sie unterstützt dabei folgende Ziele:

- Dezentralisierung der Verantwortung
- Produktorientierte Verantwortung
- Ergebnisorientierte Steuerung

Bei der Stadt Kassel stehen den Ämtern im Ergebnishaushalt grundsätzlich ein oder mehrere Budgets zur Verfügung (1. Budgetebene). Diese sogenannten Ämterbudgets sind unterteilt in weitere Budgets (2. Budgetebene), die gegenseitig deckungsfähig sind. Die Planansätze der Budgets ergeben sich aus der Kombination von Sachkonten und Kostenstellen. Eine Überwachung, ob die Planwerte eingehalten werden, findet auf der Ebene der Ämterbudgets statt.

Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden alle wesentlichen Plan-Ist-Abweichungen (> 200 T€) auf der 2. Budgetebene, getrennt nach Erträgen und Aufwendungen, erläutert. Die Abweichungen sind als Mehr-Weniger-Begründung in Anlage 4 dargestellt.

5.2.4 Budgetüberschreitungen

In 2010 kam es bei einem Budget der 1. Ebene (siehe auch Ziffer 5.2.3) zu einer Überschreitung. Diese ist durch eine Jahresabschlussbuchung entstanden. Zum 31.12. wurden Aufwendungen in Höhe von 217.354,90 € für die Bildung von Prozesskostenrückstellungen gebucht. Die Buchung von Rückstellungszuführungen kann regelmäßig Budgetüberschreitungen verursachen. Eine Rückstellung kann grundsätzlich nicht geplant werden, da sie dem Grunde und/ oder der Höhe nach stets ungewiss ist. Ein wirtschaftlicher Schaden ist dem städtischen Haushalt durch die Budgetüberschreitungen nicht entstanden. Folgendes Budget ist betroffen:

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Überschreitung
7-500-001	Sozialamt/AFK Amtsbudget	1.826.757,59	1.918.546,54	91.788,95

5.3 Vermögens- und Schuldenentwicklung

Der Vermögens- und Schuldenstand sowie das Eigenkapital werden im doppelten Haushaltswesen in der Bilanz abgebildet.

Übersicht der einzelnen Bilanzpositionen

Bezeichnung	Werte zum		Veränderung	
	31.12.2010	31.12.2009	EUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	50.772.881,97	47.912.486,13	2.860.395,84	5,63
Sachanlagevermögen	1.162.650.592,84	1.125.762.704,09	36.887.888,75	3,17
Finanzanlagevermögen	518.432.437,88	513.408.771,97	5.023.665,91	0,97
Vorräte, einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	651.315,12	620.800,40	30.514,72	4,69
Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	139.435,76	136.750,74	2.685,02	1,93
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	55.014.490,31	41.070.184,24	13.944.306,07	25,35
Flüssige Mittel	924.799,28	196.281,30	728.517,98	78,78
Rechnungsabgrenzungsposten	14.264.599,73	14.976.617,18	-712.017,45	-4,99
AKTIVA	1.802.850.552,89	1.744.084.596,05	58.765.956,84	3,26
Eigenkapital	418.556.845,87	427.738.491,64	-9.181.645,77	-2,19
Sonderposten	326.622.840,10	306.154.990,12	20.467.849,98	6,27
Rückstellungen	334.870.687,81	325.983.201,23	8.887.486,58	2,65
Verbindlichkeiten	722.764.570,26	684.163.679,74	38.600.890,52	5,34
Rechnungsabgrenzungsposten	35.608,85	44.233,32	-8.624,47	-24,22
PASSIVA	1.802.850.552,89	1.744.084.596,05	58.765.956,84	3,26

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Bilanz 2010 eine Aktiv-Passiv-Mehrung erfahren. Das heißt, dass die Bilanzsumme durch Vorfälle im Haushaltsjahr 2010 insgesamt gewachsen ist. Der Grund für diese Mehrung liegt hauptsächlich an den Konjunkturprogrammen von Bund und Land (siehe auch Ziffer 5.5.3). Durch Voranschreiten der Bauprojekte steigt das Sachanlagevermögen an. Da die Programme nicht aus städtischen Eigenmitteln finanziert werden, steigen auch die Verbindlichkeiten. 5/6 bzw. die Hälfte der aufgenommenen Kredite werden vom Land getilgt. Für diesen Anteil wurden auf der Aktivseite Forderungen und auf der Passivseite entsprechende Sonderposten eingestellt. Für Zuschüsse vom Bund wurden ebenfalls Sonderposten gebildet.

Die Finanzierung der Programme durch Fremdkapital führt dazu, dass die **Eigenkapitalquote** von rd. 24,5 % auf 23,2 % sinkt. Die Eigenkapitalquote zeigt, wie hoch der Anteil des Eigenkapitals der Stadt Kassel am Gesamtkapital ist. Je höher die Eigenkapitalquote, umso geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher ist die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit der Kommune. Die Eigenkapitalquote der Unternehmen in Deutschland liegt bei durchschnittlich 20 %. Für Kommunen liegen noch keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Übersicht der jährlichen Eigenkapitalquoten

Eigenkapitalquote zum ...	in Prozent
01.01.2006 (Eröffnungsbilanz)	14,92
31.12.2006	14,64
31.12.2007	16,19
31.12.2008	21,16
31.12.2009	24,53
31.12.2010	23,22

Im Gegenzug dazu steigt die **Fremdkapitalquote**. Sie ist sozusagen das Spiegelbild der Eigenkapitalquote. Beide Werte zusammen ergeben immer 100 %.

Übersicht der jährlichen Fremdkapitalquoten

Fremdkapitalquote zum ...	in Prozent
01.01.2006 (Eröffnungsbilanz)	85,08
31.12.2006	85,36
31.12.2007	83,81
31.12.2008	78,84
31.12.2009	75,47
31.12.2010	76,78

Eine weitere Folge der Abwicklung der Konjunkturprogramme ist, dass der städtische **Verschuldungsgrad** ebenfalls steigt. Er zeigt die Relation von Eigen- zu Fremdkapital an und gibt damit Auskunft über die Finanzierungsstruktur. Eine in der Praxis herausgebildete grobe Regel besagt, dass der Verschuldungsgrad nicht höher sein soll als 2:1 (200 %), also das Fremdkapital nicht mehr als das doppelte des Eigenkapitals betragen sollte. Die Quote wurde somit verschlechtert.

Übersicht der Verschuldungsgrade

Verschuldungsgrad	in Prozent
31.12.2008	372,52
31.12.2009	307,75
31.12.2010	330,73

Weiterhin erfolgt durch die Fremdfinanzierung der Konjunkturprogramme zwangsläufig eine Senkung des **Anlagendeckungsgrades I**. Der Anlagendeckungsgrad zeigt, inwieweit das Anlagevermögen durch Eigenkapital gedeckt ist. Wird ein Anlagendeckungsgrad von z. B. 50 % erreicht, so ist die Hälfte des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt.

Werden 100 % erreicht, so ist die „goldene Bilanzregel“ im engeren Sinne erreicht. Bei Unternehmen sollte ein Deckungsgrad von 60 % bis 100 % erzielt werden. Für Kommunen gibt es aufgrund fehlender Erfahrungswerte noch keine Empfehlung.

Übersicht der Anlagendeckungsgrade I

Anlagendeckungsgrad I	in Prozent
31.12.2008	21,97
31.12.2009	25,35
31.12.2010	24,17

Im Folgenden werden die **wesentlichen Veränderungen** im Vergleich zu den Werten zum 31.12.2009 besonders hervorgehoben:

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände konnten um rd. 2,9 Mio. € erhöht werden. Die Ursache der Steigerung liegt überwiegend an Investitionszuschüssen für das Müllheizkraftwerk Kassel und den Gewässerbau.

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen wurde um rd. 36,9 Mio. € erhöht. Die Erhöhung basiert auf den Konjunkturprogrammen von Bund und Land. Es befinden sich für die Stadt überdurchschnittlich viele Bauprojekte in der Fertigstellung, überwiegend im Schul- und Sportstättenbereich. Dadurch wird das Anlagevermögen der Stadt erhöht. Der Werteverzehr bei bereits aktiviertem Vermögen in Form von Abschreibungen konnte so mehr als kompensiert werden. Weitere Informationen können den Ziffern 5.5.3. und 8 des Rechenschaftsberichtes entnommen werden.

Finanzanlagevermögen

Das Finanzanlagevermögen konnte ebenfalls um rd. 5,0 Mio. € erhöht werden. Ausschlaggebend ist insbesondere die Kapitalerhöhung bei der KVV. Dadurch, dass seit 2009 eine Anpassung an die Buchungsweise der Gesellschaft erfolgt, liegt die Kapitalaufstockung regelmäßig über den im Konsolidierungsvertrag festgelegten Wert von 2,5 Mio. €.



Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um ca. 14,0 Mio. € auf nunmehr rd. 55,0 Mio. € gestiegen. Ausschlaggebend sind hier wieder die Konjunkturprogramme. Der Anteil, der vom Land zu tilgenden Kredite, wurde als Forderung eingestellt. Er wird sich analog zu den Verbindlichkeiten bei Zahlung der Tilgungsraten verringern.

Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben haben hingegen abgenommen. Verstärkt wird dies durch eine erhöhte Pauschalwertberichtigung, die sich aus der vorliegenden Altersstrukturliste ergibt.

Flüssige Mittel

Die Höhe der flüssigen Mittel hat sich 2010 im Vergleich zum Vorjahr wieder stabilisiert. In 2009 waren die flüssigen Mittel aufgrund eines negativen Bankbestandes bei einem städtischen Konto vergleichsweise niedrig. Ursache war eine verspätete Einzahlung des Landes Hessen in 2010, deren Fälligkeit jedoch in 2009 lag. Dadurch schloss das Konto mit einem Defizit ab.

Eigenkapital

Das städtische Eigenkapital ging um rd. 9,3 Mio. € zurück. Die Veränderung basiert auf mehreren Faktoren. Zum einen bedingt das negative Jahresergebnis einen Rückgang der Überschussrücklagen. Zum anderen wurden die Gebührenaussgleichsrücklagen Auguste-Förster und Rettungsdienste abgeschmolzen.

Sonderposten

Die Sonderposten wurden von 306,2 Mio. € auf 326,6 Mio. € erhöht. Ausschlaggebend hierfür sind wieder die Konjunkturprogramme. Die Bundeszuschüsse sowie der Tilgungsanteil des Landes wurden als Sonderposten eingestellt.

Rückstellungen

Die städtischen Rückstellungen wurden von 326,0 Mio. € im Vorjahr auf 334,9 Mio. € erhöht. Die Erhöhung ist hauptsächlich auf Zuführungen im Bereich der Altersteilzeit (2,54 Mio. €), der Lebensarbeitszeit (0,51 Mio. €), der leistungsorientierten Bezahlung (0,64 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (davon 3,3 Mio. € Steigerung für Rückstellung Bäderzuschuss, 1,0 Mio. € Steigerung für Rückstellung Winterdienst, 2,95 Mio. € Steigerung für Abführung Bundesanteil von Unterhaltsverpflichteten und 0,84 Mio. € Steigerung für unterlassene Instandhaltung) zurückzuführen. Dagegen sind Minderungen im Bereich der Pensionen (0,66 Mio. €), im Bereich der Beihilfen (0,71 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (Minderung Prozesskosten um 0,42 Mio. €, Minderung Zulassungsstelle um 0,63 Mio. €) zu verzeichnen (siehe auch Anhang, Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen/ Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz, Passiva 3.1 Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen/ Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung, Entwicklung der Aufwandspositionen, Pos. 2 Versorgungsaufwendungen).



Verbindlichkeiten

Die städtischen Gesamtverbindlichkeiten mussten saldiert insgesamt um rd. 38,6 Mio. € erhöht werden. Wie bereits erwähnt, beruht die Steigerung auf der Aufnahme von Krediten für die Konjunkturprogramme. Des Weiteren erfolgten Umschuldungen von langfristigen Krediten aufgrund des guten Zinsniveaus im kurzfristigen Bereich.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

In 2010 wurden drei passive Rechnungsabgrenzungsposten für Einzahlungen gebildet, deren wirtschaftlicher Grund erst in 2011 liegt: Zum einen für Nutzungsentgelte und Erbbauzinsen und zum anderen für Gelder, die für die Nutzung einer Turnhalle in 2011 bereits 2010 eingezahlt wurden.

5.4 Finanzentwicklung

Die Finanzentwicklung wird in der Finanzrechnung abgebildet. Sie gibt einen Überblick über die Liquidität der Stadt und lässt sich mit der sogenannten kaufmännischen Kapitalflussrechnung (Cash-Flow-Rechnung) vergleichen.

Der **Finanzmittelbestand** hat sich in 2010 um rd. 0,7 Mio. € auf rd. 0,9 Mio. € gegenüber dem Endbestandes des Vorjahres (0,2 Mio. €) verbessert. Diese Veränderung ergibt sich dabei aus den vier nachfolgend dargestellten Finanzmittelflüssen.

Im **Finanzmittelfluss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit** ergibt sich ein Mittelzufluss von rd. 12,8 Mio. €.

Im **Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit** findet ein Nettofinanzmittelabfluss in Höhe von rd. 69,7 Mio. € statt.

Der **Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit** weist einen Mittelzufluss von rd. 47,4 Mio. € aus.

Im **Finanzmittelfluss aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen** ergibt sich ein Mittelzufluss von rd. 10,3 Mio. €.

5.5 Entwicklung und Bewertung der Investitionen

5.5.1 Investitionstätigkeiten

Im Jahr 2010 standen insgesamt Haushaltsmittel in Höhe von 206.788.719,96 € für investive Tätigkeiten zur Verfügung. Hiervon entfielen

- 68.160.621,76 € auf Ansätze des Haushaltsjahres 2010 (teilweise über- oder außerplanmäßig bereitgestellt, siehe Anlage 1 zum Rechenschaftsbericht)

- 138.628.098,20 € auf übertragene Reste aus 2009 und den Vorjahren (gem. § 21 GemHVO-Doppik)

Dem gegenüber stehen Ist-Ausgaben in Höhe von 86.035.829,29 €. Somit wurden ca. 58 Prozent der verfügbaren Haushaltsmittel nicht in Anspruch genommen. Die Investitionstätigkeit liegt über dem Vorjahresniveau (ca. 71 % nicht in Anspruch genommen).

Anzumerken ist, dass sich durch die erst am 16. August 2010 vom Regierungspräsidium Kassel erteilte Haushaltsgenehmigung zwangsläufig Verzögerungen bei den für 2010 geplanten Maßnahmen ergaben. Daher resultiert die Steigerung der Investitionstätigkeit vor allem aus der zügigen Umsetzung der Konjunkturprogramme von Bund und Land (siehe auch Ziffer 5.5.3). Da diese als Reste aus dem Jahr 2009 übertragen wurden, unterlagen sie als Fortsetzungsmaßnahme nicht den Beschränkungen der vorläufigen Haushaltsführung, die bis zur Haushaltsgenehmigung gelten.

Die konjunkturelle Lage, die Entwicklung am Arbeitsmarkt und die Notwendigkeit, begonnene Projekte zügig fortzusetzen und fertig zu stellen, erfordern es, nach eingehender Prüfung Haushaltsausgabereste in Höhe von 123.973.139,67 € zu bilden. Die Einzelpositionen sind der Anlage 3 zum Rechenschaftsbericht zu entnehmen.

5.5.2 Wesentliche Investitionsmaßnahmen

Folgende **wesentliche Investitionsmaßnahmen in das Sachanlagevermögen, sowie Zuwächse des immateriellen Vermögens** des Jahres 2010 (> 300 T€) sind hervorzuheben. Die Maßnahmen sind absteigend nach dem Volumen der Jahresergebnisse 2010 geordnet:

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2010
650 4211 200	<p>Sonderinvestitionsprogramm Schulbau</p> <p>Die Konjunkturprogramme von Bund und Land Hessen, die für die Stadt Fördermittel in Höhe von 42,4 Mio. € für den Bereich Schulbau vorsehen, setzen voraus, dass die Projekte im Jahr 2009 begonnen werden. Daher sind bei allen Projekten Mittelabflüsse zu verzeichnen. Ein Großteil der Maßnahmen wird jahresübergreifend, teilweise bis 2011, umgesetzt. Daher sind bei fast allen Projekten Mittelabflüsse zu verzeichnen.</p> <p>Bei folgenden Maßnahmen konnten bis 2010 Mittelabflüsse über 1. Mio. € verzeichnet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausstattungen für diverse Schulen ca. 4,5 Mio. € • Oskar-von-Miller-Schule ca. 4,0 Mio. € • Martin-Luther-King-Schule 1 ca. 2,9 Mio. € • Schule Schenkelsberg ca. 2,6 Mio. € • Walter-Hecker-Schule ca. 2,5 Mio. € • Heinrich-Schütz-Schule ca. 1,5 Mio. € • Friedrichsgymnasium ca. 1,2 Mio. € • Goethegymnasium 1 ca. 1,2 Mio. € <p>Weitere Informationen zu den Investitionsprogrammen können der Ziffer 5.5.3. des Rechenschaftsberichtes entnommen werden.</p>	23.363.291,24
650 4212 200	<p>Sonderinvestitionsprogramm kommunale Infrastruktur</p> <p>Die Konjunkturprogramme von Bund und Land Hessen, die für die Stadt Fördermittel in Höhe von 18,2 Mio. € für den Bereich kommunale Infrastruktur vorsehen, setzen voraus, dass die Projekte im Jahr 2009 begonnen werden. Ein Großteil der Maßnahmen wird</p>	10.635.290,79

Investitionsnummer	Kurzbeschreibung	Ergebnis 2010
	<p>jahresübergreifend, teilweise bis 2011, umgesetzt. Daher sind bei fast allen Projekten Mittelabflüsse zu verzeichnen.</p> <p>Bei folgenden Maßnahmen konnten bis 2010 Mittelabflüsse über 1. Mio. € verzeichnet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Feuerwache 1 ca. 3,9 Mio. € • Sporthalle Fridtjof-Nansen-Schule ca. 1,2 Mio. € • Sportanlage Auepark ca. 1,0 Mio. € • Sporthalle Carl-Anton-Henschel-Schule ca. 1,0 Mio. € <p>Weitere Informationen zu den Investitionsprogrammen können der Ziffer 5.5.3. des Rechenschaftsberichtes entnommen werden.</p>	
650 0970 100	<p>Auestadion</p> <p>Das Auestadion wurde mit seinen Modernisierungs-, Umbau- und Neubaumaßnahmen fertig gestellt. In 2010 wurde hauptsächlich die neue Haupttribüne errichtet und abgerechnet.</p>	8.002.676,57
660 6110 152	<p>Hafenbrücke</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neubau der Hafenbrücke (In Abhängigkeit vom Baufortschritt gezahlte Baukosten) 	3.761.472,97
900 9816 400	<p>Müllheizkraftwerk Kassel</p> <ul style="list-style-type: none"> • Investitionszuweisung 	3.000.000,00
230 4800 500	<p>Allgemeines Grundvermögen – Erwerb und Verkauf von Grundstücken</p> <p>Bei der genannten Investitionsnummer sind neben den Buchwerten aus der Veräußerung städtischer Grundstücke vorrangig die Kosten für den Erwerb von Grundstücken (z.B. im Rahmen der allgemeinen Bodenbevorratung, projektbezogenen Erwerbs oder im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verfahren) erfasst.</p>	1.846.940,15
660 6140 106	<p>Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen, Baukosten</p> <p>In 2010 wurden folgende Maßnahmen umgesetzt bzw. begonnen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kimpelstraße 26.000,00 € • Freudenthalstraße 65.000,00 € • Sensensteinstraße 77.000,00 € • Baumgartenstraße 115.000,00 € • Stahlbergstraße 20.000,00 € • Eisenhammerstraße 40.000,00 € • Rothenbergstraße 34.000,00 € • Habichtsforsweg 22.000,00 € • Baunsbergstraße 16.000,00 € • Kirchhainer Straße 13.000,00 € • Unter dem Riedweg 111.000,00 € • Hirschbergstraße 19.000,00 € • Agathofstraße 20.000,00 € • Feldbergstraße 18.000,00 € • Schenkebier Stanne 22.000,00 € • Kellermannstraße 320.000,00 € • Bayernstraße 15.000,00 € • Körnerstraße 223.000,00 € • Mulangstraße 86.000,00 € • Bismarckstraße 26.000,00 € • Park-/Westendstraße 17.000,00 € • Frasenweg 50.000,00 € • Pfannkuchstr./Tischbeinstr. 53.000,00 € • Knutzenstraße 111.000,00 € • Fontanestraße 111.000,00 € • sonstige kleinere Maßnahmen 136.000,00 € 	1.766.167,01

660 6140 103	Bau von Anliegerstraßen, Baukosten In 2010 wurden folgende Maßnahmen umgesetzt bzw. begonnen: <ul style="list-style-type: none"> • Thielenäcker 58.000,00 € • Baugebiet Klosterwiese 25.000,00 € • Hannah-Arendt-Str./Alfred-Delp-Straße 287.000,00 € • Oderweg 104.000,00 € • Baugebiet Am Goldbach 629.000,00 € • Büchnerstraße 47.000,00 € • Mündener Straße 66.000,00 € • Rotkäppchenweg 30.000,00 € • Ihringshäuser Straße 62.000,00 € • Hallenbad Süd, Parkplatz 80.000,00 € • Verschiedene Grunderwerbskosten (Verr.) 114.000,00 € • sonstige kleinere Maßnahmen 107.000,00 € 	1.609.001,06
660 6140 105	Größere Instandsetzungen von Straßen In 2010 wurden folgende Maßnahmen umgesetzt bzw. begonnen: <ul style="list-style-type: none"> • Weinbergstr./Ob. Karlsstr. 126.000,00 € • Ihringshäuser Straße 104.000,00 € • Tischbeinstraße 92.000,00 € • Heiligenröder Straße 64.000,00 € • Heinrich-Schütz-Allee 35.000,00 € • Holländische Straße 34.000,00 € • Luisenstraße 39.000,00 € • Stonsbreite 22.000,00 € • Wiegandstraße 40.000,00 € • Wilh.Allee/Wittrockstr. 138.000,00 € • Wolfhager Straße 67.000,00 € • Zwehrener Weg 96.000,00 € • Parkstraße 70.000,00 € • Bismarckstraße 55.000,00 € • Kohlenstraße 86.000,00 € • sonstige Maßnahmen 170.000,00 € 	1.238.400,33
900 9822 400	Flughafen Kassel-Calden Städtischer Investitionszuschuss für den Flughafen Kassel-Calden	1.203.467,34
650 0005 200	Rathaus, bauliche Verbesserungen In 2010 wurden folgende Maßnahmen umgesetzt bzw. begonnen: <ul style="list-style-type: none"> • Flachdachsanieierung Flügel Karlsstraße • Erneuerung Fenster- und Fassadenelemente des Zwischenbaus • Brandmelde- und Sprachalarmierung • Erneuerung der Wasserleitungen nach der Trinkwasserverordnung • Elektroinstallationen aufgrund von Sicherheitsauflagen • Erneuerung der Aufzüge im Hauptgebäude • eine Reihe von partiellen Sanierungsmaßnahmen 	1.162.311,92
400 8000 800	Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) für alle Kasseler Schulen und Schulverwaltungen Erwerb von geringwertigem beweglichem Anlagevermögen für alle Kasseler Schulen und Schulverwaltungen. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für geringwertige Wirtschaftsgüter liegen zwischen 150 und 1.000 EUR pro Vermögensgegenstand.	1.115.657,36
650 0806 100	Kindertagesstätte Bossental, Baukosten Die Kindertagesstätte Bossental ist abgängig und muss durch einen Neubau ersetzt werden. Das Projekt wurde in 2010 begonnen und befindet sich im Zusammenhang mit dem Mensaneubau der Schule Bossental in der Ausführungsphase.	1.015.219,51
650 0115 101	Berufsfeuerwehr, Baukosten Die Feuerwache 1 wird im Anschluss an den Neubau der Leitstelle in den Jahren 2010 und 2011 erweitert. Hierin integriert sind u. a. die Verlagerung des vorbeugenden Brandschutzes von der Feuerwache 2 in den Neubau und der Bau einer Atemschutzübungsstrecke. Beide Maßnahmen wurden, wie andere Inneneinrichtungsprojekte, 2010 abge-	1.005.149,84

	rechnet. Größtenteils wird die Erweiterung nunmehr über das Sonderinvestitionsprogramm finanziert (siehe Ziffer 5.5.3. des Rechenschaftsberichtes). Die Sanierung der bestehenden Gebäudeteile schließt sich ab 2011 bauabschnittsweise an.	
650 4210 100	Bau von Schulmensen/ Cafeterien im Rahmen G8 Im Rahmen des G8-Projektes wurde an der Friedrich-List-Schule, der Friedrich-Wöhler-Schule und an der Heinrich-Schütz-Schule mit dem Bau von Schulmensen/ Cafeterien begonnen. Die Projekte am Friedrichs- und Wilhelmsgymnasium wurden endabgerechnet.	889.055,53
660 6120 145	Tischbeinstraße Um- und Ausbau der Tischbeinstraße (in Abhängigkeit vom Baufortschritt gezahlte Baukosten)	824.964,91
650 0330 200	Albert-Schweitzer-Schule Die Albert-Schweitzer-Schule wird abschnittsweise bei laufendem Schulbetrieb general saniert. Dach, Fassade und die Naturwissenschaften sind bereits teilsaniert. In 2010 wurde der 4. und 5. Bauabschnitt durchgeführt (Baukonstruktion).	768.360,93
650 4203 200	Berufliche Schulen, bauliche Verbesserungen In 2010 wurden folgende Projekte umgesetzt bzw. begonnen: <ul style="list-style-type: none"> • Einbau einer weiteren Lehrküche sowie Brandschutzmaßnahmen an der Elisabeth-Knipping-Schule • Toilettensanierung an der Paul-Julius-von-Reuter-Schule 2 • Komplementärfinanzierung der Cafeteria an der Friedrich-List-Schule • Deckensanierung des Lehrerzimmers an der Walter-Hecker-Schule 	750.739,92
650 0394 100	Generalsanierung 2. Berufsschulzentrum In 2010 wurde die Sanierung des Flügels Artilleriestraße der Max-Eyth-Schule bei laufendem Betrieb weitergeführt.	748.679,39
650 4202 200	Gymnasien, bauliche Verbesserungen In 2010 wurden folgende Projekte umgesetzt bzw. begonnen: <ul style="list-style-type: none"> • Brandschutzmaßnahmen am Goethegymnasium 2 • Erhöhung der Treppengeländer in verschiedenen Gymnasien 	726.238,62
650 4503 200	Generalüberholungen von Sportanlagen In 2010 wurden folgende Projekte umgesetzt bzw. begonnen: <ul style="list-style-type: none"> • Dachsanierung an der Großsporthalle Auepark • Ersatzbeschaffungen von Sportgeräten für die Sporthalle Bad Wilhelmshöhe • Mitfinanzierung des Ersatzneubaus der Sportanlage Scharhorststraße (grundsätzliche Finanzierung über Sonderinvestitionsprogramm) • Sanierung der Umkleidekabinen des Nordstadt-Stadions • Sanierung der Fassade, Außentreppe und Umkleidekabinen der Sportanlage Waldauer Wiesen 	654.580,95
110 4006 300	Standard I.u.K.-Technik, bewegliches Vermögen <ul style="list-style-type: none"> • 110.500 € für Telekommunikationsanlage • 456.000 € für Softwarelizenzen • 58.000 € für Ersatzbeschaffungen Zeiterfassungsterminals 	675.328,90
630 6330 100	Stadterneuerung Oberzwehren Städtebauliche Entwicklung und Erneuerungen im Stadtteil Oberzwehren, Wohnumfeldmaßnahmen in den Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> • Heinrich-Plett-Str. 289.000 € • Im Füllchen: 150.000 € • Brückenhofstraße: 30.300 € • Spiellandschaft Dönchebach: 45.200 € 	531.571,58
650 0415 100	Walter-Hecker-Schule Das ehemalige Werkstattgebäude der Walter-Hecker-Schule an der Fuldatastraße ist abgängig. Der erforderliche Ersatzneubau am Standort Schillerstraße wird zurzeit errichtet. In 2010 erfolgten der Innenausbau inklusive Elektroarbeiten sowie Fassadenarbeiten.	519.679,94
660 6140 134	Verkehrssteuer-/ Regelsystem Für eine Vielzahl systemrelevanter Maßnahmen (Steuergeräte, Lichtsignalanlagen u.a.) im Stadtgebiet wurden insgesamt ca. 510.000,00 € aufgewendet.	509.876,82

650 0540 200	Brüder-Grimm-Museum Das Palais Bellevue, das heutzutage das Brüder-Grimm-Museum beherbergt, wird seit Ende des Jahres 2009 ganzheitlich saniert und funktional verbessert. Der Abschluss der Arbeiten ist für 2011 vorgesehen.	481.676,95
630 6340 100	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Rothenditmold In 2010 Um- und Ausbau der Philippstraße	432.387,12
650 4205 200	Gesamtschulen, bauliche Verbesserungen In 2010 wurden folgende Maßnahmen begonnen bzw. fortgesetzt: <ul style="list-style-type: none"> • Abrechnung der Pelletheizung sowie Maßnahmen zur Fluchtwegesicherung an der Hegelsbergschule • Einbau von Brandschutzklappen an der Joseph-von-Eichendorff-Schule • Einbau Brandmeldeanlage und Sicherheitsbeleuchtung an der Offenen Schule Waldau • Unterdeckensanierung in der Turnhalle der Reformschule Wilhelmshöhe 	410.619,63
370 5200 300	Berufsfeuerwehr, bewegliches Vermögen In 2010 wurden überwiegend Investitionen im Zusammenhang mit dem neuen Gebäude teil getätigt. Dies waren u. a. die Ausstattungen der Kfz.-Werkstatt und der Atemschutzwerkstatt, eine neue Telefonanlage, eine neue Torsteuerung und die Vorbereitung der Leitstelle für die Anbindung der Fahrzeuge mit RescueTrack (Positionsbestimmung und Übermittlung der Einsatzdaten per GPS). Weiterhin wurden zwei Fahrzeuge mit unterschiedlicher feuerwehrtechnischer Ausstattung (Einsatzleitwagen und Mannschaftstransportfahrzeug) angeschafft.	392.128,10
660 6140 120	Ingenieurbauten, Baukosten <ul style="list-style-type: none"> • Brücke Gelnhäuser Straße 158.000,00 € • Brücke Ochsenallee/Wasserfallsgraben 184.000,00 € • Verschiedene kleinere Maßnahmen 13.000,00 € 	355.453,00
630 6375 100	Soziale Stadt Wesertor Städtebauliche Entwicklung und Erneuerungen im Stadtteil Wesertor. <ul style="list-style-type: none"> • Grunderwerb Grünzug Bleichwiesen: 117.000 € • Umbau Weserstraße 38: 182.300 € • Umbau Freestylehalle 51.100 € 	353.563,68
650 0355 100	Jacob-Grimm-Schule, Baukosten Aufgrund der Schulzeitverkürzung in der gymnasialen Mittelstufe (G8) gibt es ab dem Schuljahr 2010/2011 an der Jacob-Grimm-Schule für drei Jahre einen doppelten Jahrgang. Da schulorganisatorisch und räumlich keine Möglichkeiten bestehen, diese Jahrgänge im bestehenden Gebäude unterzubringen, wurden in 2010 vier Klassenraumcontainer angeschafft und aufgestellt.	342.485,55
660 6140 126	Radwege/ Radrouten <ul style="list-style-type: none"> • Radweg Märchenweg, Radroute 8 20.000,00 € • Radverkehrswegweisungen 24.000,00 € • Losseradweg 148.000,00 € • Fahrradabstellanlagen 126.000,00 € • Sonstige kleinere Maßnahmen 12.000,00 € 	330.069,77
630 6355 100	Ziel 2 Programme EFRE Strukturfonds 2007 bis 2013 Folgende Projekte wurden in 2010 umgesetzt: <ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse "Lokale Ökonomie" 262.000 € • Planung Umbau Tulpenallee 62.500 € 	324.760,56
900 9690 400	Wasserbau Städtischer Investitionszuschuss an den Kasseler Entwässerungsbetrieb für verschiedene Maßnahmen an Wasserläufen	322.250,15

650 4201 200	Grund-, Haupt- und Realschulen, bauliche Verbesserungen In 2010 wurden folgende Maßnahmen begonnen bzw. fortgesetzt: <ul style="list-style-type: none"> • Erhöhung der Treppengeländer in Grund- und Hauptschulen • Dachsanierung der Turnhalle an der Grundschule Waldau • Sicherheitsbeleuchtung in der Schule am Heideweg • Fassaden- und Fenstersanierungen an der Schule Jungfernkopf • Erneuerung der Wasserleitungen nach der Trinkwasserverordnung und Akustikarbeiten an der Schule am Warteberg • Sicherheitsbeleuchtung in der Schule Brückenhof 	319.469,57
670 4431 100	Kinderspielplätze, Grunderneuerungen und Sicherheitsmaßnahmen Im Rahmen des Budgets wird eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen an den insgesamt rund 250 städtischen Einrichtungen mit ca. 2000 Spielgeräten (Spielplätze, Bolzplätze, Außenanlagen an Schulen und Kitas) jeweils nach Priorität umgesetzt. Dabei werden regelmäßig Grunderneuerungen, Teilsanierungen und Ersatzbeschaffung in den Anlagen oder Teilbereichen durchgeführt, die als Reparaturen nicht mehr wirtschaftlich oder möglich sind.	308.040,98
670 3047 100	Grünanlage Dessenborn/ Triftweg Für das ausgewiesene neue Baugebiet Dessenborn/Triftweg in Wolfsanger wurde aus den verfügbaren Mitteln die vorgeschriebene Grünanlage als Ausgleichsfläche finanziert. Es wurde eine weitläufige gleichzeitig naturnahe 7 ha große Ausgleichsfläche angelegt, die die Nutzungsansprüche der Bewohner berücksichtigt und neue Lebensräume für Flora und Fauna geschaffen hat. Neben den Pflanzungen und Sitzgelegenheiten wurde ein Entwässerungsgraben zum Abfang extremer Niederschläge eingerichtet. Eine Besonderheit stellt die große Vielfalt von über 28 gepflanzten Obstsorten bei insgesamt über 300 Bäumen dar, die entdeckt und auch geerntet werden können.	306.249,80
520 4501 400	Förderung des Sports, Investitionszuschüsse In 2010 wurden städtische Zuwendungen (Investitionskostenzuschüsse) für vereinseigene Baumaßnahmen nach den Sportförderungsrichtlinien der Stadt Kassel an Kasseler Sportvereine ausgezahlt.	305.500,00
650 0280 100	Schule Eichwäldchen, Baukosten In 2010 wurde der Ersatzbau für die abgängigen Pavillons größtenteils fertig gestellt und abgerechnet.	302.754,63

Folgende Investitionen in das **Finanzanlagevermögen** wurden 2010 vorgenommen:

- Die Anteile an der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV) wurden in 2010 um 4.843.600 € erhöht. Die per Konsolidierungsvertrag vorgeschriebenen jährlichen Zahlungen an die KVV erfolgen auf städtischer Seite zum Teil als Verlustübernahme, die im Ergebnishaushalt gebucht wird, und zum Teil als Kapitaleinlage. Die Aufteilung der Beträge erfolgt analog der Vorgehensweise bei der KVV. Bei den o. g. 4.843.600 € handelt es sich um die Kapitaleinlage für das Jahr 2010.
- Der Fördergesellschaft für innovative Dienstleistungen und Techniken (FiDT) GmbH werden von 2005 bis 2014 als Liquiditätshilfe jährliche Kapitalverstärkungen von 80.600 € zugeführt, die den Buchwert der Beteiligung erhöhen.
- Im Jahr 2009 erfolgte die Gründung der Science-Park-Center Kassel GmbH. Die GmbH ist ein Joint Venture von Universität und Stadt Kassel. Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft, insbesondere die Planung, Errichtung, Verwaltung, sowie das Betreiben von Zentren, die Unternehmensgründungen sowie die systematische



Zusammenarbeit von Universität und innovativen Wachstumsträgern der Region unterstützen. In 2010 wurde eine Liquiditätshilfe in Form einer Kapitaleinlage in Höhe von 80.000 € geleistet.

Weitere Informationen zur Entwicklung des städtischen Finanzanlagevermögens können Ziffer 1.3 der Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Schlussbilanz zum 31.12.2010 entnommen werden.

5.5.3 Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und Konjunkturpaket 2 des Bundes

Unmittelbar nach Ankündigung der Programme im Dezember 2008 hat die Stadt Kassel Maßnahmenpakete für die Beantragung der Förderung nach Prioritäten definiert, die vom Magistrat am 2. Februar 2009 der Stadtverordnetenversammlung, den Ausschüssen und den Ortsbeiräten vorgelegt wurden. Im Haushalt 2009 wurden für Schulbaumaßnahmen aus dem Landespaket 50 Mio. € und für Sonstige Infrastrukturmaßnahmen (Sporthallen, Feuerwache, energetische Sanierungen) 20 Mio. € vorsorglich veranschlagt.

Mit Erteilung des Förderbescheides im Mai 2009 wurden im

- | | |
|--|-------------|
| • Landesdarlehen für Schulbau | 26,3 Mio. € |
| • Bundeszuschuss mit Land-Kofinanzierung für Schulbau | 16,1 Mio. € |
| • Landesdarlehen sonstige Infrastrukturmaßnahmen | 13,9 Mio. € |
| • Bundeszuschuss mit Land-Kofinanzierung sonstige Infrastrukturmaßnahmen | 4,3 Mio. € |

zusammen	60,6 Mio. €
----------	-------------

bewilligt. Schon vor Bescheiderteilung und unmittelbar danach wurden ca. 50 Architektur- und Ingenieurbüros mit Planungsleistungen beauftragt. Ausschreibungen und Vergaben dauern drei bis vier Monate. Die Auftragswirkung bei den ausführenden Firmen kam ab September 2009 ins Laufen.

Die Projektsteuerung wird vom Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung durchgeführt. Damit werden Einsparungen von rund 1,2 Mio. € erzielt.

Bis Ende 2010 wurden aus den bewilligten 60,6 Mio. € ca. 53,9 Mio. € beauftragt und daraus ca. 34,0 Mio. € zahlungswirksam verausgabt.

Mit beiden Programmen wurde es möglich, Projekte des Haushalts in Höhe von 40,5 Mio. €, die aufgrund der städtischen Kreditmittelbeschränkung erst 2011 und später im Finanzplan vorgesehen werden konnten, in die Jahre 2009 bis 2011 vorzuziehen. Maßnahmen in Höhe von 20,1 Mio. €, die bis dahin nicht in der mittelfristigen Finanzplanung waren, konnten zusätzlich in Ansatz kommen.

Damit wurde ein wesentlicher Beitrag zur vorgezogenen baulichen und energetischen Sanierung von Schulen und Sporteinrichtungen in Angriff genommen. Mensen



sowie Schulneubauten und -erweiterungen brachten die Stadt dem Ziel der Einrichtung von Ganztagsbetreuungsangeboten einen großen Schritt näher. Neubauten im größeren Umfang wie die Feuerwache 1 und der Neubau des naturwissenschaftlichen Trakts der Heinrich-Schütz-Schule hätten ohne Sonderprogramme ein komplettes investives Jahresbudget für sich beansprucht.

Bewilligte Maßnahmen der Sonderprogramme

Objekt	Gebäudeteil	Gewerk	Projektsumme
Schulpauschale	Diverse	Ausstattung, funktionale Veränderungen	4.487.000 €
Ernst-Leinius-Schule	Umbau 3.BA	Baukosten und Einrichtung	750.000 €
Fridtjof-Nansen-Schule	Mensa	Baukosten und Einrichtung	790.000 €
Schule Bossental	Mensa	Baukosten und Einrichtung	700.000 €
Schule Schenkelsberg	Ersatzneubau / Mensa	Baukosten und Einrichtung	3.563.500 €
Grundschule Waldau	Mensa	Baukosten und Einrichtung	925.000 €
Valentin-Traudt-Schule	Hauptgebäude	Toilettensanierung	400.000 €
Friedrichsgymnasium	4 neue Klassenräume	Baukosten und Einrichtung	1.600.000 €
Goethegymnasium 1	Hauptgebäude/Chemieräume	Sanierung	1.423.631 €
Wilhelmsgymnasium	Aula	Sanierung	637.369 €
Elisabeth-Knipping-Schule	Lehrküche	Erneuerung	809.500 €
Walter-Hecker-Schule	Erweiterung	Baukosten und Einrichtung	3.347.000 €
Offene Schule Waldau	Mensa und Anbau Musikraum	Baukosten	730.000 €
Heinrich-Schütz-Schule	Erweiterung	Baukosten und Einrichtung	6.150.000 €
Summe-Landesdarlehen-Schulbau			26.313.000 €
Martin-Luther-King-Schule 1	Dach und Fassade	Sanierung	4.180.000 €
Max-Eyth-Schule	Flügel Artilleriestraße	Teilsanierung	1.700.000 €
Sporthalle 1. Berufsschulzentrum	Sporthalle	Teilsanierung	240.000 €
Oskar-von-Miller-Schule	Hauptgebäude 2.BA	Sanierung	4.621.500 €
Heinrich-Schütz-Schule	Hauptgebäude	Sanierung	3.500.000 €
Goethegymnasium 2	Sporthalle	Teilsanierung	300.500 €
Paul-Julius-von-Reuter-Schule 1	Hauptgebäude	Teilsanierung	918.000 €
Schule am Wall	Mensa		610.000 €
Summe-Bundeszuschuss-Landeskofinanzierung-Schulbau			16.070.000 €
Luisenschule	Sporthalle	Sanierung	670.000 €
Reformschule Wilhelmshöhe	Sporthalle	Sanierung	747.520 €
Friedrichsgymnasium	Sporthalle	Sanierung	808.000 €
Sportanlage Auepark	F-Platz	Trainingsbeleuchtung, Kunstrasen	1.160.000 €
Max-Eyth-Schule	Verwaltungstrakt	Sanierung	780.000 €
Max-Eyth-Schule	Zeughaus		150.000 €
Fridtjof-Nansen-Schule	Sporthalle	Sanierung	1.600.000 €
Sportanlage Waldauer Wiesen	Podeste und Stützen	Betonsanierung	60.000 €
Feuerwehr-Wache 1	Erweiterung	Baukosten und Einrichtung	6.500.000 €
Rathaus	Flure-1.OG (Vestibül)	Flursanierung	1.440.000 €
Summe-Landesdarlehen-Sonstige			13.915.520 €
Heinrich-Schütz-Schule	Sporthalle	Sanierung	481.478 €
Carl-Anton-Henschel-Schule	Sporthalle	Sanierung	1.180.000 €
Schule am Warteberg	Sporthalle	Sanierung	150.000 €
Spielhaus Quellhofstraße		Generalsanierung mit Anbau	330.000 €
Sporthalle Waldau	Sporthalle	Teilsanierung	855.817 €
Sporthalle Harleshausen	Sporthalle	Nebendächer	220.000 €
Sporthalle Oberzwehren	Sporthalle, Nebendächer	Dachsanierung	175.000 €
Sportanlage Wolfsanger	Sportgebäude	Sanierung	200.000 €
Sportanlage Scharnhorststraße	Ersatzneubau	Ersatzneubau	460.000 €
Sportanlage Fasanenhof	Sportgebäude	Dach- und Fenstererneuerung	80.000 €
Sporthaus Harleshausen	Sportgebäude	Dach- und Fenstererneuerung	70.000 €
Sportzentrum Am Heisebach	Sportgebäude	Flachdachsanierung	65.000 €
Sportanlage Stockwiesen	Sportgebäude	Fenstererneuerung	16.883 €
Sporthaus Am Donarbrunnen	Sportgebäude	Fenstererneuerung	6.583 €
Sporthaus Stegerwaldstraße	Sportgebäude	Fenstererneuerung	3.791 €
Sporthaus Eichwald (Cornelius-Gellert)	Sportgebäude	Fenstererneuerung	6.926 €
Summe-Bundeszuschuss-Landeskofinanzierung Sonstige			4.301.478 €
Summe Sonderinvestitions- und Konjunkturprogramme			60.599.998 €

5.5.4 Projekte mit erheblichen Plan-Ist-Abweichungen

Bei folgenden Projekten ergaben sich erhebliche **Abweichungen** zu den Planzahlen (Plan-Ist-Differenz >300 T€ und weniger als 50 % Mittelausschöpfung). In den Zahlen sind sowohl die Ansätze 2010 als auch die Reste aus den Vorjahren enthalten. Die Maßnahmen sind in die verschiedenen kommunalen Aufgabenbereiche gegliedert.

Schulen

Schule Schenkelsberg

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0305 100	Schule Schenkelsberg, Baukosten (OBR 20)	312.867,43	0	312.867,43	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Mit den Mitteln sollte ursprünglich ein Ersatzneubau für die maroden Pavillons der Schule Schenkelsberg inklusive Neugestaltung der Außenanlagen realisiert werden. Der Ersatzneubau kann seit 2009 aus dem Sonderinvestitionsprogramm (SIP) finanziert werden (siehe auch Ziffer 5.5.3. des Rechenschaftsberichtes). Um möglichst viele Mittel des Sonderinvestitionsprogrammes zu binden (Grund: enge Fristenbindung), wurden die Maßnahmen aus städtischen Mitteln zunächst zurückgestellt und in 2010 nicht in Anspruch genommen. Es ist beabsichtigt, die städtischen Maßnahmen im Außenbereich und im Hauptgebäude nach Abschluss der SIP-Maßnahme zu realisieren.

Gesamtschulen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 4205 200	Gesamtschulen/Bauliche Verbesserungen	875.667,68	410.619,63	465.048,05	46,89

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus diesem Titel werden Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen an Gesamtschulen finanziert. 38.614,96 € wurden innerhalb des Sanierungsdeckungskreises verschoben und deshalb nicht bei dieser Investitionsnummer verausgabt. Mit der Dachsanierung an der Carl-Schomburg-Schule wurde begonnen. An der Hegelsbergschule wurde in 2010 die Pelletheizung abgerechnet und Maßnahmen zur Fluchtwegesicherung durchgeführt. Es wurden Brandschutzkappen an der Joseph-Eichendorff-Schule, sowie eine Brandmeldeanlage und Sicherheitsbeleuchtung an der Offenen Schule Waldau eingebaut. Nicht alle Aufträge konnten bis zum Jahresende ausgeführt und abgerechnet werden. Die nicht verausgabten Mittel wurden durch einen Haushaltsrest in das kommende Haushaltsjahr übertragen.

Kindertagesstätten

Kindertagesstätte Bossental

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0806 100	Kita Bossental, Baukosten (OBR 15)	2.185.057,38	1.015.219,51	1.169.837,87	46,46

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Neubau der Kindertagesstätte Bossental im Zusammenhang mit dem Mensaneubau der Schule ist in der Ausführungsphase. Für die nicht verausgabten Mittel wurde ein Haushaltsrest beantragt. Ein Großteil der Mittel ist bereits durch Aufträge gebunden.

Kindertagesstätte Brückenhof 2

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0816 200	Kita Brückenhof 2, Baul. Verbesserungen (OBR 20)	497.000,00	173.695,62	323.304,38	34,95

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Über einen „Antrag auf Bewilligung einer über-/außerplanmäßigen Aufwendung oder Auszahlung“ wurden in 2009 Mittel für den akuten Sanierungsbedarf der Fassade an der Kindertagesstätte Brückenhof 2 bereitgestellt. Die Maßnahme befindet sich in der Bauphase. Für die nicht verausgabten Mittel wurde ein Haushaltsrest beantragt. Ein Großteil der Mittel ist bereits durch Aufträge gebunden.

Kultur

Staatstheater

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
410 4302 400	Staatstheater (OBR 01)	1.619.160,00	0	1.619.160,00	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Unter der angegebenen Investitionsnummer wird der städtische Anteil an den Sanierungskosten des Staatstheaters Kassel abgewickelt.

Im Jahr 2010 konnte eine endgültige Abrechnung einiger Teilbereiche der Sanierung noch nicht erfolgen. Daraus erfolgt keine Verausgabung der in 2010 verfügbaren Investitionsmittel.

Der ermittelte Abweichungsbetrag wurde als Haushaltsausgaberest in das Jahr 2011 übertragen.

Szeemann-Archiv

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
410 4304 301	Szeemann-Archiv (OBR 01)	1.000.000,00	0	1.000.000,00	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Stadt Kassel beabsichtigt das Szeemann-Archiv anzukaufen.

Die Verhandlungen für den Ankauf sind noch nicht abgeschlossen. Die Gespräche zwischen der Stadt Kassel, dem Land Hessen und den Erben laufen derzeit.

Die oben genannten Mittel wurden als Haushaltsausgabereist in das Jahr 2011 übertragen.

Brüder-Grimm-Museum

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0540 100	Brüder-Grimm-Museum, Baukosten (OBR 01)	3.700.000,00	0	3.700.000,00	0
650 0540 200	Brüder-Grimm-Museum, Sanierung (OBR 01)	3.357.622,68	481.676,95	2.875.945,73	14,35

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Mittel für Baukosten waren für Wettbewerb, Planung und Neubaubeginn des Brüder-Grimm-Museums vorgesehen.

Das Brüder-Grimm-Museum wird in das Gesamtkonzept der neu zu entwickelnden Museumslandschaft eingebunden.

Im Jahr 2010 wurde das zukünftige Nutzungskonzept und damit das Anforderungsprofil diskutiert. Vorbereitungen zur Durchführung eines Architektenwettbewerbs wurden eingeleitet.

Auszahlungen 2010 wurden bei der Investitionsnummer 650 0540 200 (Palais Bellevue) getätigt, da sich erst im Laufe des Jahres die Differenzierung beider Maßnahmen ergab.

Für nicht verausgabte Mittel wurde ein Haushaltsausgabereist beantragt.

Die Mittel für Sanierung waren für den Umbau und die Erweiterung des Brüder-Grimm-Museums im Palais Bellevue vorgesehen. Der vorgesehene Anbau wurde nicht realisiert, da sich die Planungen in Richtung eines Neubaus auf dem Weinberg konzentrierten.

Bis das neue Nutzungskonzept feststeht, ruhen die Sanierungsmaßnahmen am Palais Bellevue.

Stadtmuseum

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0555 100	Stadtmuseum, Baukosten (OBR 01)	1.781.727,12	140.891,83	1.640.835,29	7,91
650 0555 200	Stadtmuseum, Baul. Verbesserungen (OBR 01)	1.500.000,00	177.422,45	1.322.577,55	11,83

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus den Mitteln für Baukosten wird der Umbau und die Erweiterung des Stadtmuseums finanziert. Nachdem das Wettbewerbsverfahren abgeschlossen ist, wurden die Planungen für Bau und für technische Gewerke vergeben. Für die nicht verausgabten Mittel wurde ein Haushaltsausgabereinstellung beantragt. Ein Großteil der Mittel ist bereits durch Aufträge gebunden.

Die Mittel für bauliche Verbesserungen waren für die Sanierung des Stadtmuseums vorgesehen. Das Stadtmuseum ist als Einheit in das Gesamtkonzept der neu zu entwickelnden Museumslandschaft eingebunden. Neubau und Sanierung werden insgesamt als Umbau und Erweiterung realisiert. In 2010 haben Sanierungsmaßnahmen in Form von Rückbauten bei technischen Gewerken als Vorbereitung für Umbau und Erweiterung stattgefunden. Für die nicht verausgabten Mittel wurde ein Haushaltsausgabereinstellung beantragt. Ein Großteil der Mittel ist ebenfalls durch Aufträge gebunden.

Verwaltung

Rathaus

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0005 100	Rathaus, Baukosten (OBR 01)	563.569,10	170.638,82	392.930,28	30,28

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Im Rathaus waren im Jahr 2010 verschiedene Sicherheits- und Sanierungsmaßnahmen vorgesehen, die bei laufendem Betrieb durchgeführt wurden. Maßnahmen der zentralen Gebäudeleittechnik wurden wie auch im Vorjahr fortgeführt, wobei umfangreiche Installationen erforderlich waren. Die ehemalige Telefonvermittlung in einem Raum im Flügel Wilhelmsstraße wurde in ein Büro für die IT-Abteilung umgebaut. Im 2. Obergeschoß im Flügel Karlsstraße wurden Räume für das Jugendamt umgebaut. Der Kassenautomat für die Kasse konnte aufgrund von Verzögerungen noch nicht beschafft werden. Ein Großteil der Mittel war bereits durch Aufträge gebunden, ein Haushaltsrest wurde für die nicht verausgabten Mittel beantragt.

Rathauskantine

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0030 200	Rathauskantine, bauliche Verbesserungen (OBR 01)	1.282.269,83	24.866,74	1.257.403,09	1,94

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Umbau der Rathauskantine fand in 2011 statt. In 2010 wurden zunächst Abstimmungen und Planungen vorgenommen sowie mit der Erneuerung der maroden Technik und Kücheneinrichtung begonnen. Durch Aufträge war bereits ein Großteil der Mittel gebunden. Für 2011 war kein Haushaltsansatz vorgesehen. Es wurde ein Haushaltsrest in Höhe von 1.257.403,09 € gebildet.

Barrierefreies Bauen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 4002 100	Barrierefreies Bauen -Baukosten-	639.524,12	218.664,36	420.859,76	34,19

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Auf der Basis einer mit dem Behindertenbeirat der Stadt Kassel abgestimmten Prioritätenliste werden im Rathaus Maßnahmen zur Verbesserung der Behindertengerechtigkeit umgesetzt. Um den Zugang zu dem im Innenhof errichteten Außenaufzug barrierefrei und zugänglicher zu erreichen, wird die Oberfläche des Rathausinnenhofes seit 2010 neu gestaltet. Die Maßnahme befindet sich in der Vergabe- und Bauphase. Da der Ansatz 2011 ebenfalls für die Sanierung des Innenhofes vorgesehen ist und das Projekt nur zusammen mit den Mitteln des Jahres 2010 in Gänze realisiert werden kann, wurden nicht alle Mittel in 2010 verausgabt sondern Haushaltsreste gebildet. Darüber hinaus wurden in der Unterneustädter Schule 1 behindertengerechte Toiletten eingebaut.

Standard I. u. K. Technik

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
110 4006 300	Standard I.u.K.-Technik -Bewegl. Vermögen-	1.431.636,44	675.328,90	756.307,54	47,17

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Abweichung setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Beträgen zusammen:

- Circa 532 T€: Die Softwarestrategie der Verwaltung ist es, bis zum 31. März 2012 die zentralen Produkte des Herstellers „Novell“ abzulösen durch eine Microsoft-basierte Systemplattform mit entsprechenden zentralen Anwendungen. Im Zuge der Umsetzung wurde für die Beschaffung entsprechender Softwarelizenzen zum 01. März 2010 ein sog. „Enterprise Agreement“ mit der Firma Micro-

soft abgeschlossen. Dieser Vertrag sieht ein Gesamtvolumen von ca. 1,2 Mio Euro vor, das in drei jährlichen Raten zu begleichen ist. Die erste Rate 2010 wurde bezahlt. Für weitere Raten wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.

- Circa 135 T€: Ende 2009 wurden die Leistungsangebote der ekom 21-KGRZ Hessen für die IT-Lösungen „Axcentro Public Service Solution“ für das Servicecenter und die Herbeiführung einer Microsoft basierenden Systemarchitektur sowie die technische Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie angenommen. Bis zum Jahresende 2010 wurden die Leistungen nicht vollständig erbracht, vielmehr werden diese im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft sukzessive realisiert. Die vollständige Umsetzung der beauftragten Arbeiten ist bis zum Ende des ersten Halbjahres 2011 geplant. Entsprechende Haushaltsreste wurden gebildet.
- In 2010 standen für die Beschaffung von Softwarelösungen zum Dokumentenmanagement (DMS) 50 T€ zur Verfügung. Diese wurden aus Zeitgründen nicht verausgabt, es gab jedoch Kontakte zu anderen Verwaltungen. Es ist geplant, den Workflow im Bereich der Anordnungen (DMS/Fachanwendung, NSK) technisch zu unterstützen und zu optimieren. Um das Projekt abschließen zu können, wurden Haushaltsreste in entsprechender Höhe gebildet.
- Mit Wirkung zum 1. August 2010 wurde für die Sicherstellung des Telekommunikationsbetriebs in den nicht zentral angebotenen Außenstellen ein Dienstleistungsvertrag abgeschlossen. Im Zuge der laufenden Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten treten zunehmend Fälle auf, in denen durch eine grundlegende Erneuerung der technischen Infrastruktur moderne Leistungsmerkmale und ein wartungsarmer Betrieb ermöglicht werden. Für die nicht verausgabten Mittel in Höhe von 20 T€ wurde ein Haushaltsrest gebildet.

Feuerwache 1

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
650 0115 200	Berufsfeuerwehr Bauliche Verbesserungen (OBR 01)	440.660,95	0	440.660,95	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Sanierungsmaßnahmen an der Feuerwache 1 stehen im engen Zusammenhang mit der Erweiterung der Feuerwache 1, die im Sonderinvestitionsprogramm (Investitionsnummer: 650 4212 200) und aus städtischen Mitteln (Investitionsnummer: 650 0115 101) finanziert wird. Es wurden Planungen in Auftrag gegeben. Die Bauarbeiten sind für 2011, die Abrechnung für 2012 vorgesehen. Für die nicht verausgabten Mittel wurde ein Haushaltsrest beantragt.

Verkehr

Auestadion Vorplatz

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 164	Auestadion, Vorplatz (OBR 02)	1.239.000,00	236.397,88	1.002.602,12	19,08

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Neben den in 2010 geleisteten Zahlungen von ca. 236.000 € waren zur Durchführung des Projektes Aufträge von insgesamt ca. 980.000 € vergeben. Die Abrechnung erfolgt nach Baufortschritt. Der Abschluss der Maßnahme ist Ende Mai 2011 vorgeesehen.

Bau von Anliegerstraßen/Baukosten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 103	Bau von Anliegerstraßen/Baukosten	4.388.723,78	1.609.001,06	2.779.722,72	36,66

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von Projekten im Anliegerstraßenbau im Rahmen der Erschließung von neuen Baugebieten abgewickelt.

Neben den umgesetzten Maßnahmen in 2010 konnten weitere Vergaben wegen der Auslastung des Personals und anderer vorrangiger Projekte nicht erfolgen. Die nicht verbrauchten Mittel wurden als Haushaltsausgabereste gebildet. Um die Reste abzarbeiten, ist für 2011 kein Ansatz eingestellt worden.

Finanzzentrum Altmarkt, Straßenanpassung

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6110 156	Finanzzentrum Altmarkt, Straßenanpassung	1.782.298,30	116.967,34	1.665.330,96	6,56

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Abgearbeitet wurden bisher lediglich Teilleistungen aus dem städtebaulichen Vertrag und Planungsleistungen (Untersuchung L-Lösung)

Wegen der fehlenden Finanzierungszusage des Landes (Bundes-/Landeszuzwendungen) und noch ausstehenden endgültigen Umsetzungslösungen des Projektes konnten die veranschlagten Ansätze und übertragenen Haushaltsausgabereste nicht verausgabt werden.

Die Realisierung der Maßnahme wird jedoch erst ab 2011 erwartet.

Die Bildung entsprechender Haushaltsausgabereste wurde beantragt.

Loßbergstraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6120 129	Loßbergstraße	3.110.530,81	145.516,41	2.965.014,40	4,68

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme konnte in den Jahren 2008 – 2010, bis auf gutachterliche Tätigkeiten, Grunderwerbsregelungen und sonstige Planleistungen nicht begonnen werden. Es fehlt noch der Planfeststellungsbeschluss, der Mitte/Ende 2011 erwartet wird. Die Durchführung des Projektes, beginnend mit der Ausschreibung, soll in 2011 erfolgen, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliegt.

Kurfürstenstraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6130 124	Kurfürstenstr. (OBR 01)	305.000,00	0	305.000,00	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme konnte im Jahr 2010 nicht begonnen werden, da die Planungen noch nicht abgeschlossen waren und bauliche Veränderungen eines Anliegers (Bank) in den Straßenbaubereich eingegriffen haben.

Die Durchführung des Projektes, beginnend mit der Ausschreibung, soll in 2010 ff. erfolgen.

Umbau Auedamm (von Damaschkestraße bis Orangerie)

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6130 127	Umbau Auedamm Damaschkestr. b. Oranger. (OBR 02)	1.144.000,00	0	1.144.000,00	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme konnte im Jahr 2010 nicht begonnen werden. Im Zusammenhang mit dem Neubau des Auebades wird die Planung zurzeit überarbeitet. Die Durchführung des Projektes, beginnend mit der Ausschreibung, könnte in 2012 ff. erfolgen.

Umbau Obere Königsstraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 165	Obere Königsstraße, Umbau (OBR 01)	400.000,00	0	400.000,00	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Für die Vergabe von ersten Planungsleistungen war in 2009 und 2010 jeweils ein Betrag von 200.000 € im Haushalt eingestellt.

Wegen haushaltsrechtlicher Auflagen der Aufsichtsbehörde wurden die Mittel bislang nicht freigegeben.

Im Rahmen der Gesamtfinanzierung wurden für vorbereitende Planungsleistungen Haushaltsausgabereste in der ausgewiesenen Höhe gebildet.

Für die bauliche Umsetzung ist die Einsetzung von Haushaltsmitteln in den Jahren 2013/2014 vorgesehen.

Größere Instandsetzungen von Straßen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 105	Größere Instandsetzungen	3.660.389,10	1.238.400,33	2.421.988,77	33,83

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus der vorgenannten Investitionsnummer wird eine Vielzahl von größeren Instandsetzungsmaßnahmen im Straßenbau abgewickelt.

Neben den abgerechneten Maßnahmen in 2010 sind weitere Aufträge in Höhe von ca. 1.258.000 € vergeben worden. Weiterhin wurden 800.000 € für die Maßnahme „Bürgermeister-Brunner-Straße/ Vorplatz Hbf“ gesperrt. In diesem Fall steht die Abrechnung mit dem Projektführer, der KVG AG, noch aus.

Um- und Ausbau, sowie Erneuerung von Straßen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 106	Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen, Baukosten	4.046.376,55	1.766.167,01	2.280.209,54	43,65

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von Straßenbaumaßnahmen durchgeführt, die nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) abgerechnet werden.

Neben den abgerechneten Maßnahmen in 2010 sind weitere Aufträge in Höhe von ca. 2.280.000 € vergeben worden.

Waldecker Straße, DB Bahnübergang

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 125	Waldecker Str., DB Bahnübergang	3.868.902,31	22.920,00	3.845.982,31	0,59

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Wegen nicht erlangtem Baurecht und noch nicht abgeschlossener Vereinbarung mit der Deutschen Bahn AG konnte die Maßnahme in den Jahren 2008 – 2010 nicht umgesetzt werden. Die Kreuzungsvereinbarung nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz ist jedoch inzwischen abgeschlossen. Die Maßnahme ist ausgeschrieben und soll Mitte 2011 begonnen werden.

Obere Bornwiesenstraße, Bahnübergang

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 166	Obere Bornwiesenstr. Bahnübergang	390.700,00	0	390.700,00	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme sollte nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz mit Drittelung der Mittel durch die Stadt Kassel, die Hessische Landesbahn und das Land Hessen in 2010 durchgeführt werden. Die Vereinbarung mit den Beteiligten ist jedoch erst Ende 2010 bei der Stadt eingegangen. Nunmehr kann mit der eigentlichen Herstellungsplanung begonnen werden. Der Zuwendungsantrag wurde eingereicht. Mit dem Zuwendungsbescheid und der Projektumsetzung wird in 2011 gerechnet.

Harleshäuser Kurve – Regio Tram

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 146	Harleshäuser Kurve, Regio-Tram,; Baukosten	770.014,17	34.831,94	735.182,23	4,52

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Maßnahme ist bis auf Teilbereiche (P+R-Parkplatz, Treppenanlage) baulich abgeschlossen. Die Endabrechnung durch die KVG steht noch aus und wird voraussichtlich erst mit dem Abschluss der letzten Bauleistung erfolgen.

Brücke Tannenstraße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 152	Brücke Tannenstraße (DB)	417.460,14	0	417.460,14	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das Projekt ist baulich abgeschlossen.

Bezüglich der Forderung der Deutschen Bahn AG gab es unterschiedliche Rechtsauffassungen, die in einem durchgeführten Mediationsverfahren abschließend geklärt werden konnten. Die daraus resultierende vertragliche Regelung ist zurzeit im Umlauf und soll in Kürze unterschrieben werden. Danach ist davon auszugehen, dass keine oder nur noch geringe Forderungen an die Stadt gestellt werden.

Multifunktionshalle „Nordhessenarena“ Infrastruktur

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 970	Multihalle "Nordhessenarena"-Infrastruk. (OBR 02)	11.227.637,44	1.031,19	11.226.606,25	0,01

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In 2009 wurden Aufwendungen für die juristische Beratung und für eine Verkehrsmarktdatenerhebung geleistet. Weil in 2010 weiterhin keine abschließende Entscheidung über die weitere Umsetzung des Projektes getroffen wurde, wurden keine weiteren Mittel im nennenswerten Umfang ausgegeben.

Für künftige Infrastrukturmaßnahmen sollen die eingestellten Beträge weiterhin vorgehalten werden.

Radwege, Radrouten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 126	Radwege/Radrouten	763.864,55	330.069,77	433.794,78	43,21

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die vorgesehenen Maßnahmen konnten nicht in vollem Umfang realisiert bzw. abgerechnet werden.

Neben den in 2010 beauftragten Maßnahmen, für die Landesmittel zur Finanzierung eingeworben werden konnten, mussten weitere Projekte zurückgestellt werden. Auch hier soll versucht werden eine Finanzierung über Landesmittel zu erreichen (z.B. Friedrichsstraße, Gießbergstraße/Hauptpost, Wilhelmshöher Allee/ ICE Bahnhof)

Für weitere Radwegeprojekte (s.o.) wurden Haushaltsausgabereste gebildet. Die Umsetzung soll in 2011 ff. erfolgen.

Verkehrssignalanlagen Landesstraßen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6120 101	Verkehrssignalanlagen, Landesstraßen	983.690,25	119.491,84	864.198,41	12,15

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei vorgenannter Investitionsnummer handelt es sich um eine Sammelstelle für eine Vielzahl von Projekten an Verkehrssignalanlagen an Landesstraßen.

Für Arbeiten an sechs Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet konnten in 2010 ca. 120 T€ umgesetzt werden. Weitere ca. 530 T€ sind auftragsmäßig für Planungsleistungen und Baukosten vergeben. Die Abrechnungen stehen noch aus.

Weitere Mittel waren für das Projekt „Vollsignalisierung“ der Kreuzung Ludwig-Mond-Str./H.-Heine-Str./Schönfelder Straße/Sternbergstraße“ eingeplant. Wegen Verschiebung der Prioritäten des Landes bei der Vergabe von Zuwendungen und wegen noch offener Umsetzungsfragen konnte die Maßnahme bisher nicht realisiert werden. Für eine Realisierung des Projektes in 2011 ff. wurden Haushaltsausgabereste beantragt.

Verkehrssteuer-/Regelsystem

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 134	Verkehrssteuer-/Regelsystem (VSRS)	1.075.759,38	509.876,82	565.882,56	47,40

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die vorgesehenen Maßnahmen konnten nicht in vollem Umfang realisiert und abgerechnet werden. Neben den abgerechneten Maßnahmen in 2010 sind weitere Aufträge in Höhe von ca. 526.000 € vergeben worden. Die weiteren Zahlungen erfolgen nach Baufortschritt.

Parkscheinautomaten

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6800 112	Parkscheinautomaten	413.412,08	95.162,10	318.249,98	23,02

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

In 2009 konnte nach europaweiter Ausschreibung die Beschaffung eines größeren Postens neuer Parkscheinautomaten (PSA) realisiert werden. Die Auslieferung und Aufstellung der neuen PSA kann nur Zug um Zug erfolgen. Einhergehend erfolgt die Abrechnung mit dem Zulieferer.

Im ausgewiesenen Abweichungsbetrag sind noch vergebene Aufträge in Höhe von ca. 266.000 € enthalten, die noch im 1. Halbjahr 2011 nach erfolgter Abnahme der Geräte abgerechnet werden sollen.

Planungsbudget für neue Maßnahmen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
660 6140 102	Planungsbudget für neue Maßnahmen	465.954,58	31.984,66	433.969,92	6,86

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Aus vorgenannter Investitionsnummer wird eine Vielzahl von neuen Projekten planerisch erfasst. Im Jahr 2010 konnten nur wenige Maßnahmen beauftragt werden, da mit den vorhandenen Ressourcen vorrangige Projekte betreut werden mussten.

Zur Abdeckung der beauftragten Maßnahmen und zur Vergabe neuer Projekte wurden Haushaltsausgabereste gebildet.

Um diese Reste abzarbeiten ist für 2011 nur ein geringer Ansatz eingestellt worden (25.000 €).

Stadtentwicklung

Soziale Stadterneuerung Oberzwehren

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
630 6330 100	Einf./Soz. Stadterneuerung Oberzwehren (OBR 20)	1.648.309,29	531.571,58	1.116.737,71	32,25

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Ein großer Teil der Maßnahmen wird in Verantwortung der Wohnungsbaugesellschaften durchgeführt. Hier gingen die Arbeiten nicht so zügig wie erhofft voran, so dass keine höhere Ausgabe möglich war.

Modell Ökologisches Bauen „Oberzwehrener Straße“

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
630 6332 100	Oberzwehrener Str.-Modell Ökolog. Bauen (OBR 22)	400.000,00	0	400.000,00	0

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das Projekt wird nicht zur Ausführung kommen, weil der Projektpartner – Land Hessen – sich aus dem Projekt zurückgezogen hat. Die dafür vorgesehenen Flächen stehen nicht mehr zur Verfügung.

Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Rothenditmold

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
630 6340 100	Städteb. Sanierungsmaßnahme Rothenditmold (OBR 10)	1.530.557,07	432.387,12	1.098.169,95	28,25

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Für die Sanierungsmaßnahme Rothenditmold wurden weniger Fördermittel bewilligt als beantragt waren. Die nicht verbrauchten Mittel wurden auf das Jahr 2011 vorge-tragen.

Ziel 2 Programm EFRE Strukturfonds 2007 bis 2013

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
630 6355 100	Ziel 2 Programme EFRE Struk-turfonds 2007-2013	5.274.658,28	324.760,56	4.949.897,72	6,16

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Für das Vorhaben „Integration Tulpenallee als Parkstraße“ kam der Bewilligungsbe-scheid erst im April 2011. Das Projekt konnte daher in 2010 nicht mehr begonnen werden. Die Projekte Haus- und Hofflächenprogramm Wesertor und Umbau Garten-straße/ Hartwigstraße verzögerten sich, weil auch hier die Bewilligungsbescheide erst im April bzw. August 2010 erteilt wurden.

Für das „Lange Feld“ sind ebenfalls Fördermittel vorgesehen. Durch die langwierige Verfahrensdauer konnten hier jedoch noch keine Förderanträge gestellt werden.

Daneben kommt das Projekt „Lokale Ökonomie“ auch nur zögerlich in Gang.

Die nicht verbrauchten Ausgabemittel wurden auf das Jahr 2011 vorgetragen.

Projekt „Aktive Kernbereiche“ Friedrich-Ebert-Straße

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
630 6365 100	Akt. Kernbereich Friedrich-Ebert-Str. (OBR 01,03)	2.028.505,06	35.400,00	1.993.105,06	1,75

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Der Haushaltsansatz konnte nicht ausgeschöpft werden, da sich die bauliche Umset-zung der Wohnumfeldmaßnahmen im Bereich Goethestraße/ Germaniastraße und Friedrich-Ebert-Straße verzögert hat. Zusätzlich konnten geplante Projekte nicht be-gonnen werden, weil sich das Auswahlverfahren für das Kernbereichsmanagement verzögert hat.

Im Rahmen der Gesamtfinanzierung der Sanierungsmaßnahme wurden die nicht verausgabten Mittel auf das Jahr 2011 vorgetragen.

Soziale Stadt Wesertor

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
630 6375 100	Soziale Stadt Wesertor (OBR 14)	2.005.570,94	353.563,68	1.652.007,26	17,63

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Das Projekt „Fuldaufer Bleichwiesen“ mit Gesamtkosten von rund 1,5 Mio. € sollte im Jahr 2010 baulich ausgeführt werden. Aufgrund längerer Vorplanung und erheblicher Schwierigkeiten bei der Genehmigung durch das Regierungspräsidium konnte mit der Durchführung nicht mehr begonnen werden, Daneben waren für das Projekt „Haus- und Hofflächenprogramm“ Mittel im Haushaltsansatz vorgesehen. Hier gab es aber eine Förderung aus dem EFRE Programm, so dass die Durchführung in diesem Programm erfolgen wird.

Die nicht verbrauchten Haushaltsmittel wurden im Rahmen der Gesamtförderung auf das Jahr 2011 vorgetragen.

Investitionszuschüsse

Wasserbau, Zuweisung

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
900 9690 400	Wasserbau, Zuweisungen	2.532.653,77	322.250,15	2.210.403,62	12,72

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es ist ein Haushaltsausgaberest in Höhe von 2.210.403,62 € gebildet worden. Der Ansatz für 2010 ist für verschiedene investive Maßnahmen an Wasserläufen vorgesehen. Durch Verzögerungen bei der Bauausführung einzelner Vorhaben konnten die Mittel in 2010 nicht verausgabt werden.

Flughafen GmbH Kassel, Zuweisung

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
900 9822 400	Flughafen GmbH Kassel, Zuweisung	6.917.000,00	1.203.467,34	5.713.532,66	17,40

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es ist ein HAR i.H.v. 5.713.532,66 € gebildet worden. Diverse Investitionsmaßnahmen für den Flughafen wurden beauftragt, sind aber noch nicht ausgeführt und abgerechnet.

Durch die Verzögerung bei der Bauausführung erfolgt insgesamt eine veränderte Veranschlagung der erforderlichen Beträge.

Investitionszuschuss für Science-Park

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
900 9840 400	Science-Park, Investitionszuschuss	6.396.059,63	110.258,59	6.285.801,04	1,72

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Es ist ein Haushaltsausgaberest in Höhe von 6.285.801,04 € gebildet worden. Diverse Investitionsmaßnahmen für die Errichtung des Science Parks wurden beschlossen, sind aber noch nicht ausgeführt und abgerechnet.

Verschiedenes

Allgemeines Grundvermögen

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
230 4800 500	Allgemeines Grundvermögen - Zugänge	8.500.000,00	1.846.940,15	6.653.059,85	21,73
230 4800 500	Allgemeines Grundvermögen - Abgänge	-400.000,00	-671.545,85	-271.545,85	167,88

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Bei der genannten Investitionsnummer sind neben den Buchwerten aus der Veräußerung städtischer Grundstücke vorrangig die Kosten für den Erwerb von Grundstücken (z.B. im Rahmen der allgemeinen Bodenbevorratung, projektbezogenen Erwerbs oder im Rahmen öffentlich-rechtlicher Verfahren) erfasst. Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus folgenden Gründen:

- verschiedene Grundstücksverträge wurden zwar in 2010 beurkundet, jedoch lagen die Fälligkeitsvoraussetzungen zur Zahlung der Kaufgelder in 2010 noch nicht vor. Diese sind für 2011 zu erwarten, bzw. sind zwischenzeitlich eingetreten.
- verschiedene für 2010 vorgesehene Ankäufe konnten noch nicht oder nicht in dem geplanten Umfang realisiert werden. Hierbei handelt es sich insbesondere um Grunderwerbsvorhaben im Rahmen der Bodenbevorratung in den Gemarkungen Harleshausen und Wolfsanger. Auch die für 2010 vorgesehenen Ankäufe zwecks Umsetzung des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans "Langes Feld" konnten noch nicht getätigt werden, da z.B. die Beschlüsse der städtischen Gremien zur Kaufpreishöhe noch nicht endgültig vorlagen sowie zur Fortführung des Planverfahrens eine gutachterliche Bewertung der Frage einer eventuellen Existenzgefährdung der betroffenen Landwirte zwingend erforderlich war. Deren Ergebnis hat unmittelbare Auswirkungen auf die Bereitstellung / den Erwerb etwaiger Ersatzflächen.

- nennenswerte Kosten zwecks Entwicklung städtischer Flächen (z.B. Kostenbeteiligungen an Landschafts- und Bebauungsplänen, Kampfmitteluntersuchungen, Untersuchung auf eventuelle Altlasten) sind in 2010 nicht angefallen. Gleiches gilt für etwaige Erschließungsbeiträge für städtische Grundstücke.

Friedhöfe

Investitionsnummer.	Bezeichnung	Ansatz 2010	Ergebnis 2010	Abweichung absolut	Mittel ausschöpfung prozentual
600 7500 100	Friedhöfe	308.984,69	735,68	308.249,01	0,24

Begründung der wesentlichen Plan-Ist Abweichung

Die Kapellen und Gebäude auf den Kasseler Friedhöfen befinden sich überwiegend im Eigentum der Stadt Kassel, werden jedoch durch die Friedhofsverwaltung genutzt. Bei den an den Gebäuden anfallenden Sanierungsmaßnahmen bestanden rechtliche Unklarheiten über die Verpflichtung der jeweiligen Kostenübernahme bzw. -beteiligung. Daher konnten die Maßnahmen in 2010 nicht umgesetzt werden. Nach Beratung der Dezernenten mit Beschlussfassung am 14.02.2011 wurde vereinbart, der Friedhofsverwaltung im Jahr 2011 Mittel zur Gebäudesanierung zur Verfügung zu stellen.

5.5.5 Finanzierung der Investitionen

Zur Finanzierung der Investitionsausgaben wurden folgende Zuschüsse in einer Gesamthöhe von 44.773.208,56 € gewährt bzw. akquiriert:

- 38.744.402,31 € Zuschüsse des Landes, u. a.:
 - 6.603.000,00 € Allgemeine Investitionspauschale
 - 7.240.000,00 € Schulbaupauschale
 - 25.400.016,66 € Tilgungsanteil des Landes an den Konjunkturprogrammen
- 2.830.574,00 € Zuschüsse des Bundes
u. a. resultierend aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG)
- 1.015.405,15 € Zuschüsse vom sonstigen öffentlichen Bereich,
u. a. aus Förderprogrammen von Bund und Europäischer Union,
sowie von Gemeinden und Gemeindeverbänden
- 2.146.469,95 € Investitionsbeiträge, u. a.:
 - 1.017.629,28 € Straßenbeiträge nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG)
 - 772.840,67 € Erschließungsbeiträge
- 36.357,15 € sonstige Zuschüsse,
u. a. Spenden



Darüber hinaus wurden im Haushaltsjahr 2010 **Investitionskredite** in Höhe von insgesamt 45.816.189 € bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, der NRW-Bank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgenommen. Davon wurden 10.759.000 € für die städtischen Eigenbetriebe akquiriert, weitere 31.245.189 € beziehen sich auf die Sonderinvestitionsprogramme von Bund und Land.

Für städtische Maßnahmen innerhalb des Programmes übernimmt das Land Hessen 5/6 der Tilgung (s. a. oben aufgeführter Zuschuss), die Stadt die verbleibenden 1/6. Bei Fördermaßnahmen innerhalb des Konjunkturprogrammes für sonstige freie Träger (Rotes Kreuz, Diakonissenhaus, Christliches Bildungsinstitut für Gesundheitsberufe) musste sich die Stadt verpflichten, die Kredite ebenfalls in voller Höhe aufzunehmen und an die freien Träger weiterzuleiten. Die Tilgung erfolgt wiederum zu 5/6 vom Land, 1/6 tilgt der freie Träger. Gegenüber den freien Trägern wurde analog eine Forderung in die städtische Bilanz eingestellt.

6. Organisatorische Veränderungen

6.1 Innere Verwaltung

Hauptamtlicher Magistrat

Ab 01.03.2010 tritt Dr. Joachim Lohse die Nachfolge des scheidenden Stadtbaurates Norbert Witte an. Änderungen im Dezernatsverteilungsplan gehen damit nicht einher.

Servicecenter der Stadt

Als Abteilung des Personal- und Organisationsamtes wurde das Servicecenter im März 2010 eröffnet. Unter dem Motto "Wir lieben Fragen!" ist das Servicecenter Ansprechpartner bei Fragen zu Leistungen der Verwaltung. Bereits im ersten Kontakt können die Einwohnerinnen und Einwohner per Telefon zu vielen städtischen Leistungen Informationen und Formulare erhalten und Wünsche, wie die Bestellung von Sperrmüll, direkt über das Servicecenter abwickeln. Hilfe erhalten die Mitarbeiter in Form einer Datenbank, in der häufig gestellte Fragen und die Antworten dazu abgelegt sind. Der Bestand wird stetig erweitert.

Seit 1. Juni ist das Servicecenter zudem über die bundeseinheitliche Behördenrufnummer 115 zu erreichen. Anrufer erhalten seitdem zusätzlich Auskünfte zu Leistungen des Landes und Bundes. Dadurch entfallen lästige Vermittlungen und die städtischen Ämter werden entlastet. Zudem wird durch längere Öffnungszeiten mit insgesamt 59 Stunden in der Woche eine deutliche Verbesserung der Erreichbarkeit der Stadtverwaltung erreicht. Auskünfte können auch in türkisch, russisch, polnisch, spanisch und englisch gegeben werden. Die Mehrsprachigkeit ist gerade in der heutigen Zeit eine wichtige Voraussetzung für bürgerorientiertes Handeln.



6.2 Beteiligungswesen

Im Bereich des Beteiligungswesens sind in 2010 keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

7. Zukunftsprognose

Die Frage, wie sich die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise weiter entwickeln wird, bleibt spannend. Die Konjunkturprogramme von Bund und Land haben positive Akzente gesetzt, so dass die Auswirkungen der Krise abgemildert werden konnten. Die Stadt Kassel hat hiervon sicherlich profitiert, auch wenn die Effekte nicht konkret messbar sind.

In der Jugendhilfe zeichnet sich eine leichte Trendwende ab. Nachdem die Kosten in den letzten Jahren stetig gestiegen sind, konnte im abgelaufenen Jahr erstmals ein Rückgang der Fallzahlen verzeichnet werden. Leider ist derzeit nicht sicher, ob sich diese Entwicklung fortsetzen wird. Ein Teil wird durch die Dynamisierung der Leistungsentgelte ohnehin aufgezehrt. Die rückläufigen Fallzahlen sind aber auch ein Indiz steigender Wirtschaftskraft.

Die politischen Entscheidungsträger dürfen bei der Betrachtung der Zukunft der Gemeindefinanzen nicht allein die kommunalen Steuereinnahmen im Blick haben. Sie müssen auch zwingend das Verhältnis zwischen kommunalen Aufgaben und Ausgaben und den Einnahmen im Auge behalten. Das gilt besonders im Bereich Sozialpolitik, also bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose, der Kinder- und Jugendhilfe, den Hilfen für Menschen mit Behinderungen.

7.1 Allgemeine Finanzwirtschaft

Neben den Erträgen aus dem Kommunalen Finanzausgleich sind die Steuereinnahmen die mit Abstand größte und wichtigste Quelle der städtischen Finanzeinnahmen. Als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise musste in 2009 ein erheblicher Einbruch der Gewerbesteuererinnahmen verkräftet werden. Knapp 20 Mio. € weniger als noch in 2008. Dementsprechend vorsichtig wurde der Ansatz für 2010 geplant, auch wenn die Prognosen der Steuerschätzer wieder eine Erholung vorhersagten. Das erzielte Ergebnis 2010 stellt jedoch alle Erwartungen in den Schatten. Die Gewerbesteuer hat sich nicht nur erholt, sondern ist auf den höchsten Wert in der Geschichte der Stadt Kassel geklettert: 163,9 Mio. € konnten erzielt werden. Damit war trotz des sich abzeichnenden konjunkturellen Aufschwungs nicht zu rechnen.

Die Einkommensteuer kommt trotz bundesweit guter Rahmenbedingungen nicht in Schwung. Der Anteil der Stadt Kassel betrug in 2008 noch über 65 Mio. €. In 2010 hat diese Steuerart ihren vorläufigen Tiefstand mit 57,2 Mio. € erreicht. Somit hat sich die offensichtlich zu optimistische Erwartungshaltung der Arbeitsgruppe (AG) „Steuerschätzung“ nicht bewahrheitet. Für die kommenden Jahre wird nunmehr eine



nur sehr schleppende Erholung prognostiziert. Für 2011 wird daher keine echte Verbesserung erwartet.

Die Schlüsselzuweisungen hingegen sind aufgrund des vom Land umgesetzten 360 Mio. €-Vorababzuges für 2010 erdrutschartig auf 77,4 Mio. € gesunken; ein Verlust von fast 35 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Schwankungen in dieser Größenordnung lassen sich auch mit stringenter Mittelbewirtschaftung und dem Ansetzen strengster Maßstäbe bei der Aufstellung des Haushaltes nicht kompensieren. Für 2011 hat das Land eine vorweggenommene Aufstockung der Schlüsselmasse aus erwarteten Steuermehreinnahmen angekündigt. Die Lage Kassels wird sich dadurch leicht entspannen, da hierdurch die Schlüsselzuweisungen um rund 4 Mio. € steigen werden. Gleichzeitig entfallen allerdings auch die bisher vom Land weitergeleiteten Anteile aus der Grunderwerbsteuer. Hinzu kommt, dass die Stadt Kassel, was den kommunalen Finanzausgleich betrifft, auch abhängig von der Entwicklung der übrigen kreisfreien Städte ist. Mittelfristig wird insofern nicht mit massiven Verbesserungen gerechnet. Weiterhin ungewiss ist auch die Abundanz der Stadt Frankfurt. Sollte sie diese verlieren, wird Frankfurt in höherem Maße an den allgemeinen Finanzzuweisungen des Landes partizipieren.

Die weitere Entwicklung wird ohnehin abhängig von der geplanten Strukturreform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) sein. Das Land hat eine Mediatorengruppe berufen, Vorschläge zur Neugestaltung des KFA zu erarbeiten. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, so dass über eventuelle Auswirkungen auf die Stadt Kassel zum jetzigen Zeitpunkt nicht eingegangen werden kann.

Während die Ertragsseite dank eigener Steuereinnahmen trotz sinkender Schlüsselzuweisungen relativ stabil ist, muss auf der Aufwandsseite ein stetiger Anstieg beklagt werden. So führen tarifbedingte Personalkostensteigerungen und höhere Transferleistungen zu jährlichen Mehraufwendungen in Millionenhöhe. Projekte wie „Bildung und Teilhabe“ oder die Veränderungen im SGB XII, sei es nun mit oder ohne Bundesbeteiligung, sind schwer kalkulierbar und führen zu deutlichem Mehraufwand. Hier werden noch gemeinsame Anstrengungen aller Fachbereiche erforderlich sein. Somit bleibt fraglich, ob die Stadt trotz der derzeitigen erfreulichen Steuerentwicklung in Bund und Ländern mittelfristig wieder zu positiven Jahresergebnissen kommen kann.

7.2 Bereich der Sozialen Sicherung

Zu den von der Stadt Kassel gewährten Leistungen der sozialen Sicherung gehören in erster Linie die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – 12. Buch (SGB XII) – Sozialhilfe, das heißt Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe und ambulante bzw. stationäre Hilfe zur Pflege und Krankenhilfe.

Bedingt durch die politischen und gesellschaftlichen Diskussionen bzw. Entscheidungen im Rahmen



- der Änderungen im Sozialgesetzbuch II (u. a. Senkung des Bundesanteils, Regelsatzberechnung, Neuorganisation der ARGEN bzw. Optionskommunen ab 2011, Senkung des Eingliederungstitels) mit einer weiterhin strukturell hohen Arbeitslosigkeit und des hohen Anteils von gering qualifizierten, erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit zum Teil erheblichen Vermittlungshemmnissen, bei gleichzeitig schwieriger wirtschaftlicher Gesamtentwicklung,
- der Gesundheitsreform (Wettbewerbsstärkungsgesetz-Krankenversicherung),
- der Reform der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz),
- und einer im Hinblick auf den demografischen Wandel festzustellenden Steigerung der Fallzahlen im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, der Eingliederungshilfe und insbesondere der Hilfe zur Pflege,

kann weiterhin für die Leistungen nach dem SGB XII und dem SGB II nur eine vorläufige Prognose über die zukünftigen finanziellen Auswirkungen abgegeben werden.

Insbesondere bei der Umsetzung des SGB II (Kommunaler Anteil: Kosten der Unterkunft, einmalige Leistungen und sozial-integrative Maßnahmen) ist trotz der erfolgreichen Arbeit und hohen Vermittlungsquote in Arbeit durch die AFK vor dem Hintergrund der neuen Organisationsform der ARGE ab 2011 und der hohen Fluktuation im Personalbereich künftig nicht mit einer signifikanten Senkung der Fallzahlen zu rechnen. Eher wird ein leichter Anstieg, insbesondere bei den Erwerbstätigen mit ergänzendem Anspruch auf SGB II-Leistungen durch die geplante Veränderung der Freibetragsgrenzen, vermutet.

Mit den Zielvereinbarungen und einer weiterhin intensiven Aktivierung und Integration strebt die Arbeitsförderung Kassel dennoch die Verminderung der Transferleistungen in diesem Bereich an.

Die finanziellen Auswirkungen der Pflegeversicherungsreform (Entlastung durch höhere Leistungen der Pflegekassen bzw. Belastungen durch die neue Härtefallregelung im ambulanten Bereich sowie Pflegeleistungen für Demenzkranke) sind für die Stadt weiterhin noch nicht bezifferbar. Für diesen Bereich fehlen noch verlässliche Grundlagen bzw. Entscheidungen der Pflegekassen. Die vorgesehenen Pflegestützpunkte befinden sich kurz vor der Gründungsphase.

7.3 Bereich Jugendhilfe

Erzieherische Hilfen

Die Entwicklung der Jugendhilfe und der Erzieherischen Hilfen im Besonderen lässt sich nur schwer einschätzen, hängt dies wie oben bereits angedeutet von den individuellen Gegebenheiten der Kinder und Jugendlichen, mithin vielen zufallsbedingten Einflussgrößen, ab. Eine Berechnung der Ansätze nach Fallzahlen und Durchschnittssätzen ist daher nicht möglich. Es zeichnet sich jedoch ab, dass der individuelle Unterstützungsbedarf junger Menschen steigt, was zu erhöhten Fallkosten führt.



Weitere Unabwägbarkeiten ergeben sich durch das neue Bundeskinderschutzgesetz, das am 22.11.2011 beschlossen wurde und am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist. Eckpfeiler des Gesetzes sind:

- Verbesserte Standards zum Schutzauftrag in der Kinder- und Jugendhilfe
- Ausschluss einschlägig Vorbestrafter (Delikte des Sexualstrafrechts) von Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe
- zwingend vorgeschriebene Hausbesuche im Zusammenhang mit Gefährdungsmeldungen
- frühe Hilfen und verlässliche Netzwerke für werdende/junge Eltern
- Einführung von leicht zugänglichen und flächendeckenden Hilfsangeboten für Familien
- Stärkung des Einsatzes von Familienhebammen

Nicht absehbar ist, welche neuen Hilfeformen sich hieraus entwickeln werden und welche Auswirkungen diese Hilfeformen auf den Etat der Erziehungshilfe haben werden. Ebenfalls nicht absehbar ist, in welchem Umfang die Stadt Bundesmittel erhalten wird.

Nach wie vor ist es Ziel der Verwaltung, durch Verfeinerung der Steuerungsmöglichkeiten die Fallzahl- und Kostenentwicklung zu stabilisieren und damit kalkulierbarer zu gestalten. Die in 2010/11 stattgefundenene 148. Vergleichende Prüfung „Erziehungshilfen“ durch den Hessischen Landesrechnungshof hat hierzu weitere Anregungen gegeben. Sie wurden analysiert und sind in die praktische Arbeit bereits eingeflossen.

Selbst bei Zugrundelegung weitestgehend unveränderter Fallzahlen wird es jedoch zwangsläufig zu weiteren Kostensteigerungen kommen, da die Entgeltvereinbarungen in der Jugendhilfe gem. § 15 Abs. 2 der Hess. Rahmenvereinbarung (RV) regelmäßigen Dynamisierungen unterliegen. Diese werden jährlich durch die „Hessische Jugendhilfekommission SGB VIII“ beschlossen.

Tagesbetreuung von Kindern

Ein wesentlicher Rückgang der Jahrgangsstärken wird sich in den Folgejahren nicht einstellen. Dies belegen die stabilen bzw. steigenden Geburtenzahlen im Stadtgebiet.

Im *Kindergartenbereich* der Drei- bis Sechsjährigen rechnen wir daher mittelfristig mit nur geringfügigen Bedarfsanpassungen.

Für einen bedarfsgerechten *Krippenausbau* (u3) rechnen wir z. Z. mit 1.330 Plätzen in Gruppen und 370 in der Tagespflege; insgesamt rd. 1.700 Plätzen. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass ab 2013 aufgrund des individuellen Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab vollendetem 1. Lebensjahr ein Platzausbau nach geschätzten Prozentzahlen (35%) nicht ausreichen wird. Der genaue Bedarf ergibt sich aus weiteren Faktoren wie z.B. der Berufstätigkeit der Eltern oder einer



Inanspruchnahme eines zukünftigen Betreuungsgeldes und kann deutlich höher liegen. Zudem deutet sich an, dass der Bedarf in einzelnen Stadtteilen stark differiert. Wie viele Plätze letztendlich in Kassel notwendig sind, um den Rechtsanspruch zu erfüllen, wird sich jedoch erst kurz vor Beginn des jeweiligen Kindergartenjahres zeigen. Daher ist es notwendig, möglichst vielfältige und flexible Möglichkeiten für den Ausbau zu eröffnen.

Bedingt durch die unzureichende finanzielle Unterstützung durch das Land Hessen und den Bund kann der weitere Ausbau in den nächsten Jahren jedoch nur im begrenzten Umfang fortgesetzt werden.

Die Nachfrage nach Plätzen in der Grundschulkindbetreuung wird weiter steigen. Durch Schwankungen der Geburtenzahlen in den Stadtteilen sinkt die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in einigen Grundschulbezirken, in anderen steigt sie parallel. Da die Schulkinder der Grundschulen meist nur die Betreuungseinrichtungen ihrer Grundschule besuchen und aufgrund der Wegesituation nicht in benachbarte Einrichtungen ausweichen können, ist der bedarfsgerechte Ausbau der Betreuung in den einzelnen Grundschulbezirken im direkten Umfeld der Grundschulen weiter erforderlich. Für erwerbstätige Eltern ist die Grundschulkindbetreuung ein wesentlicher Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein wesentlicher Rückgang der Jahrgangsstärken wird sich künftig voraussichtlich nicht einstellen. Die Stadt und freie Träger stimmen die Planungen im Kindertagesstättenbereich jeweils aufeinander ab.

8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Nachholung der Prüfungsfeststellungen des Jahresabschlusses 2009

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 durch das städtische Revisionsamt der Stadt Kassel wurden im Jahresabschluss verschiedene Feststellungen getroffen, die grundsätzlich einer Korrektur in 2009 bedurft hätten. Die Korrekturen hatten allerdings entweder keine oder betragsmäßig nur unwesentliche Bedeutung auf das Ergebnis, die Bilanz und die Finanzrechnung. Es handelte sich hierbei um interne Umschichtungen oder um periodische Verschiebungen.

Aus Gründen der Vereinfachung und der Kostenersparnis verständigten sich das Revisionsamt und die Kämmerei darauf, die Korrekturen im Zuge der Aufstellung des Jahresabschlusses 2010 nachzuholen.

Auswirkungen der Neubewertung der Kapitalbeteiligung an der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV)

Seit der Erstellung des Jahresabschlusses 2008 wurde von der Stadt die Beratungsleistung eines Wirtschaftsprüfers in Anspruch genommen. Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist u.a. eine Neubewertung der Kapitalbeteiligung an der Kasseler Verkehrs- und Versorgungs-GmbH (KVV).

Die Bewertung der KVV erfolgte bei Erstellung der städtischen Eröffnungsbilanz durch Berechnung nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode. Die per Konsolidierungsvertrag vorgeschriebenen jährlichen Zahlungen an die KVV erfolgten auf städtischer Seite zum Teil als Verlustübernahme, die im Ergebnishaushalt gebucht wurde, und zum Teil als Kapitaleinlage. Die KVV traf diese Unterscheidung nicht und führte stattdessen den Gesamtbetrag der Kapitalrücklage in ihrer Bilanz zu. Dadurch stimmen die Werte in den Bilanzen von Stadt und KVV nicht überein.

Um die Buchungen und Werte in den Bilanzen von Stadt und KVV anzugleichen, werden die kompletten städtischen Zahlungen an das Unternehmen künftig als Buchwerterhöhung gebucht. Die ursprünglich eingebuchte Kapitalaufstockung für 2010 in Höhe von 2,5 Mio. € wurde daher nachträglich um weitere 2,343 Mio. € erhöht, was gleichzeitig zu einer Entlastung des ordentlichen Jahresergebnisses in gleicher Höhe geführt hat.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres sind nicht bekannt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Barthel', written in a cursive style.

Dr. Jürgen Barthel
Stadtkämmerer

Anlagen

1. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
2. Haushaltsausgabereste im Ergebnishaushalt
3. Haushaltsausgabereste im Finanzhaushalt (Investitionen)
4. Mehr-Weniger-Begründungen
5. Finanzierung der Personalkosten durch Dritte
6. Schuldenübersicht
7. Rücklagenübersicht

**GESAMTLISTE 2010 "Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen u.
Auszahlungen"**

Ergebnishaushalt

Dez.	Empfangende Seite			Deckende Seite			Entscheidung durch/von	Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag		
V	530 00 502	686 300 000	2.130,00	530 00 502	541 060 000	2.130,00	-II-/02.09.2010	A/2010
V	400 00 001	711 120 000	9.583,83	400 00 001	541 039 000	9.583,83	-II-/13.09.2010	A/2010
V	530 00 402	686 010 100	900,00	530 00 402	539 900 000	900,00	-II-/24.09.2010	A/2010
II	500 00 801	711 200 000	100.000,00	500 00 801	530 600 000	100.000,00	-II-/04.10.2010	A/2010
VI	640 00 101	722 100 100	50.000,00	640 00 101	549 100 200	50.000,00	-II-/08.10.2010	A/2010
II	500 00 604	711 200 000	550,00	500 00 604	590 100 000	550,00	-II-/11.10.2010	A/2010
II	100 00 010	717 600 000	150.000,00	100 00 010	510 011 000	150.000,00	-II-/11.10.2010	A/2010
I	410 00 301	617 900 000	900,00	410 00 301	541 030 000	900,00	-II-/18.10.2010	A/2010
I	110 00 105	677 900 000	25.000,00	900 02 001	620 020 000	25.000,00	-II-/21.10.2010	A/2010
I	410 00 404	617 900 000	3.430,00	410 00 404	541 001 000	3.430,00	-I-/18.10.2010	A/2010
I	410 00 301	686 010 100	2.000,00	410 00 301	530 600 000	2.000,00	-I-/09.11.10	B/2010
I	410 00 303	686 010 100	3.000,00	410 00 303	530 600 000	3.000,00	-I-/09.11.10	B/2010
I	110 00 402	650 100 000	15.000,00	900 02 001	620 020 000	15.000,00	-I-/05.11.10	B/2010
I	100 00 608	711 120 000	10.000,00	100 00 608	541 030 000	10.000,00	-II-/18.11.10	B/2010
I	410 00 101	686 900 000	25.000,00	410 00 101	541 030 000	15.000,00	-II-/19.11.10	B/2010
				410 00 101	530 600 000	10.000,00		B/2010
I	410 00 102	711 120 000	1.100,00	410 00 102	590 100 000	1.100,00	-I-/19.11.10	B/2010
I	140 00 062	601 000 100	150,00	100 00 706	617 925 000	1.600,00	-I-/29.11.10	B/2010
	140 00 101	607 000 000	100,00					B/2010
	140 00 062	681 000 000	400,00					B/2010
	140 00 062	683 200 000	50,00					B/2010
	140 00 101	685 000 000	900,00					B/2010
I	410 00 110	712 100 000	20.000,00	410 00 110	541 039 000	20.000,00	-II-/08.12.10	B/2010
II	900 00 010	735 430 000	886.720,00	900 00 010	540 101 000	886.720,00	-II-/09.12.10	B/2010
V	530 00 102	617 900 000	15.000,00	530 00 102	510 100 000	15.000,00	-II-/15.12.10	B/2010
V	400 00 603	692 000 000	60,00	400 00 006	601 000 100	60,00	-II-/15.12.10	B/2010
I	410 00 404	617 900 000	2.000,00	410 00 404	541 001 000	2.000,00	-I-/17.12.10	B/2010
III	370 00 101	670 010 000	10.000,00	320 00 501	717 210 000	10.000,00	-III-/18.01.11	B/2010
III	370 00 201	717 800 000	20.100,00	370 00 201	511 031 000	20.100,00	-II-/24.01.11	B/2010
III	520 00 401	617 900 000	2.500,00	520 00 401	541 090 000	2.500,00	Magistrat	I/2010
I	100 00 906	617 900 000	42.840,00	900 01 001	620 020 000	42.840,00	Magistrat	III/2010
III	520 00 401	710 200 000	4.838,81	900 00 060	530 023 000	4.838,81	Magistrat	IV/2010
I	410 00 301	608 010 001	1.800,00	410 00 301	541 030 000	22.900,00	Magistrat	V/2010
		617 900 000	18.600,00				Magistrat	V/2010
		686 010 100	2.500,00				Magistrat	V/2010
I	410 00 302	617 900 000	7.200,00	410 00 302	541 030 000	7.200,00	Magistrat	VII/2010
I	410 00 101	686 900 000	33.000,00	410 00 101	539 900 000	13.000,00	Magistrat	VII/2010
				410 00 101	530 600 000	20.000,00	Magistrat	VII/2010
I	410 00 102	711 120 000	2.260,00	410 00 102	590 100 000	2.260,00	Magistrat	VII/2010
I	410 00 301	617 900 000	2.070,00	410 00 301	530 600 000	2.070,00	Magistrat	VII/2010
I	410 00 720	617 920 000	1.800,00	900 04 101	620 030 000	1.800,00	Magistrat	IX/2010
I	410 00 101	686 900 000	5.000,00	410 00 101	539 900 000	5.000,00	Magistrat	IX/2010
I	801 00 000	712 300 000	32.000,00	100 00 063	682 000 000	32.000,00	Magistrat	XII/2010

Empfangende Seite				Deckende Seite			Entscheidung durch/von	Liste
Dez.	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag		
VI	500 00 302	670 010 500	48.500,00	650 00 601	616 110 000	23.500,00	Magistrat	XIII/2010
				650 00 402	613 020 000	25.000,00	Magistrat	XIII/2010
I	400 00 000	690 900 100	50.000,00	900 02 001	620 020 000	50.000,00	Magistrat	XIII/2010
I	410 00 101	686 900 000	54.300,00	410 00 101	539 900 000	18.800,00	Stavo	1/2010
				410 00 101	530 600 000	35.500,00	Stavo	1/2010
I	410 00 110	712 100 000	540.000,00	900 02 001	620 020 000	540.000,00	Stavo	7/2010
V	400 00 802	721 210 000	170.000,00	400 00 801	717 800 000	170.000,00	Stavo	8/2010
			2.373.282,64			2.373.282,64		

GESAMTLISTE 2010 "Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen u. Auszahlungen"
--

Finanzhaushalt

Dez.	Empfangende Seite			Deckende Seite			Entscheidung durch/von	Liste
	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag		
VI	660 00 109	061 901 001	9.000,00	660 00 108	061 300 001	9.000,00	-II-/06.09.2010	A/2010
VI	660 00 109	061 901 001	4.000,00	660 00 108	061 300 001	4.000,00	-II-/06.09.2010	A/2010
VI	650 00 101	053 100 001	14.150,00	650 00 101	360 100 001	14.150,00	-II-/24.08.2010	A/2010
VI	660 00 108	061 300 001	225.700,00	660 00 108	360 100 001	225.700,00	-II-/06.09.2010	A/2010
VI	650 00 201	053 010 001	36.074,00	650 00 201	360 010 001	36.074,00	-II-/13.09.2010	A/2010
VI	650 00 101	053 010 001	25.000,00	650 00 101	053 010 001	25.000,00	-II-/14.09.2010	A/2010
V	400 00 001	077 500 001	112.542,00	400 00 001	360 100 001	112.542,00	-II-/05.10.2010	A/2010
VI	670 00 301	056 100 001	5.000,00	670 00 302	053 100 001	5.000,00	-II-/25.10.2010	A/2010
I	410 00 301	080 000 101	11.824,00	410 00 301	360 100 001	10.100,00	-II-/18.10.2010	A/2010
				410 00 301	361 700 001	1.000,00		A/2010
				410 00 301	361 800 001	724,00		A/2010
VI	650 00 101	053 100 001	58.000,00	650 00 101	360 010 001	45.000,00	-II-/26.10.10	B/2010
				650 00 201	053 100 001	13.000,00		B/2010
VI	660 00 021	081 200 001	21.000,00	660 00 108	061300 001	21.000,00	-II-/22.11.10	B/2010
VI	650 00 101	053 600 001	80.000,00	650 00 101	360 200 001	80.000,00	-II-/01.12.10	B/2010
I	410 00 101	089 000 001	5.000,00	410 00 101	361 700 001	5.000,00	-II-/16.12.10	B/2010
V	510 00 212	089 000 001	1.781,67	510 00 212	361 800 001	1.781,67	-II-/22.12.10	B/2010
VI	620 00 301	084 000 001	337,05	620 00 301	023 000 001	337,05	-II-/23.12.10	B/2010
I	410 00 301	062 101 001	7.500,00	410 00 301	361 800 001	7.500,00	Magistrat	II/2010
I	410 00 303	062 101 001	30.100,00	410 00 303	360 100 001	30.100,00	Magistrat	V/2010
VI	650 00 000	080 000 101	3.360,00	650 00 101	053 100 001	3.360,00	Magistrat	VI/2010
VI	660 00 109	061 901 001	22.000,00	660 00 108	061 300 001	22.000,00	Magistrat	VII/2010
V	400 00 602	077 500 001	23.400,00	400 00 602	360 100 001	23.400,00	Magistrat	VIII/2010
I	110 00 203	024 100 001	11.816,70	630 00 104	051 010 001	11.816,70	Magistrat	IX/2010
VI	650 00 101	053 100 001	40.000,00	650 00 201	053 100 001	40.000,00	Magistrat	X/2010
VI	660 00 112	035 600 001	30.000,00	660 00 108	061 300 001	30.000,00	Magistrat	XI/2010
VI	660 00 109	061 901 001	20.000,00	660 00 109	061 901 001	20.000,00	Magistrat	XIV/2010
I	650 00 201	062 100 001	800.000,00	650 00 101	062 100 001	800.000,00	Stavo	1/2010
VI	650 00 101	053 010 001	365.000,00	650 00 201	053 010 001	300.000,00	Stavo	2/2010
				400 00 002	084 000 001	32.000,00	Stavo	2/2010
				400 00 003	084 000 001	33.000,00	Stavo	2/2010
VI	650 00 101	053 100 001	250.000,00	650 00 201	053 010 001	250.000,00	Stavo	3/2010
VI	650 00 201	053 300 001	83.000,00	650 00 201	360 010 001	41.500,00	Stavo	4/2010
				650 00 201	360 100 001	41.500,00	Stavo	4/2010
VI	650 00 201	053 100 001	190.000,00	650 00 101	054 100 001	190.000,00	Stavo	5/2010
VI	660 00 108	061 400 001	95.000,00	660 00 108	035 600 001	55.000,00	Stavo	6/2010
				660 00 108	061 300 001	40.000,00	Stavo	6/2010
			2.580.585,42			2.580.585,42		

GESAMTLISTE 2010 "Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen u. Auszahlungen"

Verpflichtungsermächtigungen

Dez.	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	bewilligt von/Datum	Liste
			0,00			0,00		

GESAMTLISTE 2010 "Über- und Außerplanmäßige Aufwendungen u. Auszahlungen"

Änderung der Deckung

Dez.	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	Kostenstelle	Sachkonto	Betrag	bewilligt von/Datum	Liste
VI	650 00 402	613 020 000	25.000,00	100 00 807	605 010 000	10.000,00	-II-/13.12.10	B/2010
				520 00 101	605 010 000	15.000,00		B/2010
			25.000,00			25.000,00		

Abschluss des Jahres 2010 im Ergebnishaushalt

hier: Bildung und Übertragung von Haushaltsausgaberesten in das Jahr 2011

1. Aufgrund des § 21 Absatz 1 GemHVO Doppik werden im Ergebnishaushalt folgende Haushaltsausgabereste gebildet die eine zusätzliche Ausgabebemächtigung im Jahr 2011 darstellen.

Teilhaushalt Kostenstelle Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
10007	Hauptabteilung				
10000608	<u>Demografischer Wandel</u>				
677900000	Aufwendungen für andere Beratungsleistungen	14.759,43			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.
10008	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit				
10000706	<u>Internet</u>				
617925000	EDV-Kosten/Dienstleistungen	14.119,35			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.
10000705	<u>Pressedienst</u>				
686010100	Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit	14.749,00			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge sowie begonnener Projekte im Rahmen des Stadtjubiläums 2013 benötigt.
80101	Magistrat				
801000000	<u>Allg. Kostenstelle Magistrat</u>				
679000000	Sonst. Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Diensten	25.500,00			Projekte im Rahmen des Demografischen Wandels konnten in 2010 nicht endgültig abgeschlossen werden: "Schlüssel zur Verständigung" für die Bildungsregion Waldau, Erstellung einer Broschüre "Bildung, Freizeit und Gesundheit in Waldau" sowie Leuchtturmprojekt "Wohnen in der Innenstadt" Dezernat VI.

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
11002	Informations- und Kommunikationstechnik				
<u>11000201</u>	<u>TUI-Schulungen</u>				
688000000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	40.367,35	34.775,00	5.592,35	Die Umsetzung neuer Programmteile von Prosoz 14plus konnte erst in 2010 abgeschlossen werden, weshalb entsprechende Schulungen im Bereich -51- erst in 2011 stattfinden können. Schulungen im Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 7 / Office 2010 mussten aufgrund technischer und organisatorischer Verzögerungen von 2010 nach 2011 verschoben werden. In 2011 stehen hierfür keine Ansätze zur Verfügung. Reste in Höhe von 5.592,35 € werden zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.
<u>11000203</u>	<u>Betrieb und Unterhaltung von TUI-Anwendungen</u>				
616920000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte	52.044,30			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.
617900000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	137.826,34	62.375,16	10.447,30	Verschiedene Projekte (z.B. Aufbau des neuen Serviceportals, Optimierung des Workflow im Bereich der Anordnungen) konnten aufgrund technischer bzw. inhaltlicher Verzögerungen in 2010 nicht wie geplant umgesetzt werden. Die Übertragung der Mittel ist aufgrund fehlender Ansätze in 2011 dringend erforderlich. Reste in Höhe von 75.451,18 € werden zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.
<u>11000205</u>	<u>Betrieb und Unterhaltung der Telefonanlage</u>				
617900000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.000,00			Durch Instandhaltungstau beim Telekommunikationsbetrieb in Außenstellen müssen noch Restarbeiten erledigt werden.
11004	Personaldienste				
<u>11000407</u>	<u>Zentrale Fortbildung</u>				
688000000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung	16.000,00			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betrag	davon nicht aus-	davon aus	Begründung
Kostenstelle		€	geschöpfte Mittel	Vorjahr	
Sachkonto			€	€	
16001	Büro der Stadtverordnetenversammlung				
<u>16000000</u>	<u>Büro der Stadtverordnetenversammlung</u>	9.081,00			Die Ortsbeiräte haben die Übertragung ihrer nicht
710200000	Sonstige Zuschüsse				verbrauchten Haushaltsmittel in das Jahr 2011
					beantragt.
37001	Brand- und Katastrophenschutz				
<u>37000062</u>	<u>Material, Organisation</u>	13.979,58			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge
607000000	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel				benötigt.
37002	Rettungsdienste				
<u>37000201</u>	<u>Rettungsdienst</u>	4.832,87			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge
607000000	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel				benötigt.
40003	Gymnasien				
<u>40000202</u>	<u>Friedrichsgymnasium</u>	177,24			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge
601100000	Lehr- und Unterrichtsmittel				benötigt.
40005	Förderschulen				
<u>40000502</u>	<u>Astrid-Lindgren-Schule</u>	314,11			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge
616920000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte				benötigt.
<u>40000503</u>	<u>Heinrich-Steul-Schule</u>	436,15			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge
616920000	Unterhaltung/ Instandhaltung Kleingeräte				benötigt.

Teilhaushalt Kostenstelle Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
41001	Kulturamt allgemein				
41000101	<u>Veranstaltungen</u>	56.620,00			
686900000	Sonstige Aufwendungen für Repräsentation				Im Jahr 2010 wurden für die Museumsnacht Spenden- und Sponsorengelder in Höhe von 36.000 € eingeworben. Von den überplanmäßig zur Verfügung gestellten Mitteln wurden 12.700 € noch nicht verausgabt und müssen in 2011 zur Vorbereitung der Museumsnacht 2011 verwendet werden. Für die Projekte Kinderkultur und Interkultur (Abenteurer Museum) wurden im Jahr 2010 Spenden- und Sponsorengelder in Höhe von 66.300 € akquiriert. Die zweckgebundenen Mittel wurden durch überplanmäßige Anträge dem Ansatz zugesetzt. Davon wurden 43.920 € in 2010 nicht verausgabt. Sie müssen 2011 zweckgebunden für die Fortsetzung der Projekte eingesetzt werden.
41000105	<u>Stadtgesellschaftlicher Aufbruch</u>	1.670,00	1.670,00	1.670,00	
617900000	And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen				Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Szeemann-Archivs wurden bereits im letzten Jahr Mittel für vorbereitende Arbeiten, insbesondere für die Erstellung von Gutachten, ein Haushaltsausgabereserve gebildet. Da noch keine endgültige Entscheidung für die Übernahme des Archivs getroffen wurde, sollen die nicht ausgeschöpften Mittel erneut übertragen werden.

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betrag	davon nicht aus-	davon aus	Begründung
Kostenstelle		€	geschöpfte Mittel	Vorjahr	
Sachkonto		€	€	€	
41003	Museen und Archive				
41000301	Stadtmuseum				
614000000	Frachten u. Fremdlager	37.000,00	37.000,00		Das Stadtmuseum nutzt seit Jahren einen Bunker für die Lagerung verschiedener Objekte. Durch die Aufhebung der Zivilschutzbindung werden die bisher durch die Stadt verwalteten Bunker nun vom Bund bewirtschaftet. Derzeit prüft die Gebäudewirtschaft, unter welchen Bedingungen eine Nutzung zukünftig möglich ist. Für den Fall, dass sich die finanziellen Bedingungen für die Stadt erheblich verschlechtern sollten, müssen die belegten Flächen voraussichtlich 2011 aufgegeben werden. Hierfür stehen im Ansatz 2011 keine Mittel zur Verfügung.
617900000	Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.100,75			Für die erforderliche Erweiterung des Gemäledepots im Zentraldepot Leipziger Straße erhielt das Stadtmuseum mit Bescheid vom 21.09.2010 vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst eine zweckgebundene Zuweisung. In diesem Zusammenhang wurde der Einsatz einer Restauratorin zur konservatorischen restauratorischen Betreuung bei der Einrichtung des Depots beauftragt. Da die Hängung der Bilder erst nach der Anbringung der neuen Module im ersten Quartal 2011 durchgeführt werden kann, ist die Bildung eines Haushaltsausgaberestes erforderlich.
41000302	Brüder-Grimm-Museum				
614000000	Frachten u. Fremdlager	14.000,00	14.000,00	14.000,00	Das Brüder-Grimm-Museum wird nach seiner Sanierung Ende 2011 in das Palais Bellevue zurückziehen. In diesem Zusammenhang fallen Umzugskosten an. Der Haushaltsausgaberest wird zur Deckung benötigt, da der Haushaltsansatz 2011 unter Umständen nicht ausreicht.

Teilhaushalt Kostenstelle Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
41000404 617900000	<u>KUR-Projekt Documenta-Archiv</u> Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	54.163,12			Das documenta-Archiv erhielt gemeinsam mit zwei anderen Archiven Bundesmittel innerhalb des KUR-Programms zur Konservierung und Restaurierung von mobilem Kulturgut. Die in 2010 abgerufenen Projektmittel konnten nicht vollständig verausgabt werden und müssen 2011 zweckentsprechend verwendet werden.
41005 41000016 606300000	Stadtbibliothek <u>Medienbeschaffung</u> Materialaufwand für Einrichtungen und Ausstattungen	1.500,00	1.500,00		Aufgrund der späten Haushaltgenehmigung konnte der Medienetat nicht vollständig ausgegeben werden. Da der Medienetat der Stadtbibliothek sehr knapp bemessen ist, sollen die Restmittel für dringend benötigte Medienbeschaffungen in 2011 verwendet werden.
50002 50000801 711120000	Seniorenarbeit/sonst. Leistungen und Aufgaben <u>Soziale Betreuung institutionell</u> Weiterleitung von Zuschüssen	5.514,77			Im Rahmen der Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt werden insgesamt vier Projekte aus Landesmitteln gefördert. Die für den Projektbaustein "Stadtteilführer" vorgesehenen Mittel können erst in 2011 eingesetzt werden. Die Projektmittel 2011 sind bereits verplant und können zur Deckung nicht herangezogen werden.
711200000	Allgemeine Finanzzuweisungen	44.693,39			Die Mittel einer zweckgebundenen Einzelspende (siehe AP-L-Antrag vom 29.09.2010) dienen zwei Projekten im Bereich der Altenhilfe. Aufgrund des verspäteten Starts des zweiten Projekts in 2010 konnten die Mittel nur zum Teil verausgabt werden. Die restlichen Mittel müssen für die weitere Fortführung des Projekts verwendet werden.

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betrag	davon nicht aus-	davon aus	Begründung
Kostenstelle		€	geschöpfte Mittel	Vorjahr	
Sachkonto		€	€	€	
728800000	Sonstige soziale Erstattungen an übrige Bereiche	16.921,01			Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2009 wurden durch Fraktionsantrag für den Stadteiltreffpunkt Wesertor Mittel in Höhe von 20.000 € pro HH-Jahr bereitgestellt. Die Planungen zur Umsetzung hat sich erheblich verzögert.
728800000	Sonstige soziale Erstattungen an übrige Bereiche	670,00			Im Rahmen der Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt werden insgesamt vier Projekte aus Landesmitteln gefördert, für die die Stadt einen Anteil von 10% als Ko-Finanzierung bereitstellen muss. Die für den Projektbaustein "Stadteilführer" vorgesehenen Mittel können jedoch erst in 2011 eingesetzt werden. Die Projektmittel 2011 sind bereits verplant und können zur Deckung nicht herangezogen werden.
51004	Hilfe f. junge Menschen und ihre Familien				
51000305 ff	Reg. Arbeitsgruppen				
688000000	Aufw. für Fort- und Weiterbildung	20.000,00			Für den Bereich des ASD (5131 bis 5136) incl. JGH waren in 2010 verschiedene Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter/innen, insbesondere in den Bereichen EDV, vorgesehen. Diese konnten nicht im vorgesehenen Umfang durchgeführt werden, da es u. a. zu Verzögerungen bei der Programmentwicklung gekommen ist.
52001	Sportamt				
52000101	Bereitst./Betrieb v. Turn- u. Sporthallen				
616910000	Instandhaltung Sportanlagen	1.493,91			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.
52000201	Bereitst./Betrieb von Freisportanlagen				
616910000	Instandhaltung Sportanlagen	11.164,73			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.
52000401	Sportförderung				
686300000	Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit gesamt	2.734,98			Der Rest wird zur Abrechnung offener Aufträge benötigt.

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betrag	davon nicht ausgeschöpfte Mittel	davon aus Vorjahr	Begründung
<u>Kostenstelle</u>		€	€	€	
Sachkonto					
53001	Gesundheitsamt				
<u>53000402</u>	<u>Kinder- und Jugendgesundheit/Allgemeine Prävention</u>				
686300000	Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit gesamt	2.451,85			Der Rest wird zur Abrechnung eines offenen Auftrages für das Projekt "Willkommen von Anfang an" benötigt.
<u>53000402</u>	<u>Kinder- und Jugendgesundheit/Allgemeine Prävention</u>				
711120000	Weiterleitung von Zuschüssen	1.631,33			Der Rest wird zur Erfüllung des Zuwendungsvertrages für das Projekt HEGISS- Soziale Stadt Wesertor/Verein ZirkuTopia benötigt. Es handelt sich um die Weiterleitung von Landesmitteln.
<u>53000502</u>	<u>Kontakt- u. Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS)</u>				
711120000	Weiterleitung von Zuschüssen	2.839,58			Bei den Mitteln handelt es sich um zweckgebundene Mittel von den Krankenkassen für KISS. Der Rest wird zur Abrechnung eines offenen Auftrages benötigt.
<u>53000402</u>	<u>Kinder- und Jugendgesundheit/Allgemeine Prävention</u>				
728800000	Sonstige soziale Erstattungen an übrige Bereiche	198,23			Der Rest wird zur Erfüllung des Zuwendungsvertrages für das Projekt HEGISS- Soziale Stadt Wesertor/Verein ZirkuTopia benötigt.
60001	Bauverwaltungsamt				
<u>60000101</u>	<u>Vergabeangelegenheiten</u>				
617925000	EDV-Kosten / Dienstleistungen	12.000,00			Im Rahmen der Einführung der elektronischen Vergabe stehen noch einige Anpassungsarbeiten und somit Rechnungen aus. Die Aufträge sind erteilt. Die für 2010 veranschlagten Mittel reichen dafür nicht aus.
63003	Stadtplanung und Bauaufsicht				
<u>63000102</u>	<u>Städtebauliche Planung</u>				
677100000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskosten	269.860,73			Planungsaufträge für den Bergpark Wilhelmshöhe und versch. Bebauungspläne aus 2010 (u.A. Langes Feld, Zum Feldlager, Brüder Grimm Platz und Andere)m bzw. verschiedene Umbuchungen sind noch abzuarbeiten

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betrag	davon nicht aus-	davon aus	Begründung
Kostenstelle		€	geschöpfte Mittel	Vorjahr	
Sachkonto			€	€	
<u>63000501</u>	<u>Untere Denkmalschutzbehörde</u>				
617010000	Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen gesamt	4.711,68			Spendenmittel mit der Zweckbestimmung "Anbringung einer Steintafel an der Zeughaus- ruine. Die Mittel wurden verwendet, um eine Klärung der statischen und sonstigen Voraussetzungen für die Installation der Tafel herbeizuführen. Auftrag wurde ion 2010 vergeben
<u>63000501</u>	<u>Untere Denkmalschutzbehörde</u>				
617900000	<u>And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>	921,07			Eigenmittel des Amtes für die Untersuchung Anbringung einer Steintafel, weil die Spende nicht ausreichte um die Installation abzusichern. Auftrag wurde in 2010 vergeben
<u>63000501</u>	<u>Untere Denkmalschutzbehörde</u>				
617900000	<u>And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>	4.958,93			Mittel für die Anbringung einer Steintafel (Wappen) an der Zeughausruine. Die vorberei- tenden Maßnahmen für die Anbringung wurden in 2010 bereits getroffen (Klärung der statischen und sonstigen technischen Voraussetzungen für die Installation der Tafel). Nach Abschluss der Klärung erfolgt mit diesen Mitteln die eigentliche Installation der Tafel.
66000	Straßenverkehrsamt				
66000021	Bauhof für Tiefbau	3.320,00			Mehraufwendungen für Fahrzeuginstand- setzungen
616400000	Instandhaltung von Fahrzeugen				
660000061	Personalkosten				
688000000	Aufw. für Fort- und Weiterbildung	4.527,95			Die Mittel sind für die in 2010 vergebenen Aufträge erforderlich: Aufwendungen für Aus-/ Fortbildung
66001	Straßenverkehrsamt				
66000110	<u>Unterhaltung, Instandsetzung v. Straßen, Wegen</u>				
616511000	Ortsbeiratsmittel Straßen	401.777,04			Nicht gebundene Aufwendungen aus dem Bereich Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen der Ortsbeiräte (Dispositionsmittel)

Teilhaushalt Kostenstelle Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
66000111 606900000	<u>Unterhaltung Ingenieurbauwerke incl. A.</u> sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	4.592,79			Die Mittel sind für die in 2010 vergebenen Aufträge erforderlich: Aufwendungen für Material, Reparaturleistungen an Ingenieurbauwerken (Brücken, Tunnel u.a.)
66000111 616508000	<u>Unterhaltung Ingenieurbauwerke incl. A.</u> Beseitigung von Vandalismusschäden u. Graffiti	1.000,00			Aufwendungen für die Beseitigung von Vandalismusschäden u. Graffiti in
66000111 617300000	<u>Unterhaltung Ingenieurbauwerke incl. A.</u> Fremdreinigung	1.000,00			Aufwendungen für Reinigungsleistungen an Ingenieurbauwerken
66002	Straßenverkehrsamt				
66000102 606500000	<u>Verkehrsausstatt. (Betr./Unterh.)</u> Materialaufw. für Straßen, Wege, Plätze u.ä.	46.354,10			Die Mittel sind für die in 2010 vergebenen Aufträge erforderlich: Aufwendungen für Material für Verkehrseinrichtungen (Lichtsignalanlagen, Schilder u.a.)
66000102 606900000	<u>Verkehrsausstatt. (Betr./Unterh.)</u> sonstiger Aufw. für Reparatur u. Instandhaltung	1.260,98			Die Mittel sind für die in 2010 vergebenen Aufträge erforderlich: Aufwendungen für Reparaturleistungen und Instandh. an Verkehrseinrichtungen
66000401 617900000	<u>Verkehrsentw. Plan. Konz. Verkehrslenk., Verkehrsanl</u> And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.487,40			Die Mittel sind für die in 2010 vergebenen Aufträge für Beratungsleistungen im Zuge der Realisierung des VEP
66000401 617900000	<u>Verkehrsentw. Plan. Konz. Verkehrslenk., Verkehrsanl</u> And. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	217.270,41			Mehraufwendungen zur Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP)

Teilhaushalt Kostenstelle Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
66004	Parkplätze und Parkeinrichtungen				
<u>66000121</u> 61611000	<u>Parkhaus Twernegeasse</u> Gebäudeunterhaltung Öffentliche Parkeinrichtungen	150.000,00		150.000,00	Übertragung der in 2009 eingestellten Mittel für die vertraglich geregelte Unterhaltung des Parkhauses Twernegeasse (Mittel waren 2009 gesperrt). Eine abschließende Regelung über die Abwicklung der Maßnahme konnte in 2010 nicht erreicht werden
<u>66000130</u> 61611000	<u>Tiefgarage Karlsplatz</u> Gebäudeunterhaltung Öffentliche Parkeinrichtungen	1.512,98		1.512,98	Die Mittel sind für die schon in 2009 vergebenen Aufträge erforderlich: Aufwendungen für Elektroarbeiten an der Brandmeldeanlage
<u>66000131</u> 61611000	<u>Parkhaus P-Scheidem-Haus</u> Gebäudeunterhaltung Öffentliche Parkeinrichtungen	60.000,00		60.000,00	Mittel zur Beseitigung von Vandalismusschäden im Parkhaus (Maßnahme konnte 2009 und 2010 noch nicht realisiert werden)
67000					
<u>67000065</u> 601000100	<u>Büromittel/EDV</u> Aufw. für Büromaterial, Drucksachen und Verwaltung	4.367,00	4.367,00		Mittel werden für erhöhten Bedarf im Bereich Büromittel, Drucksachen u.ä. für 2011 benötigt
<u>67000066</u> 607000000	<u>Dienst-/Schutzkleidung</u> Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	5.432,92			Mittel werden zur Abrechnung bestehender Aufträge in voller Höhe benötigt

Teilhaushalt Kostenstelle Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
67001	Umweltschutz				
67000101	Immissionsschutz, Lärm				
677100000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwältin u. Gerichtskosten	87.123,75	84.000,00		45.000,00 € für Lärmaktionsplan: Die Arbeiten konnten im Jahr 2010 noch nicht durchgeführt werden, da die Feststellung durch das RP Kassel erst im November 2010 erfolgte. 39.000,00 € für Verbundforschungsvorhaben KLIMZUG. Dieses Vorhaben ist technisch sehr anspruchsvoll. Die Rahmenbedingungen konnten in 2010 noch nicht abschließend geklärt werden. 3123,75 € werden für die Abrechnung bestehender Aufträge für die Erstellung einer CO2-Bilanz über das Onlinetool Ecoregion benötigt.
686010100	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	150.700,00	62.500,00		25.000,00 € für die Vergabe von Aufträgen, was aufgrund zahlreicher Abstimmungsgespräche in 2010 nicht mehr möglich war. 8.000,00 € für die Anmietung eines Elektrofahrzeuges. Die Verhandlungen hierüber konnten 2010 noch nicht zum Abschluss gebracht werden. 5.000,00 € für die Umsetzung des Beschlusses 101.16.1883 (Auf dem Weg zur 100% Erneuerbare Energie Region) vom November 2010, womit in 2010 nicht mehr begonnen werden konnte. 24.500,00 € für "Stromeffizienzkampagne": Umsetzung des Beschlusses voraussichtlich ab April 2011. 80.000,00 €: Komplementärmittel zur Erstellung eines integrierten kommunalen Klimaschutz-Konzeptes. Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in volle Höhe benötigt. 8.200,00 €: Vertrag mit der Verbraucherschutzzentrale Hessen zur Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden. Auch diese Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt.

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betrag	davon nicht ausgeschöpfte Mittel	davon aus Vorjahr	Begründung
Kostenstelle		€	€	€	
Sachkonto					
<u>67000107</u>	<u>Naturschutz (Flora und Fauna)</u>				
616130000	Unterhaltung der sonstigen Außenanlagen	9.033,72			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
616500000	Instandh. v. Sachanl. Gemeindegebr., Infrastr. Verm.	36.660,47			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
67002	Freiraumplanung und Freiflächenbau				
<u>67000301</u>	<u>Landschaftsplanung</u>				
617100000	Aufwendungen für Fremdentstorgung	2.500,00			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
67000302	<u>Objektplanung und Bau</u>	800,00			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
616010000	Fremdinstandhaltung gesamt				
616500000	Instandhaltung v. Sachanl. im Gemeindegebr., Infrastr.verm.	1.256,78			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
686300000	Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit gesamt	714,00			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
67003	Grün- und Freizeiflächen, Gärtnerei				
<u>67000401</u>	<u>Unterhaltung von Grün- und Freizeiflächen</u>				
607000000	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	6.313,33			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
616113000	Gebäudeunterhaltung Auguste-Förster	11.876,29			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
616120000	Unterhaltung der Grünanlagen	156.927,33	4.674,59		Die ungebundenen Mittel i.H.v. 4.674,59 € zur Unterhaltung der Grünanlagen werden für zusätzliche Aufträge im Bereich der verkehrssicherungsrelevanten Baumpflege in 2011 benötigt. Aufträge im Umfang von 152.252,74 € wurden in 2010 erteilt, konnten jedoch nicht mehr vor Jahresende ausgeführt werden.

Teilhaushalt Kostenstelle Sachkonto	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht aus- geschöpfte Mittel €	davon aus Vorjahr €	Begründung
616510000	Ortsbeiratsmittel Grünanlagen	291.158,56	271.870,62		Die Ortsbeiratsmittel zur Unterhaltung Grünanlagen i.H.v. 271.870,62 € wurden in 2010 nicht oder nicht vollständig durch Beschlussvorgaben verausgabt bzw. gebunden und sollen nach Vorgabe der jew. OBR in das Jahr 2011 übertragen werden. Die auftragsbezogenen Mittelbindungen i.H.v. 19.287,94 € werden als HAR für die Umsetzung und Abrechnung im HH-Jahr 2011 in voller Höhe benötigt.
617100000	Aufwendungen für Fremdentstorgung	17.709,46			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
67000402	Gärtnerei				
600100100	Vorprodukte/Fremdbauteile	9.272,45			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
616112000	Gebäudeunterhaltung Stadtgärtnerei	5.072,26			Die Mittel werden zur Abrechnung der bestehenden Aufträge in voller Höhe benötigt
	Summe	2.615.028,75	578.732,37	243.222,63	

2. Die Haushaltsausgabereste werden durch das Amt Kämmerei und Steuern in nsk eingegeben.

Kassel, den 29.03.2011

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

**Abschluss des Jahres 2010 im Finanzhaushalt
hier: Bildung und Übertragung von Haushaltsausgabenresten in das Jahr 2011**

1. Aufgrund des § 21 Absatz 2 GemHVO-Doppik werden im Finanzhaushalt folgende Haushaltsausgabenreste gebildet (Spalten 3 und 4), die eine zusätzliche Ausgabeermächtigung im Jahr 2011 darstellen.

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht ausgeschöpfte Mittel €	von Spalte 4 gesperrt €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5	6
110 4006 3 00	Standard I-u.K-Technik, bewegliches Vermögen	781.938,59	92.200,00	92.200,00	
230 4800 5 00	Allgemeines Grundvermögen, Grunderwerb	6.000.000,00	5.750.000,00	5.750.000,00	
320 5100 3 00	Ordnungsamt, bewegliches Vermögen	47.000,00	47.000,00	47.000,00	
320 5110 3 00	Hilfspolizei, bewegliches Vermögen	47.729,48	22.729,48	22.729,48	
320 5130 3 00	Kfz-Zulassungsstelle, bewegliches Vermögen	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
370 5200 3 00	Berufsfeuerwehr	282.621,90	187.888,23	187.888,23	
400 4210 3 00	Grund-, Haupt- und Realschulzüge, bewegliches Vermögen	46.960,76	44.241,61	44.241,61	
400 4211 3 00	Gymnasien, bewegliches Vermögen	65.969,46	63.250,31	63.250,31	
400 4212 3 00	Berufsschulen, bewegliches Vermögen	329.128,74	305.924,28	305.924,28	
400 4213 3 00	Förderschulen, bewegliches Vermögen	124.890,22	120.881,60	120.881,60	
400 4214 3 00	Gesamtschulen, bewegliches Vermögen	57.306,21	51.276,48	51.276,48	
400 8000 8 00	Alle Schulformen, Zugänge GWG	32.629,12	0,00	0,00	
410 0426 3 00	Musikakademie, bewegliches Vermögen	19.200,00	19.200,00	19.200,00	
410 0540 3 00	Brüder-Grimm-Museum, bewegliches Vermögen	63.700,00	63.700,00	63.700,00	
410 0550 3 00	Stadtarchiv, bewegliches Vermögen	21.000,00	21.000,00	21.000,00	
410 0555 3 00	Stadtmuseum, bewegliches Vermögen	12.574,54	0,00	0,00	
410 0595 3 00	Stadtbibliothek	27.919,16	3.200,00	3.181,56	
410 4302 4 00	Staatstheater	1.619.160,00	0,00	0,00	
410 4303 3 00	Kunstsammlungen	134.309,26	0,00	0,00	
410 4304 3 01	Szeemann-Archiv	1.000.000,00	1.000.000,00	1.000.000,00	
500 4400 3 00	Sozialamt, bewegliches Vermögen	4.990,74	0,00	0,00	
510 4415 3 00	Jugendbeteiligungsprojekte	2.743,74	0,00	0,00	
510 4436 3 00	Kindertagesstätten	2.500,00	0,00	0,00	
510 4437 4 00	Förderung von Kitas	121.000,00	30.000,00	30.000,00	
520 4501 4 00	Förderung des Sports - Investitionszuschüsse	129.500,00	3.000,00	3.000,00	
530 4500 3 00	Gesundheitsamt, bewegliches Vermögen	1.643,40	0,00	0,00	
600 7500 1 00	Friedhöfe, Kapellensanierungen	300.000,00	300.000,00	300.000,00	
630 6310 4 00	Unterhaltung historischer Gebäude -Zuschüsse-	30.050,00	0,00	0,00	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht ausgeschöpfte Mittel €	von Spalte 4 gesperrt €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5	6
630 6320 1 00	Urban-Projekte	32.124,70	0,00	0,00	
630 6330 1 00	Stadterneuerung, Stadttumbau West	650.000,00	300.000,00	0,00	500.500,00
630 6340 1 00	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme RothenditmoId	1.098.169,95	942.761,33	648.169,95	823.627,46
630 6347 1 00	Umgestaltung Entenanger	92.715,32	92.715,32	92.715,32	
630 6355 1 00	Durchführung des EFRE-Programms	4.949.897,72	4.896.355,85	4.449.897,72	2.474.948,86
630 6360 1 00	Bereitschaftspolizei, Konversion	125.892,96	42.030,02	42.030,02	
630 6365 1 00	Aktiver Kernbereich Friedrich-Ebert-Straße	1.993.105,06	1.993.105,06	1.593.105,06	1.494.828,80
630 6375 1 00	Soziale Stadt Wesertor	1.652.007,26	1.590.883,31	0,00	1.354.645,95
630 6390 1 00	Lüttich-Kaserne, Konversion	44.429,11	28.025,51	28.025,51	
630 6395 1 00	Planungskonzepte/Wettbewerbe Innenstadt	37.719,27	0,00	0,00	
650 0005 1 00	Rathaus, Baukosten	392.930,28	192.157,81	192.157,81	
650 0005 2 00	Rathaus, bauliche Verbesserungen	1.072.676,73	303.900,25	303.900,25	
650 0005 2 01	Rathaus, Verkabelung und Telekommunikationsanlage	234.918,70	153.793,04	153.793,04	
650 0030 2 00	Rathauskantine, bauliche Verbesserungen	1.357.403,09	1.299.080,30	399.080,30	
650 0115 1 01	Berufsfeuerwehr, Baukosten	590.219,48	428.515,08	0,00	
650 0115 2 00	Berufsfeuerwehr, bauliche Verbesserungen; HAR wird zur Investitionsnummer 650 0115 101 umgesetzt	440.660,95	429.873,60	0,00	
650 0120 1 00	Feuerwache 2, Baukosten	69.599,59	58.644,55	58.644,55	
650 0190 1 00	Ernst-Leinius-Schule, Baukosten	80.195,67	80.195,67	80.195,67	
650 0195 2 00	Fasanenhofschule, bauliche Verbesserungen	892,22	601,79	601,79	
650 0200 1 00	Fridtjof-Nansen-Schule, Baukosten	30.000,00	30.000,00	30.000,00	
650 0200 2 00	Fridtjof-Nansen-Schule, bauliche Verbesserungen	100.000,00	100.000,00	100.000,00	
650 0205 1 00	Friedrich-Wöhler-Schule, Baukosten	170.884,49	28.641,62	28.641,62	
650 0205 3 00	Friedrich-Wöhler-Schule, bewegliches Vermögen	110.000,00	110.000,00	110.000,00	
650 0230 2 00	Hupfeldschule, bauliche Verbesserungen	116.500,00	0,00	0,00	
650 0245 1 00	Reformschule Wilhelmshöhe, Baukosten	10.815,49	1.164,86	1.164,86	
650 0280 1 00	Schule Eichwäldchen, Baukosten	114.531,20	29.525,74	29.525,74	
650 0280 3 00	Schule Eichwäldchen, bewegliches Vermögen	33.878,04	33.878,04	23.878,04	
650 0305 1 00	Schule Schenkelsberg, Baukosten	312.867,43	312.867,43	232.867,43	
650 0330 2 00	Albert-Schweitzer-Schule, bauliche Verbesserungen	625.484,38	0,00	0,00	
650 0355 1 00	Jacob-Grimm-Schule, Baukosten	22.514,45	9.849,17	9.849,17	
650 0394 1 00	Generalsanierung 2. Berufsschulzentrum	711.766,11	533.181,92	533.181,92	
650 0415 1 00	Walter-Hecker-Schule, Baukosten	212.305,13	142.547,24	142.547,24	
650 0445 1 00	Alexander-Schmorell-Schule, Baukosten	3.701,70	3.201,90	3.201,90	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht ausgeschöpfte Mittel €	von Spalte 4 gesperrt €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5	6
650 0445 2 00	Alexander-Schmorell-Schule, bauliche Verbesserungen	2.987,92	2.987,92	2.987,92	
650 0470 2 00	Pestalozzischule, bauliche Verbesserungen	11.226,48	3.515,28	3.515,28	
650 0475 1 00	August-Fricke-Schule, Baukosten	90.714,82	11.573,98	11.573,98	
650 0490 1 00	Carl-Schomburg-Schule 1, Baukosten	50.089,58	46.677,85	46.677,85	
650 0495 1 01	Georg-August-Zinn-Schule, Baukosten Außenanlagen	5.804,80	2.591,80	0,00	
650 0495 2 00	Georg-August-Zinn-Schule, bauliche Verbesserungen	53.794,75	47.421,96	47.421,96	
650 0505 2 00	Heinrich-Schütz-Schule, bauliche Verbesserungen	93.044,83	67.405,15	33.044,83	
650 0515 2 00	Johann-Amos-Comenius-Schule, bauliche Verbesserungen	23.634,85	8.521,27	8.521,27	
650 0540 1 00	Brüder-Grimm-Museum, Baukosten	6.575.945,73	5.522.778,23	5.522.778,23	
650 0555 1 00	Stadtmuseum, Baukosten	2.963.412,84	2.675.426,34	2.675.426,34	
650 0750 1 00	Jugendbildungsw. W.-Seidel-Haus, Baukosten	30.000,00	30.000,00	30.000,00	
650 0780 2 00	Jugendherberge, bauliche Verbesserungen	13.299,33	13.299,33	13.299,33	
650 0806 1 00	Kita Bossental, Baukosten	1.169.837,87	324.423,23	324.423,23	
650 0806 3 00	Kita Bossental, Bewegliches Vermögen	130.930,88	119.572,24	119.572,24	
650 0816 1 00	Kita Brückenhof 2, Baukosten	58.000,00	30.565,33	30.565,33	
650 0816 2 00	Kita Brückenhof, bauliche Verbesserungen	323.304,38	29.285,31	29.285,31	
650 0820 1 00	Kita Dr. Hermann-Haarmann-Haus	92.158,40	42.704,49	42.704,49	
650 0825 1 00	Kita Eichwald, Baukosten	80.000,00	80.000,00	80.000,00	
650 0895 2 00	Kita Oberzwehren, Baul. Verbesserungen	56.000,00	1.059,48	1.059,48	
650 0970 1 00	Auestadion, Baukosten	3.121.844,63	1.477.318,82	1.477.318,82	
650 1003 2 00	Sporthalle Gabelsbergstr., Baul. Verbesserungen	92.809,50	62.425,30	42.809,50	
650 1065 1 00	Sportplatz Schulstraße, Baukosten	5.010,25	5.010,25	5.010,25	
650 1105 2 00	Verwaltungsgebäude Bosestraße, bauliche Verbesserungen	69.985,24	13.397,00	13.397,00	
650 1145 2 00	Botanischer Garten, bauliche Verbesserungen	9.468,29	5.065,29	5.065,29	
650 1190 1 00	Olof-Palme-Haus, Baukosten	15.819,45	7.727,45	5.819,45	
650 1190 2 00	Olof-Palme-Haus, bauliche Verbesserungen	21.367,59	2.900,87	2.900,87	
650 1345 2 00	Kleinmarkthalle	64.512,47	22.423,49	20.423,49	
650 4001 2 00	Energiesparmaßnahmen Städtische Gebäude	46.209,61	22.409,61	22.409,61	
650 4002 1 00	Barrierefreies Bauen, Baukosten	420.859,76	385.706,59	385.706,59	
650 4003 1 00	Planungsbudget für neue Maßnahmen, Baukosten	134.689,88	105.332,29	105.332,29	
650 4201 1 00	Grund-, Haupt-, und Realschulen, Baukosten	97.267,82	56.137,53	0,00	
650 4201 1 01	Alle Schulformen, Vernetzung	95.101,52	86.553,23	86.553,23	
650 4201 2 00	Grund-, Haupt-, und Realschulen, bauliche Verbesserungen	282.319,30	85.807,02	85.807,02	
650 4202 2 00	Gymnasien, bauliche Verbesserungen	276.586,95	123.878,51	123.878,51	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht ausgeschöpfte Mittel €	von Spalte 4 gesperrt €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5	6
650 4203 2 00	Berufsschulen, bauliche Verbesserungen	358.156,31	122.460,55	122.460,55	
650 4204 2 00	Förderschulen, bauliche Verbesserungen	153.891,59	61.785,10	61.785,10	
650 4205 2 00	Gesamtschulen, bauliche Verbesserungen	426.433,09	344.034,75	344.034,75	
650 4210 1 00	GY, GesS, GS, HS, RS/Ganztagsschulangebote, Baukosten	701.542,00	302.498,31	302.498,31	
650 4211 2 00	Sonderinvestitionsprogramm Schulbau	12.610.696,62	2.671.415,18	2.671.415,18	
650 4212 2 00	Sonderinvestitionsprogramm sonst. komm. Infrastruktur	5.512.262,27	855.113,60	0,00	
650 4216 2 00	Fuldatalstraße 12, Bodensanierung	72.131,19	72.131,19	72.131,19	
650 4414 2 00	Häuser der offenen Tür, bauliche Verbesserungen	111.637,53	48.553,61	48.553,61	
650 4438 2 00	Kindertagesstätten, Baul. Verbesserungen	181.016,15	102.455,72	102.455,72	
650 4439 1 00	Umbauten Betreuungsangebote	181.727,01	63.204,07	63.204,07	
650 4503 2 00	Generalüberhol. v. Sportanlagen -Baul. Verb.	143.993,64	0,00	0,00	
650 4504 3 00	Sporthalle Wilhelmsgymnasium, bewegliches Vermögen	867,65	0,00	0,00	
650 6500 3 00	Gebäudewirtschaft, bewegliches Vermögen	171.640,49	37.152,48	37.152,48	
650 7710 2 00	Bauhof für Hochbau, bauliche Verbesserungen	38.206,07	38.206,07	38.206,07	
660 6100 3 00	Straßenverkehrsamt, bewegliches Vermögen	127.659,95	117.451,30	117.133,38	
660 6110 1 01	Bundesstraßen Verkehrssignalanlagen	128.075,61	100.298,75	100.298,75	
660 6110 1 52	Hafenbrücke	2.100.628,60	0,00	0,00	1.680.000,00
660 6110 1 56	Finanzzentrum Altmarkt, Straßenanpassung	1.665.330,96	1.552.622,18	0,00	1.332.000,00
660 6110 1 58	Frankfurter Straße/Fünfensterstraße/Trompete	25.010,00	4.564,00	4.564,00	
660 6120 1 01	Landesstraßen Verkehrssignalanlagen	864.198,41	329.811,02	329.811,02	
660 6120 1 29	Loßbergstraße von Teichstr. bis Zentgrafenstr.	2.965.014,40	2.753.081,23	2.753.081,23	2.372.000,00
660 6120 1 36	Fuldatalstraße -Grundeinstandsetzung-, Baukosten	64.690,00	0,00	0,00	
660 6120 1 45	Tischbeinstraße	95.715,65	6.332,86	0,00	62.000,00
660 6120 1 46	Druseltalstraße von Eugen-Richter-Straße bis Berta-von-Suttner	50.000,00	50.000,00	50.000,00	
660 6130 1 01	Kreisstraßen Verkehrssignalanlagen	150.745,37	21.366,80	21.366,80	
660 6130 1 12	Nordhäuser Straße	145.000,00	145.000,00	145.000,00	
660 6130 1 14	Verbindungsstr. Wilhelmsh. Allee/Teichstraße, Baukosten	151.843,03	151.843,03	151.843,03	
660 6130 1 19	Bebelplatz -Umgestaltung-, Baukosten	47.089,53	7.005,71	0,00	
660 6130 1 22	Friedrich-Ebert-Str. /Goethestraße	239.215,62	0,00	0,00	
660 6130 1 24	Kurfürstenstraße	305.000,00	285.836,64	285.836,64	80.000,00
660 6130 1 27	Umbau Auedamm, Damaschkestr. - Orangerie	1.144.000,00	1.113.989,26	1.113.989,26	743.000,00
660 6140 1 01	Gemeindestraßen Verkehrssignalanlagen, Baukosten	235.278,32	0,00	0,00	
660 6140 1 02	Planungsbudget	433.969,92	281.288,05	256.288,05	
660 6140 1 03	Bau von Anliegerstr., Baukosten	2.779.722,72	1.803.288,85	1.545.000,00	2.362.000,00

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht ausgeschöpfte Mittel €	von Spalte 4 gesperrt €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5	6
660 6140 1 05	Größere Instandsetzungen	2.421.988,77	1.164.344,86	200.000,00	610.000,00
660 6140 1 06	Um- und Ausbau, Erneuerung von Straßen, Baukosten	2.280.209,54	292,12	292,12	1.026.000,00
660 6140 1 20	Ingenieurbauten, Baukosten	12.014,82	3,86	0,00	
660 6140 1 25	Waldecke Straße Bahnübergang, Baukosten	3.845.982,31	3.709.553,01	1.000.000,00	3.338.000,00
660 6140 1 26	Radwege / Radrouten	433.794,78	245.268,08	200.000,00	200.000,00
660 6140 1 29	Buslinien, Grundsanierung	13.682,56	5.332,56	5.332,56	
660 6140 1 34	Verkehrssteuer-/Regelsystem (VSRS)	565.882,56	39.702,40	39.702,40	396.000,00
660 6140 1 35	Graf-Haeseler-Kaserne	1.983,46	1.983,46	0,00	
660 6140 1 37	Gärtnerplatzbrücke, Erneuerung	7.962,17	238,13	0,00	
660 6140 1 38	Mosaikpflasterflächen, Sanierung	18.499,77	0,00	0,00	
660 6140 1 40	Verkehrsberuhigung im Stadtgebiet	165.968,72	164.284,15	164.284,15	
660 6140 1 45	Giesewiesen, Wohnmobilstellplatz	4.223,38	1.069,88	1.069,88	
660 6140 1 46	Harleshäuser Kurve, Regio-Tram, Baukosten	735.182,23	652.898,96	652.898,96	588.000,00
660 6140 1 52	Brücke Tannenstraße, Baukosten	417.460,14	403.906,04	403.906,04	333.000,00
660 6140 1 53	Brücke Neue Mühle	5.122,34	4.368,09	0,00	
660 6140 1 61	Fichtenrain/Frasenweg	65.000,00	65.000,00	65.000,00	
660 6140 1 64	Auestadion, Vorplatz	1.002.602,12	30.648,75	0,00	
660 6140 1 65	Obere Königsstraße, Umbau	400.000,00	400.000,00	400.000,00	
660 6140 1 66	Obere Bornwiesenstraße, Bahnübergang	390.700,00	0,00	0,00	339.000,00
660 6140 1 75	Verkehrs- und Mobilitätsmanagement	200.000,00	197.215,40	190.000,00	
660 6140 1 76	Fuldaerweg R1 von Metzelseinstraße bis Stadtgrenze	50.000,00	50.000,00	0,00	
660 6140 1 81	Mönchebergstraße / Mittelring (KVG-Maßnahme)	8.292,88	0,00	0,00	
660 6140 1 84	Einrichtung eines Fahrradverleihsystems	59.342,31	58.873,14	58.873,14	
660 6140 2 20	Ingenieurbauten, größere Instandsetzungen	35.652,70	9.587,77	0,00	
660 6140 4 28	Nahverkehrsprojekte	14.085,78	2.085,78	2.085,78	
660 6140 4 47	Innenstadt, Regio- Tram	89.206,04	89.206,04	89.206,04	
660 6140 4 56	Regio-Tram, Systembedingte Maßnahmen	34.598,39	34.598,39	34.598,39	
660 6140 9 70	Multifunktionshalle, Infrastruktur	11.226.606,25	11.226.606,25	11.226.606,25	
660 6700 4 00	Straßenbeleuchtung	65.505,88	8.113,51	8.113,51	
660 6800 1 12	Parkscheinautomaten	318.249,98	51.861,48	51.861,48	
660 6800 1 21	Rathaus -Parkdecks-, Baukosten	88.359,20	53.263,77	53.263,77	
660 6800 1 26	Parkleitsystem	193.477,04	193.477,04	193.477,04	
660 7720 1 00	Bauhof für Tiefbau, Baukosten	102.939,83	100.572,44	4.182,44	
660 8000 8 01	Straßenverkehrsamt -GWG-	2.317,02	2.317,02	2.317,02	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht ausgeschöpfte Mittel €	von Spalte 4 gesperrt €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5	6
670 0905 2 00	KITA RothenditmoId, Grundsanierung Frei- und Spielflächen	5.359,85	155,15	155,15	
670 1030 1 00	Sportplatz Daspel, Neubau Kunstrasenspielfeld	84.173,66	10.020,96	0,00	
670 1065 1 00	Sportanlage Schulstraße, Kunstrasen	77.635,67	42.296,84	42.296,84	
670 3009 3 00	Umwelt- und Gartenamt - Bewegliches Vermögen	66.584,90	0,00	0,00	
670 3011 1 00	Bodenablagerungen A 44	197.380,64	84.038,98	84.038,98	
670 3013 1 00	Wanderwege, Baukosten	5.076,80	5.076,80	5.076,80	
670 3014 3 00	EDV-Technik, bewegliches Vermögen	30.024,07	23.000,00	22.024,07	
670 3017 1 00	Stützmauer Ahna, Schützenstraße, Baukosten	2.936,77	38,24	0,00	
670 3018 1 00	Baul. Verbesserungen, Sanierung, Sicherheit	27.022,80	0,00	0,00	
670 3019 1 00	Naherholungsgebiete, Baukosten	62.006,56	10.246,82	0,00	
670 3020 1 00	Baukosten Naherholungsgebiete, Eichwald	1.597,10	0,00	0,00	
670 3027 1 00	Naherholungsgebiet Aschrottpark, Ausbau	9.723,42	0,00	0,00	
670 3028 1 00	Naherholungsgebiet Park Schönfeld, Ausbau	42.710,00	0,00	0,00	
670 3029 1 00	Dorothea-Viehmann-Park (ehemals Goldbachgrünzug)	18.224,79	3.119,45	0,00	
670 3034 1 00	Buchenauskampfbahn, Neubau Kunststofflaufbahn	87.504,69	12.367,17	0,00	
670 3040 1 00	Georg-Stock-Platz, Umgestaltung	8.280,35	6.826,17	6.780,35	
670 3041 1 00	Park Schönfeld, Parkpflegewerk	5.873,90	0,00	0,00	
670 3042 1 00	Gartendenkmal Weinberg, Parkpflegewerk	168.589,62	49.935,10	23.589,62	
670 3043 1 00	Botanischer Garten, Baukosten	5.364,12	0,00	0,00	
670 3044 1 00	Baumkataster, Erweiterung Kontrolltechnik	16.000,00	16.000,00	16.000,00	
670 3047 1 00	Grünanlage Dessenborn/Triftweg	194.434,08	119.258,87	114.434,08	
670 3048 1 00	Grünanlage Leuschnerstraße	3.000,00	0,00	0,00	
670 3052 1 00	Geilebachgrünzug	12.684,38	0,00	0,00	
670 3053 1 00	Eselgraben - Kleine Wilhelmshöhe	20.000,00	20.000,00	20.000,00	
670 3054 1 00	Eichenhutewald Brasselsberg	4.312,41	4.312,41	4.312,41	
670 3057 1 00	Erdwall Waldau	20.373,09	0,00	0,00	
670 3058 1 00	Sportanlage Waldauer Wiesen	25.401,37	15.647,43	15.647,43	
670 3060 1 00	Wegweiser Gartenkulturdenkmale	10.000,00	10.000,00	10.000,00	
670 3062 1 00	Fuldapromenade	36.666,91	32.216,55	0,00	
670 3066 1 00	Grünanlage Kranichholz	11.155,10	0,00	0,00	
670 3067 1 00	Baumscheiben, Sanierung	25.000,00	0,00	0,00	
670 4431 1 00	Kinderspielfläche Grunderneuerung, Sicherheit	173.816,20	0,00	0,00	
670 4435 1 00	Spielfläche "Auf dem hellen Böhn", Baukosten	6.867,46	0,00	0,00	
670 4440 1 00	Jugendbeteiligungsprojekte, Baukosten	28.837,39	10.869,06	8.837,39	

Investitionsnummer	Bezeichnung	Betrag €	davon nicht ausge- schöpfte Mittel €	von Spalte 4 gesperrt €	durch Zuweisungen/ Zuschüsse finanziert €
1	2	3	4	5	6
670 4441 1 00	Spielplatz "Bardelebenstraße"	21.248,93	19.158,34	19.158,34	
670 4444 1 00	Spielplatz "Wißmannstraße"	5.808,25	0,00	0,00	
670 4451 1 00	Spielplatz "Kirchhainer Straße", Baukosten	4.578,05	0,00	0,00	
900 9620 7 00	Fehlbelegungsabgabe, Darlehen, Tilgungen	3.297.389,57	1.022.889,57	1.022.889,57	
900 9690 4 00	Wasswebau, Zuweisungen	2.210.403,62	0,00	0,00	
900 9822 4 00	Flughafen GmbH Kassel, Zuweisung	5.598.697,92	0,00	0,00	
900 9840 4 00	Science-Park, Investitionszuschuss	6.285.801,04	0,00	0,00	
Gesamtsumme		123.973.139,67	67.761.827,44	56.038.358,64	22.109.551,07

2. Begründete Anträge auf Freigabe der gesperrten Beträge (Spalte 5) sind dem Amt Kämmerei und Steuern vorzulegen.

3. Die Haushaltsausgabereste werden durch das Amt Kämmerei und Steuern in nsk eingegeben.

Kassel, den 29.03.2011

Dr. Barthel
Stadtkämmerer

Dezernat / Amt
-VI-/-65-

Kassel, 15.08.2012
Sachbearbeiter/-in: Frau Schubert
Tel.: 60 65

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-00111-A001	Energie, Reinigung Dezernat 1	1.148.710,00 €	1.605.822,64 €	457.112,64 €
7-00113-A001	Energie, Reinigung Dezernat 3	1.086.670,00 €	792.407,97 €	-294.262,03 €

Begründung:

Das Sportamt -52- ist im Laufe des Jahres 2010 von Dezernat 1 zu Dezernat 3 übergegangen. Die Haushaltsansätze wurden in voller Höhe in das Budget des Dezernats 3 umgesetzt. Die Aufwandszahlungen für Energie und Reinigung wurden jedoch sowohl dem Budget des Dezernats 1 als auch dem des Dezernats 3 zugeordnet. Die Zuordnung richtete sich offenbar nach dem Datum der Erfassung der Zahlung. Dadurch sind Zahlungen dem Dezernat 1 zugeordnet, obwohl dort kein Ansatz bestand. Im Gegenzug sind beim Dezernat 3 weniger Zahlungen zugeordnet.

Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.11..31.12.11 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-VI/-65-

Kassel, 26.07.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Schubert
Tel.: 60 65

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

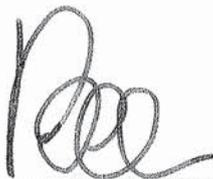
Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-00215-A001	Budget Mieten und Pachten Dezernat 5	2.520.860,00 €	2.288.278,97 €	232.581,03 €

Begründung:

Die Abweichungen im Budget Mieten und Pachten des Dezernats 5 bestehen im Wesentlichen bei den Kostenstellen des Jugendamtes und hier insbesondere bei denen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (Regionalen Arbeitsgruppen).

Durch den Umzug einiger Regionaler Arbeitsgruppen aus anderen Außenstellen an den Standort in der Kurt-Schumacher-Straße sind Verschiebungen bei den zu bebuchenden Kostenstellen eingetreten. Haushaltsansätze waren zum Zeitpunkt der Haushaltsanmeldung der Mieten für das Jahr 2010 im Frühjahr 2009 noch bei den Kostenstellen für die alten Standorte veranschlagt (Kostenstellen 510 00 304 bis 510 00 310). Gleichzeitig wurden Mittelerhöhungen für räumliche Erweiterungen in der Kurt-Schumacher-Straße bei den Kostenstellen 510 00 002 (allgemeine Förderung von jungen Menschen) und 510 00 065 (Umlage RAG's) eingestellt. Die Zahlungen erfolgten dann ausschließlich bei den beiden zuletzt genannten Kostenstellen und hierbei in weit geringerer Höhe als geplant.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Abschluss des Haushaltsjahres 2010
Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget-Code (nicht Ebene!):

Bezeichnung des Budgets: Personalaufwand

Aufwendungen (Register Statistik, Budgetierte Aufwendungen)	142.413.730,00 €
(IST)-Aufwendungen (Register Statistik, Bewegung Aufwendungen)	141.101.367,87 €
Beantragte Reste	
Unterschiedsbetrag	Weniger
	- 1.312.362,13 €

Begründung des Unterschiedsbetrages

Der Unterschiedsbetrag setzt sich aus Minder- und Mehrausgaben in folgenden Sachkonten zusammen:

Minderausgaben:

- 18.989,54 € Konto 613 100 000 / Aufwandsentschädigungen für ehrenamtl. Tätige
 - 144.480,34 € Konto 620 010 000 / Löhne für Arbeiter
 - 692.676,73 € Konto 620 020 000 / Vergütungen für Angestellte
 - 213.958,29 € Konto 620 030 000 / Honorare
 - 491.921,62 € Konto 640 100 000, 640 200 000 und 641 900 000 / SV-Arbeitgeberanteile
 - 869.299,76 € Konto 644 010 000 / Versorgungsbezüge
 - 4.410,33 € Konto 659 000 000 / Sonstige Personalnebenausgaben
 - 449.877,92 € Konto 647 100 000 und 647 200 000 / ZVK-Arbeitgeberanteile
 - 6.780,60 € Konto 647 000 000 und 648 000 500 / Zusatzversorgung für ehemalige Beschäftigte
- 2.892.395,13 € Summe Minderausgaben**

Mehrausgaben

- 1.382.489,22 € Konto 630 100 000 / Dienstbezüge für Beamte
 - 142.310,98 € Konto 648 000 000 und 648 400 000 / Versorgungsrücklage
 - 55.232,80 € Konto 649 010 100 / Beihilfen
- 1.580.033,00 € Summe Mehrausgaben**

Mehrausgabe zu Konto 630 100 000 / Dienstbezüge für Beamte

1.382.489,22 €

Im Rahmen der Dezernentenklauseur wurde eine Anpassung der Mittelplanung im Bereich der Personalkosten beschlossen. Die Reduzierung um 1,5 Mio € erfolgte durch Absetzung dieses Betrages ausschließlich bei der Besoldung der Beamten im Amt Kämmerei und Steuern.

Minderausgabe zu Konto 620 010 000 / Löhne für Arbeiter	144.480,34 €
Minderausgabe zu Konto 620 020 000 / Vergütungen für Angestellte	692.676,73 €
Minderausgabe zu Konto 640 100 000, 640 200 000 und 641 900 000 / SV-Anteile	491.921,62 €
Minderausgabe zu Konto 647 100 000 und 647 200 000 / ZVK-Anteile	449.877,92 €
	<hr/>
	1.778.956,61 €

Die Minderausgaben erklären sich zum großen Teil aus der Differenz zwischen 2% angenommener Tarifierhöhung und 1,2% tatsächlich eingetretener Steigerung. Diese Differenz macht ca. 1,1 Mio € aus. Außerdem wurden aufgrund der späten Genehmigung des Haushaltes neue Stellen später besetzt als ursprünglich gerechnet. Auch dieser Effekt wirkt sich deutlich ausgabenmindernd aus.

Minderausgabe zu Konto 644 010 000 / Versorgungsbezüge

869.299,76 €

Bei der Mittelplanung 2010 wurde die Vorausberechnung der Beamtenversorgungskasse für das Jahr 2009 berücksichtigt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger verringerte sich aber in diesem Zeitraum von 632 auf 605 Versorgungsempfänger



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten



Dezernat / Amt
-67-

Kassel, 29.11.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Hämmerich
Tel.: 3077

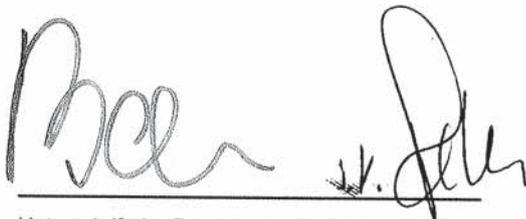
Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-00416-A001	Unterhaltung Grünanlagen Dezernat 6	1.323.431,31 €	1.050.910,05	272.521,26

Begründung:

In Höhe des Abweichungsbetrages wurden Haushaltsausgabereste der Fälle 3 (rechtliche Verpflichtungen eingegangen) und 4 (nicht ausgeschöpfte Ausgabeermächtigungen) gebildet. Es handelt sich dabei um verfügbare Dispositionsmittel aller 23 Ortsbeiräte zur Unterhaltung der Grünanlagen, die im Rechnungsjahr 2010 nicht mehr beauftragt bzw. verausgabt werden konnten.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-I- / -11-

Kassel, 28.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Björn Schmidt
Tel.: 1209

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen



Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-11002-A001	Personal- und Organisationsamt Info u. Komm.Tech	2.390.136,85 €	1.675.898,66 €	714.238,19 €

Begründung:

714.238,19 € Abweichung zwischen Plan- und Ist-Aufwendungen
 - 240.237,99 € (beantragte Mittelübertragungen, im Text separat begründet)
 = 474.000,20 € verbleibende Abweichung

Diese Wenigerausgabe ergibt sich im Wesentlichen aus folgenden Sachkonten:

Sachkonto 616920000 (Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte):	-15.031,83 €
Sachkonto 617900000 (ext. Dienstleistungen):	112.590,96 €
Sachkonto 671020000 (Mobillienleasing):	274.494,08 €
Sachkonto 683100000 (Datenübertragungskosten)	48.236,84 €
Sachkonto 688000000 (IT-Fortbildungen):	52.474,38 €
	=====
	472.764,43

Es folgt die detaillierte Begründung dieser Positionen:

Sachkonto 616920000

Aus dem Sachkonto 616920000 (Unterhaltung/Instandhaltung Kleingeräte) werden u. a. technisches Zubehör, Ersatzteile und Softwareupdates gekauft sowie Reparaturen, Hardwarewartungs- und Softwarepflegeverträge bestritten. Der Bereich Ersatzteile und Reparaturen unterliegt naturgemäß starken Ausgabeschwankungen und lässt damit keine exakte Mitteldisposition zu. Hier entstand eine Mehrausgabe in Höhe von 15.031,83.

Begründung für die beantragte Mittelübertragung ins Folgejahr: 52.044,30 €

Aus diesem Sachkonto werden jahresübergreifende Pflege- und Wartungsleistungen finanziert. In 2010 wurden aus diesem Grund 52.044,30 € als im Rahmen der Doppik vorgeschriebene aktive Rechnungsabgrenzung gebucht. Es handelt sich hier um anteilige Mittel für Leistungen, die erst im Haushaltsjahr 2011 oder später erbracht werden, die aber bereits vollständig bezahlt wurden.

Sachkonto 617900000

Das Sachkonto 617900000 dient zur Begleichung von Aufwendungen für in Anspruch genommene externe Dienstleistungen. Es entstand eine Wenigerausgabe in Höhe von 112.590,96 €, die sich wie folgt ergibt:

- ca. 10.000 € entfallen auf für 2010 noch von -10- geplante Erweiterungen des Hostings und der Serverbetreuung für den Internetauftritt. Diese Maßnahmen wurden nicht realisiert, vielmehr wurde die technische Betreuung des Internetauftritts zum Jahresende 2009 -114- zugeordnet. Dadurch konnte diese dauerhafte Einsparung realisiert werden.
- ca. 92.000 € entfallen auf Einsparungen bei allg. Beratungsleistungen. Für die notwendigen Programmanpassungen, die rechtlich, technisch oder organisatorisch bedingt sind, kann keine exakte Vorhersage getroffen werden. Bei Tagessätzen von über 1000,- € verbirgt sich hier ein entsprechendes Kalkulationsrisiko. Wesentlich war jedoch, dass die Umstellung von IT-Basisstrukturen auf Microsoft-Technologien weitestgehend in Eigenleistung erbracht werden konnte (geplant waren 50.000 €) und zeitgleich für die alte Struktur keine Aufwendungen mehr getätigt werden mussten.
- ca. 10.000 € resultieren aus der Minderung der Ausgaben für geplante Programmieranpassungen für das Dokumentenmanagementsystem.

Begründung für die beantragten Mittelübertragung ins Folgejahr: 147.826,34 €

Verfahrensablösung FebagPlus im Wohnungsamt

Der Firma CS PRO IT Services wurde ein Auftrag über **4.760,00 €** für die Altdatenübernahme aus dem Verfahren „Febag Plus“ in das neue Verfahren „wbv“ (Wohnberechtigungsverwaltung inkl. Fehlbelegungsabgabe) erteilt. Daneben wurde ein Leistungsangebot der ekom21 über **1.320,00 €** zur Anbindung dieses Verfahrens an das Finanzverfahren nsk angenommen. Das neue Verfahren ist nach § 131 HGO finanzrelevant und wird im Rahmen einer begleitenden Prüfung durch das Revisionsamt bis zum Beginn des neuen Leistungszeitraums der Fehlbelegungsabgabe, dem 01.07.2011, abschließend implementiert.

Ausländerverfahren BASE der Fa. Boll und Partner

Ende 2010 wurden Aufträge über **14.696,50 €** erteilt. Die Leistungen sind bislang nicht abgeschlossen. Der Hersteller ist mit der Umsetzung der rechtlichen und organisatorischen Anforderungen an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. Es wird erwartet, dass binnen des ersten Quartals 2011 die Leistungen vollständig umgesetzt werden.

Verschlüsselte Datenübertragung im Bereich der Zulassungsstelle

Am 20. September 2010 wurde der ekom21 ein Auftrag über **4.165 €** zur Bereitstellung eines sog. „Private Wire Gateways“ im ASP-Betrieb erteilt. Nachdem nun schon mehrfach auch auf Geschäftsführungsebene nachgefragt wurde, haben erste Realisierungsversuche stattgefunden. Wir gehen davon aus, dass bis Ende des ersten Quartals 2011 eine erfolgreiche Umsetzung stattfindet.

Anpassung von elektronischen Formularen, insgesamt 3.153,50 €

Das in 2006 beschaffte Formularmanagementsystems (FMS) ist ein Baustein der eGovernment-Infrastruktur. Ein Auftrag vom 2. September 2009 an die Firma Behörden Online Systemhaus GmbH über **3.153,50 €** für 40 Stunden Formularpflege ist noch offen.

Anpassungen am Formularmanagementsystem (FMS), insgesamt 21.651,03 €

Mit der Firma Axcentro GmbH wurde am 30. August 2010 ein BVB-Erstellungsvertrag über 21.063,00 € geschlossen für die Integration des FMS in die Funktionalität der Axcentro Public Service Solution. **16.846,40 €** sind bisher noch nicht abgerechnet worden.

Mit der Firma bol Behörden Online Systemhaus GmbH wurde am 25. August 2010 außerdem ein BVB-Erstellungsvertrag über 6.161,23 € geschlossen für die Integration des FMS in die Funktionalität der Axcentro Public Service Solution. Eine Restzahlung i. H. v. **4.804,63 €** ist noch offen

Servicecenter und EU-Dienstleistungsrichtlinie, insgesamt: 5.733,50 €

Im Dezember 2009 wurde ein Leistungsangebot der ekom21 - KGRZ Hessen für die IT-Lösung „Axcentro Public Service Solution“ für die technische Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie über 17.493,00 € angenommen. Bis zum Jahresende 2010 wurden die Leistungen nicht vollständig erbracht, es wurde ein Abschlag gezahlt. Die vollständige Umsetzung der beauftragten Arbeiten ist bis zum Ende des ersten Halbjahres 2011 geplant. Eine Restsumme in Höhe von **3.784,28 €** ist noch offen. Unter dem 20. Januar 2010 wurde an die Firma Imperia AG in Auftrag über 3.898,44 € für neue Features (Implementierung/Dokumentation) für das Servicecenter erteilt. Eine Restzahlung i. H. v. **1.949,22 €** ist noch offen.

Internetauftritt der Stadt Kassel und Content Managementsystem (CMS)

Für die Erweiterung der Funktionalitäten, Supportleistungen und verschiedene Dienstleistungen zur Anpassung der Inhalte und des Auftritts wurden Aufträge erteilt, die im Gesamtwert von **17.508,35 €** bislang nicht abgerechnet werden konnten:

- Auftrag vom 1. Februar 2010 an Herrn Jan Eric Hellbusch über 5.100,00 € für Überprüfungs- und Beratungsleistungen von Webinhalten mit dem Ziel der Erreichung der Konformitätsstufe AA der WCAG 2.0 ist mit einer Restzahlung i. H. v. **2.125,00 €** noch offen.
- Auftrag vom 16. Oktober 2009 an die Firma i-plan über 11.150,30 € Entwicklung eines Layouts für das Serviceportal, eine Restsumme in Höhe von **1.213,80 €** ist noch offen.
- Annahme eines Angebotes von der Firma i-plan über 11.959,50 €, Erfassungsleistungen für das CMS, maximal 500 Stunden (10.710,00 €) und maximal 100 Bildbearbeitungen (1.249,50 €). Eine Restzahlung i. H. v. **9.121,35 €** ist noch offen.
- Aufträge vom 7. September 2010 an die Firma i-plan über **2.023,00 €** für die Styleguide Gestaltung und ein Redaktionshandbuch sowie über **1.666,00 €** für die Entwicklung eines Druck-Layout und CSS-Datei
- Auftrag vom 17. Juni 2010 an die Firma Imperia AG über 2.023,00 € für zwei Personentage Supportunterstützung für Beratungs- und Entwicklungsleistungen. Eine Restzahlung i. H. v. **1.359,20 €** ist noch offen.

Gewerberegisterauskunft online

Am 2. November 2010 wurde die ekom21 - KGRZ Hessen über **2.463,30 €** beauftragt, die Anpassung der Druckvorlagen und des Designs/Layouts von migewa eAuskunft vorzunehmen. Das Produkt wurde in 2010 beschafft und wird in der Kämmerei eingesetzt. Die Anpassungsarbeiten wurden bislang nicht abgeschlossen.

Internetauftritt

Der Aufbau des neuen Serviceportals konnte bislang nicht abschließend erfolgen. Nachdem sich die Fertigstellung der Hessenfinderanbindung in 2010 verzögert hatte, standen nun die benötigten Projektleitungsressourcen seitens der Herstellerfirma Imperia Ende 2010 nicht zur Verfügung.

Die aus 2010 verbleibenden Mittel i. H. v. **24.770,74 €** werden für die Beauftragung dieses Projekts „Relaunch Serviceportal“ in 2011 benötigt.

Prozessmodellierung

Für das Kommunale Fallmanagement (KFM) müssen die richtlinienrelevanten Prozesse aufbereitet und digitalisiert werden, um sie für das KFM nutzbar zu machen. In einem ersten Schritt wurde dies für 20 Prozesse in einer Kooperation mit der Stadt Frankfurt in 2009 realisiert. Die vollständige Integration in das bei der ekom21 beauftragte Softwarewerkzeug „Axcentro“ wurde in 2010 nicht abgeschlossen. Es verbleiben noch ca. 20 Prozesse, die durch einen externen Dienstleister zu bearbeiten sind. Hierfür ist eine Summe von **10.000,00 €** vorgesehen.

Dokumentenmanagement (DMS)

Es ist hier vorgesehen, den Workflow im Bereich der Anordnungen (DMS/Fachanwendung, NSK) technisch zu unterstützen und zu optimieren, die Projektabstimmung mit der Kämmerei läuft derzeit. Eine aus den Mitteln von 2010 verbleibende Summe von **7.604,42 €** soll übertragen werden. Die für 2011 eingestellten Mittel sind bereits für andere Maßnahmen disponiert bzw. sind unzureichend.

Servicecenter

Mittel i. H. v. **20.000 €** sollten eigentlich bereits 2010 dazu dienen die Wissensbasis Imperia, die Schnittstelle zwischen Imperia und der Servicecenter Auskunftslösung Axcentro PSS sowie die Darstellung des Wissens in der PSS Axcentro zu optimieren. Da die Firma Axcentro in 2010 noch immer damit beschäftigt war die Basisfunktionalitäten der Servicecentersoftware auf einen angemessenen Qualitätsstandard zu bringen, mussten die vorgenannten Optimierungen nach 2011 verschoben werden.

Telekommunikation

Mit Wirkung zum 1. August 2010 wurde für die Sicherstellung des Telekommunikationsbetriebs in den nicht zentral angebundenen Außenstellen ein Dienstleistungsvertrag mit der Fa. Fleischhauer abgeschlossen. Im Zuge der laufenden Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten trat ein Instandhaltungsstau zu Tage, der bisher nur teilweise aufgelöst werden konnte. Für die Restarbeiten sollen Mittel in Höhe von **10.000,00 €** übertragen werden.

Sachkonto 671020000

Das Sachkonto 671020000 (Mobilenleasing) dient zum Leasing des Verwaltungsbedarfs an IT-Hardware (Server, PC, Drucker, Monitore). Hier entstand eine Wenigerausgabe in Höhe von 274.494,08 €:

- ca. 120.000 € entfallen auf den Verzicht auf IT-Neubeschaffungen für Schulen. Hier lagen seitens des Schulverwaltungsamtes nicht die erforderlichen Angaben zur Umsetzung vor, andererseits erschien im Hinblick auf die geplante Einführung eines Schulträgnetzes eine zurückhaltende Umsetzung angebracht
- ca. 45.000 € wurden eingespart durch den Entfall geplanter Neubeschaffungen von Multifunktionsgeräten für -325- und für die weitere DMS-Einführung. Einerseits ist dies bedingt durch unzureichende rechtliche/technische Vorgaben durch den Bund im Bereich Ausländerrecht, andererseits durch die verwaltungsinterne Strategieänderung für das DMS
- ca. 100.000 € konnten durch den Verzicht auf die geplante Ersatzbeschaffung des städtischen Speichernetzwerkes (SAN) sowie weiterer Netzwerkkomponenten eingespart werden. Möglich wurde dies durch umfangreiche Neuausstattungen des Herstellers im Rahmen der Garantie kurz vor dem geplanten Austauschdatum. Die notwendige Ersatzbeschaffung wurde an diesen Umstand angepasst und erlaubt die weitere Nutzung dieser Komponenten.
- ca. 10.000 € konnten aufgrund von Preissenkungen (Hardware und Leasingzinsen) und Projektverschiebungen eingespart werden

Sachkonto 683100000

Aus dem Sachkonto 683100000 (Datenübertragungskosten) werden die Kosten für den Internetzugang sowie Leitungsmieten für das Datennetz der Verwaltung geleistet. Die Verwaltung verfügt hier vertraglich über eine relativ geringe Übertragungsbandbreite, nutzt aber effektiv eine wesentlich größere. Soweit unser Provider diese auch technisch anpasste, wäre eine Vertragsanpassung hinsichtlich Bandbreite und Kosten unausweichlich für einen performanten IT-Betrieb. Geplante Bandbreitenerhöhungen für Außenstellen konnten nach durch uns veranlassten programmseitigen Konfigurationsänderungen des Herstellers zunächst verschoben werden. Hier entstand insgesamt eine Wenigerausgabe in Höhe von 48.236,84 €.

Sachkonto 688000000

Auf dem Sachkonto 688000000 werden Mittel für interne und externe Schulungen vorgehalten. Hier entstand eine Wenigerausgabe in Höhe von 52.474,38 €.

Aufgrund verschiedener Projektverschiebungen bzw. geänderter Strategien wurden bzw. konnten die entsprechenden Schulungen nicht oder noch nicht durchgeführt werden. Für die Fortbildungen der Systemadministratoren bei -114- konnten z. B. rund **16.500 €** eingespart werden, da das erforderliche Wissen durch Selbststudium erarbeitet werden konnte, während zeitgleich geeignete Spezialfortbildungen nicht dem erwarteten Niveau entsprachen. Für interne IT-Schulungen für allgemeine Anwendungssoftware konnten rund **20.000 €** eingespart werden, da die Nachfrage auch bedingt durch das erstmals aufgenommene E-Learning-Angebot gering ausfiel. Für die Fachanwendung „California“ waren Mittel i. H. v. **11.000 €** auf Wunsch der Fachämter übertragen worden, wurden dann jedoch nicht mehr abgerufen, ähnlich verhielt es sich bei Schulungen zur Fotobearbeitung für das Jugendamt (**5.800 €**).

Begründung für die beantragten Mittelübertragung ins Folgejahr: 40.367,35 €

Unter dem 24. August 2009 wurde mit der Fa. i-plan über die Erbringung von Schulungsleistungen im Bereich CMS unter Vereinbarung eines Stundenkontingents und des Abrufs nach Bedarf ein Vertrag geschlossen. Eine Summe von 5.592,35 € soll noch abgerufen werden. Es wird erwartet, dass nach dem für das 2. Quartal 2011 geplanten Relaunch des Serviceportals noch erhöhter Schulungsbedarf besteht, der aus den für 2011 disponierten Mitteln nicht geleistet werden kann.

Für den Bereich des Jugendamtes waren diverse Schulungen in Höhe von rd. **20.000,00 €** in 2010 geplant, von denen Schulungen im Wert von ca. **5.000 €** auch durchgeführt werden konnten. Die Umsetzung der neuen Programmteile in Prosoz 14plus ist im Jahr 2010 für die betroffenen Bereiche neu und abschließend geregelt worden. Die Nutzer des Verfahrens müssen daher mit einem Jahr Verzögerung in 2011 in diesen Programmteilen geschult werden. Daher müssen die Mittel i. H. v. **9.275,00 €** nach 2011 für Schulungszwecke übertragen werden..

25.500,00 € waren vorgesehen für noch ausstehende Schulungen im Zusammenhang mit der verwaltungsweiten Einführung der neuen Microsoft-Plattformlösungen Windows 7 und Office 2010. Zu Beginn der Projektplanung für die Haushaltsaufstellung 2010 war nicht voraussehbar, wie genau ein technisch und organisatorisch sinnvoller Prozess gestaltet werden würde. Es ist nunmehr vorgesehen, nach den Sommerferien 2011 mit der ämterweisen Umstellung auf die neue Basissoftware zu beginnen und diese bis März 2012 abzuschließen. Eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe beschäftigt sich derzeit mit der Auswahl geeigneter Schulungsmaßnahmen. Für 2011 sind zu diesem Zweck keine Mittel eingeplant.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
III / 32

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Kirchner
Tel.: 3021

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-32001-A001	Hauptbudget Sicherheit u. Ordnung	914.690	698.011,21	216.678,79

Begründung:

Die Weniger-Aufwendungen im Aufgabengebiet Sicherheit und Ordnung ergeben sich größtenteils aus folgenden Bereichen:

- Personalkostenerstattung an den Landkreis Kassel Ausländerbehörde (-186.850,16 €)
- Bestattungskosten (Sozialbestattungskosten) (-23.898,60 €)

Der zu hoch geplante Ansatz für die Personalkostenerstattung an den Landkreis Kassel wurde für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 entsprechend nach unten angepasst.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
III / 32

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Kirchner
Tel.: 3021

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

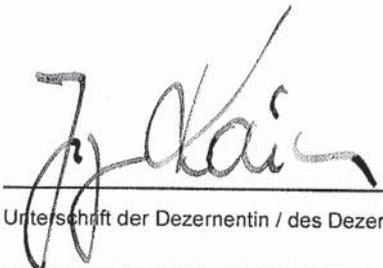
Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-32003-A001	Hauptbudget Zulassungsstellen	2.717.880,00	2.431.616,81	286.263,19

Begründung:

Die Weniger-Aufwendungen der Kfz-Zulassungsstellen ergeben sich größtenteils aus folgenden Bereichen:

- Kosten für Büromaterialien und spezielle Vordrucke sowie diverse Plaketten (-108.000 €)
- Überschussbeteiligung an die Stadt Kassel (-40.000 €)
- Overhead- u. Gemeinkosten an die Stadt Kassel (-20.000 €)
- Personalkostenerstattung und Überschussbeteiligung an den Landkreis Kassel (-97.000 €)
- Kosten für das Kfz-Zulassungsprogramm (-37.500 €)

Die zu hoch geplanten Ansätze für die oben genannten Aufwendungen wurden für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 entsprechend nach unten angepasst.


Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
III / 32

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Kirchner
Tel.: 3021

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-32003-A001	Hauptbudget Zulassungsstellen	3.884.300,00	3.610.628,45	273.671,55

Begründung:

In dem Einnahmebereich öffentlich-rechtliche Verwaltungsgebühren der Kfz-Zulassungsstellen, ist die Summe der Erträge gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung 2010 um ~ 294.000 € gesunken. Zu begründen ist dies mit dem Auslaufen der Abwrackprämie und den hierdurch gesunkenen Zulassungszahlen.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
-III- / -37-

Kassel, 29.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Kreling
Tel.: 7884-140

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-37001-A001	Feuerwehr Hauptbudget	1.084.790,00	653.194,27	431.595,73

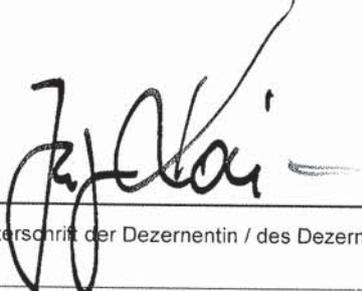
Begründung:

Bei Sachkonto 717800000 wurden zu Kostenstelle 37000202 für Erstattungen an übrige Bereiche 1.030.000 € veranschlagt. Es sind hier vertragliche Leistungen an die Kliniken für die Personalgestellung der Notärzte sowie Bereitstellungskosten und Entschädigungen für den Einsatz 3. Notärzte vorgesehen.

Die entsprechenden Einnahmen werden bei Sachkonto 511000000 zu gleicher Kostenstelle erzielt.

Ab 1.7.2010 werden diese Einnahmen und Ausgaben zu dem Verwahrkonto 486100232 gebucht, da es sich hier überwiegend um eine Weiterleitung der erzielten Entgelte aus den Einsätzen der notärztlichen Versorgung handelt.

Bedingt durch diese Umstellung in der Mitte des Jahres durfte dieser Differenzbetrag nicht ausgegeben werden.


Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten



Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-III- / -37-

Kassel, 29.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Kreling
Tel.: 7884-140

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-37001-A001	Feuerwehr Hauptbudget	3.760.610,00 ✓	3.968.884,24 ✓	208.274,24 ✓

Begründung:

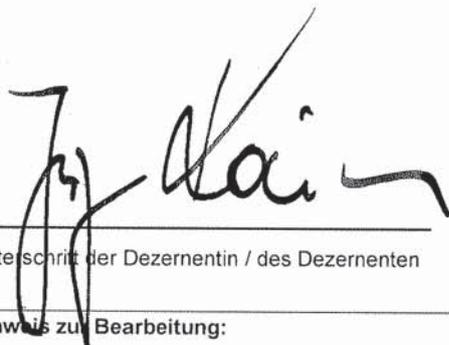
Bei Sachkonto 511000000 wurden zu Kostenstelle 37000202 Entgelte für notärztliche Leistungen in Höhe von 1.300.000 € veranschlagt.

Der entsprechende Ansatz für Aufwendungen zur Erfüllung vertraglicher Leistungen an die Kliniken für die Personalgestellung der Notärzte sowie Bereitstellungskosten und Entschädigungen für den Einsatz 3. Notärzte ist bei Sachkonto 717800000 (Erstattungen an übrige Bereiche) zu gleicher Kostenstelle gebildet.

Ab 1.7.2010 werden diese Einnahmen und Ausgaben zu dem Verwahrkonto 486100232 gebucht, da es sich hier überwiegend um eine Weiterleitung der erzielten Entgelte aus den Einsätzen der notärztlichen Versorgung handelt.

Bedingt durch diese Umstellung in der Mitte des Jahres wurde dort der Haushaltsansatz nicht erreicht.

Im Budget sind allerdings erhebliche Mehrerträge bei der Rettungsdienstgebühr Leitstelle zu Kostenstelle 37000401 zu gleichem Sachkonto gebucht worden, die zum Teil nach Abschlussrechnung mit den Rettungsdienstorganisationen noch dem vorhergehenden Rechnungsjahr zuzuordnen sind.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten



Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
- I - / - 41 -

Kassel, 07.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Langlotz
Tel.: 70 31

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-41001-A001	Kulturamt allgemein	15.852.820,90 €	15.637.688,92 €	215.131,98 €

Begründung:

1. Für Projekte der Kinderkultur, der Museumsnacht und des Integrationsprojektes Abenteuer Museum wurden in 2010 Spenden und Sponsoringgelder akquiriert. Diese zweckgebundenen Mittel wurden durch überplanmäßige Anträge dem Ansatz zugesetzt. Von diesen Mitteln konnten 56.620 € nicht in 2010 verausgabt werden und wurden als Haushaltsausgaberes in das Jahr 2011 übernommen.
2. Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Szeemann-Archivs waren und sind Vorbereitungsarbeiten notwendig, die in 2010 nicht abgeschlossen werden konnten. Aus den im Jahr 2010 hierfür zur Verfügung stehenden Mitteln wurden 1.670 € als Haushaltsausgaberes in das Jahr 2011 übernommen.

Somit sind von dem Abweichungsbetrag 58.290 € als Haushaltsausgaberes beantragt und genehmigt.

Zudem wurde von der Dezernentenkonferenz festgelegt, das im Dezernat -I-/Kulturamt 40.000 € bei den Freiwilligen Zuschüssen einzusparen sind.

Die restliche Abweichungssumme in Höhe von 119.214,31 € resultiert größtenteils aus der 30 %-igen Sperre durch die Bewirtschaftungsgrundsätze.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-II-/50-

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Schaumburg
Tel.: 5005

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-50000-A010	Sozialamt Vorkostenstelle 500 00 000	24.100,00 €	236.083,24 €	211.983,24

Begründung:

Bei dieser Vorkostenstelle werden Dienstreisen, Öffentlichkeitsarbeit, Gutachten und Untersuchungen sowie anteilig Gerichts-, Notar- und Anwaltskosten veranschlagt.

Für bestehende Widerspruchs- und Klageverfahren werden für die einzelnen Leistungsbereiche des SGB XII Rückstellungen gebildet.

Diese Rückstellungen werden aus Vereinfachungsgründen dem o. g. Budget zugeordnet. Für 2010 erfolgte eine Rückstellung für Widerspruchs- und Prozesskosten in Höhe von 217.354,90 €



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-II-/50-

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Schaumburg
Tel.: 5005

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-50000-A011	Sozialamt Vorabdotiertes Budget	53.716.000,00 €	54.371.301,34 €	655.301,34

Begründung:

Bei diesem Budget werden alle Transferleistungen des Sozialamts im Zusammenhang mit dem Sozialgesetzbuch XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und Ausgaben für Arbeitsgelegenheiten i. S. des § 16 (3) Sozialgesetzbuch II veranschlagt.

Die Entwicklungen der einzelnen Leistungsbereiche sind sehr unterschiedlich.

So sind die Ausgaben im Bereich der ambulanten Hilfe zum Lebensunterhalt wegen steigender Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 700 Tsd. € gestiegen.

Die "negative" Entwicklung bei den Fallzahlen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird deutlich durch eine Mehrausgabe in 2010 von rd. 0,9 Mio. €. Hier rechnen wir auch in den Folgejahren mit einer Fallzahlerhöhung von rd. 10 % jährlich. Nicht in dem notwendigen Maße steigende Renten, Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge durch die SGB II-Leistungsträger und der demographische Wandel werden vermutlich einem weiteren Anstieg der Fallzahlen und damit der Kosten führen.

Für den Bereich der Hilfe zur Pflege konnten wir durch intensive Beratung und gezielten Pflege-Arrangements im ambulanten Bereich und der Umstellung im stationären Bereich auf das "Nettoprinzip" die Ausgaben im Vergleich zu den Vorjahren trotz relativ konstanter Fallzahlen insgesamt senken. (rd. 450 Tsd. €). In den Folgejahren rechnen wir jedoch mit einem kontinuierlichen Fallzahlenanstieg. Bereits in 2011 rechnen wir mit rd. 5 % (neue Pflegeeinrichtungen, höhere Lebenserwartung mit steigendem Pflegebedarf)

Die Auswirkung durch die Einrichtung vom Pflegestützpunkt ab April 2011 ist abzuwarten.

Für die Krankenhilfe konnten wir aufgrund der gestiegenen Anzahl von pflicht- bzw. freiwillig Versicherten in der GKV die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um rd. 100.000 € senken. Wir gehen davon aus, dass sich dieser Trend auch in den Folgejahren fortsetzen wird. Allerdings können Einzelfälle die Ansätze stark belasten. Eine exakte Voraussage ist nicht möglich

Weiterer Risikofaktor sind die steigenden Kosten in der Eingliederungshilfe für Behinderte Menschen. Einflussmöglichkeiten zur Kostenreduzierung durch die Stadt sind gering. Insbes. durch den Anstieg der Fallzahlen im Bereich der pädagogischen Frühförderung entstand für 2010 ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 200 Tsd. €.

Für 2011 ff. ist mit einem erheblichen Anstieg der Ausgaben für heilpädagogische Leistungen zu rechnen. Insbes. durch den weiteren Ausbau der Kita-Plätze „u3“ rechnen wir mit einer Kostensteigerung um rd. 15 % (670.000 €). Inwieweit sich die durch die UN-Konvention vorangetriebene Inklusion durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Dezernat / Amt
-II-/50-

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Schaumburg
Tel.: 5005

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-50001-A001	Sozialamt Hauptbudget Leistungen SGB XII	20.392.690,00 €	19.133.798,90 €	-1.258.891,20 €

Begründung:

Bei diesen Erträgen handelt es sich um Erstattungen anderer Sozialleistungsträger (z. B. Rentenversicherungsträger), Unterhaltszahlungen, Kostenersatzansprüchen usw. für Leistungsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch XII und Zahlungen des Landes im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) und der Härtefallregelung.

Die Erträge von den Rentenversicherungsträgern sind wegen der Umstellung vom Brutto- auf das Nettoprinzip im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege rückläufig. Aufgrund der intensiven Nachrangprüfung vor Leistungsgewährung treten wir nur noch in wenigen Fällen dauerhaft in Vorleistung. Hier macht sich auch die verminderte Leistungsfähigkeit der Zahlungspflichtigen bemerkbar.

Gleichzeitig haben wir beim Finanzausgleich 2010 im Verhältnis zu 2009 durch einen deutlich Rückgang der Verteilungsmasse des Landes rd. 1,6 Mio. € weniger erhalten.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
- V - / - 51 -

Kassel, 25. Mrz. 2011
Sachbearbeiter: Lambrecht
☎ 5139

Abschluss des Haushaltsjahres 2010
Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichungen
7-51003-A001	Allgemeine Förderung von jg. Menschen	-2.100.885,00 €	1.839.482,39 €	-261.402,61 €

2.101.135 € 1.839.878,70 € - 261.256,30 €

Begründung:

Das o. g. Budget umfasst die Aufwendungen der Kinder- und Jugendförderung sowie die Förderung freier Träger in diesem Bereich.
Geringere Aufwendungen von 0,17 Mio€ entstanden bei der Weiterleitung (SKto. 711120000) der durch EU, Bund und Land geförderten Maßnahmen des ESF-Bundesprogramm Soziale Stadt Westertor und Nordstadt und Arbeit im Quartier/BIWAQ. Die übrigen Einsparungen verteilen sich auf die verschiedensten Sachkonten und beruhen überwiegend auf den haushaltsrechtlichen Sperrern des Magistrats.

A. fau-

Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Dezernat / Amt
- V - / - 51 -

Kassel, 25. Mrz. 2011
Sachbearbeiter: Lambrecht
☎ 5139

Abschluss des Haushaltsjahres 2010
Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Erträge	Ist- Erträge	Abweichungen
7-51004-A001	Hilfen für junge Menschen und Familien	-8.221.330,00 €	-8.790.735,37 €	569.405,37 €

Begründung:

Das o. g. Budget umfasst im Wesentlichen die Erträge in Form von Erstattungen und Kostenersatz
- der Leistungen nach dem SGB VIII (Hilfen zur Erziehung),
- der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und in geringem Umfang
- der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Wesentliche Ertragssteigerungen konnten bei im Bereich der Erstattungen von Gemeinden und
Gemeindeverbänden nach dem SGB VIII (Sktn. 547820000, 548200000) mit 1.300 T€ erzielt werden.

Dem standen jedoch geringere Erträge bei den Erstattungen des Landes (Skto. 547810000 der Leistungen nach
dem Unterhaltsvorschussgesetz in Höhe von 364 T€ gegenüber, deren Ursache u. a. in rückläufigen Fallzahlen
zu finden ist. Darüber hinaus gab es noch geringere Erträge bei den Erstattungen von Sozialleistungsträgern
(Sktn. 547030000, 547130000) von netto ~~572~~-T€.

592 gegen

A. Jauer

Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Dezernat / Amt
- V - / - 51 -

Kassel, 25. Mrz. 2011
Sachbearbeiter: Lambrecht
☎ 5139

Abschluss des Haushaltsjahres 2010
Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist- Aufwendungen	Abweichungen
7-51004-A002	Hilfen f. jg. Menschen u. Fam./Transferleist	37.294.140,00 €	34.357.313,18 €	-2.936.826,82 €

Begründung:

Im o. g. Budget sind im Wesentlichen die Transferleistungen nach dem SGB VIII (Leistungen der Erziehungshilfe), die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) und die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zusammengefasst.

Aufgrund schwankender Fallzahlen, nicht beeinflussbarem Rechnungseingang der Träger von Jugendhilfeeinrichtungen ist eine exakte Mittelvorhersage nur schwer möglich.

Die größten Einsparungen ergaben sich bei den Erziehungshilfeleistungen. Haben sich nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die stationären Hilfen in 2009 bundesweit noch um durchschnittlich 5 % erhöht, konnte dieser Trend in Kassel gestoppt werden.

Erstmals seit dem Jahre 2005 sind die stationären wie auch der ambulanten Hilfen Hilfen in 2010 rückläufig.

Die Fallzahlen der ambulanten Hilfen haben sich vom Spitzenwert 852 im Juni 2009 auf 649 im Dez. 2010, dies entspricht einem Minus von 23,8 %, zurückgebildet.

Fallzahlrückgänge sind, wenn auch nicht in dem Umfang, auch bei den stationären Hilfen festzustellen. Dort lag der Spitzenwert von 641 Fällen ebenfalls im Juni 2009. Im Dez. 2010 waren noch 588 Kinder/Jugendliche stationär untergebracht. Dies entspricht einem Minus von 8,3 %.

Die größten Veränderungen sind bei folgenden Leistungsarten eingetreten:

1. Leistungen der Erziehungshilfe - 2,4 Mio€.

Das Leistungsspektrum umfasst z. Z. 28 Sachkonten. Die größten Einsparungen entfallen auf:

- 0,9 Mio€ bei den stationäre Hilfen (Sktn. 725111000 bis 725114000, 7251131000, 725132000, 725141000, 725142000),

- 1,2 Mio€ bei ambulante und teilstationäre Hilfen (SKtn. 725012000, 725016000 bis 725024000, 725026000, 725031000, 725032000, 725041000 bis 725043000),

- 0,3 Mio€ bei sonstigen Hilfen (SKtn. 725013000 bis 725015000, 725025000, 725033000).

2. Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz - 0,55 Mio€
aufgrund rückläufiger Fallzahlen.

Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Dezernat / Amt
- V / 515 -

Kassel, 23.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Benedix/ Oldenbürger
Tel.: 8 16 47 14 / 13

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-51005-A002	Auguste Förster, Leistungen	1.058.710,00	769.447,00	289.263,00

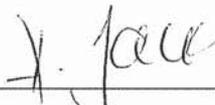
Begründung:

Die erheblichen Abweichungen resultieren aus den Besonderheiten der „Ambulanten Einzelbetreuungen“ (AEB) und denen des ESF Projektes „Schulverweigerer Die 2. Chance“.

Bei den AEB handelt es sich um eine Form der Erziehungshilfe, die individuell auf die Klienten zugeschnitten werden, also passgenau, dies zeigt sich auch in der Festlegung der erforderlichen Wochenstundenzahl, die minimal drei und höchstens zwölf Stunden umfasst. Nach der definierten Stundenzahl richtet sich dann entsprechend das auszahlende Honorar und als Einnahme das entsprechende Entgelt.

Da in der Vorausschau nie genau gesagt werden kann, welches Jahresstundenmittel sich ergibt, sind wir auf eine verantwortliche Schätzung angewiesen.

In den letzten Jahren hat sich der Durchschnitt allerdings kontinuierlich nach unten bewegt. Mit der Folge, dass erheblich weniger Mittel verausgabt werden mussten, allerdings auch entsprechend weniger vereinnahmt werden konnten, außerdem ist die Fallzahl leicht nach unten gegangen.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
- V / 515 /

Kassel, 23.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Benedix / Fr. Oldenbürger
Tel.: 8 16 47 14 / 13

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-51005-A001	Auguste Förster, Hauptbudget	3.689.190,00	3.383.984,76	305.205,24

Begründung:

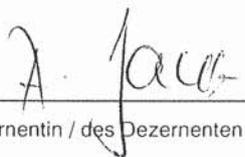
Die erheblichen Abweichungen resultieren aus den Besonderheiten der „Ambulanten Einzelbetreuungen“ (AEB) und denen des ESF Projektes „Schulverweigerer Die 2. Chance“.

Bei den AEB handelt es sich um eine Form der Erziehungshilfe, die individuell auf die Klienten zugeschnitten werden, also passgenau, dies zeigt sich auch in der Festlegung der erforderlichen Wochenstundenzahl, die minimal drei und höchstens zwölf Stunden umfasst. Nach der definierten Stundenzahl richtet sich dann entsprechend das auszahlende Honorar und als Einnahme das entsprechende Entgelt.

Da in der Vorausschau nie genau gesagt werden kann, welches Jahresstundenmittel sich ergibt, sind wir auf eine verantwortliche Schätzung angewiesen.

In den letzten Jahren hat sich der Durchschnitt allerdings kontinuierlich nach unten bewegt. Mit der Folge, dass erheblich weniger Mittel verausgabt werden mussten, allerdings auch entsprechend weniger vereinnahmt werden konnten, außerdem ist die Fallzahl leicht nach unten gegangen.

Die Abweichungen bei dem ESF Projekt ergeben sich zum einen, weil Förderperiode und Haushaltsjahr nicht deckungsgleich sind und der Zeitraum zwischen Mittelanforderung und Zahlung unsererseits kaum beeinflusst werden kann. So stehen noch angeforderte Mittel aus drei Förderperioden aus.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
-V/-53-

Kassel, 07.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Bernhold
Tel.: 1003-1903

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-53000-A006	Gesundheitsamt Vorkostenstelle 53000000	0,00 €	311.829,53 €	311.829,53 €

Begründung:

Auf dem Sachkonto 548 200 700 (Erstattungen vom Landkreis Kassel) werden Erstattungen (Budget I gem. der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung) des Landkreises an die Stadt Kassel für die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens geplant.

Für das Jahr 2010 wurden diese Erträge auf der Vorkostenstelle 530 00 070 geplant.

Die Buchungen erfolgten verursachungsgerecht auf den jeweiligen Kostenstellen.

A. Jant

Unterschrift der Dezerntin / des Dezerenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Eträge

Bewegung Erträge = Ist-Eträge

Dezernat / Amt
-V-/53-

Kassel, 07.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Bernhold
Tel.: 1003-1903

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-53000-A007	Gesundheitsamt Vorkostenstelle 53000070	1.622.600,00 €	0,0 €	1.622.600,00 €

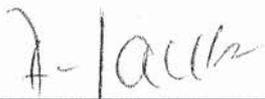
Begründung:

Auf dem Sachkonto 717 210 000 (Erstattungen an den Landkreis Kassel) erfolgt die Gegenrechnung der Personalkosten des Landkreises aus dem Budget I gem. der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Für das Haushaltsjahr 2010 wurden diese Aufwendungen auf der Vorkostenstelle 530 00 070 geplant, die Buchung erfolgte verursachungsgerecht auf den jeweiligen Kostenstellen.

Auf dem Sachkonto 699 301 000 (Sonst. betr. Aufwendungen/interne Leistungen) werden Mittel aus dem Budget des Landkreises an -11- für EDV und Fortbildungsmaßnahmen weitergeleitet.

Für das Haushaltsjahr 2010 wurden diese Aufwendungen auf der Vorkostenstelle 530 00 070 geplant, die Buchung erfolgte verursachungsgerecht auf den jeweiligen Kostenstellen.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-V/-53-

Kassel, 07.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Bernhold
Tel.: 1003-1903

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

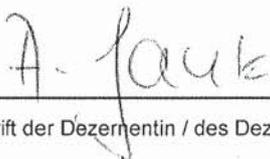
Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-53000-A007	Gesundheitsamt Vorkostenstelle 53000070	2.357.500,00 €	0,00 €	2.357.500,00 €

Begründung:

Auf dem Sachkonto 548 200 700 (Erstattungen vom Landkreis Kassel) werden Erstattungen (Budget I gem. der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung) des Landkreises an die Stadt Kassel für die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens geplant.

Für das Jahr 2010 wurden diese Erträge auf der Vorkostenstelle 530 00 070 geplant.

Die Buchungen erfolgten verursachungsgerecht auf den jeweiligen Kostenstellen.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
-V/-53-

Kassel, 07.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Bernhold
Tel.: 1003-1903

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-53001-A001	Gesundheitsamt Hauptbudget	1.066.262,31 €	2.237.157,69 €	1.170.895,38 €

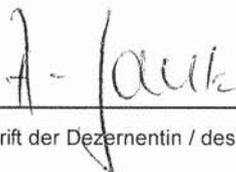
Begründung:

Auf dem Sachkonto 717 210 000 (Erstattungen an den Landkreis Kassel) erfolgt die Gegenrechnung der Personalkosten des Landkreises aus dem Budget I gem. der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Für das Haushaltsjahr 2010 wurden diese Aufwendungen auf der Vorkostenstelle 530 00 070 geplant, die Buchung erfolgte verursachungsgerecht auf den jeweiligen Kostenstellen.

Auf dem Sachkonto 699 301 000 (Sonst. betr. Aufwendungen/interne Leistungen) werden Mittel aus dem Budget des Landkreises an -11- für EDV und Fortbildungsmaßnahmen weitergeleitet.

Für das Haushaltsjahr 2010 wurden diese Aufwendungen auf der Vorkostenstelle 530 00 070 geplant, die Buchung erfolgte verursachungsgerecht auf den jeweiligen Kostenstellen.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-V-/53-

Kassel, 07.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Bernhold
Tel.: 1003-1903

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-53001-A001	Gesundheitsamt Hauptbudget	1.585.850,00 €	3.651.158,51 €	2.065.308,51 €

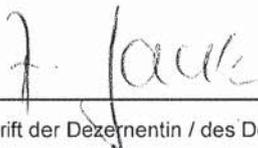
Begründung:

Auf dem Sachkonto 548 200 700 (Erstattungen vom Landkreis Kassel) werden Erstattungen (Budget I gem. der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung) des Landkreises an die Stadt Kassel für die gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens geplant.

Für das Jahr 2010 wurden diese Erträge auf der Vorkostenstelle 530 00 070 geplant.

Die Buchungen erfolgten verursachungsgerecht auf den jeweiligen Kostenstellen.

Weitere Mehrerträge sind bei dem Sachkonto 510 100 000 – öffentlich-rechtliche Verwaltungsgebühren entstanden. Insbesondere durch erhöhtes Gutachtenaufkommen sind die Mehrerträge begründet. Diese Erträge sind fremd gesteuert und lassen sich schwer kalkulieren; sie geben keine Rückschlüsse auf die Folgejahre.



Unterschrift der Dezerntin / des Dezernten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
-II-/50-

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Schaumburg
Tel.: 5005

Abschluss des Haushaltsjahres 2010
Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7.56000-A006	AFK Vorabdotiertes Budget	59.000.000,00 €	-51.948.262,05 €	-7.081.737,95 €

51.991.383,12 7.008.676,88

Begründung:

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um die kommunalen Ausgaben im Rahmen des Sozialgesetzbuchs II (SGB II) für die Unterkunftskosten incl. Mietnebenkosten, Heizkosten, einmaligen Leistungen und Eingliederungsleistungen nach § 16 (a) SGB II (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung usw.).

Die für die Budgetbildung 2010 zugrunde gelegten Fallzahlen und deren Entwicklung für 2010 konnten durch die gute Arbeit der AFK bei der Vermittlung in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger konjunktureller Wiederbelebung der Wirtschaft gesenkt werden. Im Vergleich Dez. 2009 zu Dez. 2010 sank die Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 10,96 % auf 12.159. Bei der Ansatzbildung 2010 waren wir noch von einer Fallzahl von rd. 14.000 ausgegangen. Nur durch die erhebliche Senkung der Fallzahlen war eine Reduzierung der Ausgaben möglich

23 % der Kosten für Unterkunft und Heizung wurden vom Bund für 2010 erstattet. Die Aufwendungen werden mtl. spitz abgerechnet. Auf der Ertragsseite des Budgets wird dies deutlich.

Für 2011 ist der Bundesanteil auf 24,5 % erhöht worden.

Parallel dazu sind die Auswirkungen durch die Neuausrichtung der Leistungsgewährung, insbes. im Bereich der Bildung und Teilhabe, die Höhe des zukünftigen Regelsatzes und die Auswirkungen auf einen grundsicherungsrelevanten Mietspiegel ab 2011/2012 ff. abzuwarten.

Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-II-/50-

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Schaumburg
Tel.: 5005

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-56001-A001	AFK Hauptbudget	3.397.000,00 €	3.699.180,59 €	302.180,59 €

Begründung:

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich neben den allgemeinen Sachkosten, der Miete und Betriebskosten der AFK im Rathaus, auch um die Erstattung des Kommunalen Finanzierungsanteils an den Personal- und Sachkosten an die AFK und der Inanspruch genommenen Dienstleistungen der Arbeitsagentur.

Allein die Kostenerstattung für die von der BA in Anspruch genommenen Dienstleistungen, z. B. ärztlicher Dienst, Bereitstellung von EDV und Telekommunikation, Postdienst, Ausbildungsplatzvermittlung und der kommunale Finanzierungsanteil belasten den städt. Haushalt mit rd. 2,5 Mio. €.

Die Sachkonten für die Erstattungen an die AFK bzw. BA werden von -11- bewirtschaftet.

Das Unterhaltssachgebiet -5004- bearbeitet alle Unterhaltsangelegenheiten für die AFK (jetzt Jobcenter) und verbucht auch die Erträge im städt. Haushalt. Nach einem aufwändigen Abrechnungssystem werden die erzielten Erträge im Folgejahr an das Jobcenter abgeführt. Hierzu ist jährlich eine Rückstellung in Höhe von rd. 70 % der erzielten Erträge zu bilden. Für 2010 ist eine Rückstellung von 928.350,00 zu Lasten des o. g. Budgets gebucht worden und hat dadurch die entsprechenden Mehrkosten verursacht.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-II-/50-

Kassel, 04.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Schaumburg
Tel.: 5005

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-56001- 001	AFK Hauptbudget	27.005.000,00 €	25.780.201,50 €	-1.224.798,5 0€

A

Begründung:

Bei diesen Erträgen handelt es sich zum großen Teil um die Kostenbeteiligung des Bundes an den kommunalen Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und Heizkosten für Leistungsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch II in Höhe von 23 % für 2010.

Die Erträge sind abhängig von der Höhe der Transferleistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung. Minderausgaben führen automatisch zu Mindereinnahmen. (Für 2010 – 2,05 Mio. €)

Zusätzlich wird hier die Leistungsbeteiligung des Landes an den Ausgaben für ALG II (Wohngeld-Anteil) vereinnahmt. Der Erstattungsbetrag wird vom Land festgesetzt und lag für 2010 um 0,7 Mio. € höher als der Ansatz 2010.

Darüber hinaus werden hier letztmalig kommunale Leistungen für Berechtigte, die im Betreuten Wohnen leben, vom Landeswohlfahrtsverband unter Abzug des Bundesanteils in erstattet. (Restabwicklung der Vorjahre).

Für die Folgejahre ist jedoch mit einem Anstieg der Erträge zu rechnen, weil der Bund für 2011 seinen Bundesanteil auf 24,5 % erhöht hat. (+ zusätzlich Anteil für Warmwasser, B+T Leistung/Verwaltungskosten). Die Gesamtentwicklung ist abzuwarten.

Gleichzeitig werden hier die Personalkosten- und Sachkostenerstattungen der AFK/JC für den Standort Rathaus und das städt. Personal und Fachdienste vereinnahmt. Die Erträge sind davon abhängig, wie viel städt. Personal in der AFK beschäftigt ist. Durch Stellenwechsel ist die Anzahl in 2010 leicht zurückgegangen. Mittelbewirtschaftendes Amt dieser Sachkonten ist -11-.

Durch die Neuausrichtung der ARGEN zu Jobcentern in 2011 werden vermutlich erhebliche Veränderungen eintreten.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Eträge

Bewegung Erträge = Ist-Eträge

Dezernat / Amt
- 63 -

Kassel, 23.05.2011
Sachbearbeiter/-in: Otremba
Tel.: 6001

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-63001-A001	Stadtplanung Hauptbudget	1.641.000,00	1.286.737,78	354.262,22

Begründung:

Die Wenigerausgaben sind im Wesentlichen im Bereich Gutachten/Untersuchungen angefallen. Hier sind noch einige Aufträge aus Bebauungsplanverfahren abzurechnen.

Nicht verbrauchte Mittel in Höhe von 269.860,73 € wurden als Ausgabereste auf das Jahr 2011 vorgetragen.

Darüber hinaus wurden Mittel in den einzelnen Sanierungsgebieten für nicht investive Maßnahmen nicht in der angemeldeten Höhe benötigt.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-63-

Kassel, 16.05.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Rewald
Tel.: 6120

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-63002-A001	Bauaufsicht Hauptbudget	1.704.670,00	1.409.517,49	295.152,51

Begründung:

Wesentliche Ursache der Mindereinnahme ist die rückläufige Tendenz bei den Bauaufsichtsgebühren (Sachkonto 510100000). Unter dem Eindruck des Rechnungsergebnisses 2008 (1,59 Mio. €) wurde für 2010 ein Ansatz von 1,6 Mio. € gebildet. Bereits 2009 lag die tatsächliche Einnahme nur noch bei 1,39 Mio € und ist 2010 weiter auf nunmehr 1.364.499,03 € gesunken (Differenz: 235.500,97 €). Diese Einnahme ist abhängig von der Zahl der Bauanträge sowie dem Volumen der beantragten Projekte und kann von der Verwaltung nicht beeinflusst werden.

Des weiteren ist beim Kostenersatz für Ersatzvornahmen (Sachkonto 549100000) und beim Kostenersatz für Sachverständige (Sachkonto 549100100) eine Mindereinnahme von insgesamt ca. 65.000 € zu verzeichnen. Dies ist jedoch kostenneutral, da bei den zugehörigen Ausgabepositionen (Sachkonten 617910000 und 677110000) entsprechende Minderausgaben zu verzeichnen sind.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
- VI - / - 64 -

Kassel, 28.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Lampe
Tel.: 6100

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-64001-A001	Hauptbudget Wohnungsamt	1.051.580,00	730.243,95	313.336,05

Begründung:

- 1.055.000 - 741.656,27 313.343,79 €

Sachkonto 530930000 „Fehlbelegungsabgabe“

Kostenstelle 64000501 Wohnungsbestandssicherung

Die Erträge aus der Fehlsubventionierungsabgabe sind erfahrungsgemäß schwankend. Zu Beginn eines dreijährigen Leistungszeitraums (LZR) werden aufgrund überdurchschnittlich vieler Zahlfälle erheblich mehr Ausgleichsbeträge erhoben als am Ende eines LZR. Der Rückgang von Zahlfällen resultiert u. a. aus der Beendigung von Mietverhältnissen, Minderungsanträgen von Zahlungspflichtigen (Verringerung des Einkommens, der Haushaltsgröße sowie Mieterhöhungen) und dem Auslaufen der Belegungs- und Mietpreisbindungen öffentlich geförderter Wohnungen. Der 6. LZR endet am 30.6.2011, so dass sich bereits im Haushaltsjahr 2010 die dargestellte Situation ertragswirksam niederschlägt.

(Ansatz: 700.000 €, Anordnungssoll: 429.616,51 €, Differenz: 270.383,49 €)

Sachkonto 548800000 „Sonstige Kostenersätze und Erstattungen von übrigen Bereichen“

Kostenstelle 64000501 Wohnungsbestandssicherung

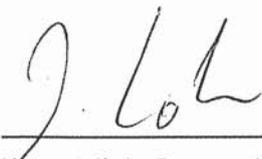
Bedingt durch die vorstehend begründete Wenigereinnahme bei der Fehlsubventionierungsabgabe am Ende eines Leistungszeitraums ergibt sich u. a. die Verringerung des 10prozentigen Verwaltungskostenanteils.

Ansatz: 82.000,00 €, Anordnungssoll: 51.010,39 €, Differenz: 30.989,61 €)

**Sachkonto 548800000 „Sonstige Kostenersätze und Erstattungen
von übrigen Bereichen“
Kostenstelle 64000101 Wohnraumsicherung (ZFW)**

Die Anzahl der Schulden- und Insolvenzberatungen für ALG II-Bezieher kann von uns nicht beeinflusst werden. Über die Notwendigkeit einer Beratung entscheidet der zuständige Mitarbeiter des Jobcenters. In der Vergangenheit bekräftigte das Jobcenter immer wieder die Absicht, die Fallzahlen beizubehalten bzw. steigern zu wollen. Das ist in 2010 nicht geschehen. Nach Rücksprache mit dem Jobcenter ist aber perspektivisch wieder mit steigenden Zahlen zu rechnen.

(Ansatz: 80.000,00 €, Anordnungssoll: 69.936,00 €, Differenz: 10.064,00 €)



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

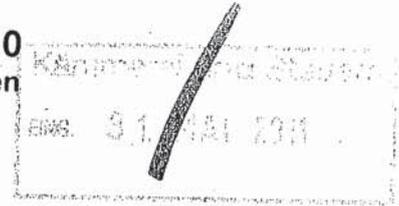
Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
-VI-/66-

Kassel, 23.05.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Gröbner
Tel.: 6212

Abschluss des Haushaltsjahres 2010
Begründung erheblicher Budgetabweichungen



Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-66001-A001	Straßenverkehrsamt Hauptbudget Straßenunterhaltung	14.259.238,27	13.701.013,20	558.225,07

Begründung:

Sachkonto 616 511 000, Kostenstelle 660 00 110 (Ortsbeiratsmittel Straßen) :

In den o.a. Abweichungen sind aus vorgenanntem Sachkonto insgesamt 401.777,04 € nicht gebundene Mittel der Ortsbeiräte enthalten. Auf die Vergabe der Dispositionsmittel hat das Fachamt nur geringe Einwirkungsmöglichkeiten.

Die restliche Abweichung ist überwiegend auftragsmäßig gebunden. (Rückstellungen).

Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-VI-/66-

Kassel, 23.05.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Gröbner
Tel.: 6212

Abschluss des Haushaltsjahres 2010
Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt



Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-66004-A001	Straßenverkehrsamt Hauptbudget Parkplätze und Parkeinrichtungen	2.889.790,46	2.598.386,31	291.404,15

Begründung:

- 1.) Sachkonto 616 111 000, Kostenstelle 660 00 121 (Parkhaus Twernegeasse)
- 2.) Sachkonto 616 111 000, Kostenstelle 660 00 131 (Parkhaus P.-Scheidemann-Haus)

In der o.a. Abweichung sind als größere Posten für die Sanierung der Parkhäuser aus den vorgenannten Sachkonten/Kostenstellen zu 1.) 150.000,00 € und zu 2.) 60.000,00 € nicht verausgabt worden.

Die bauliche Umsetzung war wegen Abstimmungsproblemen bzw. vertraglichen Schwierigkeiten im Jahr 2010 nicht möglich. Eine abschließende Regelung soll in beiden Fällen im Jahr 2011 erfolgen.

Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-67-

Kassel, 30.11.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Hämmerich
Tel.: 3077

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-67001-A001	Umwelt- u. Gartenamt Hauptbudget Umweltschutz	590.077,83 €	199.016,49 €	391.061,34 €

Begründung:

Ein Großteil der Planaufwendungen sind als Haushaltsausgabereist des Vorjahres 2009 übertragen worden. Die darin enthaltenen Mittel für die Bereiche Klimaschutz, Energieeffizienz und Öffentlichkeitsarbeit konnten in dem laufenden Haushaltsjahr bearbeitet und beauftragt werden. Eine Verausgabung der Mittel (Abrechnung) konnte wegen ausstehender Leistungen/Teilleistungen nicht mehr im laufenden Haushaltsjahr 2010 erfolgen.

Im Bereich des Immissionsschutzes konnten die geplanten Mittelaufwendungen für die Lärmkartierung Stufe II in dem laufenden Jahr ebenfalls nicht mehr verausgabt werden.

Im Bereich des Naturschutzes konnten die zweckgebundenen Einnahmen aus der städtischen Baumschutzsatzung nicht mehr verausgabt werden.

Ein erheblicher Teil des o.g. Abweichungsbetrags wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2010 als Haushaltsausgabereist der Fälle 3 und 4 gebildet.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-67-

Kassel, 29.11.2011
Sachbearbeiter/-in: Hr. Hämmerich
Tel.: 3077

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

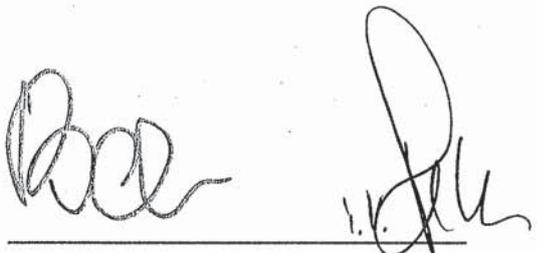
Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-67000-A003	Umwelt- u. Gartenamt Vorkostenstelle 67000036 Fahrzeugbeschaff./-haltung	0 €	243.524,93 €	243.524,93 €
7-67000-A008	Umwelt- u. Gartenamt Vorkostenstelle 67000064 Werkstatt	236.000.- €	36.266,17	-199.733,83 €

Begründung:

Die Abweichungen auf den Vorkostenstellen 67000036 und 67000064 gleichen sich bei gemeinsamer Betrachtung (inhaltlich/fachlich zusammenhängend) der jeweiligen Ansätze und Buchungen überwiegend aus.

Die Differenz der Mehraufwendungen im Vergleich zu dem Gesamtplanansatz der beiden Vorkostenstellen begründen sich aus den erforderlichen Unterhaltungs- und Wartungskosten des Maschinen- und Fuhrparks von -67- und konnten auf der Amtsbudgetebene durch geringere Ausgaben an anderen Stellen aufgefangen werden.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
- II/20 -

Kassel, 14.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Becker
Tel.: 2002

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90001-A001	Finanzwirtschaft, Budget Steuern, Zuweisungen, Umlagen	-313.605.720,00 €	-359.265.700,70 €	-45.659.980,70 €

Begründung:

SK 540 101 000

Der endgültig festgesetzte Betrag der Schlüsselzuweisungen lag um 678.000 € über der Veranschlagung.

SK 540 109 000

Der endgültig zugewiesene Familienleistungsausgleich lag um 501.000 € über der Veranschlagung.

SK 550 011 000

Der endgültig zugewiesene Gemeindeanteil an der Einkommensteuer lag um 754.000 € unter der Veranschlagung.

SK 550 400 000

Der endgültig zugewiesene Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer lag um 133.000 € unter der Veranschlagung.

SK 555 200 000

Bei der Grundsteuer B waren gegenüber der Veranschlagung Mehreinnahmen in Höhe von 478.000 € zu verzeichnen.

SK 555 300 000

Bei der Gewerbesteuer waren gegenüber der Veranschlagung Mehreinnahmen in Höhe von 43.930.000 € zu verzeichnen.

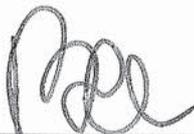
SK 559 120 000

Die Einnahmen aus der Spielbankabgabe gingen aufgrund von verrechneten Steuernachzahlungen und zurückgehenden Spielumsätzen um 500.000 € zurück.

SK 576 310 000

Bei der Verzinsung von Gewerbesteuernachforderungen ergaben sich Mehreinnahmen von 1.265.000 €. Die Planung erfolgt aufgrund von Durchschnittswerten, da eine Vorausberechnung nicht möglich ist.

Weitere Veränderungen gegenüber der Veranschlagung ergaben sich bei der Spielapparatesteuer (+239.000 €), der Hundesteuer (+37.000 €) und der Zweitwohnungssteuer (-15.000 €).



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Eträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
- II/20 -

Kassel, 14.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Becker
Tel.: 2002

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-90001-A001	Finanzwirtschaft Budget Steuern, Zuweisungen, Umlagen	60.572.720,00 €	69.666.397,76 €	-9.093.677,76 €

Begründung:

SK 735 310 100

Die endgültige Festsetzung der Krankenhausumlage führte zu Mehrausgaben in Höhe von rd.450.500 €

SK 736 400 000

Aufgrund von Veränderungen bei der Gewerbesteuer waren gemäß § 2 des Grenzänderungs- und Auseinandersetzungsvertrages vom 15.10.1975 um 176.700 € höhere Ausgleichszahlungen an die Gemeinde Lohfelden zu leisten als bei Haushaltsaufstellung abzusehen war.

SK 738 010 000

Die Gewerbesteuerumlage errechnet sich nach dem Gewerbesteuer-Ist. Aufgrund von erheblichen Gewerbesteuermehrereinnahmen war auch eine entsprechend höhere Gewerbesteuerumlage zu zahlen. Die Mehrausgabe betrug 8.696.300 €.

SK 779 011 000

Bei der Verzinsung von Gewerbesteuererstattungen wurde gegenüber der Veranschlagung ein Betrag von 384.300 € nicht benötigt. Die Planung erfolgt aufgrund von Durchschnittswerten, da eine Vorausberechnung nicht möglich ist.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
- II/20 -

Kassel, 14.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Becker
Tel.: 2002

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-90002-A001	Finanzwirtschaft Budget Zinsen	26.532.000,00 €	21.506.431,93 €	5.025.568,07 €

Begründung:

SK 776 000 100

Die Aufnahme der Darlehen vom Kreditmarkt konnte entgegen der ursprünglichen Planung weiter verschoben werden, so dass die hierfür veranschlagten Beträge nicht in Anspruch genommen werden mussten. Bei Zinsanpassungen konnten Zinssenkungen gegenüber dem bisherigen Zinssatz vereinbart werden.

Der Kassenkreditbestand war geringer als bei der Veranschlagung angenommen wurde. Außerdem konnten durch das anhaltend niedrige Zinsniveau weiterhin günstigere Zinssätze vereinbart werden, als bei der Veranschlagung zugrunde gelegt wurden.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
- II/20 -

Kassel, 14.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Becker
Tel.: 2002

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90003-A001	Finanzwirtschaft Budget Eigenbetriebe	-71.916.000 €	-74.417.499,15 €	-2.501.499,15 €

Begründung:

SK 511 011 000

Die Änderung der Gebührenordnung führte bei den Gebühren für Abfallentsorgung zu einer Mehreinnahme gegenüber der Veranschlagung in Höhe von 2.980.000 €.

SK 511 012 000

Der bei der Ansatzermittlung der Abwassergebühren (Schmutzwasser) zugrunde gelegte Frischwasserverbrauch ist gesunken. Die Wenigereinnahme beträgt rd. 444.000 €.

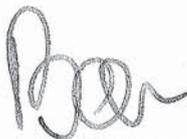
SK 511 013 000

Bei den Gebühren für Abwassergebühren (Regenwasser) war eine Wenigereinnahme von 147.000 € gegenüber der Veranschlagung zu verzeichnen.

SK 539 900 900

Der Haushaltsansatz kann bei der Veranschlagung nur geschätzt werden.

Die tatsächlich ermittelten Verwaltungskostenanteile lagen für 2009 über den veranschlagten Beträgen, so dass sich in der Abrechnung eine Nachzahlung für das Jahr 2009 ergab. Die Abschlagszahlungen für 2010 wurden auf dieser Grundlage neu berechnet und entsprechend verändert. Daraus resultieren Mehreinnahmen von rd. 84.000 €.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
- II/20 -

Kassel, 14.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Becker
Tel.: 2002

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan- Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-90003-A001	Finanzwirtschaft Budget Eigenbetriebe	72.776.930,00 €	75.273.901,30 €	-2.496.971,30 €

Begründung:

SK 617 900 000

Die Ist-Einnahmen der vereinnahmten Gebühren werden an die Eigenbetriebe weitergeleitet. Aufgrund von Veränderungen bei den Einnahmen wurden rd. 2.300.000 € mehr verausgabt als ursprünglich veranschlagt.

SK 699 301 500

Der Haushaltsansatz kann bei der Veranschlagung nur geschätzt werden.

Die tatsächlich ermittelten Verwaltungskostenanteile lagen für 2009 über den veranschlagten Beträgen, so dass sich in der Abrechnung eine Nachzahlung für das Jahr 2009 ergab. Die Abschlagszahlungen für 2010 wurden auf dieser Grundlage neu berechnet und entsprechend verändert. Die daraus resultierenden Mehrausgaben betragen rd. 123.000 €



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
-II/-23-

Kassel, 24.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Mell
Tel.: 2341

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90005- A001	Finanzwirtschaft Budget auß. Ertr. aus Grundbesitz	1.400.000,00	2.591.245,34	1.191.245,34

Begründung:

Bei dem Umfang der einzelnen Baugrundstücke bzw. Baugebiete sowie der Vielzahl der geplanten eigentumsrechtlichen Veränderungen lässt sich das exakte Ertragsaufkommen aus der Veräußerung städtischer Grundstücke erfahrungsgemäß im voraus nur näherungsweise abschätzen.

Darüberhinaus ergeben sich in der Regel im Laufe eines Jahres Möglichkeiten zur Veräußerung von städtischen Grundstücken, die nicht für das jeweilige Jahr geplant waren.

Die konjunkturellen Rahmenbedingungen haben zu einer erhöhten Nachfrage nach städtischen Gewerbegrundstücken geführt. Infolgedessen konnten verschiedene gewerbliche Flächen in unterschiedlichen Einzellagen (z.B. Waldau / Auf der Feldbach, Mündener Straße) früher als erwartet vermarktet werden.

Im Segment der städtischen Wohnbaugrundstücke hat sich die Nachfrage nach städtischen Wohnbaugrundstücken gegenüber dem Vorjahr wieder stabilisiert. Dies dokumentiert sich in zahlreichen Bauplatzverkäufen im Bereich Ihringhäuser Straße / E.T.A.-Hoffmann-Straße sowie des Baugebietes Triftweg / Dessenborn, womit bei Aufstellung des Haushaltsplan nicht zu rechnen war.

Insbesondere die Diskussion über eine mögliche Nordspange sowie der damit verbundenen Planungsunsicherheit für Interessenten dieses Baugebietes hatte in 2009 zu einem spürbaren Nachfragerückgang geführt.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Eträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Dezernat / Amt
-II/-23-

Kassel, 24.03.2011
Sachbearbeiter/-in: Herr Mell
Tel.: 2341

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Aufwendungen Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Aufwendungen	Ist-Aufwendungen	Abweichung
7-90005-A001	Finanzwirtschaft Budget auß. Ertr. aus Grundbesitz	500.000,00	78.147,82	421.852,18

Begründung:

Bei den veranschlagten Aufwendungen handelt es sich um die voraussichtlichen Verluste aus der Veräußerung von Grundstücken.

Im wesentlichen werden hierbei folgende Fallkonstellationen erfasst:

- Grundstückverkäufe, bei denen lediglich ein Kaufgeld unterhalb des Buchwertes der veräußerten Flächen erzielt wird (z.B. bei der Veräußerung einzelner städtischer Rest- oder Splitterflächen an Anlieger , Abwicklung von Ansprüchen auf unentgeltliche Rückübereignung von Flächen)
- nach der Vermarktung von Grundstücken anfallende Kosten, die aber als Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr aktiviert werden können, da die Stadt nicht mehr wirtschaftlicher Eigentümer der Grundstücke ist (vorrangig Messungskosten, Erschließungsbeiträge).

Aufgrund der Vielzahl der Grundstücksregelungen innerhalb eines Jahres können die Aufwendungen nur grob geschätzt werden. Darüberhinaus unterliegen die Buchwerte der städtischen Grundstücke aufgrund von Bestandsänderungen sowie Zu- und Abgängen häufigen Veränderungen innerhalb eines Jahres.

Der Minderaufwand resultiert im wesentlichen aus dem Umstand, dass im Vergleich zu den Vorjahren in 2010 keine Erschließungsbeiträge für bereits veräußerte Flächen/ ehemals städtische Baugebiete angefallen sind.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → Bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:
Budgetierte Aufwendungen = Plan-Aufwendungen

Bewegung Aufwendungen = Ist-Aufwendungen

Dezernat / Amt
- II/20 -

Kassel, 14.04.2011
Sachbearbeiter/-in: Frau Becker
Tel.: 2002

Abschluss des Haushaltsjahres 2010 Begründung erheblicher Budgetabweichungen

Erträge Ergebnishaushalt

Budget	Bezeichnung	Plan-Erträge	Ist-Erträge	Abweichung
7-90006-A001	Finanzwirtschaft Budget Beteiligungen	18.425.848,81,00 €	19.802.572,66	-1.376.723,85

Begründung:

SK 530 023 000

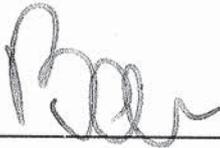
Die von der DSM gezahlten Pachtleistungen lagen um rd. 47.000 € unter dem veranschlagten Betrag.

SK 530 910 000

Die Konzessionsabgabe der Städtischen Werke lag über dem veranschlagten Betrag. Es ergab sich eine Mehreinnahme in Höhe von 1.239.000 €.

SK 560 020 000

Aus Gewinnausschüttungen der Parkhausgesellschaft und der Gesundheit Nordhessen AG ergaben sich Mehreinnahmen gegenüber der Veranschlagung in Höhe von 188.000 €.



Unterschrift der Dezernentin / des Dezernenten

Hinweis zur Bearbeitung:

Beträge laut nsk: Modul Finanzbuchhaltung → Fibu-Allgemein → Stammdaten → Mittelprüfung Budgets → entsprechendes Budget suchen (F5 drücken und dann über Suchfunktion) → Budget markieren und auf Button „OK“ klicken → bei Datumsfilter eintragen: 01.01.10..31.12.10 → Register „Statistik“

Zahlen aus nsk wie folgt in obere Tabelle eintragen:

Budgetierte Erträge = Plan-Erträge

Bewegung Erträge = Ist-Erträge

Erstattung von Personalausgaben durch Dritte

Amt	Kostenstelle	Sachkonto	Beschreibung	RE 2011
-10-	100 00 906	548 200 280	Erstattung Landkreis für betriebsärztlichen Dienst	75.892,60
-11-	110 00 030	548 000 100	Erstattung BA für umgewandelte Arbeitsgelegenheiten n. SGB II	273.987,89
-11-	110 00 108	548 100 100	Erstattung vom Land für Zensus	29.239,32
-11-	410 00 010	548 200 280	Erstattung von Landkreis Kassel für die Volkshochschule	572.308,52
-11-	560 00 101	548 000 100	Erstattung BA für die Umsetzung des SGB II	6.116.975,58
-11-	560 00 101	548 400 200	Erstattung Jobcenter für SGB II Fälle des Frauenhauses	27.300,00
-11-	900 00 040	548 500 100	Erstattung für Personal in Gesellschaften	2.427.923,61
-11-	mehrere KSt	548 000 100	Erstattung BA für Altersteilzeit	106.602,82
-11-	mehrere KSt	548 500 100	Erstattung für Personal in Eigenbetrieben	52.867,02
-11-	mehrere KSt	548 800 100	Erstattungen für Mutterschaftsgeld von verschiedenen Krankenkassen	180.829,82
-11-	mehrere KSt	548 800 100	Erstattung für anteilige Versorgungsbezüge	76.031,20
-11-	mehrere KSt	verschiedene	Verschiedene Erstattungen (z.B. Schadenersatz, Zeugengeld)	94.603,98
-36-	360 00 000	548 100 000	Erstattung vom Land	690.734,00
-37-	370 00 101	548 600 410	Erstattung DB für Rettungszug	289.847,00
-37-	370 00 401	548 200 000	Erstattung vom Landkreis für Personal in Leitstelle	56.381,32
-37-	370 00 401	548 600 410	Erstattung vom Land für Personal in Leitstelle	86.459,00
-41-	410 00 202	548 100 200	Erstattung vom Land für Personal der Musikakademie	1.670.281,90
-41-	410 00 403	539 000 100	Erstattung Deutsche Forschungsgem.für Digital. documenta Archiv	24.821,99
-50-	500 00 606	548 000 200	Erstattung vom Bund für das Projekt "Kommunal-Kombi"	279.335,47
-50-	500 00 606	548 400 200	Erstattung kommunale Arbeitsförderung für das Projekt "Kommunal-Kombi"	478.999,54
-50-	500 00 607	548 000 200	Erstattung vom Bund für das Projekt "Bürgerarbeit"	42.732,00
-50-	500 00 607	548 400 200	Erstattung kommunale Arbeitsförderung für das Projekt "Bürgerarbeit"	293.170,60
-51-	510 00 140	verschiedene	Erstattung vom Land für Tagespflege	90.846,02
-51-	510 00 211	542 100 000	Erstattung vom Land für Schulsozialarbeit	93.748,00
-51-	510 00 212	542 100 000	Erstattung vom Land nach dem Jugendbildungsförderungsgesetz	80.624,08
-51-	mehrere KSt	542 100 000	Erstattung v. Land f. Aufgabenwahrnehmung d. Landesjugendamtes	201.700,00
-51-	mehrere KSt	verschiedene	Erstattung vom Land für Personal in Kindertagesstätten	4.171.436,26
-53-	530 00 402	547 030 000	Erstattung der Krankenkassen für Arbeitskreis Jugendzahnpflege	241.000,00
-53-	530 00 502	541 030 000	Selbsthilfegruppen (KISS)	17.942,00
-53-	530 00 502	548 200 700	Erstattung vom Landkreis Kassel für KISS	14.610,00
-53-	mehrere KSt	548 200 700	Erstattung vom Landkreis Kassel für fusioniertes Gesundheitsamt	542.116,00
-56-	560 00 201	547 200 400	Erstattung vom Bund für "Bildung und Teilhabe"	233.500,00
-65-	650 00 301 650 00 302	548 100 100	Erstattung vom Land für Personal der Sporthalle Auepark	30.303,14
-66-	660 00 061	548 800 100	Erstattungen für Leistungen des städt. Bauhofs und der Verkehrssteuerung	12.035,33

19.677.186,01

Nachweisung Schuldenstand für 2010
Aufschlüsselung

	gesamt €	Haushalt €	davon SIP Tilgungsanteil Stadt €	davon SIP Tilgungsanteil Land €	KEB WP 70000 €	Stadtreiniger WP 72000/67500 €
Stand am 31.12.2009	528.518.161,35	309.551.400,32	833.333,30	4.166.666,70	207.333.610,83	11.633.150,20
Neuaufnahmen	45.816.189,00	35.057.189,00	5.462.587,60	25.782.601,40	7.500.000,00	3.259.000,00
Berichtigung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Tilgung	-41.204.541,61	-31.892.533,92	-27.777,78	-138.888,89	-8.250.929,89	-1.061.077,80
Stand am 31.12.2010	533.129.808,74	312.716.055,40	6.268.143,12	29.810.379,21	206.582.680,94	13.831.072,40
			36.078.522,33	Summe SIP	220.413.753,34	Summe Eigenbetriebe

Kassenkredite	
Stand 31.12.2010	333.059.865,63
Stiftung Brückner Kühner	1.860.000,00
Stiftung Lenoir	2.955.000,00
Mündelgelder	12.596,56
Gesamt	337.887.462,19

Übersicht über die Rücklagen 2010
in TEUR

Art	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zuführung	Entnahme	Stand am Ende des Haushaltsjahres
1. 320 200 000 Budgetrücklage	140,6	0,0	0,0	140,6
2. Sonderrücklagen				
davon				
2. 2 321 100 200 Rettungsdienste	607,4	86,8	103,7	590,6
2. 4 321 100 100 Erziehungshilfen Auguste Förster	259,8	0,0	147,1	112,7
2. 5 156 010 000 Stiftungen	5.615,7	13,7	0,0	5.629,4
311 000 000				
Rücklagen gesamt	6.623,4	100,6	250,8	6.473,2

Nachrichtlich

486.100.223	Versorgungsrücklage	5.913,3	1.779,6	0,0	7.692,9
	Kassenbestand	2.724,4	0,0	0,0	2.724,4
Versorgungsrücklagen gesamt		8.637,8	1.779,6	0,0	10.417,3

**Übersicht
über die Anlage der Rücklagen
zum 31.12.2010
in Euro**

Anlagearten				
		Spar	Wertpapiere	KBV
Konto	Rücklagen	0001/12	0001/13	0001/14
320.200.000	Budgetrücklage	0,00	0,00	140.555,19
321.100.200	Rettungsdienste	0,00	0,00	590.552,82
	Erziehungshilfen			
321.100.100	Auguste Förster	0,00	0,00	112.665,87
156.010.000				
311.000.000	Stiftungen	0,00	0,00	5.629.436,02
		0,00	0,00	6.473.209,90

Zusammenstellung

UA	Anlageart	Bestände
0001/12	Spar- und Termingelder	0,00
0001/13	Wertpapiere	0,00
0001/14	Kassenbestandsverstärkung	6.473.209,90
		6.473.209,90

Nachrichtlich:

476.300.223	Versorgungsrücklage	0,00	0,00	10.417.338,34
-------------	---------------------	------	------	---------------